

Kolloquium für Bürgermeister und kommunale Verantwortliche aus Deutschland, Belgien und Frankreich Zuwanderung aus der Türkei, Besonderheiten eines Integrationsverlaufs; 2.-3. Dezember 2009 in Berlin

Veröffentlichungsversion / Published Version
Konferenzband / conference proceedings

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Deutsch-Französisches Institut - dfi. (2010). *Kolloquium für Bürgermeister und kommunale Verantwortliche aus Deutschland, Belgien und Frankreich Zuwanderung aus der Türkei, Besonderheiten eines Integrationsverlaufs; 2.-3. Dezember 2009 in Berlin* (dfi compact, 9). Ludwigsburg. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-61547-8>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

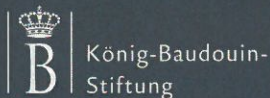
By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

dfi compact

August 2010
Nr. 9

**Kolloquium für Bürgermeister und kommunale Verantwortliche
aus Deutschland, Belgien und Frankreich
Zuwanderung aus der Türkei. Besonderheiten eines
Integrationsverlaufs
2. – 3. Dezember 2009 in Berlin**

Robert Bosch **Stiftung**



ISSN 1619-8441

dfi Deutsch-
Französisches
Institut

**Kolloquium für Bürgermeister und kommunale Verantwortliche
aus Deutschland, Belgien und Frankreich
2. – 3. Dezember 2009 in Berlin**

Einführungen	6
Olaf Hahn	6
Françoise Pissart	7
Monika Thiemen	12
Podiumsdiskussion: Ergebnisse verschiedener Studien zur türkischen Einwanderung in Deutschland, Frankreich und Belgien	15
Ferhat Kentel	16
Steffen Kröhnert	21
Gaye Petek	26
Ahmed Medhoune	32
Christine Meyer	37
Arbeitsgruppen	56
Arbeitsgruppe 1: Schulischer und außerschulischer Unterricht	56
Havva Engin	56
Jean-Pierre Loubet	70
El Hassan Aouraghe	75
Arbeitsgruppe 2: Integration durch ökonomische Tätigkeit?	100
Jan Boulogne	101
Musa Soydemir	103
Holger Kolb	105
Nihat Sorgeç	107
Präsentation der Arbeitsergebnisse im Plenum	141
Schlusswort	147
Anhang: Türkischunterricht in Frankreich: Wie kommt man von einer dem Verschwinden geweihten Immigrantensprache zum Unterrichten der lebenden Sprache einer ausländischen Kultur?	151

Einführungen

Dr. Olaf Hahn

(Bereichsleiter bei der Robert Bosch Stiftung)

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin Thiemen,
liebe Françoise Pissart,
lieber Frank Baasner,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

ich freue mich sehr, Sie heute hier im Namen der Robert Bosch Stiftung in den Berliner Räumlichkeiten unseres Hauses zur diesjährigen Konsultation für Bürgermeister und Kommunalverantwortliche aus Belgien, Frankreich und Deutschland begrüßen zu dürfen. Als wir, noch in Partnerschaft mit der Freudenberg-Stiftung, 2007 zum ersten Mal eine solche Veranstaltung durchführten, damals als rein deutsch-französisches Projekt im Rahmen einer europäischen Stiftungsinitiative zur Förderung der Integration von Migranten, war noch nicht klar, dass wir damit eine Reihe begründen würden. Nun findet bereits die dritte Veranstaltung in diesem Rahmen statt, nachdem uns die Rückmeldungen der Teilnehmer davon überzeugt hatten, dass hier ein Mehrwert entsteht: eine Möglichkeit für Kommunalvertreter, die eigenen Erfahrungen bei der Bewältigung bei der Integration von Migranten, einer ja vorrangig kommunalen Aufgabe, mit Kollegen aus dem europäischen Ausland auszutauschen und Verbindungen zu knüpfen, die vielleicht sogar eine kommunale grenzüberschreitende Zusammenarbeit einleiten oder vertiefen.

Wir freuen uns sehr, dass wir seit 2008 in der König Baudoin Stiftung aus Brüssel eine europäische Partnerstiftung gefunden haben, die gemeinsam mit uns diese Konsultationen unterstützt. Dank dieser Förderung und dank auch der inhaltlichen Unterstützung unserer belgischen Kollegen ist es auch in diesem Jahr möglich gewesen, Kommunalvertreter aus Belgien einzuladen und im Programm Erfahrungen aus Belgien zu berücksichtigen.

Unser gemeinsamer großer Dank gebührt dem Deutsch-Französischen Institut in Ludwigsburg und seinem Leiter Frank Baasner, der uns mit seinem Team auch in dieser Veranstaltung ein verlässlicher und guter Partner ist. Bosch-Stiftung und dfi arbeiten intensiv seit

Jahren zusammen, wenn es um unseren Beitrag zur Gestaltung der deutsch-französischen Beziehungen geht. Für uns ist es erfreulich und bereichernd, das dfi auch in einem europäischen Projekt wie diesem zum Partner zu haben. Einen besonderen Dank möchte ich an dieser Stelle Frau Gaye Petek sagen: Sie haben uns mit Ihrer Kompetenz und Ihrem französischen Netzwerk bei der Vorbereitung ganz entscheidend geholfen.

2007 stand die sprachliche, soziale und schulische Integration von Kindern mit Migrationshintergrund bzw. das Übergangsmanagement von der Schule in Ausbildung und Beruf im Mittelpunkt unserer Konsultation. 2008 haben wir den Umgang von Kommunen mit unterschiedlichen Herkunftskulturen von Migranten bei der Gestaltung ihrer Dienstleistungen und spezifischen Integrationsmaßnahmen ins Zentrum unserer Diskussionen gestellt. Aus letzterem gewissermaßen erwachsen ist das Thema der beiden vor uns liegenden Tage: „Zuwanderung aus der Türkei. Besonderheiten eines Integrationsverlaufs“. Ich bin mir bewusst, dass die Wahl dieses Themas nicht ohne Brisanz ist, haben doch verschiedene Studien auch in diesem Jahr die öffentliche Debatte in dieser Hinsicht angeregt und manchmal auch angeheizt. Ihr Zuspruch zur Teilnahme an dieser Tagung zeigt uns, dass wir gut daran tun, dieses Thema ohne falsche Zurückhaltung, aber auch ohne mediale Vermarktung, in einer vergleichenden Perspektive mit Blick auf die drei hier beteiligten Länder zu diskutieren. Ich hoffe und wünsche mir, dass wir gemeinsam den Mut haben, offen miteinander zu sprechen und jene *political correctness* ablegen, die manchmal den Weg zu den Lösungen für wirkliche Herausforderungen verstellt. Es wäre ein schönes Ergebnis einer Tagung wie dieser, wenn wir ein Stück weit dazu beitragen könnten, dass die Diskussion sachlich, offen und mit dem Ziel der Verbesserung der Situation für alle Bürger in unseren Ländern geführt wird.

Françoise Pissart

(Direktorin der König Baudouin Stiftung)

Herzlich willkommen zu diesem Kolloquium und danke für die Ehre, dass die König-Baudouin-Stiftung die Einführungsrede halten darf. Zunächst liegt mir viel daran, der Robert-Bosch-Stiftung und dem Deutsch-Französischen Institut sehr herzlich zu danken, ganz beson-

ders Olaf Hahn, Frank Baasner und ihren Teams für die großartige Vorbereitung und Organisation.

Gegründet anlässlich des 25. Thronjubiläums von Baudouin I von Belgien ist die König-Baudouin-Stiftung eine unabhängige, gemeinnützige Stiftung, deren Aufgabe es ist, das Engagement für mehr Gerechtigkeit, Demokratie und Vielfalt in der Gesellschaft zu unterstützen. Die König-Baudouin-Stiftung ist in Belgien regional und auf Landesebene tätig, aber auch in Europa und im internationalen Bereich. Neben unserer strategischen Programmgestaltung führen wir auch erfolgreich einige Aufgaben aus, mit denen uns belgische Behörden und Institutionen betrauen und wir arbeiten vermehrt mit anderen europäischen Stiftungen zusammen. Dieses Kolloquium ist ein Beispiel dafür.

Eines unserer Tätigkeitsfelder ist die Migration und die Integration: Die König-Baudouin-Stiftung regt fundierte Debatten an über den Themenbereich der weltweiten Migration und der Integration und sie sorgt für eine aktive Beteiligung der Zivilgesellschaft in diesem Bereich sowohl auf belgischer Ebene (mit dem Schwerpunkt auf den Organisationen der Einwanderer), als auch auf europäischer Ebene (mit dem Projekt EPIM, einer breiten Zusammenarbeit von Stiftungen).

Die Fragen bezüglich Migration und Integration von Migranten sind vielschichtig und sensibel, insbesondere wenn es darum geht, konkrete Schritte für Politik und Aktionen zu bestimmen. Die Art und Weise, in der wir die Grenzen der Debatte festlegen, ist hierbei entscheidend. Die Auswahl von Themen, Herangehensweise, Methoden und Partnern ist wichtig und muss immer wieder überprüft werden im Hinblick darauf, eine Wirkung zu erzielen (vor allem für die „nicht überzeugte“ Öffentlichkeit), aber auch um das Entstehen kontraproduktiver Eindrücke zu verhindern.

Wenn man zum Beispiel, wie es kürzlich die König-Baudouin-Stiftung getan hat, das Thema „Heirat von Einwanderern“ behandelt, wenn man sich für eine bestimmte Gemeinschaft von Einwanderern interessiert (heute wird es ja um Einwanderer türkischen Ursprungs gehen), wenn man die besonderen Schwierigkeiten hervorhebt, wie Probleme während der Schulzeit, die Arbeitslosigkeit oder das Armutsrisiko, dann beinhaltet das immer auch Risiken der Stigmatisierung. Aber diese Probleme nicht zu untersuchen beinhaltet gleichzei-

tig ein anderes, in unseren Augen in der heutigen Zeit viel größeres Risiko, nämlich das der Unbeweglichkeit.

Deshalb ist es zweifellos nützlich, am Anfang zwei Punkte hervorzuheben:

- 1 Neben den Antworten, die gefunden werden müssen, um die sozio-ökonomische Situation von Migranten zu verbessern, ist es auch wichtig, die Erfolge hervorzuheben: sie sind zahlreich auf individueller wie auf kollektiver Ebene. Diese Erfolge verkörpern übrigens eine Vielzahl von Persönlichkeiten türkischer Herkunft, die heute hier anwesend sind.
- 2 Wenn wir die Besonderheiten bestimmter Gruppen analysieren, so bedeutet das nicht automatisch, dass politische Maßnahmen nur für diese Gruppen getroffen werden. In den meisten Fällen werden so genannte „allgemeingültige“ politische Maßnahmen, die das Ergebnis einer guten Kenntnis der Eigenschaften, Verhaltensweisen, Werte und der Ziele der Zielgruppe sind, Früchte tragen. Was zählt ist vor allem, nicht diejenigen abseits zu lassen, die sozial am schlechtesten gestellt sind.

Eine solche Vision hat die Programme der König-Baudouin-Stiftung angeregt, insbesondere seitdem dort beschlossen wurde, den Anstoß zu verschiedenen Studien zu geben, von denen sich eine mit dem Thema der belgisch-türkischen Bevölkerung befasst (und, noch jüngeren Datums, mit der belgisch-marokkanischen Bevölkerung). Eine weitere Studie befasst sich mit der Armut von Menschen ausländischen Ursprungs und eine dritte analysiert schließlich die schulischen Leistungen von Jugendlichen mit Migrationshintergrund.

Die Menschen türkischer Herkunft bilden eine der wichtigsten Gemeinschaften von Migranten, die sich in unserem Land niedergelassen haben und die sich über mehrere Generationen im Laufe von 4 oder 5 Jahrzehnten gebildet hat. Man hat ja oft ein stereotypes Bild davon, aber die Migranten türkischer Herkunft und ihre Nachkommen bilden eine heterogene Gruppe, egal welches Kriterium man zu Grunde legt. Es ist also ratsam, von türkischen Gemeinschaften im Plural zu reden, die in Belgien leben. Die von der König-Baudouin-Stiftung 2007 finanzierte und von der Bilgi-Universität in Istanbul durchgeführte Studie trägt den Titel „Die belgisch-türkische Bevölkerungsgruppe: Brücke oder Bresche zwischen der Türkei und der europäischen Union?“ und räumt mit einer Vielzahl von Klischees auf, bestätigt aber

auch andere. So sprechen zum Beispiel 94 % der belgischen Türken türkisch. Aber gleichzeitig sprechen 2/3 der Türken im frankophonen Belgien gut bis sehr gut französisch und 2/3 der Türken im flämischen Teil Belgiens sprechen gut bis sehr gut niederländisch. Die Mehrzahl der Türken, die in Belgien geboren sind, fühlen sich entweder beiden Ländern verbunden oder eher Belgien verbunden. Ich gehe hier nicht auf die genauen Ergebnisse der Untersuchung ein, da einer der Autoren der Studie hier einen Vortrag darüber halten wird.

Die Studie über die Armut von Menschen ausländischer Herkunft, welche die König-Baudouin-Stiftung veröffentlicht hat, hat ebenfalls einen gewissen Widerhall in den Medien gefunden. Ihr folgte ein neuer Aktionsplan im flämischen Teil, aber sie hat (noch?) keinen Anlass zu einer neuen Politik im französischen Teil des Landes gegeben. Nun sind die Zahlen wirklich trügerisch: In einem von drei Fällen besteht bei Menschen mit außereuropäischen Wurzeln das Risiko in Armut zu leben. In unserem speziellen Fall haben aber nicht weniger als 59 % der Menschen, die mit der Türkei verbunden sind ein Einkommen, das unterhalb der Armutsgrenze liegt. Die Forscher empfehlen unter anderem, Initiativen weiterzuentwickeln, welche die Jugendlichen dauerhaft einbinden und welche die Eltern besser am schulischen Leben teilhaben lassen, und das schon vom Kindergarten an. Sie schlagen auch vor, die Bedeutung einer weiterführenden Ausbildung zu unterstreichen und mehr Kontakte zwischen Unterricht und Arbeitswelt aufzubauen.

Die letzte von der König-Baudouin-Stiftung angeregte Studie, die ich heute nennen möchte, hat die schulischen Leistungen der „autochthonen“ Schüler mit denen der Schüler mit Migrationshintergrund verglichen. Auf beiden Seiten der sprachlichen Grenze in Belgien gehören die Schüler mit Migrationshintergrund zu den schwachen Schülern. In Wirklichkeit weist kein industrialisiertes Land einen so großen Graben auf zwischen den Schülern mit Migrationshintergrund und den anderen. Und die schulischen Ergebnisse der Schüler mit ausländischer Herkunft gehören zu den schwächsten unter den Industriestaaten.

Was kann, angesichts dieser Feststellungen, eine Stiftung wie die unsere tun? Über das hinaus, dass wir regelmäßig Alarm schlagen bei den politischen Entscheidungsträgern und bei den in diesem Bereich Aktiven, haben wir in den letzten Jahren vor allem zwei Hebel ange-

setzt: Zum einen bei den Eltern indem wir Initiativen vor Ort unterstützen, die Bindungen zwischen Familien und Schule verstärken. Zum anderen ebenfalls bei den Eltern indem wir Studententutorien unterstützen, die einen positiven Effekt auf die schulischen Ergebnisse haben, aber auch auf das Selbstvertrauen und das Niveau der Bewerbungen, die bei den jungen Immigranten oft schwächer sind.

In dieser Einführung werde ich nicht viel zur Frage der Beschäftigung sagen. Ich möchte nur festhalten, dass die Alarmrufe von überall erschallen, besonders in diesen Krisenzeiten, besonders in den großen Städten wie Brüssel, wo die weniger qualifizierte Bevölkerung nur wenige Perspektiven sieht. Die Zahlen für Brüssel sind besonders besorgniserregend, vor allem in bestimmten Wohngebieten wo nicht selten 30 bis 40 % der Jugendlichen arbeitslos sind.

Zwei Gedanken zu diesem Thema:

- 1 Die Jugendlichen, die von Arbeitslosigkeit betroffen sind, haben sich sehr weit entfernt von den Eingliederungsmaßnahmen, die für sie und zu diesem Zweck geschaffen wurden.
- 2 Die Mädchen ausländischer Herkunft nutzen ihre Abschlüsse, die oft besser als diejenigen der Jungen sind, nur sehr schlecht. Tradition, Fehlen von Vorbildern und wenig vielversprechende berufliche Orientierung treffen oft zusammen mit dem Ergebnis, dass sie zu Hause bleiben statt einem Beruf nachzugehen.

Ich komme zum Schluss. Die oben zitierten Studien passen zu den Feststellungen aus anderen Untersuchungen: tiefe Gefühle des Ausgeschlossenenseins sind immer noch vorherrschend bei den Belgiern türkischer Herkunft, obwohl ja die Einwanderung aus der Türkei schon eine lange Geschichte hat. Diese Gefühle sind vor allem bei Jugendlichen und verheirateten Frauen präsent. Man beobachtet auch eine gegenseitige Angst unter den verschiedenen Gemeinschaften. Es ist klar, dass Bildung und Arbeit privilegierte Möglichkeiten sind, um die Integration in die aufnehmende Gesellschaft zu begünstigen. Bildung schafft Möglichkeiten des Zusammentreffens, erlaubt die Alphabetisierung, entwickelt die sprachlichen Fähigkeiten, eröffnet eine bessere Kenntnis von der aufnehmenden Gesellschaft, ihrer Geschichte, ihrer Kultur und ermöglicht den Zugang zu höher qualifizierten Beschäftigungen. Nun war aber ein Viertel der Belgier türkischer Herkunft, die 2007 befragt wurden, ohne Beschäftigung. Der Ausschluss vom Arbeitsmarkt bewirkt vor allem, dass sie von weite-

ren Bereichen des sozialen Lebens ausgeschlossen sind, was insbesondere für die Jugendlichen ein drängendes Problem darstellt.

Ich bin davon überzeugt, dass unsere Arbeiten einen Betrag leisten werden, um in dieser Frage voranzukommen. Die Fähigkeit der Anwesenden, die Schlüsselfunktionen, die Sie in ihren jeweiligen Positionen spielen, garantiert ein hohes Diskussionsniveau und dann in Folge, wie wir hoffen, die Umsetzung einiger Vorgehensweisen und guter Erfahrungen, die hier ausgetauscht werden.

Im Namen der König-Baudouin-Stiftung wünsche ich Ihnen ein vortreffliches Kolloquium und danke herzlich den Vortragenden und den zahlreich erschienenen Teilnehmern, an ihren Ideen und Expertisen teilhaben zu dürfen.

Monika Thiemen

(Bürgermeisterin des Bezirksamtes Charlottenburg-Wilmersdorf)

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

ich darf Sie recht herzlich im Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf begrüßen. Ich freue mich, dass Sie für Ihre Tagung die Repräsentanz Berlin der Robert Bosch Stiftung hier in der Bismarckstraße ausgesucht haben. Sie haben damit eine gute Wahl getroffen.

Wer heute nach Berlin reist, nimmt Berlin als eine Großstadt, als eine Millionenstadt wahr und manche suchen nach der Altstadt von Berlin, nach dem Ortskern, mit dem alles begann. Berlin ist aber nicht aus einem Ortskern hervorgegangen, sondern wurde 1920 durch den Zusammenschluss von 8 selbständigen Großstädten, 59 Landgemeinden und 27 Gutsbezirken gegründet. Gebildet wurden 20 Bezirke und die Großstadt Charlottenburg wurde ein Berliner Bezirk.

Die Gründung der Stadt Charlottenburg geht auf einen Erlass König Friedrich I. zurück, der nach dem Tode seiner Frau, Königin Sophie-Charlotte, am 5. April 1705 die Order ausgab, das Schloss Lietzenburg nach ihr in Charlottenburg umzubenennen und die Handvoll Häuser vor dem Schloss, in denen Hofbedienstete lebten, als Stadt auszurufen mit dem gleichen Namen.

Die ersten Bewohner dieser Stadt waren übrigens die Kammertürken Aly und Hassan. Und die Nachfahren von Aly gibt es immer noch, sie leben in Berlin. Aly und Hassan kamen nicht als Gastarbeiter. Sie

waren Kriegsbeute der hannoveranischen und preußischen Truppen und wurden verschleppt. Aly kam zwischen 1683 und 1686 an den Hof von Friedrich III., Kurfürst von Brandenburg, der spätere Friedrich I. und erster König von Preußen. Hassan hatte in Hannover bei Sophie Charlotte, der zweiten Frau Friedrichs, schon viele Jahre als Kammerdiener zum Hofpersonal gehört, bevor er mit ihrem Hofstaat nach Lietzenburg kam. Es galt als schick, sich von exotischen Lakaien mit braunen und schwarzen Händen bedienen zu lassen.

Beide lernten die deutsche Sprache, traten zum protestantischen Glauben über, heirateten und ließen ihre Kinder taufen. Mit ihren Familien lebten sie ab 1704 in so genannten Freihäusern in der heutigen Schlossstrasse 4 und 6. In Freihäusern lebten Bedienstete des Hofes oder Personen, die sich in den Augen von Herrschern verdient gemacht hatten. Sie waren nicht der Stadtobrigkeit unterstellt und von zahlreichen Abgaben befreit, die ein Normalbürger erbringen musste. Die tägliche Arbeit von Aly und Hassan soll nicht besonders hektisch gewesen sein. Sie waren für die kleinen, plötzlich auftretenden Bedürfnisse der Königin zuständig; etwas zu trinken bringen, kleine Besorgungen erledigen, Briefe wegbringen, Gäste zur Königin führen usw. Die beiden müssen diese Arbeiten wohl sehr gut erledigt haben, denn einer Schilderung über die Sterbestunde der Königin Sophie Charlotte zu Folge, soll sie sich mit den Worten „Adieu Aly! Adieu Hassan!“ von beiden verabschiedet haben.

Friedrich Wilhelm I., der spätere „Soldatenkönig“, Sohn von Sophie Charlotte, reformierte nach seinem Regierungsantritt 1713 das höfische Leben. Die ökonomische und politische Bedeutung Charlottenburgs nahm ab. Er strich Hofbeamte, die er entlassen wollte, stillschweigend aus der Liste, ließ sie aber ihre Dienste ruhig weiter verrichten und ihre Entlassung nur daran merken, dass ihnen ihr Gehalt gesperrt wurde. Der höfischen Privilegien beraubt, verkaufte Aly 1715 sein Haus in der Schlossstrasse und starb 1716. 1883 musste das Haus einem Neubau weichen.

Hassan beklagte in mehreren Eingaben an den König seine schlechte wirtschaftliche Lage und dass er noch immer in Königlichen Diensten stehe, aber seit langer Zeit keine Besoldung mehr erhalten habe. Der König zeigte sich hiervon nicht beeindruckt. 1728 starb Hassan im Alter von 56 Jahren. 1730 verkauften die Erben das Haus. Auf den Fundamenten des im Zweiten Weltkrieg zerstörten Hauses

errichtete 1951 die Gemeinschaft der Siebenten-Tags-Adventisten für ihre religiösen Zwecke eine Kapelle. Eine Gedenktafel an der Ostfassade erinnert heute an das Hassan-Haus. So weit der Ausflug in die Gründungsgeschichte der Stadt Charlottenburg und den ersten Bewohnern.

Der Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf hat heute eine Einwohnerzahl von 310.769, das sind 9,1 % der Gesamtbevölkerung von Berlin. Berlin mit seinen 12 Bezirken hat 3,4 Millionen Einwohner. 59.453 Menschen, die in Charlottenburg-Wilmersdorf leben, haben einen ausländischen Pass, das ist ein Anteil von 19,1 %. Für Berlin beträgt der Anteil 13,8 %, d.h. 470.000 Menschen haben einen ausländischen Pass. In Charlottenburg-Wilmersdorf leben 6.950 Türkinnen und Türken, sie machen von der Gesamtbevölkerung Charlottenburg-Wilmersdorfs 2,2 % aus. Menschen mit Migrationshintergrund gibt es viel mehr, so leben mit türkischem Migrationshintergrund 4.154 Bürgerinnen und Bürger in Charlottenburg-Wilmersdorf. Nehmen die Ausländerinnen und Ausländer an unserer Gesamtbevölkerung nur knapp ein Fünftel ein, so sieht es an unseren Grundschulen und Oberschulen schon anders aus. 37 % der Kinder, die 2006 eingeschult worden sind, hatten einen ausländischen Pass.

Anhand dieser kleinen Einführung und den Zahlen können Sie sehen, dass die Fragen, die sich aus Zuwanderung und Integration ergeben, auch in Charlottenburg-Wilmersdorf virulent sind.

Ich freue mich daher auf das Kolloquium, auf den Austausch und auf die Diskussion miteinander. Ich wünsche der Veranstaltung einen guten Verlauf.

Podiumsdiskussion: Ergebnisse verschiedener Studien zur türkischen Einwanderung in Deutschland, Frankreich und Belgien

Prof. Dr. Frank Baasner

(Direktor des Deutsch-Französischen Instituts)

Vielen Dank für die Einführungen, die zum Teil schon tief ins Thema eingestiegen sind. Ich freue mich sehr, dass wir hier zur dritten Konferenz in der Serie zusammengekommen sind. Ich darf heute schon sagen, dass auch nächstes Jahr wieder eine Tagung stattfinden wird. So dass Sie, wenn Sie von hier wegfahren und viele Fragen mitnehmen, diese gleich fürs nächste Jahr vormerken, dann können wir die Debatte weiterführen. Ich denke es wäre falsch zu glauben, man könnte zur gesamten Integrationsdebatte Endgültiges sagen. Das ist ein Prozess, der sehr dynamisch ist, der sich schnell verändert, der immer wieder neue Aspekte in den Vordergrund rückt. Die Gesellschaften insgesamt verändern sich sehr schnell, das kann man in Deutschland ganz stark beobachten, in Frankreich genauso und in Belgien ist auch eine starke Dynamik in Gange, so dass wir Themen, die wir dieses Mal besprechen, in anderem Zusammenhang sicherlich wieder aufgreifen werden.

Dieses Kolloquium hat drei Teile: Es gibt den ersten, einführenden Teil, wo wir auf der einen Seite Ergebnisse aus Untersuchungen vorstellen möchten, also etwas zur allgemeinen Situation in den drei hier behandelten Ländern sagen werden. Anschließend kommen Stellungnahmen, Analysen aus zwei konkreten kommunalen Zusammenhängen, wo die Realität zuhause ist. Wir werden schnell merken, wo die allgemeine Untersuchung mit der Realität vielleicht nicht unbedingt in Konflikt kommt, aber doch völlig unterschiedliche Perspektiven in den Vordergrund rückt. Der zweite Teil werden dann morgen Vormittag die beiden Arbeitsgruppen sein und der dritte Teil am späteren Vormittag ist dann der Versuch, einige Aspekte herauszuarbeiten, damit wir einige Hauptgedanken, die sich aus den Diskussionen ergeben haben, mitnehmen können. Und ansonsten bleibt natürlich viel Zeit – gerade auch am heutigen Abend – zum Austausch, zum Gespräch, denn eine der Zielsetzungen dieser Kolloquien ist ja eben auch, dass Sie untereinander Kontakte knüpfen können, dass Sie Kollegen ken-

nen lernen aus anderen Städten, aus anderen Ländern, die sich mit ähnlichen Themen befassen, und wir haben mit Freude gesehen, dass sich schon bei den ersten zwei Kolloquien Kontakte ergeben haben, die selbständig weiter im Austausch gearbeitet haben.

Diese zwei Halbtage sind zwar auch mit Referaten besetzt, wo Fallstudien präsentiert, einzelne Aspekte besprochen werden, aber ganz wichtig ist die Diskussion. Deswegen darf ich Sie jetzt schon bitten, sich wirklich als aktiven Teil dieser Gespräche zu betrachten und in die Diskussion sowohl heute als auch in den Arbeitsgruppen aktiv einzusteigen.

Eine Referentin kann leider nicht kommen. Das gibt uns die Gelegenheit, Gaye Petek nachher gleich das Wort zu erteilen, die ein improvisiertes Kurzreferat zur Situation in Frankreich halten wird. Aber zunächst möchte ich Herrn Kentel das Wort geben, der schon angekündigt worden ist als Autor einer Studie zu der türkischen Einwanderung und den Türken in Belgien, den „Belgo-Turcs“, wie sie hier genannt werden. Dann wird Herr Kröhnert eine Studie vorstellen, die in Deutschland sehr bekannt ist, und dabei auch die generelle Problematik ansprechen, wie Indikatoren eigentlich definiert werden könnten für das, was man Integration nennt. Und dann würde ich anschließend Gaye Petek bitten, etwas zur französischen Situation zu sagen, bevor wir Herrn Medhoune und Frau Meyer aus Brüssel/Saint-Josse und aus Nürnberg hören. Wir hoffen, dass die Synthesefähigkeit aller Referenten groß ist und wir deswegen zwischen 15 und 20 Minuten tatsächlich bleiben können pro Thema, denn wir wollen Zeit zur Diskussion haben. Ich darf jetzt gleich das Wort weitergeben an Herrn Kentel.

Ferhat Kentel

(Istanbul Bilgi University, Istanbul)

Belgo-Türken: Brücke oder Kluft zwischen der Türkei und der Europäischen Union?

Zunächst möchte ich präzisieren, dass ich diese Studien vor über 2 Jahren zusammen mit meinem Kollegen an der Bilgi-Universität in Istanbul durchgeführt habe. Die Studien zur belgischen Situation folgten auf Untersuchungen über Deutschland und Frankreich. Heute,

Ende 2009, hat sich meine Wahrnehmung der Situation weiter entwickelt. Ich möchte über die spezielle Situation in Belgien sprechen, doch ohne die in Deutschland und Frankreich durchgeführten Forschungen aus den Augen zu verlieren. So beginne ich mit einigen Beobachtungen zu diesen beiden Ländern. Wir hatten festgestellt, dass es zwei verschiedene Integrationsmuster gab. Wie Sie wissen versteht Frankreich Integration als Eingliederung in ein Zivilisationsmodell: man wird französischer Bürger durch die Eingliederung in das soziale Leben, in die Arbeitswelt und in die Schule. In dieser Hinsicht ist es sehr einfach Franzose zu sein, da weder die Herkunft, noch die Blutsbande, noch die Kultur Bedeutung haben. Es ist das aufnahmebereite Land schlechthin, das Paradies der Einwanderungen: Armenier, Juden und Araber haben, zu unterschiedlichen Zeiten, Frankreich geprägt, ebenso wie die Türken einen Charakterzug beigetragen haben. Deutsch zu sein hingegen ist vielleicht eher kulturgeprägt, mehr verbunden mit der Herkunft. Türke in Deutschland zu sein ist also etwas anderes als Türke in Frankreich zu sein.

In Belgien ist dies noch viel interessanter, da es sich um ein kompliziertes Land handelt. Es gibt drei Regionen: Brüssel, Flandern und Wallonien. Türke in Brüssel zu sein ist, da die Region kosmopolitisch ist und bald mehr Einwanderer als „Urbelgier“ hat, sicherlich etwas vollkommen anderes als in Flandern oder Wallonien. Flandern ähnelt vielleicht, in Bezug auf das Identitätsempfinden, mehr Deutschland, während Wallonien eher Frankreich ähnelt.

Bei der Erklärung dieser Integrationsmuster möchte ich versuchen die Analysen nicht zu sehr auf die Türken zu beschränken. Mir ist ein Phänomen wichtig, das ich einer Theorie von Michel de Certeau entlehne, auf dessen Arbeiten ich gern Bezug nehme. Ihm zufolge existieren ‚Strategien‘ – das kann eine Stadt, ein Unternehmen oder eine Ideologie sein – in denen man lebt. Man lebt nicht in Berlin wie in Istanbul oder wie in Marrakesch, man passt sich an. Es gibt nicht ein einziges Berlin und auch nicht ein einziges Berlinbild, aber Berlin mit seinen Institutionen, seinen Strassen und vor allem mit seiner Vergangenheit. Wenn ich als Türke, Marokkaner oder Belgier in Berlin bin, dann trete ich in Kontakt mit *diesem* Berlin. Dies bedeutet nicht, dass Berlin einen festgelegten, unbeweglichen Status hat, sondern die Stadt gibt mir eine Orientierung und ich ihr auch. Um es mit Michel de Certeau zu sagen, die Strategie einer Stadt verändert sich mit

den Taktiken der Menschen, die sich in ihr entwickeln. Eine Stadt ist nicht allein bestimmt durch ihre Straßen, ihre Architektur oder ihre Stadtstruktur, sondern auch durch ihre Bewohner und deren Handeln. Um ein anderes Beispiel zu nehmen: auch Sprachen haben ihre Strategien. Natürlich folgen sie den grammatikalischen und orthographischen Regeln, sie werden an Hochschulen unterrichtet und Institutionen sind damit beauftragt, ihren richtigen Gebrauch zu definieren, aber niemand beherrscht alle Aspekte. Wenn man geboren wird, beginnt man türkisch, deutsch oder französisch sprechen zu lernen, aber dies bedeutet nicht, dass man sein Leben lang die gleiche Sprache sprechen wird. Um auf die nationalen Integrationsstrategien dieser Länder zurückzukommen, so bewegt man sich darin wie in einer Sprache, die sich ständig verändert. Diese Sprache, diese Strategie, diese Nationalität bleiben nie dieselben. Es besteht ein andauernder Konflikt, ein Machtkampf zwischen dem Individuum und der Gesellschaft.

Und das gilt nicht nur für die Einwanderer, sondern für alle Einwohner. Ein Brüsseler setzt sich ständig mit der Brüsseler, der belgischen oder manchmal mit der wallonischen oder flämischen Strategie auseinander.

In diesem Zusammenhang muss ich mich nun auf konkreteres Niveau begeben und mich von den Allgemeinheiten entfernen. Man muss nun jeden Einzelfall, fast jedes Individuum betrachten, um verstehen zu können was es heißt, ein Einwanderer in diesen Ländern zu sein. Deshalb muss man die Beschreibungsparameter verfeinern und von verschiedenen Situationen sprechen: Arbeitslos sein, eine Frau sein, seine türkischen Wurzeln in der Stadt oder auf dem Land haben, seine Arbeit im industriellen Sektor oder im Dienstleistungssektor haben, all dieses verändert das Integrationsniveau erheblich. Die Ergebnisse unserer Forschung zeigen, dass es drei Formen im Umgang mit den Strategien der Aufnahmeländer gibt:

Die erste Form entspricht den Bildern, die wir hier oder auch in der Türkei von den Türken haben. Nach der Ausgangshypothese unserer Forschung gibt es zwei Sichtweisen. So sagt man in der Türkei von den Türken, die nach Deutschland auswandern, dass sie sich „germanisieren“, sich vollkommen assimilieren und ihre Herkunft vergessen. Auf der anderen Seite, vor allem in urbanen, laizistischen Istanbuler Kreisen tradiert man eher das Bild der ausgewanderten

Türken, die nicht die Sprache des Gastlandes erlernen und die aus Angst vor der anderen Gesellschaft lieber unter sich bleiben. Von hier aus betrachtet überwiegt diese Sichtweise, nach der die Türken sich abschotten und nicht in die europäische Gesellschaft integrieren, da sie Probleme haben, sowohl mit der Sprache wie auch mit dem Bildungssystem und der Arbeitslosigkeit. Unsere Forschungen zeigen, dass 40 % der türkischen Einwanderer sich nicht in die belgische Gesellschaft integrieren und sich in ein Ghetto zurückziehen. Dieses kann man gut an der Frage der Aufnahme der Türkei in die EU festmachen: die türkischen Pläne leiden unter dem Verhalten der Emigranten, die von Europa nichts wissen wollen und in ihren eigenen Kreisen leben, so wie in dem Stadtteil Strasbourg-Saint Denis in Paris. Aber man muss das relativieren, da diese Gruppe nicht repräsentativ für alle Türken ist.

Der Anteil der vollkommen integrierten türkischstämmigen Einwanderer liegt bei ungefähr 20 %. Sie haben mit einem Leben in der Türkei abgeschlossen. Die Türkei ist für sie das Land der Ferien und der Eltern. Sie verbringen ihre Sommerferien in Antalya, wo sie sich vielleicht ein Haus kaufen, aber dies ist vergleichbar mit dem Verhalten der Engländer in der Normandie.

Nun kommen wir zu der dritten, der interessantesten Gruppe, die ungefähr 40 % ausmacht. Diese bezeichnet man als „interkulturell“. Immer noch unter Bezug auf die Theorie der Gegenüberstellung von Strategie und Taktik kann man feststellen, dass Menschen, die ihren Lebensraum wechseln, von dem neuem Land beeinflusst werden, aber ebenso dieses beeinflussen. So kann ein aus der Türkei stammender Einwanderer zugleich ein bisschen türkisch aber auch ein bisschen belgisch sein, oder aber etwas flämisch und etwas muslimisch. Welches Recht hat man eigentlich, einen Menschen durch nur einen dieser Aspekte zu definieren? Ein Türke kann zugleich Mann, Vater, homosexuell, Moslem, jung sein... Alle diese Charakteristika machen einen Menschen aus. Daher ist es sicherlich zutreffender, einen Einwanderer als ein interkulturelles Individuum zu sehen, das mit seinem Umfeld in dauernden Verhandlungen steht.

Die am besten funktionierende Integration ist, so glaube ich, nicht jene in ein Land, sondern in eine Stadt. So bezeichnet sich in Belgien ein Immigrant eher als „Türke aus Brüssel“ denn als Belgier. Dies ist ein Hinweis darauf, wie Individuen, wenn sie das Gefühl haben, ihre

Stadt mit zu prägen, sich als deren Bürger fühlen, aber nicht automatisch als jene des ganzen Landes.

Eine kleine Anekdote: in Brüssel hatte ich einen bärtigen Mann kennen gelernt, den ich für einen radikalen Islamisten hielt. Aber als ich näher hinsah, entdeckte ich einen kleinen Pferdeschwanz in seinem Bart, was nicht wirklich den Dogmen entspricht. Während er sprach, bezog er sich auf den Koran ebenso wie auf verschiedene Aspekte vom Leben in Brüssel, das Gefühl der Freiheit, aber auch die türkischen Ghettos. Schließlich versuchte er den Mord an einem Journalisten zu rechtfertigen. Diese durchaus eigentümliche, multikulturelle Person versuchte ihre eigene Identität zwischen den unterschiedlichen Kulturen zu finden, so wie wir alle uns an unsere Lebensumstände anpassen.

Da die Türken im Zentrum unserer Überlegungen stehen, ist die Frage, die uns am meisten interessiert: Was ist das Spezifische der türkischen Identität? Der türkischen Gesellschaft fehlt es an Selbstvertrauen und deshalb bringen die türkischen Immigranten in ihrem Gepäck die Last der türkischen Gesellschaft mit und reproduzieren das verlorene Vertrauen. Wie kann man dieses wiedergewinnen? Wenn man in Flandern ist, wird akzeptiert, dass man einer kulturellen Gemeinschaft angehört und seine spezifische Kultur pflegt; in Wallonien allerdings muss man sich – ebenso wie in Frankreich – über den Weg der Vereine und der Staatsbürgerschaft integrieren. Deutschland und Flandern haben strategisch die Existenz von Kulturen genehmigt, was vertrauensfördernd ist. Seit zwei Jahren verändert sich die Situation nun mit Merkel und Sarkozy, aber ich denke, dass in Deutschland und den flämischen Gebieten die Integration erfolgreicher ist, da die kulturelle Differenz der Einwanderer anerkannt wird. Die „Gastarbeiter“ konnten ihre Identität im Laufe der Zeit stärken und Vertrauen fassen, was in Frankreich nicht der Fall war. Noch ein letztes Wort: seine Vergangenheit trägt man immer mit sich. So sagte mir ein Gesprächspartner: „Ich möchte die deutsche Staatsbürgerschaft nicht bekommen, da ich meine Vergangenheit nicht aufgeben möchte.“

FRANK BAASNER:

Danke für diese etwas zugespitzten Hypothesen. Spannende Ergebnisse – und ich gebe das Wort gleich weiter an den zweiten Referenten, Dr. Kröhnert, der hier aus Berlin kommt und der uns von einer

Studie berichtet wird, die in Deutschland sehr stark kommentiert worden ist. Das wird er mit ein paar Statistiken unterlegen.

Dr. Steffen Kröhnert

(Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung)

Ungenutzte Potentiale. Indikatoren der Integration in Deutschland

Kann man Integration messen?

Eine Studie des Berlin-Instituts für Bevölkerung und Entwicklung vergleicht Integrationserfolge von Migranten anhand sozioökonomischer Indikatoren.

Mittlerweile haben 19 % der Bevölkerung Deutschlands einen so genannten Migrationshintergrund, sind also selbst zugewandert oder mindestens ein Elternteil ist es. Weil Zuwanderer im Durchschnitt mehr Kinder haben, hat bei den unter 15-Jährigen bereits jeder Dritte einen Migrationshintergrund – diese Menschen werden die zukünftige Bevölkerung Deutschlands entscheidend prägen. Die Integration von Zuwanderern und deren Nachkommen in die Gesellschaft ist deshalb eine der wichtigsten Zukunftsaufgaben der Städte und Gemeinden. Der Begriff „Integration“ wird in der öffentlichen Diskussion beinahe inflationär verwendet – doch was verstehen wir eigentlich unter guter Integration von Zugewanderten? Das Spektrum der Auffassungen hierzu reicht von bloßer rechtlicher Gleichstellung und dem Zurückweisen jeglicher anderer Art von Anpassung an die Aufnahmegesellschaft bis hin zur Forderung nach vollständiger kultureller Assimilation. Das Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung hat in seiner 2008 veröffentlichten Studie „Ungenutzte Potenziale“ den Ansatz verfolgt, die strukturelle Integration zu betrachten: Wie stark unterscheiden sich Bildungsstand, Erwerbsbeteiligung und Arbeitslosigkeit, Tätigkeit in Berufen mit hohem sozialen Status oder die Abhängigkeit von sozialen Leistungen zwischen Menschen mit Migrationshintergrund und Einheimischen?

Für Deutschland war eine solche Untersuchung erst auf Grundlage der Daten des Mikrozensus 2005 möglich, weil dort erstmals auch das Herkunftsland der Eltern erfragt wurde. Nachdem eine bloße

Unterscheidung in „Deutsche“ und „Ausländer“ weitgehend obsolet geworden ist, weil mehr und mehr Zuwanderer oder deren Nachkommen eine deutsche Staatsangehörigkeit besitzen, kann nun auch ein „Migrationshintergrund“ bestimmt werden.

Der vom Berlin-Institut erstellte „Index zur Messung von Integration“ beschreibt mit Hilfe von 20 Indikatoren aus den Bereichen soziale Assimilation, Bildung, Erwerbsleben und soziale Absicherung die Situation der Migranten im Vergleich zur deutschen Mehrheitsgesellschaft. Als gelungene Integration wird dabei die Annäherung der Lebenssituation von Menschen mit Migrationshintergrund an die der Einheimischen betrachtet. Fünf der genannten Indikatoren wurden nicht lediglich für eine Querschnittsbetrachtung, sondern für einen dynamischen Vergleich zwischen den selbst Zugewanderten und den bereits in Deutschland geborenen Menschen mit Migrationshintergrund verwendet.

Da Menschen mit Migrationshintergrund auch nach ihrer Herkunftsregionen unterschieden werden konnten, ergibt sich so ein umfassendes Bild von Integrationserfolgen und -defiziten. Die Untersuchung vergleicht die Integrationserfolge von acht verschiedenen Herkunftsgruppen: Aussiedler, Türkei, Südeuropa, weitere Staaten der EU-25 (EU 25 ohne südeuropäische Staaten), Ex-Jugoslawien, Naher Osten, Ferner Osten sowie Afrika.

Im Durchschnitt am besten integriert sind nach dem genannten Index die rund zwei Millionen Menschen aus den weiteren Ländern der EU-25 (EU 25 ohne Südeuropa). Bei vielen Indikatoren erreichen sie ähnliche, zum Teil sogar bessere Werte wie die Einheimischen: So ist etwa der Anteil von Menschen mit Hochschulbildung unter den EU-Migranten durch die Arbeitsmigration Hochqualifizierter deutlich höher als bei Menschen ohne Migrationshintergrund. Ebenfalls gute Integrationswerte weisen die Aussiedler auf, die mit knapp vier Millionen Menschen die größte aller Herkunftsgruppen bilden. Insgesamt gesehen sind Aussiedler erstaunlich gut integriert: Ganz ohne Bildungsabschluss sind nur 3,3 %. Von der ersten zur zweiten Generation der Aussiedler steigt der Anteil der Abiturienten deutlich an. Auch auf dem Arbeitsmarkt schneiden die Aussiedler im Vergleich zu anderen Herkunftsgruppen gut ab.

Zum Teil massive Integrationsmängel bestehen dagegen bei Migranten aus dem ehemaligen Jugoslawien, aus Afrika und vor allem

bei denen aus der Türkei. Von den hier lebenden 2,8 Millionen Türkischstämmigen ist knapp die Hälfte schon in Deutschland geboren. Leider verläuft die Integration dieser Herkunftsgruppe in kaum einem Bereich wirklich gut. In keiner anderen Herkunftsgruppe finden sich mehr Menschen ohne Bildungsabschluss (30 %) und weniger mit einer Hochschulreife. Zwar verbessert sich das Bildungsniveau der türkischstämmigen Migranten von der ersten zur zweiten Generation, dennoch schneidet auch die zweite Generation im Bildungsbereich deutlich schlechter ab als die in Deutschland geborenen Mitglieder aller anderen Herkunftsgruppen. Auch unter den in Deutschland geborenen 15- bis 64-jährigen Türkischstämmigen bleiben 10 % ohne jeden Bildungsabschluss – weit mehr als unter den Einheimischen dieser Altersklasse. Dementsprechend schwach fällt ihre Integration in den Arbeitsmarkt aus. Hier geborene Türkischstämmige weisen sogar eine höhere Arbeitslosenquote auf als die zum Teil noch als Gastarbeiter selbst Zugewanderten.

Mit einem Anteil von 1,4 % an der Gesamtbevölkerung bilden die Personen und ihre Nachkommen aus dem ehemaligen Jugoslawien die vierte größere Migrantengruppe. Auch hier zeigt sich im Bereich Bildung ein großes Integrationsdefizit. Der Anteil der Menschen ohne Bildungsabschluss liegt mit 14 % deutlich höher als unter den Einheimischen (1 %). Auch die Integration von Menschen aus dem ehemaligen Jugoslawien in den Arbeitsmarkt ist insgesamt schlecht. So liegt die Erwerbslosenquote mit 19 % doppelt so hoch wie bei Einheimischen. Der Anteil der Selbstständigen ist mit 6 % sehr niedrig. Im öffentlichen Dienst sind ehemalige Jugoslawen kaum vertreten, ebenso in „Vertrauensberufen“ mit hohem sozialen Ansehen. Auffallend ist, dass auch die Generation der in Deutschland Geborenen kaum besser in den Arbeitsmarkt vordringt.

Zur Gruppe der Menschen mit fernöstlichem Migrationshintergrund gehören insgesamt 730.000 Personen, 19 % davon stammen aus Vietnam, weitere 11 % aus Afghanistan. Die Migrantengruppe aus dem Fernen Osten hat – bei Migranten eher selten – einen Frauenüberschuss. Dies dürfte eine Folge gezielter Heiratsmigration von Frauen sein. 31 % aller Verheirateten mit fernöstlichem Migrationshintergrund haben einen Partner deutscher Herkunft, wobei der Anteil unter den Frauen deutlich höher ist. Eine Besonderheit der asiatischen Migranten ist der erstaunliche Bildungserfolg der zweiten

Generation: Unter den hier Geborenen verfügen 63 % über eine Hochschulreife, weit mehr als unter Einheimischen.

Migranten aus Ländern des Nahen Ostens sind zusammen mit den Türkischstämmigen die jüngsten aller Herkunftsgruppen. Die Hälfte von ihnen ist unter 27 Jahre alt, mehr als ein Viertel sogar unter 15 Jahre. Unter den Migranten aus dem Nahen Osten zeigen die Indikatoren eine Reihe von Extremwerten. Von allen Migrantengruppen hat diese den höchsten Anteil an Hochschulabsolventen. Sie leidet aber zugleich unter der höchsten Arbeitslosenquote. Menschen aus dem Nahen Osten stellen im Vergleich die meisten Selbstständigen, gleichzeitig aber auch die meisten nicht erwerbstätigen Hausfrauen. Extreme Gegensätze kennzeichnen vor allem das Bildungsniveau der nahöstlichen Herkunftsgruppe. Während die Hälfte aller Berufsabschlüsse von Menschen nahöstlicher Herkunft ein Hochschulabschluss ist, haben 22 % keinerlei Bildungsabschluss vorzuweisen. Immerhin hat sich das Bildungsniveau im Wechsel der Zuwanderergenerationen verbessert: Nur 37 % der Zugewanderten zwischen 20 und 39 Jahren haben eine Hochschulreife, aber bereits 55 % ihrer in Deutschland geborenen Kinder.

Etwa eine halbe Million in Deutschland lebender Menschen haben ihre Wurzeln in Afrika. Von diesen stammt über ein Viertel ursprünglich aus Marokko und ist mit der ehemaligen Gastarbeiterwanderung hier angelangt. Die afrikanischstämmigen Migranten bleiben bei vielen Integrationsindikatoren unter dem Durchschnitt. Der Bildungsstand der afrikanischen Migranten ist sehr unterschiedlich. Erschreckend viele, nämlich ein Viertel, verfügen über keinen Bildungsabschluss, nur unter den türkischstämmigen Migranten liegt dieser Anteil noch höher. Auch der Anteil afrikanischstämmiger Schüler, welche die gymnasialen Oberstufe besuchen, fällt mit 21 % sehr niedrig aus (Einheimische 27 %, Migranten aus Fernost 37 %). In den Arbeitsmarkt sind die afrikanischstämmigen Migranten schlecht integriert. Der Erwerbslosenanteil ist mit 26 % der zweithöchste aller Gruppen und mehr als 30 % der Jugendlichen sind arbeitslos – ein bitterer Negativrekord.

Auch ein regionaler Vergleich der Integrationsindikatoren wird mit den Daten des Mikrozensus möglich. Regional gesehen sind die Integrationswerte dort besser, wo eine vielfältige und moderne Wirtschaftsstruktur vorherrscht - umgekehrt gibt es in Regionen, in denen

Altindustrien wie Kohle, Stahl oder Schiffbau vorherrschten, die größten Integrationsprobleme. Dort leben meist viele gering qualifizierte Migranten, die auch blieben als die Arbeitsplätze in den Schwerindustrien verschwanden – und auch ihre Kinder leiden unter Bildungsdefiziten und hoher Arbeitslosigkeit. In den ehemaligen Schwerindustrieregionen Deutschlands stellen türkischstämmige Migranten oft einen besonders hohen Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund.

Auf die Bundesländer bezogen weisen Hessen und Hamburg relativ gute Integrationswerte auf, besonders schlechte erreicht dagegen das Saarland. Unter den Städten fallen die Dienstleistungsmetropolen München, Frankfurt, Bonn und Düsseldorf positiv auf, während die Integrationsindikatoren für Migranten in Ruhrgebietsstädten wie Duisburg oder Dortmund sowie in Nürnberg am schlechtesten sind. Allerdings sind selbst in den Regionen mit den besten Ergebnissen Migranten mehr als doppelt so häufig erwerbslos wie Einheimische, und sie hängen mehr als doppelt so oft wie diese von öffentlichen Leistungen ab.

Die Studie „Ungenutzte Potenziale“ hat eine erhebliche und sicher auch notwendige öffentliche Diskussion zum Thema Integration ausgelöst. Jedoch muss auch berücksichtigt werden, dass die Studie lediglich sozioökonomische Indikatoren vergleicht – in keiner Weise misst sie die „Integrationswilligkeit“ bestimmter Migrantengruppen. Die Ursachen unterschiedlicher Integration erschließen sich aus den Indikatoren nicht unmittelbar, für sie müssen auf andere Weise Erklärungen gesucht werden. Gründe für schlechte Integrationswerte können sowohl in einer Zuwanderergruppe selbst liegen (etwa geringer Bildungsstand, geringe Bildungsmotivation) als auch im Verantwortungsbereich der Zuwanderungsgesellschaft (z.B. Zugang zur deutschen Staatsbürgerschaft, Einstellung in den öffentlichen Dienst). Auch Integrationsindikatoren auf regionaler Ebene werden nicht nur von regionaler Integrationspolitik bestimmt, sondern ebenso von der ökonomischen Situation und der Zusammensetzung der Migrantengruppe. Die Studie des Berlin-Institutes steht somit am Beginn eines indikatorengestützten Integrationsmonitorings, das in vielen Punkten ausbaufähig ist und in Zukunft in Deutschland mit Sicherheit an Bedeutung gewinnen wird. Eine Verbesserung der Datenverfügbarkeit zu Menschen mit Migrationshintergrund, die Untersuchung

von Ursachen schlechter Integrationswerte in bestimmten gesellschaftlichen Bereichen sowie eine Evaluation von Integrationsmaßnahmen im Hinblick auf messbare Effekte ist eine Voraussetzung dafür, um den Herausforderungen der zukünftigen demografischen Entwicklung gerecht zu werden.

Die Studie „Ungenutzte Potenziale“ ist auf der Homepage des Berlin-Instituts für Bevölkerung und Entwicklung unter www.berlin-institut.org abrufbar.

FRANK BAASNER:

Vielen Dank für dieses sehr reiche Datenmaterial. Wir haben davon gehört, dass es verschiedene Modelle von „citoyenneté“, von Staatsbürgerschaft, von Beteiligung an der Gesellschaft gibt: das deutsche Modell wurde genannt, wir haben vom französischen Modell gehört, wir sind gespannt, wie Gaye Petek uns die französische Situation mit dem berühmten „modèle républicain“ darstellt.

Gaye Petek

(Association Elele – Migrations et Cultures de Turquie, Paris)

Die türkische Einwanderung nach Frankreich

Meine Ausführungen sind etwas improvisiert, da es nicht vorgesehen war, dass ich ein Bild der türkischen Immigration skizziere, ursprünglich wollte Madame Matias darüber referieren. Es wird viel über „Eigentümlichkeit“ gesprochen. Da Frankreich ein Integrations- und Assimilationsverständnis hat, welches keine Unterschiedlichkeit nach der Herkunft vorsieht, wird dieser Begriff bei uns nicht sehr geschätzt.

Wenn Wissenschaftler, Sozialarbeiter oder Mandatsträger der türkischen Bevölkerung spezifische Besonderheiten zusprechen, so ist dieses eigentlich nicht gewünscht. Die türkische Bevölkerungsgruppe ist in Frankreich aber erstaunlicherweise eine der wenigen, zusammen mit den asiatischen vielleicht, deren Eigenart anerkannt wird.

Die Aufgabenfelder sind heutzutage auf zwei Ministerien aufgeteilt, dem von Fadela Amara, zuständig für Stadtentwicklung, und dem Ministerium von Eric Besson für Immigration, Integration, nationale Identität und solidarische Entwicklung. Interessanterweise meint

das Ministerium von Madame Amara, dass es keine Eigenarten, keine Gemeinschaften und keinen Partikularismus bei Einwanderern gebe. Dem fügt sie hinzu, dass sie einer Politik „vom Fuße der Wohntürme“ den Vorzug gibt. Darauf antworte ich, dass es eine faktische Prioritätensetzung der Einwandergruppen gibt: die „Schwarzen“ und die „jungen Araber“. Und sicher nicht die Türken.

So hat sich Frankreich in seinen Widersprüchen verfangen, weil die Türken nicht so zahlreich sind wie die Einwanderer aus dem Maghreb, aber sie sind immerhin über 450 000, die sich zusammensetzen aus den Türken mit französischem und denen mit türkischem Pass. Diese Statistiken erfassen natürlich nicht jene, die in Frankreich geboren werden und gleich Franzosen werden. Erwähnen möchte ich, dass es keine ethnischen Statistiken in Frankreich gibt.

Heutzutage bleiben die türkischen Einwanderungszahlen konstant. Es handelt sich vor allem um Familiennachzug: 8500 Türken wanderten 2006 ein, 9000 unter Einbezug der Arbeitnehmer mit dauerhafter Anstellung. Im Rahmen der Familienzusammenführung wurden 2000 Aufenthaltsgenehmigungen erteilt und 3445 Personen als Familienangehörige eines Franzosen eingestuft. Von den 1200 erfassten Anträgen wurden 14 % genehmigt, dabei handelt es sich um Personen, die zwar nicht die nötigen Dokumente hatten, aber deren Antrag nach individuellem Ersuchen stattgegeben wurde.

Je nachdem ob man über die türkische Einwanderergeneration oder deren Nachkommen spricht, variieren die neuen Integrationsindikatoren. Bei der ersten Generation gibt es wenig Veränderung, auch wenn die Gründung von Unternehmen vorangeschritten ist und somit den Kindern Arbeit beschafft. In den Bereichen des Bauwesens, des Holzwirtschaft und der Textilindustrie (vor allem in der Konfektion) gründeten die Väter Unternehmen, die auf die Söhne übergehen. Die jungen Türken in Frankreich befinden sich in einer besseren Arbeitsmarktsituation als die jungen Maghrebener. In einigen Städten ruft dies sogar Konflikte hervor, da die einen Arbeit haben und die anderen nicht.

Die Arbeit der jungen Türken ist also eine innergemeinschaftliche, verbunden mit den Familienunternehmen. Diese Unternehmen der ersten Generation sind, da sie heutzutage besser geführt werden, tragfähiger als noch vor 10 Jahren.

Auch der Erwerb der Staatsbürgerschaft, d.h. die Zahl der türkischen Ausländer, die Franzosen werden wollen, nimmt zu: 10.492 im Jahre 2003, 13.618 im Jahre 2006. Aber die französische Politik änderte per Erlass gerade den Sachverhalt; um Franzose per Einbürgerung zu werden, muss man nun nicht nur Französisch sprechen können, sondern auch die Werte der Republik kennen. Darüber finden Prüfungen statt und so wird die Zahl der Einbürgerungen der türkischen Einwanderer der ersten Generation wohl sinken, da sie Probleme vor allem mit der Beherrschung der französischen Sprache haben. Auch wurde 2003 ein Einwanderungs- und Integrationsvertrag eingeführt, der 2007 zur Pflicht wurde. Alle Personen, die im Rahmen der Familienzusammenführung, einer Aufenthaltserlaubnis, einer Arbeitserlaubnis oder eines Asylantrags kommen, müssen diesen Vertrag unterzeichnen. 3772 türkische Unterzeichner gab es 2005, 2006 waren es schon 5885. Diese Unterzeichnung ist die einzige Möglichkeit, die Papiere zu erlangen, aber wenn man später die Anzahl derer betrachtet, die die obligatorischen Sprach- und Staatsbürgerkurse besuchen, so sind es weniger. Dieses hat berufliche Gründe oder liegt an Schwangerschaften, aber auch daran, dass die öffentliche Verwaltung noch nicht effizient genug die Einhaltung überwacht.

Die gesellschaftliche Abschottung bleibt bestehen und wird noch verschärft durch die Ansiedlung von extrem radikal-islamischen Netzwerken, die missionarisch arbeiten, indem sie die Menschen zuhause aufsuchen und interne Netze in den Familien bilden. Die sozialen Beziehungen der ersten türkischen Generation mit der Nachbarschaft und den lokalen Begegnungsorten sind immer noch sehr schwach, nahezu inexistent. Die zukünftigen Ehebeziehungen der Kinder werden immer noch hauptsächlich von ihrer Familie gestaltet, mit arrangierten oder erzwungenen Ehen. Diese Frage wird kontrovers behandelt: die Menschen vor Ort, zu denen ich mich zähle, denken, dass zu viele Ehen von den Familien diktiert werden. Wissenschaftler hingegen tendieren zu einer Minimisierung des Phänomens. Eine Studie der INED zeigt, dass 83 % der in Frankreich lebenden Türken sich mit einer Türkin oder einem Türken aus der Türkei verheirateten: es ist schwer zu glauben, dass es sich hierbei um Liebesehen oder eine persönliche Wahl handelt.

Eine von mir herausgegebene Sonderausgabe der Zeitschrift *Hommes et migration*, die soeben erschienen ist, heißt: „Die Türken in Frankreich: welche Wurzeln haben sie?“ Mehrere Beiträge dieser Spezialausgabe haben uns erlaubt, in die Probleme der jüngeren Generation Einblicke zu gewinnen. Zahlreiche Nachkommen der türkischen Einwanderer, von Geburt an Franzosen, sind nun erwachsen. So haben jetzt 56 % der aus der Türkei stammenden Einwanderer von Geburt an die französische Staatsbürgerschaft. Im Gegensatz zu dem Monolithismus der Eltern beobachtet man hier einen manchmal paradoxen Wandel. Einige Jüngere kennen nun Wege zum wirtschaftlichen Erfolg, meist durch die Schaffung vom eigenen Unternehmen oder einer Handelsfirma.

Die Erfolge durch ein Studium hingegen sind geringer. Selten sieht man junge türkische Wissenschaftler, Juristen oder Architekten... Viele hingegen geben an, eine kaufmännische Ausbildung zu machen, um im Kontakt mit der Türkei zu bleiben und um eine Import-Exportfirma in dem Wissen zu betreiben, dass Frankreich einer der wichtigsten europäischen Investoren in der Türkei ist.

Ein anderes interessantes Phänomen möchte ich hervorheben: Bei den Kommunalwahlen 2008 in Frankreich zeigte sich ein neues Bild. Auf den Listen aller Parteien, aber vor allem auf denen der UMP, der PS und des MoDem, finden sich nun gewählte Volksvertreter türkischer Herkunft.

Diese Einwanderungsgruppe stellte 198 Kandidaten, von denen 91 gewählt wurden.

Man fragt sich jedoch, ob diese Volksvertreter wirklich angemessen mit den Prinzipien der Staatsbürgerschaft umgehen, da es so aussieht, als wären einige von ihnen gewählt worden nur auf Grund ihrer Herkunft und weil sie sich zur Treue verpflichtet fühlen gegenüber der Gemeinschaft, aus der sie stammen. Aber genauere Studien zu diesem Thema fehlen noch.

Einen kleinen Rückgang der arrangierten Eheschließungen kann man verzeichnen, da die Angehörigen der jungen Generation, um Familienkonflikte zu vermeiden, sagen, dass sie eine Vernunftehe vorziehen. So beobachtet man auch sehr wenige Eheschließungen zwischen den Nachkommen der Einwanderer unter sich und noch weniger gemischte Ehen: 13,3 % aller gemischten Ehen haben einen türkischen Mann und 5,4 % eine türkische Frau. Doch fehlt weiterhin

eine Präsenz der jüngeren Generation türkischer Herkunft, auch der Volksvertreter, in den politischen Debatten, die Frankreich bewegen.

Im Gegensatz zu den jungen Maghrebiniern beteiligen sie sich wenig an den öffentlichen Diskussionen wie z.B. bei der Kopftuchfrage oder der Suche nach einer nationalen Identität. Die türkische Bevölkerung orientiert sich immer noch zu sehr an türkischen kulturellen Werten, auch wenn die Jüngeren sie schlecht kennen und in Frankreich an die Universität gehen, um Türkisch zu lernen, weil ihre Familien ihnen dieses nicht richtig vermitteln konnten.

Die Einwanderergeneration gründete Kulturvereine, doch die Beteiligung der Jungen am Vereinsleben ist gering und sie selbst gründen kaum Vereinigungen.

Einige junge Leute versuchen heutzutage, ohne wirklich den Vereinen beizutreten, deren Niveau anzuheben, indem sie mit den Kommunen und öffentlichen Einrichtungen zusammenarbeiten oder Kulturveranstaltungen anbieten. Im Gegensatz zu Deutschland, wo türkische Schriftsteller und Filmemacher von sich reden machen, findet man in Frankreich wenige kunstschaftende Türken.

Wichtig ist, dass es unter diesen jungen Menschen einige gibt, die sich auflehnen, sei es gegen die Zwangsehe oder aber auch gegen den Abbruch der Schulausbildung, vor allem der Mädchen, am Ende des „secondaire“ (was der deutschen Mittelstufe entspricht). Bis jetzt ist dieses Aufbäumen gegen die Eltern gerichtet, was zwar manchmal zu einem Bruch mit der Familie führt, aber keine weiteren Auswirkungen hat, von denen alle profitieren könnten. Was die Frage der Schulbildung angeht, die wir in einer der Arbeitsgruppen in Angriff nehmen werden, ist in Frankreich das Niveau der Jugendlichen aus türkischen Einwanderfamilien sehr niedrig. Vergleichende Studien aus den Jahren 2006 und 2007 über Familien mit der gleichen sozialen Herkunft, auch mit rein französischen Arbeiterfamilien, zeigen, dass die Türken sich im unteren Bereich der Skala befinden und dass ihre Kinder zu jenen gehören, deren Chancen von der Mittelstufe in eine allgemeine Oberstufe zu wechseln, am geringsten sind.

Zu den Frauen und damit zu meinem letzten Punkt: wenige von ihnen arbeiten und die Geburtenrate ist mit 2,8 Kindern pro Frau, wie die der Frauen aus Schwarzafrika, eine der höchsten in Frankreich. Die Eheschließung sowie die ersten Schwangerschaften erfolgen sehr früh, selbst bei jenen, die weniger Kinder haben. Darin begründet sich

die immer noch sehr niedrige Beschäftigungsrate der türkischen Frauen.

Über die unterschiedlichen Aspekte bei der Feststellung der Integrationsparameter könnte man diskutieren. Während 9 Jahren war ich am „Haut Conseil à l'Intégration“, der 1989 eine Integrationsdefinition veröffentlicht hat, die mir treffend erscheint. So denke ich, dass Integration nicht über so einfache Parameter festzumachen ist wie die Nationalität, die Arbeit... So gibt es viele Türken in Frankreich, die luxuriöse, selbsterbaute Häuser besitzen, die deutsche Luxusautos fahren, die florierende Unternehmen haben, aber dies bedeutet nicht unbedingt, dass sie integriert sind. Die Nationalität, die Arbeit, die Wohnung sind meiner Meinung nach keine aussagekräftigen Integrationsfaktoren. Auf einem grundlegenden, kultur- und politikbezogenem Niveau befinden sich die entscheidenden Integrationsparameter: im Bereich der Geselligkeit, der Mischehen, dem Bezug zum sozialen Umfeld, der Vermischung mit der einheimischen Bevölkerung, der Nutzung von gemeinnützigen Bildungs- oder Kultureinrichtungen, etc. ...

Ich kenne sehr viele Türken in Frankreich, die nicht die Wahl getroffen haben, Franzosen zu werden, die aber perfekt integriert sind, und ebenso kenne ich viele Türken mit französischer Staatsbürgerschaft, die nicht integriert sind.

FRANK BAASNER:

Danke für diesen improvisierten Überblick. Ich möchte Ihnen vorschlagen, dass wir uns nach einer kleinen Pause mit konkreten Fällen aus zwei Städten beschäftigen, nachdem die drei informationsreichen Darstellungen den Überblick über die Situation in drei Ländern gegeben haben.

Ahmed Medhoune

(Beigeordneter des Bürgermeisters in der Gemeinde von Saint-Josse-ten-Noode, Brüssel)

Türken in Brüssel: von der Ausgeschlossenheit in der Schule zur politischen Teilhabe

Auch wenn ich noch einige Verpflichtungen an meiner Heimatuniversität beibehalte, bin ich nun vor allem Beigeordneter des Bürgermeisters in der kleinsten Kommune von Belgien, im Herzen von Brüssel. Saint-Josse hat auf einer Fläche von einem Quadratkilometer die größte Einwohnerkonzentration von Belgien, vergleichbar mit Calcutta, die höchste Arbeitslosenquote in Belgien, die höchste Frauenarbeitslosenquote etc. ... Diese Situation ist für mich ein sehr interessantes Untersuchungsfeld, sowohl um zu lernen, wie man besser zusammenlebt, wie man seinem Nachbarn helfen kann, als auch weil ich Brüssel für ein sehr originelles Labor halte. Und das aus mehreren Gründen: auf der einen Seite, weil man hier versucht, wie in einem Spagat zusammen zu leben: Das eine Bein steht in einer gemeinschaftsbezogenen, und das andere in einer universalistischen Gesellschaft. Sie wissen, dass es sich um ein äußerst vielschichtiges Land handelt. In dieser geteilten Gesellschaft, in dieser belgischen Demokratie der Identitäten, machen die Gemeinschaften einen Teil der Gesellschaft aus.

Man kann von Parallelgesellschaften sprechen, dieses hat aber sicherlich in Belgien eine andere Bedeutung als der französische Begriff „communautarisme“, weil in der belgischen Gesellschaft traditionell die Idee des Laizismus nicht vollständig umgesetzt ist. Sie gilt nur partiell, denn es bestehen im politischen Raum nebeneinander sprachliche und zugleich religiöse Interessengruppen.

In diesem Kontext ist anzumerken, dass Türken und Marokkaner in unterschiedlichen geographischen Gebieten anzutreffen sind. Die Türken wohnen hauptsächlich im Norden des Landes, die Marokkaner in Brüssel, und die Italiener vor allem im Süden. Die türkische Diaspora in Belgien hat, im Gegensatz zu den Marokkanern, die dies immer weniger haben, einen Vorteil: Sie bilden eine Einheit in einem geteilten Land, vor allem eine sprachliche Einheit. Dies ermöglicht einen regen Austausch zwischen den Türken in Belgien und der Türkei, ei-

nen Nord-Süd-Austausch, der weniger verbreitet ist bei den Marokkanern, die im Laufe der Zeit ihren arabischen Dialekt, das Marokkanisch, verlernen. Wie dem auch sei, Türken und Marokkaner befinden sich in Regionen, deren Auffassungen von Integration sehr unterschiedlich sind. Um es einfach auszudrücken: Anerkennung im Norden, Stigmatisierung im Süden.

In diesem Rahmen ist zu beobachten, dass immer mehr das Identitätsgefühl erwacht und wir in diesem Brüsseler Gestrüpp an Paradoxien auf der einen Seite eine starke Integration wie aber auch auf der anderen Seite eine deutliche Abschottung antreffen. Ich möchte hier zwei Beispiele anführen: das der Politik und das der schulischen Trennung, wobei dieses ein Euphemismus ist, man könnte auch von Apartheid sprechen.

Beginnen wir mit der Integration in das politische Leben. Meine Generation (ich bin 47 Jahre alt) ist sehr beeinflusst worden von einigen traumatischen Erlebnissen, wovon eines die Abschiebung ist.

In den 80er Jahren wurde im Wahlkampf von den Parteien, die sich im Zentrum sahen, oft aber von den rechten oder vor allem von den extrem-rechten Parteien, in Erwägung gezogen, unsere Eltern in ihre Herkunftsländer zurückzuschicken. Sehr früh gesellt sich dieses Trauma zu dem schon lädierten Identitätsverständnis und zerstört das, wie es Herr Kentel so treffend beschrieben hat, was Selbstachtung hätte sein sollen.

Diese rechtliche Unsicherheit, denn das war es damals, hat viele dazu bewegt, in die Politik einzusteigen, und es war dieses Ringen um juristische Sicherheit, das den politischen Einbezug der Einwanderer vorantrieb. Belgien hatte zwei Barrieren, die diese Partizipation behinderten und die sich mittlerweile stark verändert haben: das Einbürgerungsrecht und das Wahlrecht.

Vergessen wir nicht, dass viele dafür gekämpft haben. Als ich Belgier wurde, Anfang der 80er Jahre, hatte ich das, was man die „kleine Nationalität“ nannte und die in 4 Jahren die belgische Nationalität und in 7 Jahren das Wahlrecht zugestand. Mit einigem Abstand kann ich nun sagen, dass diese politische Partizipation im Rahmen der historischen Integrationsgeschichte vergleichsweise schnell erreicht wurde, im Verhältnis etwa zu der Emanzipation der Frauen in Belgien. Aus der Immigration ist eine Wählerschaft herangewachsen, entstanden durch eines der weltweit entgegenkommendsten Einbürgerungs-

rechte, und durch die Lockerung des Wahlrechtes, die wir der europäischen Integration verdanken. Ich erinnere mich, dass wir damals oft auf Deutschland schauten und sehr überrascht waren von der unterschiedlichen Auffassung der Wege zur politischen Integration, und ich muss sagen, dass in den letzten Jahren auch Deutschland seine Bestimmungen zum Erwerb der Staatsbürgerschaft sehr gelockert hat. Aber das ist nicht der einzige Weg. Eine Wählerschaft aus den Einwanderern zu schaffen bedeutet auch den Zugang für Einwanderer zu höheren Parteiämtern. In den 80er Jahren hat man das noch für Science-Fiction gehalten, doch Zug um Zug wurde es wahr: im Parlament, sogar in der Regierung, sind Männer und Frauen vertreten, die aus Einwanderfamilien stammen.

Einige Fehler konnten dabei vermieden werden, indem man schrittweise vorging. Nach und nach haben sich die gewählten Vertreter mit Migrationshintergrund die politischen Themen und Bereiche erschlossen, für die es ja auch eine implizite Hierarchie gibt.

Nun bemerkt man, dass die Mitwirkung im Zentrum der politischen Macht Realität geworden ist. Belgien ist dafür ein interessantes Beispiel, da dies in anderen Ländern noch lange nicht so ist. Frankreich kennt das Paradox, dass seine Nationalmannschaft zwar „United colors“ ist, sein Parlament aber nicht das ist, was man ein Familienbild nennen könnte. Man benötigt Zeit um Vorteile und Nachteile, die eben auch existieren, eines solchen Mitregierens abzuschätzen. Sicherlich, Rassismus ist sanfter geworden, aber die Wörter sind nur andere, ein bisschen verkappter - wie beim Sexismus. Diskriminierungen werden etwas mehr anerkannt, doch die Art und Weise, wie man sie bekämpft, ist weniger wirkungsvoll als früher.

Daneben kann man ein gewisses ethnisches Denken bei den Eingewanderten nicht leugnen, vor allem wenn es um politische Mitwirkung geht.

Manchmal sogar, und dies ist der Fall in Belgien und besonders in Brüssel, lähmt das Gewicht dieser wahlberechtigten Einwanderer eine Menge politischer Debatten. Außerdem stellen sich einige wichtige Fragen: So liegen immer noch einige Verdächtigungen gegenüber den türkischen und marokkanischen Mandatsträgern in der Luft, vor allem was die Frage der Treue und deren Rangordnung angeht. Kann man einer oder zwei Zugehörigkeiten die Treue halten? Diese Verdächtigungen beziehen sich auch auf die Frage nach dem Umgang mit den

Konflikten in ihren Herkunftsländern. Eine klassische Falle für diese Volksvertreter ist die Beziehung zur eigenen Wählerschaft, und zwar wenn sie ihren Wohnort und ihre Herkunftsgemeinde bevorzugt behandeln.

Das muss unbedingt vermieden werden, und an diesem Punkt spürt man am stärksten die Spannungen zwischen einem ethnischen und einem bürgerschaftlichem Zugang zur Gesellschaft, und das gilt für Frankreich, Belgien und Deutschland gleichermaßen.

Ein anderer Punkt, den ich gerne hervorheben möchte, betrifft die psychische Gesundheit. Ich bin davon überzeugt, dass viele eingewanderte Männer und Frauen, wenn sie sich in einer Migrationsgeschichte leben, sich in einer Art Spiegelkabinett befinden, das abwerfende Bilder von ihnen und der zugehörigen Gruppe spiegelt. So entsteht um sie eine Art gedrückte Stimmung die zu einem sozio-psychischen Knoten des Schamgefühls wird. Um diesen Knoten zu lösen benötigt man viel Zeit, und daher glaube ich an die Politik der Anerkennung. Volksvertreter aus diesen Gemeinschaften nun im politischen Raum zu haben ist gut für das geistige Selbstempfinden und die Selbstachtung dieser Gruppen.

Allerdings stößt man an seine Grenzen. Meine Kommune, Saint-Josse-ten-Noode, hat eine große, aus der Türkei stammende Gemeinschaft und eine andere große aus Marokko. Doch habe ich festgestellt, dass in den 36 Monaten, die ich Politik mache, in den hundert von Stunden sozialen Bereitschaftsdienstes, es in 8 von 10 Fällen marokkanische Besucher, und eben nicht türkischstämmige sind, die zu mir wegen Arbeits- und Wohnungssorgen kommen. Das ist schon verblüffend für mich, der ich ja eigentlich der politische Vertreter für alle bin. Die politische Partizipation ist, über den Weg der Erleichterungen beim Erwerb der Nationalität und des Wahlrechtes, eine notwendige, wenn auch nicht ausreichende Bedingung für eine bessere Demokratie. Zwei Dinge müssten dem noch hinzugefügt werden: Wir müssen denen, denen wir die Nationalität anbieten, einerseits erklären, warum wir mündige Bürger heranbilden wollen und warum wir an der Utopie des Zusammen-Lebens festhalten, und andererseits müssten wir ihnen Möglichkeiten zum Spracherwerb anbieten.

Auch wenn es etwas kleinkariert erscheinen mag, möchte ich Ihnen ein Beispiel geben, das ich jeden Dienstag immer wieder erlebe. Ein Mann kommt zu mir, um meinen Rat in Fragen seines Arbeitsver-

hältnisses zu erbitten - auf marokkanisch. Sofort unterbreche ich das Gespräch und versuche den Grund dafür zu verstehen. So stelle ich fest, dass viele Männer und Frauen oft seit langem nicht mehr mit einem Belgier gesprochen haben. Doch ich bin überzeugt - es kann keine Integration geben ohne dass man eine Sprache „lebt“.

Nun möchte ich etwas über die schulische Segregation sagen. Die PISA-Studie, die von der OECD durchgeführt wurde und die schulischen Leistungen in einzelnen Fächern gemessen hat, zeigt, dass die Unterschiede der Leistungen zwischen Schulen vor allem in Brüssel zu den signifikantesten Europas gehören. Die schwächsten Schüler kommen im Prinzip aus den Einwanderfamilien. Wenn ich dies so formuliere, dann will ich sehr vorsichtig sein, wie ich über Türken rede. Die Einbürgerung verhindert, dass diese Kinder in der Kategorie „Türken“ aufgeführt werden. Die statistischen Möglichkeiten reichen in einem Land, in dem die Einbürgerungsrate hoch ist, nicht aus, um die Integration messen zu können. Gleichwohl, diese Untersuchungen haben aufgezeigt, dass die türkischen und marokkanischen Kinder hauptsächlich in schwache Schulzweige getan werden. Dazu muss man wissen, dass die technischen und berufsnahen Bildungswege in Belgien nicht so geachtet sind wie in Deutschland.

Eines lässt sich in Belgien, Frankreich und Deutschland aufzeigen: Wenn man in einem eher schwachen, benachteiligten Umfeld zur Schule geht und es in den Bildungseinrichtungen keine soziale Vermischung gibt, hat das zweierlei Folgen.

1. Das Bildungsniveau dieser Schüler in der Mittelstufe ist niedriger als das an anderen Schulen, aus einem einfachen Grund. Eine Untersuchung über die Fehlstunden der Lehrer und Schüler in den technischen und berufsbildenden Zweigen zeigt, dass die Anzahl an Verspätungen und Abwesenheiten und dazu auch die verlorene Zeit, um „Frieden in der Klasse“ herzustellen, einem verlorenen Schuljahr entspricht, und das innerhalb der sechs Schuljahre, die die belgische Sekundarschule umfasst. Das erklärt die großen Niveauunterschiede in der höheren Schulbildung und das hohe Schulabbruchrisiko.
2. Der berufliche Einstieg beginnt für alle mit einem Diplom, aber auch über ein Beziehungsnetzwerk, und schließlich über das Beherrschen des Auftretens, welches das entscheidende Element auf dem Arbeitsmarkt ist. Es handelt sich um die Beherrschung einer

Anzahl von hochwertigen Kodizes im Sozialverhalten, vor allem beim Vorstellungsgespräch. Im Falle gleichwertiger Diplome ist dies der Moment, in dem diskriminierend gehandelt wird. Wenn in der Schule nicht alle Kräfte gebündelt werden, um per Nachahmung diese Verhaltensformen zu lernen, so werden die Berufseinstiegschancen schwach bleiben.

Zusammenfassend möchte ich sagen, dass die tägliche Integrationsrealität sich zwischen zwei großen theoretischen Rahmen befindet, dem Universalismus und dem ethnischen Gruppenbezug. An dieser Utopie des gemeinsamen Lebens dazwischen sollten wir weiterhin schreiben – davon bin ich überzeugt.

Der Bezug zur ethnischen Gruppe birgt eine Stärke, die oft vergessen wird: Er gibt Raum zum Kraftschöpfen, der oft so nötig ist für das in Mitleidenschaft geratene Identitätsbewusstsein, und er ist unverzichtbar, um tägliche Solidarität zu erfahren.

FRANK BAASNER:

Vielen Dank für diese Darstellung. Ich gebe das Wort nun weiter an die letzte Referentin, die uns von einer etwas größeren Stadt als Saint-Josse berichten wird, bei der aber einige Aspekte durchaus vergleichbar sind.

Dr. Christine Meyer

(Mitarbeiterin des Oberbürgermeisters der Stadt Nürnberg)

Mein Name ist Christine Meyer und ich bin Mitarbeiterin des Oberbürgermeisters der Stadt Nürnberg. Ganz kurz nur einige Zahlen: Die Stadt Nürnberg hat ungefähr eine halbe Million Einwohner, liegt in Bayern, ist die kleine, arme Schwester von München. Das ist sehr wichtig, denn ich komme nachher nochmal zu den wirtschaftlichen Indikatoren, die schon Herr Kröhnert angesprochen hat, und die für Nürnberg eine Rolle spielen.

Die Situation hinsichtlich Menschen mit Zuwanderungshintergrund ist eigentlich fast wie in allen anderen größeren Städten in Deutschland, denn wir haben rund 19 % Ausländer – also richtige Pass-Ausländer – während Menschen mit Zuwanderungshintergrund inzwischen rund ein Drittel ausmachen. Auch das wurde hier schon erwähnt, dass es sich gerade bei den Kindern natürlich um einen höhe-

ren Prozentsatz handelt, so dass man diese Entwicklung entsprechend bei der Indikationspolitik zu beachten hat.

Bei uns kommen die Menschen aus über 165 Ländern und es ist ein Mix von Nationalitäten. Menschen mit türkischem Hintergrund machen innerhalb der Gruppierung rund 20-25 % aus, aber wir haben auch einen sehr großen Anteil von Menschen aus den ehemaligen GUS-Staaten, also Russland, Weißrussland oder dergleichen, die ebenfalls rund 20-25 % ausmachen, so dass nicht, wie es vielleicht in anderen Städten in Deutschland der Fall ist, Menschen mit türkischem Zuwanderungshintergrund rein zahlenmäßig gesehen sehr stark dominieren.

Wie gestalten wir als Stadt Nürnberg die Integrationspolitik? Dabei ist es sehr wichtig, sich ein Stück weit auch die Vergangenheit oder die frühere Diskussion in Deutschland zu dem Thema anzuschauen. Jahrzehntlang wurde eigentlich eher behauptet, es gäbe keinen Diskurs, keinen ordentlichen Diskurs über die Frage: Wie wollen wir Integration gestalten? Lange hat man sich gewehrt zu sagen, wir sind ein Einwanderungs- oder Zuwanderungsland, auch wenn *de facto* wir als Kommune die Zahlen natürlich haben und hier entsprechend Zuwanderung war. Dieses Diskursdefizit spiegelt sich auch wieder in einer Kommune, sogar in der Verwaltungsorganisation. Wir hatten jahrelang das Thema Ausländer im Kulturreferat. Dort wurde gesagt: Na ja, das sind Gastarbeiter, die sind in den sechziger Jahren gekommen, die arbeiten hier, das ist also keine soziale Frage, sondern eher, dass man das kulturell ein Stück weit begleitet, und wenn sie hier gearbeitet haben, gehen sie schon wieder in ihre Länder zurück – das ist die eine Seite. Und auf der anderen Seite, als dann stärker Aussiedler, Menschen eben auch aus ehemaligen GUS-Staaten zu uns kamen, wurde die Aussiedler-Thematik ins Sozialreferat gepackt. Das waren zwar Deutsche, viele von den Ausländern mit dem entsprechenden Pass hatten aber, wenn sie hierher kamen, zunächst einmal heftige Schwierigkeiten in unserer Stadt, einen Arbeitsplatz zu finden, sich in die Schulen zu integrieren und dergleichen. So wurde das dann eher zu einer sozialen Frage und deswegen das Sozialreferat damit betraut.

Inzwischen ist sehr deutlich, dass wir mit diesem Diskursdefizit nicht unbedingt weiter gekommen sind. Ich denke, man sieht auch in der nationalen Integrationspolitik, dass hier ein Wandel ist. Dass man

sich aus diesen Schützengräben heraus bewegt hat, auf der einen Seite diese Leitfigur von deutscher Leitkultur, Assimilation („ein Migrant ist dann gut, wenn er nicht auffällt, wenn er irgendwie genau in unser Raster reinpasst“ – was auch immer unser Raster ist!) und auf der anderen Seite, diese eher rot-grüne, linke Harmonievorstellung, wenn wir alle gemeinsam die Internationale singen, ist es gut. Das waren so – ich sage es jetzt sehr überspitzt natürlich – die beiden Extrempunkte, die aber für eine Kommune, die tagtäglich mit dem Organisieren von Konflikten zu tun hat, nicht sehr hilfreich sind. Man muss sehr deutlich sagen: Wir verstehen die Kommunalpolitik als friedliches Organisieren von Konflikten, d.h. es gilt, Konflikte zu lösen. Das bezieht sich aber zunächst nicht auf Ethnien, sondern das ist eine grundsätzliche Problematik. Wenn Sie beispielsweise irgendwelche Nachbarn haben, die miteinander streiten, weil der eine die Musik zu laut hat. Das ist ein Konflikt, den wir tagtäglich haben, für den wir entsprechend Briefe bekommen und dergleichen. Dieser Konflikt wird dann aber natürlich überlagert, wenn der eine Nachbar z.B. ein Grieche ist und der andere Nachbar ein Deutscher. Dann heißt es sofort: „Das ist der Grieche!“ oder „Das ist der Deutsche!“ – je nachdem, der Konflikt wird jedenfalls ethnisch überlagert. Dem müssen wir uns als Stadt stellen: Was ist der eigentliche Konflikt? Wie gehen wir damit um? Und vor allem: Wie finden wir entsprechend Kompromisse? Das ist unser Ausgangspunkt. Und in diesem Diskurs, den wir als Stadt zu führen haben, ist es für uns auch eine Frage, dass wir einen Konsens herstellen, wie viel Unterschiedlichkeit wollen wir eigentlich in unserer Stadt haben? Wie verschieden wollen wir sein? Das ist natürlich auch für eine Großstadt oder eine größere Stadt wie Nürnberg entscheidend. Aber wenn Sie diese Frage stellen und mit Ihren Mitbürgerinnen und Mitbürgern diskutieren, muss überhaupt erst einmal ein Diskurs gestaltet werden. Sie können nur dann einen Diskurs führen, wenn man die Sprache gemeinsam spricht. Das ist sicherlich eine notwendige Bedingung – keine hinreichende, aber eine notwendige Bedingung, dass man überhaupt gemeinsam Diskurs führen kann, gemeinsam sich darüber auch verständigt, was wir in bestimmten Stadtteilen entsprechend erreichen wollen.

Ich möchte einige Punkte unserer Arbeit erwähnen. Also zum einen, wie gesagt, ist es die Sprache als Grundlage für einen Diskurs, denn es gibt in einer Stadt kein Harmoniemodell und zwar egal für

welche Fragen. So haben wir beispielsweise jetzt die Diskussion in der Schweiz mitbekommen, die sich um die Frage von Minaretten dreht. Eine ähnliche Frage stellt sich bei uns im Hinblick auf den modernen Neubau der Stadtbibliothek in der Altstadt. Da ist ein sehr ähnlicher Streit da. Der ist zwar stadtgestalterisch, aber letztendlich könnte man die Diskussion auch bei Minaretten zunächst einmal genauso sehen, nämlich stadtgestalterisch.

Ein weiterer Punkt sind die Fragen der Bildung und das wurde eben in den Indikatoren deutlich. Wir sagen ganz klar: Das sind wichtige Indikatoren, nämlich wie haben überhaupt Menschen mit Zuwanderungshintergrund Anteil an der Bildung, also am Schulsystem oder an Bildungsabschlüssen, Anteil an der wirtschaftlichen Situation. Das sind aber für uns keine ausreichenden Indikatoren für Integration. Ich denke, dass man hier zusätzliche Indikatoren mit einbringen muss, eben – das ist die Frage – wie ist die kulturelle Situation? Wie frei kann man sich dort entfalten? In wie weit kann man hier entsprechende Möglichkeiten schaffen für die Menschen und zwar, dass sie sich ihre Religion, ihre kulturellen Aspekte bewahren können und zwar in jeder Hinsicht. Das ist nicht nur eine Frage der wirtschaftlichen Zugehörigkeit, also Arbeitsmarktsituation oder der schulischen Abschlüsse, die natürlich auch sehr wichtig sind. Hierzu vielleicht ein kurzes Beispiel, um zu verdeutlichen, dass das nicht *per se* „ist gleich Integration“ ist: Wir haben – das haben Sie sicherlich in den Medien mitbekommen – Quelle, eine große Firma, in Nürnberg ansässig, die jetzt pleite gegangen ist und das heißt für uns innerhalb eines Monats einige tausend Arbeitslose. Da diese Firma noch die Möglichkeit hatte, viele ungelernte, angelernte Kräfte zu haben, sind dort viele Menschen mit geringen Bildungsabschlüssen und eben auch ein bestimmter Anteil an Menschen mit Zuwanderungshintergrund beschäftigt. Diese Menschen verlieren nun ihren Arbeitsplatz. Da frage ich: Sind die von diesem einen Tag auf den anderen Tag nicht mehr integriert? Teilhabe am Arbeitsmarkt ist ein Kriterium, aber es kann sicherlich nicht das alleinige sein. Die Frage der Bildung ist ein weiterer zentraler Punkt. Aber auch hier entfernen wir uns eher von der Frage der Ethnie, und wenden uns wieder der Frage der sozialen Schicht, der sozialen Herkunft zu, denn das sehen wir auch sehr deutlich, dass wir eher einen Zusammenhang haben zwischen der sozialen Herkunft und der Bildungsferne oder Bildungsnähe. Unser Schulsystem in Bay-

ern ist so ausgerichtet, dass gerade der Schulerfolg sehr eng mit der sozialen Herkunft der Eltern verknüpft ist. Hier muss man etwas durchbrechen. In diesem Zusammenhang möchte ich nochmals auf Menschen mit türkischem Zuwanderungshintergrund zu sprechen kommen: Sie sind nach Nürnberg als die erste Generation, als so genannte „Gastarbeiter“ gekommen, sind in die angelernten, ungelernen Jobs gegangen, das war von unserer Seite ja so gewünscht. Das Resultat sind Eltern aus eher bildungsfernen Schichten. Und nun wundert man sich, dass es bei der zweiten Generation nicht so schnell klappt. Aber das sehen wir ganz genauso beispielsweise bei Kindern ohne Zuwanderungshintergrund, die auch aus bildungsfernen Schichten kommen.

Und einen letzten Punkt, den wir sehr ernst nehmen und den wir für sehr wichtig halten, das ist die Frage der Partizipation, denn – Sie hatten es vorhin gesagt– das ist auch eine Frage der Reproduktion des Mangels an Selbstbewusstsein. Wie lasse ich denn tatsächlich teilhaben? Fangen wir an beim kommunalen Wahlrecht: Wir haben in Deutschland immer noch kein kommunales Wahlrecht für Menschen, die schon eine bestimmte Zeit lang in einer Stadt wohnen. Es gibt so etwas zwar für EU-Ausländer, aber gerade bei Menschen mit türkischem Hintergrund haben wir eine große Gruppe (75 %), die seit über 10 Jahren in Nürnberg sind. Wenn ich eine echte Partizipation dort sehen will, muss ich mir sagen: Wenn Menschen so lange in einer Stadt sind – über den Zeitraum kann man sich streiten: vier, fünf Jahre –dann müssen sie auch tatsächlich an einer Kommunalwahl teilhaben können. Das nur als ein Beispiel. Wenn ich dann immer entsprechende Ausschlüsse mache, ist das sicherlich psychologisch klar, dass man sich vielleicht an der einen oder anderen Stelle abschottet, wenn überhaupt keine Möglichkeit besteht, sich in einer Stadtgesellschaft entsprechend zu beteiligen. Noch ein anderes Beispiel dazu: Wie kann ich Vereine so gestalten, dass Menschen mit den verschiedensten Hintergründen sich an den Vereinen mitbeteiligen? Und dort ist es uns gelungen, eine Dachorganisation zu schaffen, den Kreisjugendring, wo die verschiedenen Vereine mit integriert sind, die auch öffentliche Zuschüsse bekommen. Hier besteht auch für Jugendgruppierungen mit ethnischen Hintergründen die Möglichkeit, sich in diesem Kreisjugendring zu organisieren, um bestimmte

Regeln des Vereinslebens mitzugestalten, wofür sie dann auch entsprechende Zuschüsse bekommen.

Das heißt abschließend: Für uns als Stadt ist die entscheidende Frage an unsere Bewohner – und da komme ich wieder zum Ausgangspunkt zurück: „Bist du zufrieden und glücklich in Nürnberg? Fühlst du dich als Nürnberger?“ – egal, was da sonst noch für Hintergründe sind. Da spielt es keine Rolle, ob ich Mann oder Frau bin, mit türkischem, belgischem oder sonstigem Hintergrund, sondern wirklich, dass ich mich ein Stück weit mit meiner Stadt identifiziere, dort, wo ich eben lebe und mein Umfeld gestalte.

FRANK BAASNER:

Vielen Dank für diese straffe, aber in einigen Punkten sehr erhellende Darstellung, denn einige Dinge kamen jetzt ja schon mehrmals vor in unseren Beiträgen. Ich bin froh, dass wir bewusst diese Serie von Anfang an mit unseren beiden Stiftungen angelegt haben als eine Debatte auf kommunaler Ebene, denn es wurde ja bereits beim ersten Referenten deutlich, dass die entscheidende Frage gar nicht so die nationale ist, sondern die Stadt im Vordergrund steht. Ich denke es ist ganz wichtig, dass man diese in sich mobile, nie monolithisch feststehende Stadtgesellschaft auch als den Ort betrachtet, wo Zugehörigkeit, Partizipation bzw. „inclusion politique“ möglich wird.

Ich würde gerne zunächst das Wort in den Saal geben zu Fragen, Stellungnahmen, Ergänzungen. Wir haben morgen in beiden Arbeitsgruppen natürlich viel Zeit, noch Dinge zu vertiefen, gerade auch die schulischen Fragen und die wirtschaftlichen Fragen, aber ich denke, es gibt sicher einige Wortmeldungen.

FARUK CERAN, *Geschäftsführer von SELF e.V. Stuttgart*:

Mein Name ist Faruk Ceran, ich bin Geschäftsführer eines Unternehmerverbandes in Baden-Württemberg mit Sitz in Stuttgart, und als Unternehmerverband haben wir natürlich auch eine etwas andere Brille auf. Wir versuchen, das Potential der so genannten „Migrantenökonomie“ dafür zu nutzen, um insbesondere im Bereich der Ausbildungspotentiale diese auch den benachteiligten Gruppen zur Verfügung zu stellen. Konkret sieht das so aus, dass wir beispielsweise junge Menschen vermittelt bekommen, vor allem mit Migrationshin-

tergrund, die in eine Praktikums- oder Ausbildungsmaßnahme weiter vermittelt werden.

Meine erste Anmerkung wäre in diesem Kontext, dass wir auch dieses Potential nicht vernachlässigen dürfen, d.h. das Potential der Migrantenökonomie. Herr Medhoune hat das vorhin etwas angeschnitten: Dieses Potential ist aus unserer Sicht ein relativ brachliegendes Potential, was es gilt besser auszuschöpfen. Wichtig ist aber, dass wir mit den Multiplikatoren in diese *communities* hineingehen. Was die Multiplikatoren jedoch auszeichnen sollte, ist auch, dass sie die Menschen so, wie sie sind, mit ihren Stärken, mit ihren Schwächen, auch akzeptieren. Wenn wir diese Menschen mit Multiplikatoren konfrontieren, die das Problem der Integration beispielsweise auf eine Kopftuch-Debatte reduzieren oder wenn Sie diese Menschen bzw. die Probleme der Integration auf Zwangsheirat reduzieren, dann werden Sie dieses Vertrauen nicht aufbauen können, Sie werden diese Menschen nicht erreichen. Die Menschen sind so, wie sie sind, mit ihren Problemen, ob wir sie akzeptieren oder nicht. Und um hier Fuß fassen zu können, brauchen sie die entsprechenden Multiplikatoren.

Womit wir aber immer wieder Schwierigkeiten haben – und da möchte ich Ihnen, Frau Meyer, etwas widersprechen: Es gibt eine soziale Auslese, vor allem auch in den Schulen. Das haben PISA und IGLU-Studien belegt. Es gibt aber auch eine Auslese nach ethnischen Hintergrund. Die IGLU-Studie Anfang 2004 hat offen dargelegt, dass wir vor allem – ich kann nur für mein Bundesland Baden-Württemberg sprechen – eine Selektion in den Grundschulen haben nach ethnischen Hintergrund. Bei gleicher Leistung werden Kinder mit Migrationshintergrund mit dem Faktor 2,61 und weniger auf eine weiterführende Schule wie Realschule oder Gymnasium vermittelt. Das heißt, wenn wir es mit benachteiligten Personengruppen zu tun haben, dann müssen wir auch darauf reagieren. Auf der einen Seite müssen wir es schaffen, dass sie sich emotional identifizieren mit dem Land, in dem sie geboren sind, auf der anderen Seite müssen wir auch rationale Erklärungen dafür liefern können, warum das so ist. Und ich hatte, bevor ich hierher gekommen bin, auch den Beitrag von Françoise Pissart gelesen und da hat sie einen ganz interessanten Punkt, der mich den ganzen Tag begleitet hat, ausgesprochen: Sie hat von Verlustängsten gesprochen – die Verlustängste der Mehrheitsgesell-

schaft, d.h. wir reden natürlich über die Probleme vor allem der zu integrierenden Menschen, aber auf der anderen Seite haben wir die Mehrheitsgesellschaft, die in ihrem Umfeld auch Veränderungen wahrnimmt und die vielleicht mit diesen Veränderungen nicht so gut umgehen kann. Und ich denke, dass unsere Lösungen zweidimensional sein müssen: auf der einen Seite die Zielgruppe derjenigen, die zu integrieren sind, auf der anderen Seite natürlich auch die Mehrheitsgesellschaft für die Bedürfnisse zu sensibilisieren, um ihnen auch letztendlich die Angst zu nehmen.

EMINE DEMIRBÜKEN-WEGNER, *Sprecherin für den Bereich Familie und Jugend der CDU-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus:*

Ich habe kurze Fragen an die Referenten. An Frau Petek würde ich gerne die Frage stellen wollen, wie es mit der Vereinbarkeit von Beruf und Familie in Anbetracht der vielen Frauen mit Migrationshintergrund aussieht? Ich finde die Geburtenrate in Frankreich mit 2,8 enorm. In Deutschland ist sie sehr, sehr niedrig. In Berlin beträgt sie ungefähr 1,2. Aber wir versuchen, diese von 1,2 auf 2,0 zu erhöhen. Aber wenn ich jetzt höre, dass mit 2,8 % viele Frauen zuhause bleiben, dann habe ich natürlich als familienpolitische Sprecherin ein Problem damit. Wie lösen Sie die Vereinbarkeit von Familie und Beruf? Können Sie mir dazu vielleicht im Hinblick auf die Frauen mit Migrationshintergrund etwas sagen?

Von Herrn Medhoune würde ich gerne folgendes wissen: Wir sind wohl beide Angehörige der zweiten Generation, weil unsere Altersgruppen ähnlich sind. Ähneln die Identitätsbrüche der zweiten Generation auch der dritten und vierten Generation? Denn, wenn ich mit Jüngeren spreche, sprechen sie – nicht verbal, aber mental – eine andere Sprache. Ich würde gerne wissen, was für eine analytische Betrachtungsweise Sie in Bezug auf diese Identitätsbrüche der jüngeren Generation beobachtet haben.

Herrn Dr. Kröhnert würde ich gerne folgendes fragen: Ich kenne Ihre Studie *Ungenützte Potentiale*. Ich würde gerne wissen, wie sie bisher genutzt worden ist, welche Verwendung sie bis jetzt hatte, weil sie ja schon eine andere Qualität in die Diskussion hineinbringt als das, was wir im deutschen Raum haben.

Bei Frau Dr. Meyer bin ich ein bisschen irritiert in ihrem Sprachgebrauch, welcher ein sehr aktiver ist im Hinblick auf die Mehrheits-

gesellschaft, ein sehr passiver im Hinblick auf die Menschen mit Zuwanderungsgeschichte. Sie sagen z.B. „Wie viel Unterschiedlichkeit wollen wir?“, d.h. was lasse ich zu, was lasse ich nicht zu (die Formulierung fand ich schon ein bisschen seltsam). Die Frage ist eher: Wie gehe ich mit diesen Unterschiedlichkeiten um? Das hat mich ein bisschen irritiert. Genauso: „Wie lasse ich tatsächliche Teilhabe zu?“ Sind Sie diejenige, die das zulässt oder gestalten Sie das gemeinsam? Genauso die Minaretten-Diskussion; da haben Sie gesagt: „Das sehen wir als ein stadtgestalterisches Problem“. Das hat mich auch sehr irritiert, da würde ich auch gerne etwas wissen. Sprache ist ja immer ein Stück Denkstruktur. Ich will Ihnen hier um Gottes willen nichts unterstellen, aber ich habe in diesem Land – meinem Land – auch gelernt, dass Denken ein Stück die Taten mit sich bringt und die Grundvoraussetzung der eigentlichen Einstellung ist. Vielleicht war das alles eine Zustandsbeschreibung, die Sie gemacht haben, dann nehme ich alle meine Fragen zurück. Wenn dies aber keine Zustandsbeschreibung war, dann würde ich gerne die tatsächliche Gleichwertigkeit der Nürnberger Integrationspolitik von Ihnen kurz nochmals dargestellt bekommen.

LUDWIG NEUBER, *Neubürgerbeauftragter des Kreistages Rhein-Sieg*:

Wir haben ja gehört, dass die Sprache der Zugang zu Integration ist. Aber zunächst möchte ich mich noch kurz vorstellen: Mein Name ist Ludwig Neuber und ich bin Neubürgerbeauftragter des Rhein-Sieg-Kreises – das ist der Landkreis um die Stadt Bonn (600 000 Einwohner), und ich bin zuständig für die Aussiedler und Aussiedlerinnen, zugezogene Ausländer – so heißt dieser Titel. Ich bin aber beruflich Rektor gewesen einer Schule und habe daher Einblick in das tägliche Leben von Schulen. Ich sage Ihnen, was ein großer Mangel ist: die Unkenntnis der Lehrerinnen und Lehrer, der Erzieherinnen und Erzieher über Migranten. Das ist ein Riesenproblem und damit muss sich auch Integration beschäftigen, dass die Ausbildung der Erzieherinnen und Erzieher, der Lehrerinnen und Lehrer darauf gerichtet wird.

Wir haben gehört, dass ein Jahr verlustig ist, nur durch die Tatsache, dass Schüler nicht in die Schule kommen bzw. der Lehrer Probleme hat, die Klasse ruhig zu kriegen. Das kann doch nicht wahr sein! Die Lehrer sind nicht fähig, die Klasse ruhig zu kriegen – das ist der Grund! Die Schüler sind Schüler, das sind Kinder, das sind Jugendli-

che, da muss man entsprechend mit umgehen, dass sie ruhig sind und aufmerksam. Und Sie werden, wenn Sie mal in Schulen gehen, Lehrer finden, da sind die Kinder sehr brav, sehr ordentlich, arbeiten wie die Pferde, und Sie kommen in die nächste Klasse, da gehen sie über Tische und Bänke. Liegt das an den Kindern? Es liegt an denen, die da vorne stehen, die die Kinder nicht mal verstehen. Und das haben die Lehrerinnen und Lehrer nicht gelernt. Das müssen sie lernen, und wenn wir das nicht tun, dann werden Kinder entlassen aus der 10. Klasse, die keinen Schulabschluss haben. Das ist eine persönliche Tragödie und für die Gesellschaft eine Tragödie, denn die werden nie einen Arbeitsplatz finden. Das hört sich etwas dramatisch an, ich möchte sagen: das ist dramatisch! Es ist dramatisch, was in dieser Beziehung abläuft.

Noch ein Punkt, den ich gerne sagen würde – ich bin nämlich Kommunalpolitiker, ich war lange Bürgermeister, bin seit 35 Jahren Kreistagsabgeordneter: Was wir an Geld ausgeben müssen (und das hat mit Migranten nichts in dem Sinne zu tun, sondern mit unfähigen Eltern); was wir ausgeben müssen an Millionen, allein in unserem Kreis für Kinder, die zuhause nicht mehr erzogen werden können oder nicht erzogen werden. Die kosten pro Monat – pro Monat! – 5 000 bis 6 000 Euro! So sieht die finanzielle Situation aus. Könnten wir das Geld, was da notwendigerweise für diese Kinder ausgegeben werden muss, zum richtigen Zeitpunkt, an der richtigen Stelle, z.B. in die Ausbildung der Lehrer stecken und in die Ausstattung der Schulen, dann stünden jedem Kreis Millionen zur Verfügung. Prüfen Sie das mal in Berlin nach, wie viel Millionen dafür hier allein ausgegeben werden müssen. Wir können diese Kinder nicht allein lassen, aber das kann doch auf Dauer nicht richtig sein! Daher meine Forderung und meine Bitte: Alle, die in irgendeiner Weise auf die Politik Einfluss haben, bilden Sie die Erzieherinnen und die Lehrer und die Eltern besser aus, dass sie die Kinder richtig erziehen. Die Kinder können nichts dafür, die Kinder sind so, wie wir sie werden lassen.

GILLES KUNTZ, *Conseiller Municipal / Conseiller à la Communauté d'Agglomération Grenoble Alpes Métropole*:

Als Volksvertreter in Grenoble habe ich sieben Jahre gegen die Diskriminierung und für die Rechte von Ausländern gekämpft. Mehrere Vortragende, so scheint es mir, haben das Problem der ethnischen

Diskriminierung im Arbeitsbereich kaschiert. Madame Petek sagte, dass man in Frankreich keine ethnischen Statistiken erstellen kann, doch in Wahrheit geht das durch ein neues, sehr umstrittenes Gesetz, aber noch selten. Auf der anderen Seite gibt es seit gut zehn Jahren die HALDE (la Haute Autorité de lutte contre les discriminations), eine übergeordnete Behörde im Kampf gegen Diskriminierung. Dort werden Beschwerden wegen unterschiedlichster Diskriminierungen (wegen des Geschlechtes, einer Behinderung oder aus ethnischen Gründen) entgegengenommen. Und die meisten Beschwerden kommen wegen Diskriminierungen in der Arbeitswelt aus ethnischen Gründen. Wurden diese Kriterien in den von Herrn Kröhnert vorgestellten Statistiken berücksichtigt? Journalisten haben in Frankreich Versuche durchführen lassen, um das Verhalten der Arbeitgeber in der Bewerbungssituation zu testen, indem sie Pseudo-Bewerber unterschiedlichster ethnischer Herkunft losschickten. Diese Tests zeigen deutlich die Probleme ausländischer Arbeitssuchender auf: Bei gleichwertiger Qualifikation werden sie weniger berücksichtigt und manchmal gesteht man ihnen nicht einmal ein Vorstellungsgespräch zu.

AHMED MOUHSSIN, *Député régional bruxellois / Conseiller Communal de Saint-Josse-ten-Noode*:

Ich war von der ziemlich karikaturalen Art und Weise überrascht, mit der meiner Ansicht nach Frau Petek die Situation dargestellt hat, d.h. die Vision einer dominanten Gruppe gegenüber den anderen Minderheiten. Vielleicht liegt es daran, dass ich in Belgien lebe. Einige Beobachtungen: Frankreich und die Türkei haben gemeinsam, dass sie das Rahmenabkommen zum Schutz von Minderheiten nicht unterzeichnet haben; dieses deutet vielleicht auf eine schwierigere Beziehung zu Minoritäten hin. Sie berichteten über die Ehe und die Schwierigkeiten der interethnischen Eheschließungen und ich beobachte, dass die Politik Maßnahmen gegen Scheinehen ergreift, so dass nun alle Mischehen verdächtigt werden. Die Debatte über die französischen Werte und über die nationale Identität, welche Frankreich unbedingt festigen will, überrascht mich und bereitet mir etwas Sorgen. So kann man feststellen, dass Werte wie die Anerkennung der schwulen Gemeinschaften durch die Ehe und das Adoptionsrecht durch Schwule nicht nach Frankreich vorgedrungen sind und man hier den Eindruck einer starken staatlichen Homophobie bekommt. Während

Frankreich sich seiner Weltoffenheit rühmt, zeigt es Härte gegenüber einigen Minderheiten.

Gerne hätte ich mit Ihnen diese Frage diskutiert.

GAYE PETEK:

Auf diese letzte Frage möchte ich zuerst antworten und festhalten, dass ich keinerlei politische Autorität besitze und weder die türkische noch die französische Regierung vertrete. Ich bin hier vor allem als Aktivistin und Gründerin eines Vereins, und in dieser Funktion bin ich in einigen beratenden Gremien. Da ich kein politisches Mandat inne habe, kann ich schwer auf Ihre Fragen über die französische Minderheitenpolitik und die Identitätsdebatte antworten. Doch ich schließe mich Ihrer Meinung bei mehreren Aspekten der französischen aktuellen Politik an.

Was die Frage von Frau Demirbüken-Wegner angeht, so fragten Sie mich, wenn ich richtig verstanden habe, wie es in Frankreich um die Vereinbarkeit von Elternschaft und Berufstätigkeit steht. Seit 1970, als sie bei 4,5 lag, ist die Geburtenrate der türkischen Frauen auf 2,8 gesunken. Dennoch gibt es immer noch viel zu viele frühen Schwangerschaften. Von dem Sozial-, Bildungs- und Einkommensniveau hängt es ab, ob Mutterschaft und Arbeit zu vereinbaren sind, man kann natürlich drei Kinder haben und weiterhin arbeiten. Doch aufgrund der eher ländlichen Herkunft der türkischen Familien, wo Mutterschaft noch das oberste Lebensziel von Frauen ist, kommt es zwangsläufig zu sehr frühen Schwangerschaften und daher oft zu einer frühen Beendigung der Ausbildungen, was wiederum dazu führt, dass die Arbeitsplätze eher zu den schlechter bezahlten zählen. Die Frauen steigen erst wieder in das Berufsleben ein, wenn die Kinder in den Kindergarten gehen, da es keine Familientradition der Kinderkrippen gibt.

Was den Bruch der Generationen angeht, so sind wir damit nicht soweit wie in Deutschland, da die türkische Einwanderung nach Frankreich erst Ende der 60iger Jahre begann und somit keine „dritte Generation“ besteht. Die erste war jene der Eltern, die aufgrund der Anwerbung bis 1974 als Gastarbeiter kamen. Die Familienzusammenführung täuscht eine 2. Generation vor, dies ist jedoch falsch, da es sich dabei um Kinder handelt, die in der Türkei geboren wurden und erst im Kindes- oder Jugendalter nach Frankreich kamen. Die wirkli-

che zweite Generation ist jene, die in Frankreich geboren wurde und nun zwischen 20 und 30 Jahre alt ist. Es ist also problematisch, von dem Bruch in der dritten Generation zu sprechen. Doch für diese zweite Generation, die in ihrem Drang nach Freiheit, längeren Ausbildungszeiten, sozialer Vermischung und Emanzipation eingeschränkt ist, gibt es durchaus familiäre Brüche, da ein Dialog oft unmöglich scheint.

Viele haben die Frage nach der Identität aufgeworfen und darauf möchte ich nun zurückkommen. Die jungen Türken, so glaube ich, haben heute keine Diskriminierungsprobleme mehr in der französischen Gesellschaft, insbesondere bei der Arbeitssuche, da sie die Kleidercodex beachten, weißhäutig sind, keine koloniale Vergangenheit und keine gemeinsame Geschichte mit Frankreich haben. Maghrebiner und Schwarzafrikaner werden in Frankreich diskriminiert, aber selten die Türken. Sie haben dahingegen Schwierigkeiten, sich eine gemischte Identität zu schaffen, die ihnen und ihren Wünschen auf der Basis einer Mischung ihrer türkischen und französischen Persönlichkeiten entspricht. Jene, denen dies gelungen ist, können erfolgreiche soziale Entwicklungen durchlaufen. Anstatt von Mischung zu sprechen, womit eher eine Vermischung von Rassen gemeint ist, bevorzuge ich den Begriff, der im türkischen das marmorierte Papier bezeichnet, bei dem sich Farben vermischen, ohne zu einer einheitlichen Farbe zu werden. So kann jeder seine eigene Identität aufbauen. Das Problem der jungen Türken in Frankreich ist, dass sie nicht genug Freiheit haben, um diese Zusammensetzung erfolgreich zu mischen. Hoffen wir, dass diese Freiheit kommen wird!

AHMED MEDHOUNE:

Ich möchte auf die Frage nach dem Bruch der Generationen von Frau Wegner antworten, sofern ich sie richtig verstanden habe. Erste Anmerkung: Die Einwanderungsfrage über eine Einteilung nach Generationen zu behandeln ist kaum zufriedenstellend, da diese Kategorie oft vage bleibt. Zweite Anmerkung: das Ziel der Familien ist per definitionem, nicht Kinder zu zeugen, um einen Bruch hervorzurufen, sondern um die Kontinuität sicherzustellen. Wenn man selbst eine andere Sozialisation als die seines Aufnahmelandes erfahren hat, kann das Erziehungskonzept zum Beispiel vollkommen von dem der Schule abweichen. Das kann vor allem im Bereich der Freiheit oder

der Wahl des Lebenspartners zu widersprüchlichen Sozialisationen führen. Schließlich die dritte Anmerkung: In den westlichen Gesellschaften der 70er Jahre, so glaube ich, haben viele Familien einen Inter-Generationen-Schock erlebt durch die Auswirkungen des Mai 68. Dieses Ereignis war ein Beschleuniger von Brüchen, ebenso wie die Einwanderung. Entscheidend ist, wie die Familien diesen Brüchen widerstehen und versuchen, ihre Werte dennoch zu vermitteln, wohl wissend, dass diese Vermittlung der Werte sie automatisch zu Konservativen macht.

Ich möchte auch auf die Frage von Herrn Ceran eingehen und sagen, dass man die Lehrer heute besser ausbilden müsste – ich selber bin Ausbilder für Lehrer. Als ich ausgebildet wurde, gab es die Fragen in Verbindung mit der kulturellen Vielfalt nicht, heute wird deren Bedeutung immer größer. Der Beruf des Lehrers steckt heute in einer Identitätskrise und man muss verhindern, dass auf den Schultern des Lehrers alle neuen Aufgaben der Schule, der Erziehung, der Sozialisation, sogar der politischen, abgeladen werden. 20 bis 25 Stunden in der Woche vor einer oft sehr lebhaften Klasse zu stehen ist einer der schwierigsten Berufe der Welt. Ich denke, dass man die Aufgaben der Schule klarer definieren muss und die Zusammenarbeit mit ihren Verbündeten verbessern muss. In meinem Stadtteil zum Beispiel werden die Schulen von Schulfördervereinen unterstützt, sie entwickeln Projekte und werden dafür finanziell gefördert, doch kommunizieren sie nicht mit den Schulen. Es sind nicht die Mittel die fehlen, sondern deren Koordinierung. Es gibt ein Integrationsproblem mit den Verbündeten der Schulen. Man sollte eine Zuspitzung der Bildungskrise verhindern, sonst vergrault man eine Armee von ehrenamtlichen Helfern, voller guten Willens, denen man aber oft Unmögliches abverlangt.

STEFFEN KRÖHNERT:

Ich habe mir als erstes die Frage notiert, ob ethnische Diskriminierung in unsere Studie oder in Studien allgemein mit einbezogen wird. In unsere Studie, die ich hier vorgetragen hatte, wurde das Element ethnische Diskriminierung nicht einbezogen. Ich habe ja die Indikatoren dargestellt, die wir verwendet haben. Aber es gibt natürlich Studien zur ethnischen Diskriminierung. Gerade eben wurde erst eine veröffentlicht, die ethnische Diskriminierung bei der Wohnungssuche

in Berlin beispielsweise betrachtet hat, und auch auf dem Arbeitsmarkt existieren solche Studien. Und ich habe keinen Zweifel daran, dass es natürlich ethnische Diskriminierung sowohl bei der Wohnungs- und bei der Arbeitssuche in Deutschland gibt. Dennoch bin ich der Meinung, dass hinter dem allgemeinen Bildungsgefälle, das ja eine Ursache für ganz unterschiedliche Erwerbstätigkeit bei Migranten und Einheimischen ist, das Element der ethnischen Diskriminierung als Ursache doch eher zurücktritt.

Dennoch halte ich es für wichtig, über ethnische Diskriminierung zu diskutieren und gerade da kommt jetzt erst in Deutschland langsam einiges auf den Weg. Ich denke nur daran, dass wir seit einiger Zeit ein neues Gleichstellungsgesetz haben, was Diskriminierung, natürlich auch ethnische Diskriminierung verbietet. Aber man muss auch überlegen, wie schaltet man sie aus, diese Diskriminierung, weil Leute ein bestimmtes Aussehen haben, sie haben einen bestimmten Namen, d.h. die Frage ist in weiten Teilen noch ungeklärt, wie man solche subjektiven Auswahlmechanismen eigentlich ausschalten kann. Und da halte ich es für erforderlich, darüber nachzudenken, wie man Selektionsmechanismen unabhängig von solchen subjektiven Einschätzungen machen kann. Beispielsweise ist es in Deutschland ja seit einiger Zeit nicht mehr unbedingt notwendig, bei Bewerbungen Fotos mit einzureichen, um eben so ein Selektionskriterium wie das Aussehen auszuschließen. Dennoch ist es bis heute gängige Praxis, Fotos mit einzureichen. Niemand traut sich so richtig, als Erster eine Bewerbung ohne Foto abzuschicken, weil man denkt, man könnte Nachteile davon haben.

Ich möchte noch einen zweiten Punkt erwähnen, wo ich ethnische Diskriminierung für problematisch halte, aber nicht nur in negativem Sinne, und da kommen wir nochmal zu den Lehrern. Ich weiß nicht, ob Ihnen bekannt ist, dass wir in Deutschland eine sehr frühe Selektion auf verschiedene Schulformen haben, d.h. häufig entscheiden Lehrer und Eltern schon in der vierten Klasse anhand von Noten und anderen Kriterien, ob ein Kind z.B. ein Gymnasium besucht oder nur eine Hauptschule. Es ist also eine Entscheidung, die mitunter an Selektionskriterien subjektiver Art hängt. Und da ist mir eine Studie einer Forscherin an der Humboldt-Universität bekannt, die Lehrer befragt hat, nach welchen Kriterien sie beispielsweise Kinder für eine höhere Schulform, eine anspruchsvollere Schulform, oder die niedri-

gere Schulform empfehlen. Als sehr interessantes Ergebnis ist dabei für mich herausgekommen, dass mitunter bei gleicher Leistung Schüler, die aus einem Migrantenhaushalt kamen, eine schlechtere Schullempfehlung deshalb bekommen haben, weil die Lehrerin oder der Lehrer der Meinung war, dieses Kind erhält zuhause nicht genug Unterstützung, weil die Eltern sozial schwach sind und aus diesem Grund sei es besser und leichter und weniger frustrierend für das Kind, die niedrigere Schulform zu besuchen. Aus gut gemeinten Gründen kann hier also eine negative Selektion erfolgen und deshalb halte ich es für notwendig, solche Mechanismen auszuschalten und eben nicht mehr subjektive Entscheidungen fällen zu lassen, welcher Schüler in eine höhere Schulform kommt.

Die zweite Frage, die ich mir notiert habe, ist die, welche Verwendung unsere Studie findet. Das Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung versteht sich selbst als „*think tank*“ im angelsächsischen Sinne, als „Denkfabrik“. Unser Ziel ist es, Dinge, Themen – wichtige Themen – in die Öffentlichkeit zu tragen und die öffentliche wie auch die politische Diskussion anzuregen. Das tun wir, indem wir solche Publikationen veröffentlichen und indem wir natürlich zahlreiche Vorträge halten bzw. an Veranstaltungen wie dieser hier teilnehmen, um diese Themen zu verbreiten. Frau Meyer beispielsweise kennt mich. Wir waren schon in Nürnberg eingeladen vor dieser Veranstaltung hier und haben die Ergebnisse dort vor der Kommune vorgetragen. Natürlich ist es eine Illusion anzunehmen, es gibt eine bestimmte Studie und die Politik handelt genau entsprechend dem, was da drinsteht, sondern die Realität funktioniert so, dass eine Studie eine Diskussion anstößt, worauf andere Studien folgen. Und erst nach einem langen Prozess der öffentlichen Debatte, der öffentlichen Diskussion, mündet so eine Diskussion dann in politisches Handeln. Aber das sehe ich überhaupt nicht negativ, sondern ich sehe uns als einen Beitrag zum Anstoß dieser öffentlichen Debatte und ich weiß, dass gerade aktuell in Deutschland sehr viel gearbeitet wird mit Integrationsindikatoren. Es gibt andere Institutionen, die andere Vorschläge machen, aber ich bin davon überzeugt, dass das der ganzen Diskussion zur Integration und auch der Verbesserung von Integration gut tun wird.

CHRISTINE MEYER:

Ich hatte mir auch zwei Punkte aufgeschrieben. Sie haben natürlich vollkommen Recht, dass auch bei den Schulen der ethnische Hintergrund eine Rolle spielt. Mir ging es nur darum, dass es bei der Studie, die wir vorhin gehört haben, ausschließlich um die Frage des ethnischen Hintergrunds geht. Und für mich ist eben auch wichtig – und gerade auch in der Stadtverwaltung – sich genauer anzuschauen, ob es um ethnische oder soziale Fragen geht.

Jetzt zu Ihrer Frage hinsichtlich des aktiven Parts einer Kommune. Für uns ist es wichtig, dass die Stadt insofern aktiv ist, als sie den Diskurs organisiert. Ich will es an einem Beispiel deutlich machen, wo ich sehe, wo aus unserer Sicht ein Diskurs gut gelungen ist und dann auch zum Ergebnis geführt hat. Der Moschee-Bau in Duisburg: Das ist ein sehr lang vorbereiteter Prozess gewesen, der von unten getragen ist, wo eine sehr breite Informationspolitik gelaufen ist, wo eine Stadt sich engagiert hat – ein langer Prozess eben. Wichtig ist, dass man mit den Ängsten und Befürchtungen, die einfach da sind und die man auch nicht wegdiskutieren muss, dass man mit denen umgeht, sie kanalisiert, sie berücksichtigt. Das betrifft z.B. die Transparenz. Dann ist es nicht einfach ein Moscheebau, wo man nicht weiß was passiert, sondern da sind Menschen, die genauso wie in einer evangelischen, katholischen Kirche ihrer Religion nachgehen, wo auch Begegnungen entsprechend stattfinden. Gleichzeitig müssen auch gestalterische Elemente für eine Stadt mit berücksichtigt werden. Eine sehr wichtige Aufgabe der Kommune ist es, diesen Diskurs mit zu unterstützen, mit zu organisieren. Sie muss aber auch dafür sorgen, dass die verschiedenen Gruppen, die es ja gibt, die auch verschiedene Organisationsgrade in einer Stadt haben, alle Gehör finden, dass sie ihre Punkte einbringen können. Das halte ich hier für diesen aktiven Part, der von der Kommune ausgehen muss.

Beim Moschee-Bau war das so ein Beispiel, aber was jetzt bei uns auch sehr akut ist, ist das Thema „Interkultureller Garten“. Das mag bei anderen Städten durchgegangen sein, ohne große Diskussion – bei uns nicht, sondern da werden dann eben auch Nachbarschaftskonflikte ausgetragen. Und hier muss sich eine Kommune einmischen und das entsprechend aufarbeiten und Kompromisse finden, damit es in den einzelnen Stadtteilen ein vernünftiges Zusammenleben gibt. Das war mir wichtig, den Part deutlich zu machen, den eine Kommu-

ne zu spielen hat, damit überhaupt das Funktionieren im Kleinen möglich ist. Tatsächlich kommen diese entsprechenden Konflikte an solchen ganz konkreten Einzelproblemen ja dann hoch, wie man am „Interkulturellen Garten“ sieht oder beim Frauen-Schwimmen, dem Moschee-Bau oder eben auch beim islamischen Kindergarten. Wie können wir das so organisieren, dass tatsächlich die verschiedenen Gruppen damit vernünftig leben können? Das ist der Ansatzpunkt, den wir bei der Stadt Nürnberg haben.

FERHAT KENTEL:

Ich möchte den Überlegungen einige Gedankengänge hinzufügen. Ich denke, es ist sinnvoll, die Rahmenbedingungen dessen, was momentan im Zusammenhang mit Einwanderung geschieht, zu beachten. Seit dem 11. September ist die Sicherheitsfrage nicht nur bei den Staaten, sondern auch in den Städten und Menschen allgegenwärtig. Jede kulturelle Gemeinschaft erlebt diese Verunsicherung. Aber die Situation hängt oft von dem Ort ab: in Berlin ist das Gefühl der Unsicherheit geringer. In Frankreich dagegen ähnelt die Situation einer Karikatur, noch mehr in der Türkei, wo das französische Modell übernommen wurde; die Probleme in diesen beiden Ländern ähneln sich sehr. So darf man sich nicht nur auf die Einwanderer fixieren. Denken wir an die Kurden, die Opfer des türkischen Rassismus sind. Je mehr die Abwanderung in die Städte voranschreitet, desto größer werden die Probleme – wie schlechte Integration oder hohe Geburtenrate. Dies erinnert an die Probleme der Türken in Frankreich. Ein anderes Beispiel sind die Armenier in der Türkei: sie bilden heute die endogamste Gemeinschaft. Die armenische Gemeinschaft verwirft die Idee einer gemischten Heirat mit Türken vollkommen. Es ist wichtig, sich über die Gründe eines solchen Verhaltens Gedanken zu machen.

Ich bedauere es, dass Frankreich uns keine Wahl lässt und uns zwingt, Franzosen auf eine bestimmte Art und Weise zu sein. Im Unterschied dazu stellt Belgien, und vor allem Brüssel, die ideale Form dieser neuen europäischen Identität dar. Der Erwerb der Staatsangehörigkeit ist erleichtert worden, so dass 78 % der Türken in Belgien nun die belgische Nationalität haben. Man hat die Möglichkeit, in seiner eigenen Gemeinschaft zu leben, oder als weltoffener Bürger. Die Stigmatisierung der Einwanderer, Araber, Türken, Polen – denken sie an den „polnischen Klempner“ – stellt eine gewisse Vorstellung

von Moderne in Frage. Was die europäische Identität betrifft, so ist sie im Kommen. Man muss die Einwanderer bei der europäischen Identität berücksichtigen, und wenn man das tut, kann man die Integration in einem neuen Licht sehen.

FRANK BAASNER:

Ein schönes Schlusswort. Was die Inhalte angeht, haben wir jetzt einige Themen als besonders relevant, besonders wichtig definiert. Wir werden morgen Gelegenheit haben, in den Arbeitsgruppen einiges zu vertiefen, gerade auch die Frage, was von wirtschaftlicher Seite getan werden kann, schon getan wird und wo vielleicht Handlungslinien liegen.

Dann bleibt mir zu danken all denen, die sich jetzt schon in die Debatte eingeschaltet haben. Vielen Dank für diese ersten aktiven Teile aus dem Publikum! Allen Referenten nochmals herzlichen Dank für Ihre vielen Informationen, Analysen und Themenaspekte. Ich denke, wir sind gut gerüstet, um morgen weiter zu diskutieren.

Arbeitsgruppe 1: Schulischer und außerschulischer Unterricht

GAYE PETEK, *Association ELELE – Migrations et Cultures de Turquie, Paris:*

Diese Arbeitsgruppe wird sich der Frage nach dem schulischen und außerschulischen Unterricht widmen anhand des Beispiels aus drei Ländern, da wir zum Glück drei Redner haben, die uns einen Überblick über Erziehungsfragen in Deutschland, Belgien und Frankreich geben werden. Diesen Darstellungen wird eine Gesprächsrunde folgen, danach werden wir unsere Ergebnisse mit denen der zweiten Arbeitsgruppe austauschen.

Da Deutschland in Bezug auf die türkische Bevölkerung das zahlenmäßig größte Einwanderungsland ist, bitte ich zuerst Frau Havva Engin aus Bielefeld um eine Darstellung der schulischen Situation, der Erfolge und Fortschritte der türkischen Kinder und jungen Erwachsenen. Danach gebe ich das Wort an Jean-Pierre Loubet vom Erziehungsministerium in Frankreich, genauer gesagt vom CASNAV, das sich um Kinder von Migranten und Nichtsesshafte im Département Oise kümmert. Er wird uns die Aufgaben dieser Institution erklären und uns einen Einblick gewähren in die Position der aus der Türkei stammenden Kinder im französischen Schulsystem und in die interkulturellen Probleme. Schließlich wird der Wissenschaftler El Hassan Aouraghe, ausgehend von in Antwerpen durchgeführten Untersuchungen, uns von der Schulbildung und der Erziehungsbetreuung in Belgien berichten.

Prof. Dr. Havva Engin
(*Fachhochschule Bielefeld*)

Jugendliche mit türkischem Migrationshintergrund im deutschen Bildungssystem: Problemlagen und Lösungsansätze

Ich habe heute die Ehre, zu Ihnen zu sprechen über die Situation der Jugendlichen mit türkischem Migrationshintergrund im deutschen Bildungssystem. In Deutschland ist die Begrifflichkeit nicht einfach. Mein Vorredner zu Beginn der Tagung hat ja ausgeführt, dass die Statistiken, wer einen Migrationshintergrund hat oder nicht, erst seit

2005 erhoben werden, und davor haben wir immer nur nach der Staatsangehörigkeit geschaut. Das hat zu etwas Konfusion geführt, weil wir eine Reihe von Statistiken haben, die weiterhin nur nach der Passzugehörigkeit schauen, wenn sie die Bildungssituation betrachten und parallel dazu über Statistiken verfügen, die eben nicht mehr nach dem Pass fragen, sondern nach dem Migrationshintergrund und das heißt in Deutschland, entweder man ist selbst zugewandert oder aber mindestens ein Elternteil ist zugewandert.

Ich werde meinen Vortrag folgendermaßen aufbauen: Zunächst werde ich noch mal die Ausgangslage skizzieren, d.h. wer ist Migrant wenn wir in Deutschland über „Migranten“ sprechen. Dann werde ich Zahlen zur Situation der türkischen Migranten und Jugendlichen im Bildungssystem liefern, insbesondere im Ausbildungssystem, und werde noch ein, zwei Sachen zur Situation an der Hochschule sagen. Dann kurz: Was sind eigentlich die staatlichen Maßnahmen, um die Situation zu verbessern? Was sind aus meiner Perspektive Handlungsnotwendigkeiten, um die Situation aller Migranten-Jugendlichen zu verbessern? Und dann möchte ich Ihnen das deutlich machen mit einem Exkurs zum Thema „Literalität – *literacy*“, der mit der Thematik „Bildungskapital – Sozialkapital?“ zusammenhängt. Und dann wurde ich auch gebeten, einige Best-Practice-Beispiele zu geben, was ich sehr gerne mache.

Zur Erinnerung: Womit haben wir es in Deutschland zu tun? Wir haben, wie gesagt, mit der neuen Statistik von 2005 festgestellt, dass in Deutschland nicht nur 7,3 Millionen Ausländer leben, sondern es leben hier – plötzlich – 15,3 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund. Die Zahl hat sich also mehr als verdoppelt. Das war für Deutschlands Diskussion eine sehr überraschende Feststellung, denn bisher hatte man diese 8 Millionen deutsche Staatsangehörige mit Migrationshintergrund überhaupt nicht in die Diskussionen einbezogen. Von den 7,3 Millionen Ausländern sind rund 2 Millionen mit türkischer Passzugehörigkeit – eher mehr als weniger; es müssten etwa 2,2 sein. Und bei diesen 8 Millionen mit Migrationshintergrund haben wir rund 750 000 Menschen mit türkischer Zuwanderungsgeschichte. Das heißt, wenn Sie die Zahlen so nehmen, stellt sich die Situation für Deutschland ganz anders dar. Das sind, wie gesagt, Zahlen von 2005. Wir sind jetzt schon, was den prozentualen Anteil an Migranten angeht in Deutschland, bei rund 19,4 % oder 19,5 % für 2009. Also sta-

tistisch gesehen, hat jeder Fünfte, dem wir auf der Straße begegnen, einen Migrationshintergrund. Ich betone das, damit man die Relationen im Hinterkopf behält, wenn man über die Zuwanderung nach Deutschland spricht. Dieser große dunkelblaue Balken auf meiner Präsentation, das sind die einheimischen, nicht zugewanderten Deutschen mit 67 Millionen Menschen. Insgesamt haben wir 82 Millionen Einwohner in Deutschland, und die farbigen Balken darüber sind die verschiedenen Migrantengruppen. Da haben wir Migranten aus sonstigen Staaten, EU-Migranten, die ehemaligen Anwerbestaaten, dann die Türkei explizit genannt mit 3,4 %, und wir haben auch die nicht zu vernachlässigende große Gruppe der Spätaussiedler mit gut 2 Millionen, die bisher, wenn es um Migration ging, in den Statistiken und Diskussionen noch nicht aufgetaucht sind.

Meine nächste Graphik macht sehr schön deutlich, was gestern auch angesprochen worden ist, dass wenn bei den Migration über sehr junge Gruppen sprechen. Das gilt auch für die türkischen Migranten. Eine Vertreterin aus Nürnberg hat ja berichtet, dass auch dort ein sehr hohen Anteil in dieser Altersgruppe der Kinder ist. Es gibt jetzt Städte wie in Nürnberg, Stuttgart, Köln, Berlin auch, wo der Anteil der Kinder mit Migrationshintergrund von 0 bis 6 Jahren bei 50 % und darüber liegt. Das ist keine Randthematik mehr, sondern das ist eine Thematik, die die Gesamtgesellschaft tangiert.

Jetzt zur schulischen Situation. Wir verfügen über PISA-Zahlen, die ja gestern auch genannt wurden. Diese Zahlen betreffen die 9. Klassenstufe. Ich habe die Zahlen mitgebracht, um die Erfolge der verschiedenen Migrantengruppen zu zeigen: da sind die Kinder aus der Türkei, dann die anderen Kinder von Nachkommen von „Gastarbeitern“, dann die Spätaussiedler-Kinder, und schließlich die sonstigen Migranten. Die Statistik zeigt die Aufteilung auf die drei Schulformen nach der Grundschule: Wir haben die Hauptschule, die niedrigst qualifizierende, die Realschule, die mittel qualifizierende, und das Gymnasium, das am höchsten qualifiziert und die Berechtigung zum Studium ermöglicht. Dann gibt es noch die Integrierte Gesamtschule, eine Schulform, die erlaubt, dass Kinder mit Hauptschul-, Realschul- und Gymnasialniveau, also d.h. Kinder mit drei Leistungsstufen zusammen lernen können über einen längeren Zeitraum. Jetzt schauen wir uns die türkischstämmigen Kinder an und Sie sehen, sie befinden sich überwiegend in der niedrig qualifizierenden Sekundarschulform, das

ist die Hauptschule, dann 22 % auf der Realschule, 17 % auf der Gesamtschule und lediglich 12 % gehen aufs Gymnasium. Das ist übrigens die niedrigste Quote. Das heißt, wir können also im Hinblick auf die türkische *community* nicht von Bildungserfolg sprechen.

Jetzt sollten wir uns anschauen, woher das kommt und wozu es führt. Wir haben eine Statistik neueren Datums (2006), die auf die Altersgruppe 20 bis 26 Jahre schaut, also auf diejenigen, die im Berufsleben steht. Wie sieht es hier mit den Migranten aus? Auffällig sind die vielen Nicht-Erwerbspersonen. Das sind Personen, die sich weder in der Ausbildung befinden noch arbeitslos gemeldet sind. Sie sind weder in einer Maßnahme, noch sind sie als arbeitslos erfasst. Das heißt, sie sind da, leben in der Gesellschaft, aber beziehen weder Arbeitslosengeld, noch arbeiten sie, noch machen sie eine Berufsausbildung. Das sind mit allergrößter Wahrscheinlichkeit diejenigen, die die Schule ohne einen Abschluss verlassen haben, die keine Berufsausbildung gemacht haben und letztendlich nur ihr Dasein fristen, von denen wir nicht wissen, was sie machen. Und wenn man sehr zuspitzen würde, würde man sagen, das ist der Boden für die Parallelgesellschaft, die wir in Deutschland haben. Schauen wir uns die Zahlen an: Sie sehen, 24 % der türkischen Migranten-Jugendlichen im Alter von 20 bis 26 befinden sich in der Ausbildung, 36,9 % arbeiten, 16 % sind arbeitslos – wieder übrigens die höchste Quote –, aber viel erschreckender: 22,5 % sind nirgendwo erfasst. Das ist das Erschütternde. Also, dass wir so eine hohe Zahl haben, das Vierfache der einheimischen Bevölkerung (6,6 vs. 22 %). Wie kann es eigentlich dazu kommen? Denn von diesen 20- bis 26-Jährigen ist der überwiegende Teil in diesem Land geboren, hat dieses Bildungssystem durchlaufen und zeigt trotzdem diesen Bildungsmisserfolg, zumindest statistisch.

Wie kommt es, dass sie nicht erfolgreich sind? Aber man muss auch die Frage stellen, wie geht das gesellschaftliche System – und damit meine ich die Institutionen – eigentlich mit den Migranten-Jugendlichen um? Wir haben gestern die Diskussion schon gehabt: Stichwort „Chancengleichheit“, „Chancengerechtigkeit“. Und da habe ich Ihnen sehr interessante Daten mitgebracht, um die Frage der Chancengerechtigkeit deutlich zu machen. Wir haben ein Institut hier in Deutschland, das Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB). Deren Aufgabe ist es, den ganzen Ausbildungsbereich zu begleiten und sta-

tistisch zu erfassen. Und von denen habe ich eine Studie von 2005 (die Zahlen von 2004), also so alt nicht. Das BIBB macht in regelmäßigen Abständen Befragungen von Jugendlichen, die die Schule abschließen und eine Berufsausbildung anfangen wollen. Es sind immer sehr große Kohorten, sehr große Stichproben. Hier z.B. wurden über 5 000 Jugendliche befragt, sehr detailliert mit einem Fragebogen, auch qualitativ, wie sie sich beworben haben, wo sie sich beworben haben. Und dann ermittelt man statistische Werte, was den Bewerbungserfolg angeht. Das ist ja ganz entscheidend. Also, wie erfolgreich sind Jugendliche bei ihrem Bewerbungsverhalten?

Jetzt die Zahlen: Das sind die Ausbildungsplätze, die in Deutschland im dualen System am begehrtesten sind: Handwerk, Industrie, Verwaltung, teilweise auch Handel. Und statistisch beträgt die Möglichkeit für einen Deutschen, so einen Ausbildungsplatz zu bekommen, 40 %. Seine Chance steigt auf 47 %, wenn er von einer Schule kommt mit einer mittleren Qualifikation, also der Realschule, oder Fachhochschulreife hat. Seine Chance steigt auf 64 %, wenn er über eine sehr gute Mathematik-Note verfügt. Und seine Chance steigt auf 71 %, wenn er in einer Region wohnt, wo sehr viele Ausbildungsplätze zur Verfügung stehen und wo die Arbeitslosigkeit niedrig ist. Seine Chancen sinken auf 29 %, wenn er nur einen Hauptschulabschluss hat, über eine schlechte Mathe-Note verfügt, dann sinkt das nochmal auf 20 %. Und wenn er dann auch noch in einer Region in Deutschland wohnt, wo die Arbeitslosigkeit sehr hoch ist und die Zahl der Ausbildungsplätze sehr niedrig, dann nur 16 %. Wie gesagt, das sind Statistiken. Also 40 % im Durchschnitt und bis zu 70 %, wenn die Mathe-Note stimmt und er auch von einer Schule kommt, wo der Schulabschluss eben hoch qualifiziert ist.

Das waren die Zahlen für die Einheimischen. Jetzt die gleiche Statistik für Bewerber mit Migrationshintergrund, für alle Migranten sozusagen. Da liegt der statistische Mittelwert nicht mehr bei 40 %, sondern bei 29 %. Das heißt, die Chancen sinken plötzlich bei gleicher Qualifikation. Also, wir vergleichen hier jetzt nicht Äpfel mit Birnen, sondern wir gehen von den gleichen Leistungskriterien aus und statistisch sinkt der Wert gleich um 11 % für einen Migranten. Die Chancen des Migrantenbewerbers steigen auf 34 %, wenn er einen mittleren Abschluss hat, wenn er eine Mathe-Note hat, die sehr gut ist, auf 41 % und wenn er dann in einer Region wohnt mit vielen Ausbil-

bildungsplätzen und niedriger Arbeitslosigkeit 44 %. Nicht 70 %, sondern 44 %! Und sie sinken dementsprechend, wenn die Mathe-Note schlecht ist, der Schulabschluss schlecht ist und er auch noch in einer Region wohnt, wo die Arbeitslosigkeit sehr hoch ist, auf 8 %. Das waren jetzt die Zahlen für den Migranten an sich. Jetzt liefere ich Ihnen das nochmal aufgeschlüsselt. Sie hatten hier 29 % – der Migrant. Wenn Sie aus Polen kommen, also einen polnischen Migrationshintergrund haben, liegt der Wert bei 32 % statistisch, für Migranten aus der Sowjetunion – also Spätaussiedler – bei 35 %. Das heißt, statistisch gesehen, haben diese Jugendlichen eine größere Chance, bei gleicher Leistung im Dualen Ausbildungssystem einen Ausbildungsplatz zu bekommen, also einen der begehrten Ausbildungsplätze. Schauen Sie sich mal die Zahlen für die türkischen Bewerber an: 16 %. Die Leistungen sind die gleichen. Die Tatsache allein, einen türkischen Migrationshintergrund zu haben, halbiert ihre Chance. Das zum Thema Chancengerechtigkeit!

Gleichzeitig haben wir die Situation, dass bei PISA gefragt wurde, wie steht es mit der Bildungsaspiration der Familien, der Eltern und der Kinder? Man könnte ja auch sagen: Die interessieren sich nicht für Bildung, die wollen sich gar nicht integrieren. Kann man das sagen? Die Familien wurden befragt, die Kinder wurden befragt: Welches Verhältnis hat die Bevölkerung zur Schule? Für die Einheimischen: negativ; für die erste Generation der Migranten: positiv, und zwar um ein Zweifaches. Und auch in der zweiten Generation bleibt in Deutschland der Bildungswille groß. Also, die Bildungsaspiration ist da bei den Migranten. Es ist nicht so, dass die Familien und die Kinder nicht an Bildung interessiert wären. Sie sind es. Die ganzen Befragungen belegen das. Die Frage ist nur: Warum gelingt ihnen das trotzdem nicht? Darüber sollten wir diskutieren. In Deutschland haben wir einen sehr belastbaren Forschungsstand darüber, dass Migranten ein hohes Interesse an Bildung haben. Auch Migranten-Eltern haben schon seit Längerem verstanden, wenn es ihnen in dieser Gesellschaft besser gehen soll – und das wollen alle –, dann wird das nur über Bildung funktionieren. Diese Diskussion über Integration, über Bildung, ist in unserem Land überall angekommen. Aber es schlägt sich nicht in den Bildungszertifikaten und in den Bildungsabschlüssen nieder. Und das ist die Frage – warum nicht?

Wie sieht es mit den Studierenden aus? Wir haben, was die Bildungsinländer angeht, einen Anteil von 8 % ausländischer Studenten, und 7-8 % Bildungsausländer kommen noch hinzu. Das sind dann Jugendliche, die zu Studienzwecken nach Deutschland kommen. Aber uns interessieren ja diejenigen, die in diesem Land geboren werden oder als Kinder kommen und als Migranten aufwachsen. Und da gibt es auch verschiedene Statusgruppen: die Bildungsinländer, also die haben noch einen ausländischen Pass, sind aber Migranten; dann die 11 %, die doppelte Staatsangehörigkeit haben, und 46 %, die eingebürgert sind. In Zahlen: 136 000 Studenten sind es von der Zahl her, 58 000 sind Inländer, 16 000 doppelte Staatsangehörigkeit, 62 000 sind schon eingebürgert. Das heißt also, innerhalb der Gruppe der Studierenden mit Migrationshintergrund ist die Rate der Einbürgerung sehr hoch. Dieses Bewusstsein, „ich gehöre hierher und mein Mittelpunkt ist Deutschland“, das ist sehr stark ausgeprägt. Wer zählt zu der doppelten Staatsangehörigkeit? Hier kommen die Türken gar nicht vor, nicht bei der doppelten Staatsbürgerschaft. Warum nicht? Ganz einfach: In Frankreich hat man diese Thematik überhaupt nicht, bei uns schon. In Deutschland ist doppelte Staatsbürgerschaft mit mehr als 18 Jahren nicht erlaubt bzw. nur in Ausnahmefällen. Mit 18 müssen sie sich entscheiden: Bleibe ich Deutscher/Deutsche und verliere ich damit die Staatsbürgerschaft meiner Herkunft, der Eltern oder der Großeltern?

Gestern kam auch die Frage auf, wie das mit der Chancengleichheit aussieht. Ich hatte den Eindruck, dass nicht genug darüber diskutiert worden ist, wie eigentlich überhaupt die Chancen sind, Bildungserfolg zu bekommen? Wenn wir uns für Deutschland die Entwicklung der Migrationsflüsse nach dem Zweiten Weltkrieg angucken, dann stellen wir eins fest: Die Gastarbeiter, die ab 1955 beginnend mit Italien angeworben worden sind, das waren alles Menschen, an deren Bildungsstand dieses Land nicht interessiert war. Man war an ihrer Arbeitskraft interessiert, an ihrer Jugend. Es ging gar nicht darum, dass sie einen gewissen Bildungsstand oder Bildungszertifikate mitbringen. Das war gar nicht erwünscht. Es war auch nicht erwünscht, dass sie Deutsch konnten. Sie sollten arbeiten und das Bruttoinlandsprodukt steigern. Das muss man im Hinterkopf haben, wenn man mit Bourdieu Bildungskapital und Sozialkapital in die Diskussion bringt. Das heißt, man muss sich wirklich vergegenwärtigen,

dass die Nachkommen, die zweite und die dritte Generation von Gastarbeitern, indem sie qualifizierende Schulabschlüsse erhalten und studieren, eine ganze Generationenfolge überspringen und eine beachtliche Leistung erbringen. Und aus der klassischen Migrationsforschung wissen wir, dass das mindestens drei, vier Generationen braucht, um zum Bildungsstand der Einheimischen anzuschließen. Wir haben diese Forschung aus den USA, wir haben sie aus Kanada, wir haben sie aus Großbritannien, also aus den klassischen Einwanderungsländern, aus Australien, da braucht das mindestens drei Generationen. Und wir haben hier eine nicht zu vernachlässigende Gruppe an Jugendlichen, die in der zweiten Generation schon den immensen Sprung schaffen. Eltern kommen, teilweise mit fehlender Grundschulbildung oder mit Grundschulbildung drei Jahre, fünf Jahre und die Kinder erhalten die höchstqualifizierenden Schulabschlüsse und studieren. Ich denke, das muss man immer wieder im Hinterkopf behalten.

Die Frage wäre jetzt natürlich: Wieso sollten wir damit zufrieden sein? Was die Anteile angeht, sind die Zahlen natürlich nicht zufriedenstellend. Es müssten viel mehr der Migrantenkinder im Bildungssystem erfolgreich sein. Aber wir sollten auch nicht verschweigen, dass es einer nicht zu vernachlässigenden Zahl von Jugendlichen gelingt, diesen Bildungsaufstieg zu schaffen und die Integration über Bildung in die Mitte der Gesellschaft zu erlangen. Übrigens auch in den Bereichen, die gestern als Vertrauensberufe deklariert wurden, also Lehrkräfte, Juristen, Mediziner.

Die nächste Frage, die ich ansprechen möchte, ist, wie sich eigentlich die Migranten-Jugendlichen ihr Studium finanzieren. Das sagt nämlich sehr viel über den sozialen Hintergrund, über die Schichtzugehörigkeit aus. Bei den einheimischen Jugendlichen werden 52 % von den Eltern finanziert. Nur 14 % bekommen BAföG, also staatliche Kredite sozusagen und 24 % verdienen selber ihr Geld. Und das offenbart eigentlich sehr gut, dass, wenn wir uns die deutschen Studenten anschauen, wir es zum überwiegenden Teil mit der Klientel zu tun haben, die aus der Mittel- und Oberschicht kommt, also bildungsbürgerlichen Schichten entstammen. Die Eltern sind meistens auch Akademiker. Die Zahl von Studierenden aus Arbeiterhaushalten mit deutschem Hintergrund beträgt nur 11 %. Wenn es in Deutschland um Studium geht, dann studieren in der Hauptsache Kinder des Bürger-

tums, des Bildungsbürgertums, nicht der Arbeiterschicht. Aber das ist eine andere Diskussion. Also ich will Ihnen damit deutlich machen, was der Aufstieg der Migranten-Jugendlichen bedeutet. Das darf man nicht einfach vernachlässigen. Schauen wir uns die Situation bei den Eingebürgerten, den Studenten mit doppelter Staatsangehörigkeit, bei den Bildungsinländer usw. an. Und Sie sehen eins: Bei den Wenigsten finanzieren das die Eltern, sondern die Meisten bekommen entweder BAföG, also staatliche Kredite, oder – in viel stärkerem Maße – sie arbeiten, d.h. neben dem Studium wird gearbeitet und das sagt sehr viel eben über die soziale Schichtzugehörigkeit aus. Es sagt auch sehr viel darüber aus, in welchem Zeitrahmen sie ihr Studium zu Ende bringen, mit welchem Erfolg. Ich denke, ich muss das hier nicht weiter ausführen.

Zusammengefasst gefragt: Was sind eigentlich die Gründe des Scheiterns? Warum scheitern Migranten-Jugendliche am deutschen Bildungssystem und die türkischen im Besonderen? Zum einen haben wir es damit zu tun, dass den Familien einfach Bildungs- und Sozialkapital fehlt. Die Eltern sind mit Niedrigstqualifikationen bzw. gar keinen Qualifikationen angeworben worden, d.h. ihnen fehlen einfach die Abschlüsse, ihnen fehlt das Bewusstsein, was es bedeutet, eine Bildungskarriere zu durchlaufen. Und ihnen fehlt auch das Sozialkapital. In diesem Land ist es enorm wichtig, Sozialkapital zu haben. Ich spreche jetzt mit der Begrifflichkeit von Bourdieu. Was meint das? Es meint die informellen Netzwerke: Wenn Sie also auf der Suche sind nach einem Ausbildungsplatz – häufig ist es so: Man kennt X, X kennt Y, Y kennt jemanden aus dem Betrieb. Dann wird telefoniert: „Meine Tochter macht im nächsten Jahr Abschluss. Sie möchte gerne Bürokauffrau lernen. Wird in eurem Betrieb ausgebildet?“ „Ja.“ Oder Papa telefoniert, hat Freunde vom Tennis-Club oder vom Bowlen, wie auch immer! Und so, über die informellen Netzwerke, kommen viele, viele Kontakte und Ausbildungsverträge zustande. Diese Kontakte fehlen schlicht und einfach den Migranten. Für die Türken bedeutet das, sie haben die sozialen Netzwerke, man kennt jemanden, eben einen Bekannten, der in der Döner-Bude arbeitet, beim Imbiss. Aber das sind nun nicht gerade die erstrebenswerten Ausbildungsberufe.

Hinzu kommt, wir haben es in der Schule und im Ausbildungssystem mit mangelnden Förderansätzen zu tun. Unser Ausbildungssystem und unser Schulsystem hat immer noch nicht in ausreichendem

Maße reagiert und für sich geklärt, was es bedeutet, mit Heterogenität umzugehen und zwar nicht nur mit sprachlicher, kultureller, sondern auch mit sozialer Heterogenität umzugehen. In unserem Bildungssystem werden systematisch Kinder aus sozialen Unterschichten benachteiligt – das gilt für Einheimische genauso wie für Zugewanderte. Bei denen schlägt dann nochmal doppelt negativ der kulturelle, der religiöse und der sprachliche Hintergrund durch. Und das Gleiche gilt eben auch fürs Ausbildungssystem. Wir haben eine hohe Selektivität. Darüber haben wir schon gestern gesprochen. Bei uns in Deutschland wird schon mit der Klassenstufe 4, also für Kinder im Alter von neun entschieden, auf was für eine weitere Schulform sie gehen dürfen, d.h. damit werden auch schon Bildungsbiographien festgeschrieben. Man muss sich das vorstellen – mit neun Jahren! Und wenn Sie einem Kind im Alter von neun Jahren sagen: „Also deine bisherigen Leistungen, die taugen gar nichts. Du kommst auf die Hauptschule, also auf die niedrigstqualifizierende, du kommst auf die Realschule und du auf das Gymnasium“, dann ändert sich die Situation nicht. Unsere Bildungsministerin sagt: „Unser System ist mobil, man kann aufsteigen“. Die Zahlen widersprechen dem. Der Prozentsatz der Jugendlichen, die von einer niedrig qualifizierenden in eine hoch qualifizierende Bildungsschulform aufsteigen, liegt bei 3 %. Die Wahrscheinlichkeit von der höher qualifizierenden zur niedrig qualifizierenden abzustiegen liegt bei 10 %, bei Migranten sogar bei 20 %. Das heißt, wir haben eine Selektivität nach unten, nicht nach oben. Nun darf man sich ausrechnen, wer eben darunter zu leiden hat, das sind die Migrantenkinder. Diese hohe Selektivität wirkt sich sehr kontraproduktiv, sehr negativ bei den Migranten aus. Hinzu kommt, dass wir diese enge Kopplung zwischen Schichtzugehörigkeit und Schulkarriere haben. Das wussten wir bis PISA nicht. Man hat nämlich festgestellt, das wurde gestern auch schon erwähnt, wenn die Kinder aus einer Arbeiter- oder kleinbürgerlichen Familie kommen, ist die Wahrscheinlichkeit für die Realschule oder das Gymnasium empfohlen zu werden, je nach Bundesland um ein Vielfaches geringer als für Kinder aus der Mittel- und Oberschicht. Bei gleicher Leistung – es geht jetzt nicht um Bevorteilung – bei gleicher Leistung, bei gleicher Notenlage. Und eine Erklärung, die gestern kam, war folgende: Die Lehrer denken sich: „Oh, das Kind kommt aus einer sozial schwierigen Familie, da gibt es kein Bildungskapital, da gibt es kein Sozialka-

pital, da gibt es auch kein finanzielles Kapital. Das wird keine Nachhilfe bekommen, das wird dieses nicht bekommen, jenes nicht bekommen, also empfehle ich dieses Kind für die niedrig qualifizierende Schulform. Und wenn es gut ist, kann es ja immer noch aufsteigen zu der anderen.“ Es steigt aber nicht auf, weil da andere Mechanismen tätig werden. Das heißt also, wir vergeuden wirklich Kapital, Bildungskapital. Das heißt, letztes Jahr kam eine Untersuchung heraus, die gezeigt hat, 30 % der Jugendlichen, die im deutschen Bildungssystem sind, sind eigentlich auf der falschen Schulform, besuchen die falsche Schule. Und das gilt für alle Schulformen. 30 % der Gymnasiasten haben eigentlich von ihrer Leistung her auf dem Gymnasium nichts verloren, sie müssten auf der Real- oder Hauptschule sein und 30 % der Hauptschüler, also der niedrigstqualifizierenden Schulform, müssten eigentlich auf der mittel- und höchstqualifizierenden Schulform sich befinden, tun sie aber nicht. Man kann ganz klar Kohorten bilden eben nach der Schichtzugehörigkeit. Auf dem Gymnasium haben Sie durchgehend Kinder aus der Mittel- und Oberschicht und auf der Hauptschule durchgehend Kinder von den unteren sozialen Schichten. Nun gibt es für mich als Bildungswissenschaftlerin, als Frau, die zum Thema „Bildungspolitik“ forscht, schreibt und arbeitet, dafür zwei Erklärungen: Entweder sage ich, die Kinder der unteren sozialen Schichten sind einfach dümmer – ich sage es jetzt mal sehr drastisch – oder es sind eben andere Wirkmechanismen am Werk, die verhindern, dass diese Kinder auf die höher qualifizierenden Schulformen gehen können. Darüber, denke ich, müssen wir reden. Natürlich sind sie nicht dümmer, sondern die Frage der Chancengleichheit und Gerechtigkeit muss neu gestellt werden.

Wir haben, was den Ausbildungsmarkt angeht, auch strukturelle Benachteiligungen und Ausgrenzung. Schauen wir z.B. auf die Rekrutierungsstrategie von Betrieben. Wenn Sie sich bewerben mit gleichen Noten, und Sie kommen als Migrant/Migrantin, werden Sie von den Personalchefs ganz anders behandelt und mit Ihnen wird anders umgegangen, nicht im positiven Sinne (leider!), sondern im negativen Sinne. So gibt es z.B. Untersuchungen die zeigen, dass gerade die jungen Migrantinnen und im Besonderen, wenn Sie einen muslimischen Hintergrund haben und das sind eben in der Hauptsache türkische und arabische Mädchen, gefragt werden: „Sie sind jetzt gerade 18 geworden. Werden Sie demnächst verheiratet? Werden Sie dem-

nächst heiraten? Werden Sie Kinder bekommen? Haben Ihre Eltern schon für Sie den Ehepartner ausgewählt?“ Das sind alles Fragen, die in Deutschland rechtlich nicht zulässig sind. Dagegen kann man klagen. Trotzdem bekommen diese Mädchen solche Fragen gestellt, weil die Vorannahme noch bei ganz vielen Personalchefs ist (und dabei unterstelle ich ihnen noch nicht einmal Böswilligkeit): „Oh, türkisches Mädchen, 18, ich kenne das doch aus den Medien, aus der Presse, die werden sehr früh verheiratet. Wenn ich die jetzt einstelle, wird sie 19, dann heiratet sie, dann wird sie schwanger, kriegt ein Kind und bricht ab und für mich als Betrieb ist sie verloren.“ Sodass also von Anbeginn Ausbildungsverhältnisse gar nicht zustande kommen, allein durch diese Vorannahme. Ähnliche Probleme haben wir mit dem Kopftuch. Es gibt ganz viele anonyme Befragungen, gerade z.B. im Bankgewerbe, die sagen: „Also, die Noten sind hervorragend, aber ich kann dieses Mädchen meiner Kundschaft nicht zumuten. Stellen Sie sich mal vor, die steht da am Schalter und dann kommen meine Kunden und sehen sie.“ „Nein“, sagen die, „das mache ich nicht.“ Von den Leistungen, von den Potentialen her wären diese Bewerberinnen sehr gut geeignet, werden aber nicht genommen aufgrund von Kleidungsmerkmalen.

Und was bei uns viel zu wenig entwickelt ist, sind interkulturelle Basiskompetenzen. Es wird überhaupt nicht nachgefragt, ob jemand z.B. mehrere Sprachen spricht, in mehreren Kulturen zuhause ist. Das sind ja alles Ressourcen, Potentiale, die bisher überhaupt nicht zum Tragen gekommen sind. Was wir in Deutschland als Reaktion der Politik haben, sind Maßnahmen zur „Sprachförderung“ – was richtig und wichtig ist. Aber um das abzukürzen: Sprache allein ist es nicht, denn viele Migranten-Jugendliche haben heutzutage die Bildungszertifikate und kommen trotzdem nicht hinein in die guten Ausbildungsberufe. Es muss also noch etwas dazu kommen. Wir müssen die strukturelle Benachteiligung aufheben, d.h. die Institutionen müssen sich fragen, was haben wir bisher anders gemacht? Sie müssen meines Erachtens weg von dieser Diskussion „Migrant und anders“, sondern die Frage auf der Ebene von Chancengerechtigkeit diskutieren, als Gesamtgesellschaft nämlich sich die Frage stellen: Wie lange können wir uns das als Gesellschaft noch leisten, einen Teil unseres Potentials, unserer Zukunft, unserer Ressourcen auszublenden und nicht zu nutzen? Das ist ja nicht so, dass uns die Kinder millionenfach zur

Verfügung stehen, sondern die Geburtenraten brechen ein, auch bei den Migranten brechen sie übrigens ein. Das heißt, wir müssen mit unserem Humankapital effektiver umgehen. Wenn wir eine volkswirtschaftlich geführte Vereinigung bzw. ein Betrieb wären, man hätte uns doch längst gekündigt, so wie wir mit Ressourcen umgehen und diese vergeuden! Das dürfte nicht der Fall sein. Die Sprachen und Kulturen sollten wertgeschätzt werden.

Ich möchte Ihnen ein paar Beispiele guter Praxis zeigen. Es geht nämlich auch anders. Einige Institutionen haben schon angefangen anders zu arbeiten. Denn die sagen sich z.B., nicht die Kinder sind falsch, sondern wir müssen als Institution anders arbeiten. In Hamburg gibt es ein Modell, „FLY-Projekt“, die arbeiten – beginnend im Kindergarten – mit Kindern und ihren Eltern. Und dort werden die Herkunft, Sprachen und Kulturen wertgeschätzt, d.h. man nimmt die Eltern und die Kinder so, wie sie kommen. Man sagt eben nicht: „Du kannst das nicht, du kannst das nicht, du kannst das nicht.“ Also im Sinne von: „Du passt der Mehrheitsgesellschaft in keiner Weise“, sondern: „Du bist gut so, wie du bist und wir machen dich und dein Kind noch stärker, noch besser, damit dein Kind Bildungserfolg hat.“ Und da werden Eltern eingeführt in das Bildungssystem; sie lernen kennen, wie Vorschule funktioniert, was die Bildungsinhalte sind, sie lernen, wie sie ihre Kinder zuhause unterstützen können, z.B. viel lesen, viel Bilderbücher ansehen – eine Kulturtechnik, die in türkischen Familien überhaupt nicht ausgebildet ist –, um eben damit ihre Kinder stark zu machen. Sie lernen mit ihren Kindern auch in ihren Herkunftssprachen. Die Eltern erzählen ihren Kindern in ihren Herkunftssprachen und die Kinder – das ist jetzt ein Projekt aus der Grundschule – schreiben das auf. Das heißt, man wird als Migrant mit all dem, was man einbringt, sichtbar. Und das ist positiv besetzt. Schulen hier aus Berlin haben sich genau diese Frage gestellt: 100 % Migrantenkinder, alle sprechen negativ darüber, immer über Misserfolg, über Defizite – wie kann man es besser machen? Wir überlegen uns, wie können wir die Schule anders machen, dass die Kinder Bildungserfolg haben und dass die Kinder mit Schulempfehlungen für eine höher qualifizierende Schulform abgehen? Das gelingt ihnen. Eine Schule hat sich z.B. das Profil „Kunst“ gegeben. Überall hängen – ich habe diese Schule besucht – wunderbare Produkte der Kinder, kleine Kunstwerke. Ich habe selten so eine saubere, selten so eine

ruhige, selten so eine freundliche Schule gesehen. Und das sind 100 % Migrantenkinder aus der Unterschicht. Wo andere sie abschreiben und sagen: „Mit denen kann man nichts machen.“ An dieser Schule lernen die Kinder in zwei Jahren ein fantastisches Deutsch, von alleine.

Eine andere Schule, hat gesagt, diese Kinder verdienen die beste Architektur, sie müssen sich bei uns wohl fühlen. Die Schule hat deshalb mit der Universität gearbeitet und die Schüler haben ein wunderschönes Schulhaus gebaut, mit Unterstützung natürlich, aber vor allem mit Eigen-Engagement. Jede Etage hat eine andere Farbe und die Kinder fühlen sich wohl. Sie sind dort gerne und es ist sauber, es ist ruhig, die Lehrer arbeiten, die Kinder sind sehr gerne dort und haben wirklich sehr gute Leistungen.

Die dritte Schule macht Theaterspiel, mehrsprachiges Theaterspiel in den Herkunftssprachen und in deutscher Sprache. Das Ziel ist es, die Eltern anzusprechen. „Wir kriegen die Eltern. Zu Aufführungen sitzt die ganze Großfamilie bei uns und zuhause wird trainiert, dass der Text auch sitzt.“ Und die Kinder sprechen in Türkisch, in Arabisch, in Deutsch und alle lernen auch die Texte in – je nachdem, in welcher Sprache sie sprechen sollen – in Englisch. Ich habe die Aufführung besucht. Es ist beeindruckend, wenn Sie so kleine Kinder im Alter von sechs, sieben, acht Jahren erleben, wie sie ein englisches Musical aufführen. Das sind alles Kinder aus der Unterschicht.

Das nächste Beispiel betrifft das Ausbildungssystem, und kommt aus Hamburg. Dort wurde ein Projekt gestartet, „Hanseaten bilden aus“, speziell für Migranten-Jugendliche. Deren Ziel ist es, Betrieben gezielt hoch motivierte Migranten-Jugendliche zu vermitteln, denn die gibt es. Man kann sich als Jugendlicher dort melden und man bekommt ein Bewerbungstraining, also all das, was die Kinder und Jugendlichen stark macht. Die Unternehmen wissen, dass sie sehr motivierte Jugendliche bekommen, die unterstützt und begleitet werden. Dieses *matching*, wie es neudeutsch heißt, funktioniert sehr gut.

Ich komme zum Schluss. Wir brauchen also institutionelle und bildungspolitische Neujustierungen, Neuausrichtungen. Wir müssen uns als Gesellschaften fragen: „Wie können unsere Institutionen der Gesellschaft gerecht werden?“ Und nicht umgekehrt: „Wie passen die Kinder zu den Institutionen?“ Das ist die falsche Herangehensweise, das ist die Herangehensweise des 19. und des frühen 20. Jahrhun-

derts. Und da braucht man eben andere Konzepte. Wir brauchen auch eine andere Pädagogik. Wir müssen „empowern“, also unterstützen von Anbeginn, von Geburt an und zwar alle, die das benötigen, Immigranten in besonderem Maße. Eines ist mir wichtig: Sie können erfolgreiche Integration nur – zumindest für Deutschland – umsetzen, wenn Sie auch eine politische Partizipation zulassen. Wenn also die Menschen auch die Macht haben zu sagen, das möchte ich für meine Kinder, das möchte ich für die nachwachsenden Generationen. Wenn Sie für Politiker als Wahlmasse, als Gruppe nicht interessant sind, dann machen die permanent Programme, die über Ihre Köpfe hinweg gehen. Nur wenn ein Wählerpotential da ist, dann kommen die auch zu Ihnen und dann werden auch Maßnahmen in Gang gesetzt, die eben allen Kindern zugute kommen.

Mein letzter Satz zu der ganzen Thematik ist: Ich plädiere sehr stark dafür, die Thematik der Migration aus der gesamtgesellschaftlichen Perspektive und aus der Perspektive der Chancengerechtigkeit anzugehen und zu fragen, wie können wir alle Kinder dieser Gesellschaft stark machen, dass sie ihre Potentiale einbringen und sich mit dieser Gesellschaft identifizieren und sich als Teil davon begreifen und Teil der Produktivität werden? Und wie vermeiden wir es, Selektionsmechanismen in Gang zu setzen und damit mit staatlicher Hand eigentlich Parallelgesellschaften aufzubauen. Die halte ich für sehr kontraproduktiv.

Prof. Jean-Pierre Loubet

(Professor für Moderne Literatur und interkultureller Ausbilder am CASNAV, Akademie Amiens)

Junge Türken in der französischen Schule und im schulischen Umfeld: interkulturelle Praxis zugunsten des pädagogischen Erfolgs

Ich möchte hier auf einige Richtungen der pädagogischen Praxis hinweisen, die es erlauben könnten, Erfolge in der Ausbildung und Erziehung der meisten Immigrantenkinder zu erzielen. Aber ich möchte den Fokus nicht speziell auf die türkischen Kinder richten, weil ich im Kreis der Akademie (die französische Schulaufsichtsbehörde) von Amiens, wo ich seit 15 Jahren als Ausbilder arbeite, weitergehende

Beobachtungen über den interkulturellen Bereich machen konnte. Ich beschäftige mich gar nicht mit Fragen von Aufnahme und Einstufung. Das Kind hat, wenn es ankommt, ein Potential und es ist an uns, auf es zuzugehen um es in kleinen Schritten zu unserem Erziehungssystem hinzuführen. Ich bin überzeugt von der Notwendigkeit der interkulturellen pädagogischen Praxis in einer Schule, die künftig offen für ihre Umgebung sein sollte. In einem zweiten Abschnitt möchte ich gerne die Veränderung von negativen Einstellungen gegenüber anderen, an der Schule präsenten Kulturen behandeln.

Im ersten Abschnitt wird mir eine von der Akademie von Amiens durchgeführte Studie erlauben, auf den Platz junger Türken in der französischen Schule hinzuweisen, aber auch auf das Bild, das die Familien, insbesondere diejenigen türkischer Herkunft, von der Schule und den Lehrern haben. Ich werde von amtlichen Texten ausgehen, welche die Einschulung von Migrantenkindern betreffen und von deren Anwendung vor Ort. Dann werde ich Ihnen einige Beispiele aus der interkulturellen Praxis geben und werde einige pädagogische Vorschläge machen, die einen größeren Erfolg aller eingeschulten Kinder, welcher Herkunft sie auch sein mögen, ermöglichen.

Zunächst ist festzuhalten: Die Anzahl der Migranten in der Region Picardie ist nicht sehr bedeutend. Die Akademie von Amiens steht, was die Aufnahme junger türkischer Migranten betrifft, auf dem neunten Platz. Aber sie verteilen sich auf drei besonders beunruhigende Gebiete, insbesondere die Stadt Creil, die 1991 mit der Kopftuchaffäre von sich reden machte. Die Picardie hat in jüngster Zeit einen Zustrom von türkischen Familien erfahren, vor allem im Süden des Départements Aisne, was von einem Zurückweichen von den Vororten zeugt, hin zur Akademie von Amiens, die an die Akademien von Versailles und Créteil grenzt.

Wie sehen die türkischen Familien die französische Schule? Sie sind davon überzeugt, dass die Schule einen notwendigen Weg darstellt für den wirtschaftlichen Erfolg und den sozialen Aufstieg ihrer Kinder. Gleichzeitig werden die Familien immer noch geleitet von der Sorge, ihre Authentizität zu bewahren, was im Übrigen auch für die marokkanischen Familien gilt. Dafür greifen sie auf den Koranunterricht zurück, der ab dem Alter von sechs Jahren von den Imamen in den Moscheen abgehalten wird: Dort wird auf Arabisch der Koran unterrichtet und Islamkunde auf Türkisch. Auf diese Weise eine Ver-

bindung mit ihrem Herkunftsland zu bewahren erscheint ihnen unerlässlich, um ihrer türkischen Identität eine Struktur zu geben.

Die Verantwortlichen des nationalen Erziehungsministeriums waren sich dessen schon bewusst, als sie 1975 die CEFISEM schufen, um die Ausbildung von Lehrern sicherzustellen, die mit der Aufnahme von Migrantenkindern betraut waren. Etwas später unterstreicht ein amtlicher Text die Bedeutung des „Unterrichts von Sprache und Kultur des Herkunftslandes“ (ELCO) in der Schule. Im Jahr 2002 wurden aus den CEFISEM die CASNAV (Akademische Zentren für die Einschulung von Neuangekommenen und Kindern aus umherziehenden Familien), deren Aufgabe es ist, die die ELCO-Lehrer zu begleiten. Letztere sind in ihrem Herkunftsland geprüfte Lehrer, die unter der Verantwortung der Nationalen Erziehungsbehörden nach Frankreich kommen. Im besten Fall werden ELCO-Stunden in der normalen Schulzeit unterrichtet und sind dann Teil eines Schulprojekts; wo das nicht der Fall ist, finden die Stunden zeitversetzt statt, was den Nachteil hat, die Kinder noch mehr von ihren Mitschülern zu isolieren. Der Anteil von ELCO ist aber real dahingehend, dass ein Kind nur dann korrekt in die französische Erziehungsgemeinschaft eingebunden werden kann, wenn es sich bereits in seiner Muttersprache und Kultur zu Hause fühlt. ELCO muss in Einklang gebracht werden mit den pädagogischen Methoden, die von den französischen Lehrern angewendet werden, was wiederum eine Möglichkeit für den interkulturellen Dialog eröffnet.

Um ELCO zu stärken, müssen wir Erziehung und Bildung unterstützen. Zuerst müssen die Institutionen, die wichtige und vielfältige kulturelle Angebote haben, interkulturelle pädagogische Erfahrung aufbauen zur Erziehung zur Andersartigkeit. Die amtlichen Texte fördern diese Praxis schon vom Kindergarten an, wo die freie Wahl der Themen einen breiten Zugang zum Leben des Kindes von Welt erlaubt. Die Lehrer sind eingeladen, die Kultur beispielsweise der türkischen Kinder aufzuwerten. Und das ist eine vortreffliche Gelegenheit, die lokalen Vereinigungen und die Familien dort mit einzubinden. Vielleicht wird man auf diese Weise deren Sicht auf die französische Schule verändern. Wenn sie vor Ort feststellen, dass ihre Kultur nicht verleugnet, sondern aufgewertet wird, werden die Familien vielleicht dazu ermuntert, sich der Kultur der aufnehmenden Gesellschaft anzunähern. Es ist auch wichtig, Aktionen zu organisieren, indem man

Künstler, lokale türkische Schriftsteller in die schulischen Einrichtungen einlädt. Auf diese Weise werden die einen in ihrer Herkunftskultur aufgewertet und die anderen werden sich der Bedeutung anderer Kulturen bewusst. 1990 hat ein kleines Experiment in Beauvais zum Thema Meer und Ozeane drei ELCO zusammengebracht, Portugiesen, Türken und Marokkaner, die mit den Lehrern der Klassen, in denen sie unterrichtet haben, in Kontakt getreten sind und die an einem Projekt gearbeitet haben: Die Präsentation von großen Reisenden, die aus den drei Kulturen hervorgegangen sind. Die Kinder waren sehr motiviert und die ganze Veranstaltung war die Gelegenheit für die Familien, aus einem positiven und aufwertenden Grund in die Schule zu kommen.

Ich werde zum Schluss einige Vorschläge für eine erfolgreiche Erziehung für die meisten Schüler machen. Zunächst müsste man in die Ausbildung der französischen Lehrer einen Abschnitt „interkulturelle Pädagogik“ einbauen und bei diesen Praktika systematisch die ELCO-Lehrer zur Seite stellen, aber auch die Betreuer der örtlichen Vereinigungen und eventuell auch Künstler, die die Verschiedenheit der Kulturen fördern. Die Verschiedenheit der Beteiligten würde eine gegenseitige Information zu unserem und dem Erziehungssystem der Herkunftsländer erlauben und zu den großen Grundzügen der Herkunftskulturen. Ferner würde dies den Blick der Lehrer auf die Migrantenkinder verändern und auf deren angeblichen schulischen Rückstand – ohne Auswirkung auf die spätere schulische Laufbahn. Das würde auch mit der Gleichsetzung von nicht-frankophon und analphabetisch aufräumen, die oft dazu führt, wenig ehrgeizige Orientierungshilfen für diese Kinder zu geben und das wiederum würde dazu führen, die Pflicht zu überdenken, im Kindergarten nur Französisch zu lernen aus Angst vor einer Kollision zwischen den beiden Sprachen. Bei diesen Praktika ist es gut, den Lehrern zentrale Stellen mit Quellen zu diesen Kulturen zu zeigen; ich beziehe mich hier auf das nationale Zentrum zur Geschichte der Einwanderung, das pädagogische Schulungen organisiert hat, und auch auf die Vereinigung ELELE, die sehr aktiv an dieser Ausbildung teilhat als Vermittler für die türkische Kultur, indem sie nicht nur ihr Vermächtnis, sondern auch ihren modernen Charakter hervorhebt.

Ich schlage also vor, Anreize für die Lehrer zu schaffen für die Ausarbeitung von interdisziplinären Projekten, die die Verschieden-

heit aufwerten, insbesondere in Richtung Mittelmeer. Dieses Jahr 2009, das Jahr der Türkei in Frankreich, könnte dazu eine hervorragende Gelegenheit bieten. Die Aufgaben der ELCO sollten überarbeitet werden, um sie ganz konkret in die schulische Gemeinschaft zu integrieren und sie an den Projekten der Schule teilnehmen zu lassen. Man müsste das Bild der französischen Schule bei den türkischen Familien aufwerten, um sie davon zu überzeugen, ihre Kinder in den Kindergarten zu schicken, denn dort beginnt die Sozialisation, und um sie zu ermuntern, die Lehrer zu treffen, auch auf die Gefahr hin, dass die ELCO als Vermittler und Übersetzer dienen müssen. In der Zukunft wäre es gut, wenn der Status des ELCO sich weiterentwickeln könnte zum Status eines Türkischlehrers. Um ein Beispiel zu nennen: Warum sollte man nicht Türkisch oder Arabisch als lebende Sprache frühzeitig in der Grundschule unterrichten und dann natürlich auch in der Sekundarstufe I und II? Einen solchen Versuch gibt es in Beauvais mit Portugiesisch als frühzeitig unterrichteter Sprache. Die interkulturellen Projekte in Partnerschaft mit einer Einrichtung der Herkunftsländer tragen stark zur Motivation der Schüler bei und dazu, diesen Unterrichten einen Sinn zu geben.

GAYE PETEK:

Die anschließende Diskussionsrunde wird uns Gelegenheit geben zu solchen Fragen Stellung zu nehmen, denn ich teile z.B: diese Haltung gegenüber den aus der Türkei gekommenen Lehrern nicht. Dahingegen muss man meiner Meinung nach in der Mittel- und Oberstufe zu einem Unterricht der Herkunftssprachen als lebende Sprachen kommen. Wir enden mit dem Beitrag unseres dritten Redners, Herrn El Hassan Aouraghe, der uns von einem belgischem Beispiel und einer in der Region von Antwerpen durchgeführten Studie berichten wird.

El Hassan Aouraghe
(Universiäit Antwerpen)

Peer-to peer-Unterricht flämischer Jugendlicher türkischer Herkunft als Anreiz für Partizipation und Schulerfolg

Ungleiche Chancen im belgischen Schulsystem

Geschichte

1956 kamen bei dem Grubenunglück von Marcinelle 136 italienische Arbeiter ums Leben. Nach diesem Vorfall begann Belgien mit der Rekrutierung von Arbeitern aus anderen Ländern wie Spanien, Griechenland, Marokko und der Türkei. Die „goldenen 60er-Jahre“ mit ihrem starken ökonomischen Wachstum intensivierten die Nachfrage nach ungelernten Arbeitern. Die wenig oder gar nicht ausgebildeten Gastarbeiter kamen aus der Türkei oder aus Marokko. Die meisten türkischen Mitbürger leben in Flandern, und zwar vor allem in Limburg und rund um Antwerpen.

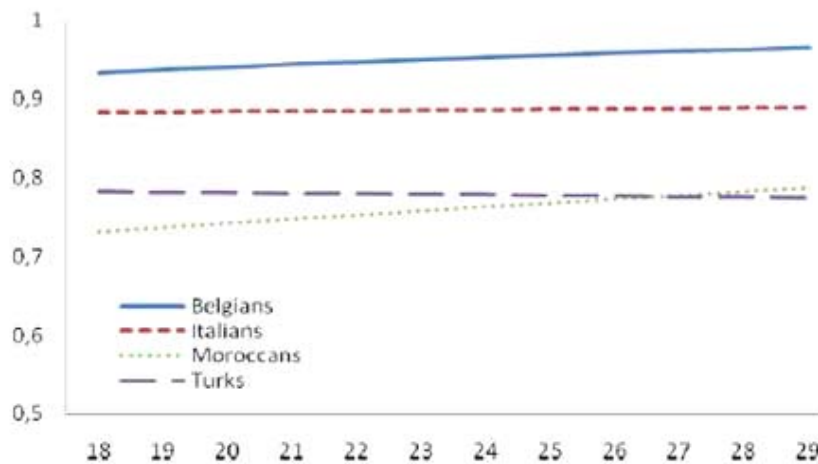
Die schulische Situation von Menschen mit türkischem Migrationshintergrund gehört zu den schlechtesten in Belgien (siehe dazu die Studien von Phaet e.a., 2007 und Duquet e.a., 2006). Diese Feststellung bezieht sich auf drei Aspekte. Erstens sind Schüler mit türkischen Eltern im Berufsschulbereich überrepräsentiert, vor allem im Sekundarbereich (60 % gegenüber 20 % aller Schüler in Belgien). Zweitens ist diese Gruppe im höheren Bildungsbereich, der zu einem Universitätsabschluss führt, am stärksten unterrepräsentiert (3 % gegenüber 18 %). Und drittens verlassen diese Jugendlichen am häufigsten die Schule ohne einen gültigen Schulabschluss der Sekundarstufe (45 % gegenüber 10 %).

Kindergarten

Wenn wir nach den Gründen für diese Situation suchen, müssen wir mit der Analyse beim Kindergarten anfangen. Der Kindergarten ist für die Ausbildung sprachlicher und sozialer Fertigkeiten äußerst wichtig. Der Soziologe Neels hat gezeigt, dass der Eintritt in den Kindergarten zu 30 % den Erfolg im höheren Bildungssystem beeinflusst. In Flandern aber gehen nicht alle Kleinkinder in den Kindergarten.

In den 1980er Jahren war es für türkische und marokkanische Eltern relativ normal, ihre Kinder nicht in den Kindergarten zu schicken, wodurch sie sie noch vor Beginn der Schulkarriere mit einem Nachteil versahen. Diese Situation hat sich mittlerweile verändert und heute schicken fast alle ihre Kinder in den Kindergarten (siehe hierzu Timmerman et al, 2003).

Höchster erreichter Bildungsabschluss:



Die schulische Situation

Das erste Grundschuljahr ist sehr wichtig, und in diesen Jahren ist auch die Erziehung der Mutter von entscheidender Bedeutung. Auch im ersten Jahr der weiterführenden Schule gibt es überproportional viele Schüler aus Migrantenfamilien, die im berufsbildenden Zweig sind (so z.B: 50 % der türkischen Mädchen). Am Ende der Sekundarstufe sind 50 % bis 60 % der Schüler mit türkischem Hintergrund im Berufsbildungsbereich, gegenüber nur 20 % aus belgischen Familien. Nur eines von sechs Migrantenkindern erreicht einen höheren Abschluss gegenüber jedem zweiten Kind aus belgischen Familien.

Nur 5,85 % der Studenten haben einen Migrationshintergrund. An der Universität Antwerpen hatten wir in den letzten Jahren durch-

schnittlich 6,3 % der Studenten aus Einwandererfamilien. Heute sind es aus dieser Gruppe 10 %. Aber nur 19 % (gegenüber 56 %) der Studenten mit Migrationshintergrund bestehen die Prüfungen des ersten Jahres.

Ethnische Probleme im Ausbildungssystem kann man damit erklären, dass sie für die betroffene soziale Gruppe grundsätzlich gelten (siehe Phalet e.a., 2007). Das Bildungsniveau der Eltern und ihre berufliche Situation ist entscheidend. Dazu kommt die Sprachkompetenz, denn nur 13 % dieser Jugendlichen sprechen zu Hause Holländisch. Auch ethnisch-kulturelle Aspekte wie die Akkulturation zwischen den Migranten und der Aufnahmegesellschaft sind wichtig. Das flämische Bildungssystem trägt auch zu diesen Problemen bei. Das System ist hierarchisch aufgebaut und funktioniert wie ein freier Markt. Diese Jugendlichen gehen oft nicht in die höhere Ausbildung, weil sie von ihresgleichen beeinflusst werden, nicht genug Informationen über die verschiedenen Fächer oder Angst vor dem Scheitern und einer unsicheren Zukunft haben. Die Erfolgsformel besteht aus einem positiven Selbstbild, Sprachkompetenzen, Unterstützung durch die Eltern und Anleitung durch Dritte.

Peer-to-peer-Unterricht: das Tutoratsprojekt

Das *Tutoraatproject* besteht aus Studenten (mindestens 2. Jahr im Bachelor-Studiengang), die benachteiligten Jugendlichen aus Migrantenfamilien ergänzenden Unterricht in den Klassen 6 und 7 in allgemeinen und technischen weiterführenden Schulen geben.

Das Projekt hat verschiedene Zielsetzungen. Es soll pädagogische Unterstützung leisten, aber auch Rollenmodelle vorführen. Diese Rollenmodelle zielen darauf ab, den Übergang in die höhere Ausbildung zu fördern und Selbstvertrauen sowie Motivation der Schüler zu verbessern.

Eine Tutorenstunde dauert 90 Minuten und betrifft Kleingruppen von 2 bis 7 Schüler. Es gibt verschiedene Fächer: Englisch, Holländisch, Französisch, Physik, Mathematik, Wirtschaft, Buchhaltung und Informatik. Die Stunden werden sofort nach dem normalen Schullehrer gegeben und sind durch ein informelles Verhältnis zum Tutor gekennzeichnet. Dieser Unterricht hat viele Vorteile. Er führt nicht nur zu besseren schulischen Leistungen, er ist zudem gratis. Dazu kommt,

dass es sich angesichts der Kleingruppe um ein sehr persönlich gehaltenes, individuelles Coaching handelt.

Dieses Projekt wurde 2005 mit fünf weiterführenden Schulen begonnen. 2008 bis 2009 nahmen bereits 13 Schulen teil, wobei 89 Tutoren jede Woche für 508 Schüler 116 zusätzliche Stunden gaben.

Das schnelle Wachstum des Projekts zeigt sich in der Zahl der interessierten Schulen ebenso wie in der Menge der Unterrichtsstunden und der Anzahl der Schüler. 80 % der Schüler waren mit dem Unterricht sehr zufrieden. 80 % sagen, sie hätten bessere schulische Leistungen erzielt. 70 % haben eine gute Beziehung zum Tutor und 60 % geben an, das Projekt habe ihr Interesse an einer höheren Ausbildung gesteigert. Auch die Tutoren bestätigen, dass die Effekte positive waren. 80 % der Lehrer in den betroffenen Schulen sehen das Projekt ebenfalls positiv und weisen auf eine Leistungssteigerung der Jugendlichen hin. 75 % der Lehrer sagen, dass sie selbst auch von dem zusätzlichen Unterricht für ihre eigene Arbeit profitieren.



Das Projekt hat allerdings auch mit gewissen Schwierigkeiten zu kämpfen. Eines der größten Probleme ist die hohe Abwesenheitsquote bei den zusätzlichen Stunden. Wir müssen uns fragen, ob die Schüler wirklich freiwillig in diesen extra Unterricht kommen. Außerdem fehlte es einigen der Teilnehmer an den Kursen offenkundig an Motivation. Drittens ließ die Organisation des Unterrichts in den Schulen

oder auch die praktischen Vereinbarungen mit den Schulen manchmal sehr zu wünschen übrig. Und schließlich muss gesagt werden, dass der Kontakt zwischen Lehrern und Tutoren für den Erfolg des Projekts ausschlaggebend ist, und dieser Kontakt wurde nicht in allen Fällen ausreichend gepflegt.

Klimop!

In diesem Projekt geht es darum, den Jugendlichen im letzten Jahr der weiterführenden Schule Motivationsanreize, Beratung und korrekte Information anzubieten. Dabei werden neben den Schülern auch die Eltern informiert. Dafür gibt es zwei Gründe: Die Eltern in Einwandererfamilien nehmen an schulischen Aktivitäten ohnehin weniger Anteil, und die Schule ihrerseits redet mehr über die Eltern von Migrantenkindern als mit ihnen.

In diesem Projekt gehen Studenten höherer Bildungseinrichtungen, die selbst aus Migrantenfamilien stammen, in die Schulen und berichten von ihrem Werdegang und ihre Erfahrungen an den Universitäten. Dieses Studententeam wird auf den Besuch in den Schulen richtig vorbereitet. Sie bereiten eine Präsentation darüber vor, wie man sich für ein Fach entscheidet, wie das Hochschulsystem funktioniert, welche finanziellen Aspekte man berücksichtigen muss, wie man dort am besten Erfolg hat und warum eine höhere Ausbildung für den Arbeitsmarkt von Vorteil ist.

Diese Studenten werden mehrfach eingesetzt. Es gibt Informationstreffen für die Eltern, wo diese über das Hochschulsystem informiert werden und ihre eigenen Rolle bei dem Ausbildungsprozess besprochen wird. Auf Bildungsmessen werden so viele Schüler wie möglich direkt angesprochen. Den Schülern der weiterführenden Schulen wird angeboten, die Universität und Hochschulen in Antwerpen zu besuchen.

Dieses Projekt hat viele Vorteile. Die Studenten berichten von ihren eigenen Erfahrungen und Schwierigkeiten und antworten persönlich auf die Fragen der Schüler. Auf diesem Weg werden die Schüler motiviert, an sich selbst und an die eigenen Chancen zu glauben. Der Inhalt der Präsentation ergänzt die von der Schule bereitgestellten Informationen. Wie das Tutoratsprojekt ist auch Klimop! mit keinerlei Kosten für die Schulen verbunden.

Dieses Projekt wurde 2006 mit 8 Schulen gestartet. Heute nehmen 18 Schulen und 30 Studenten daran teil. Insgesamt werden mehr als 500 Schüler damit erreicht. 93.3 % der Jugendlichen sind mit der Präsentation der Studenten sehr zufrieden. 63 % sagen, dass der Besuch des *Klimop!*-Teams ihre Motivation für eine höhere Ausbildung deutlich verstärkt hat.

In Zukunft werden wir uns um eine enge Zusammenarbeit mit den Schulen im Hinblick auf den Übergang zu höheren Bildungseinrichtungen kümmern müssen. Das Projekt sollte noch mehr Schülern den Besuch der Universität und Hochschulen in Antwerpen ermöglichen. Das Projekt plant eine Erhöhung der Anzahl der teilnehmenden Schulen und wird auch Studenten ohne Migrationshintergrund einbinden.

Diese Perspektiven könnten allerdings durch Herausforderungen wie die praktischen Arrangements mit den Schulen negativ beeinflusst werden. Und auch die Suche nach den richtigen Studenten könnte schwierig werden, denn sie müssen ein sehr spezifisches Profil haben: einen bestimmten Hintergrund, gute Präsentationstechnik, gute Motivation und Verfügbarkeit für die Besuche in den Schulen. Und es kann auch kompliziert sein, an die Eltern in den Migrantenfamilien heranzukommen. Für das Projekt ist es von zentraler Bedeutung, eine Analyse der konkreten Wirkung und der Ergebnisse zu machen.

GAYE PETEK:

Da wir uns alle in der Feststellung des schulischen Misserfolges der türkischen Kinder einig sind, werde ich das Wort schnell an den Saal geben, sei es für Fragen an die drei Vortragenden oder sei es für Reaktionen.

Frau Engin hat die Chancenungleichheit in Deutschland hervorgehoben, wo die Kinder viel zu früh in Schultypen aufgeteilt werden, ohne die Chance zu bekommen, ihren Bildungsgang weiterzuführen.

Herr Aouraghe hat ein gutes Beispiel einer erfolgreichen Betreuung in Belgien gezeigt, bei dem man den Schülern, durch Einsatz von Spezialisten, außerhalb der Schule die Möglichkeit gibt zu lernen, um die schulischen Ergebnisse zu verbessern.

Herr Loubet hat über Lehrer gesprochen, die im Rahmen des Programms „Unterricht der Herkunftssprachen und Kulturen“ aus der Türkei kommen, und erklärt, dass man heutzutage in Frankreich ge-

genüber Partnerschaften, die mit auswärtigen Lehrern geknüpft werden konnten, andere Positionen einnimmt um so zu versuchen, das Bildungsniveau der Schüler anzuheben und eine Elternmitwirkung zu erreichen.

Dieses sind die Themen, auf die Sie nun reagieren und zu denen Sie ihre eigenen Erfahrungen einbringen können.

KERIM ARPAD, *Geschäftsführer Deutsch-Türkisches Forum Stuttgart e.V.:*

Das Deutsch-Türkische Forum in Stuttgart ist eine Einrichtung, die von der Stadt Stuttgart mitgetragen wird und auch von der Bosch Stiftung mit aufgebaut wurde, die sich vor allem darum bemüht, den Kulturaustausch und die Bildungsproblematik der in Stuttgart lebenden türkischen Migranten voranzutreiben. Wir betreiben also ein sehr ausführliches Programm im Kulturaustausch, d.h. wir präsentieren zeitgenössische Kunst aus der Türkei, bringen sie in Kontakt mit der deutschen Kultur, vermitteln also Begegnungen zwischen deutschen und türkischen Stuttgartern. Auf der anderen Seite haben wir Bildungsprogramme. Vieles, was heute vorgestellt wurde, kommt mir sehr bekannt vor: Mentoren für Grundschüler, Künstler in den Unterricht, Elternfortbildungen, Qualifizierung von Pädagogen. Das alles wird gemacht. Das sind Projekte, die wir selber seit 10 Jahren machen und andere sicherlich auch schon seit 10, 20 Jahren, d.h. in Deutschland. Aber so, wie ich es mitbekommen habe, werden auch in den Nachbarländern Programme in Projekten schon seit Jahrzehnten angewendet. Meine Frage ist daher: Wie schaffen wir es, dass diese Projekte endlich in die Regelsysteme aufgenommen werden, dass sie sich dauerhaft gestalten und dass sie auch in der Fläche ankommen? Und auf der anderen Seite: Unsere Organisation arbeitet vor allem im deutsch-türkischen Bereich. Ein Vorwurf, der uns immer wieder gemacht wird, ist: „Ihr seid zu mono-ethnisch. Ihr kümmert euch ja nur um die Türken.“ Die Veranstaltung heute behandelt auch dieses Thema sehr explizit. Deswegen würden mich die Meinungen vor allem von Frau Engin und Herrn Loubet interessieren: Was muss ich solchen Leuten, solchen Politikern in den meisten Fällen denn sagen, warum wir uns speziell um die Türken kümmern?

MARTHA AYKUT, *Stellv. Integrationsbeauftragte der Stadtverwaltung Stuttgart*:

Ich komme auch aus Stuttgart, von der Stabsabteilung für Integrationspolitik. Wir als Kommune haben in Stuttgart einen Anteil von Kindern mit Migrationshintergrund von 56 % bei den 0 bis 18-Jährigen. Wenn man sich das vorstellt, wird einem die Dimension bewusst, wie wichtig Bildung ist. Denn auch wir haben die Situation, dass wir mit der Bildungssituation unserer Kinder mit Migrationshintergrund keineswegs zufrieden sind. Ich möchte einen Aspekt ergänzen, der meines Erachtens hier noch ein bisschen zu kurz gekommen ist, nämlich wir müssen in den nächsten Jahren viel stärker in der Personalentwicklung ansetzen. Wir brauchen die Menschen mit Migrationshintergrund, um unser Schulsystem und unser Ausbildungssystem, um unsere Universitäten umzugestalten. Wir brauchen deren Potentiale, wir brauchen aber auch deren Sicht auf Bildung. Wie gestalte ich Unterricht anders? Was muss ich in der Lehrerbildung an weiteren Aspekten einbringen? Wie gestalte ich überhaupt auch Lehrerkollegien interkultureller? Denn wenn ich mehr Lehrer mit Migrationshintergrund drinnen habe, kann ich auch andere Ansätze in der Arbeit mit Eltern, in der Unterrichtsgestaltung usw. aufführen. Also ich denke, die Personalentwicklung ist ein Aspekt, der langfristig großen Erfolg haben würde.

MUSTAFA TURGUT CAKMAKOGLU, *Migrantenbeauftragter Bezirksamt Charlottenburg-Wilmersdorf*:

Ich bedanke mich zunächst bei Frau Engin für diese plastische Darstellung. Das war wirklich toll! Aber wir leben hier in einem Land, das es nicht einmal geschafft hat, die Integration zu definieren. Obwohl der Begriff überall verwendet wird, gibt es keine Definition. Darüber hinaus die Kinder, die hier in diesem Land geboren und aufgewachsen sind, können sich nicht mit diesem Land identifizieren, weil die Akzeptanz fehlt. Das heißt, das Kind geht zur Schule, mit 16 müssen aber einige von ihnen zur Ausländerbehörde. In dem Moment merken die Jugendlichen, dass sie nicht zu dieser Gesellschaft gehören. Das ist ein Problem. Dann entstehen natürlich Parallelgesellschaften. Das ist doch klar! Wer soll dann diese Versorgung übernehmen? Dann übernehmen die Organisationen, Einrichtungen die Versorgung dieser Bevölkerungsgruppe und man sagt: „Wir sind hier fremd, sonst

bräuchte ich ja keine Aufenthaltsgenehmigung“. Ich könnte stundenlang davon erzählen, das ist ein Problem in dieser Gesellschaft. Man erzählt immer von neuen Ideen, von neuen Konzepten usw., aber man bewegt die Gesellschaft nicht dazu, dass die Gesellschaft sich zu ihren Minderheiten bekennt und sagt: „Die gehören zu uns.“ Das ist bis heute nicht gelungen in Deutschland. Selbst wenn man die deutsche Staatsbürgerschaft erwirbt, ist man immer noch in den Augen der Gesellschaft Ausländer, Migrant oder Türke. Meine Frage ist: Sehen Sie das auch so, dass Akzeptanz einen großen Stellenwert hat oder haben Sie andere Ideen?

MICHAEL GOEDEKE, *Geschäftsführer der Arbeitsstiftung Hamburg*:

Ich leite in Hamburg das so genannte „Hamburger Hauptschul-Modell“, d.h. wir begleiten die Jugendlichen am Ende der Schulzeit zusammen mit Unternehmen bei dem Weg in die Ausbildung und versuchen verstärkt, Jugendliche in Ausbildung zu bekommen. Wir unterscheiden dabei nicht zwischen Jugendlichen nach Herkunft. Ich glaube, das macht auch ein Stück weit den Erfolg dieses Modells aus. Ich würde das gerne auch nochmals begründen und dieses dann auch als Frage formulieren. Ich glaube, wir sind in einer Gefahr, dass wir sozusagen immer wieder Gruppen definieren, die wir dann mit einem bestimmten Stempel versehen. Und insbesondere bei den Jugendlichen mit türkischem Migrationshintergrund ist dieser Stempel immer negativ. Die Differenzierung innerhalb dieser Gruppe findet überhaupt nicht mehr statt. Und dieses führt zu zwei Folgen, die wir gerade eigentlich nicht wollen. Das eine ist die Wahrnehmung von Lehrern, von Betrieben und Ähnlichen hinsichtlich dieser Gruppe von Jugendlichen. Diese werden nur als schwierig, nur als benachteiligt betrachtet. Und dann ist die Hemmung da, diese dann tatsächlich auch aufzunehmen. Das andere ist, dass das innerhalb der Gruppe selber auch dazu führt, dass man das Gefühl hat, nicht gewollt zu sein, keine Perspektiven in dieser Gesellschaft zu haben. Und genau diese Teilung reproduzieren wir, glaube ich, immer wieder, wenn wir nur unter ethnischen Gesichtspunkten ganz spezielle Maßnahmen machen. Ich glaube, wir müssen viel stärker zu einer differenzierten Sichtweise auf diese Gruppe kommen und insbesondere, was Sie auch in Belgien jetzt machen, in diese Richtung stärker gehen, Vorbilder zu suchen in den *communities*, die tatsächlich einen anderen Zugang haben als die so

genannte „Mehrheitsgesellschaft“, diese als Vorbilder auch aufbauen und verstärkt unterstützen. Ich glaube, die Zukunft liegt in dem Begriff „*empowerment*“, gerade für die unterschiedlichsten Gruppen, die wir haben. Also bitte differenzieren!

HAVVA ENGIN, *Fachhochschule Bielefeld, Fachbereich Sozialwesen:*

Ich denke, in Deutschland haben wir eben durch das Staatsbürgerschaftsrecht, das sich relativ spät verändert hat, eine besondere Situation im Gegensatz zu Frankreich und Belgien. Denn wenn man in Frankreich geboren ist, ist man Franzose, und das erleichtert auf der rechtlichen Ebene eine Menge Dinge, die bei uns in Deutschland noch nicht selbstverständlich sind, z.B. dass man immer noch zum Ausländeramt muss, um einen Aufenthaltstitel zu bekommen. Das sind natürlich in den Augen der nachwachsenden Generationen stigmatisierende Dinge, denn zum ersten Mal wird man sich bewusst als Jugendlicher: „Ich gehöre anscheinend nicht dazu, sodass ich nochmals speziell erfasst werden muss.“ Das neue Staatsbürgerschaftsrecht geht jetzt neue Wege und es ist richtig, dass man von Anbeginn jetzt den Kindern die deutsche Staatsbürgerschaft gibt. Ich würde mir natürlich wünschen, dass die Kinder dann auch die Möglichkeit bekommen, über einen längeren Zeitraum oder für immer die doppelte Staatsbürgerschaft zu erhalten. Nun ist dem nicht so, aber daran sollte man, denke ich, arbeiten.

Was Kerim Arpad gesagt hat mit den Projekten und den Regelsystemen – da kann ich nur beipflichten! Bei allem Respekt, was in den Nachbarländern an Projekten gemacht wird, ich kenne dieselben seit 20 Jahren. In unserer Stadt Essen in Nordrhein-Westfalen gibt es z.B. das Projekt, das aus Antwerpen vorgestellt wurde, seit 20 Jahren, sehr erfolgreich. Und dieses Projekt wird jetzt bundesweit mit Tausenden von Mentoren und Jugendlichen durchgeführt, was erstmal sehr positiv ist, weil das ins Bewusstsein auch der Mehrheitsbevölkerung gerückt ist. Bei uns in Deutschland ist das allerdings so, dass wir jetzt eine wachsende Zahl an Jugendlichen mit Migrationshintergrund haben, die von ihren Leistungen her gut sind, ebenbürtig sind, also die Deutsch können, deren Mathe-Note recht gut ist, deren Englisch-Note gut ist und die trotzdem nicht die erfolgreiche Schulkarriere machen können. Wir haben institutionelle Widerstände. Wir haben übrigens auch in jedem Bundesland verbindliche interkulturelle Lehr-

pläne. Das Thema „Interkulturalität“ ist in Deutschland angekommen. Es wird auch praktiziert. Nur die Frage ist dann, warum schlägt sich das nicht im Bildungserfolg der Kinder nieder?

Zu Ihren Lehrkräften aus der Türkei: Ich wurde ja auch gebeten, etwas dazu zu sagen. Wir haben das übrigens auch gehabt seit den 70er Jahren, Lehrkräfte aus den Herkunftsländern, speziell eben der Türkei, aus Marokko, um die Sprache und die Kultur zu vermitteln. Das ist jetzt in den 90er Jahren in vielen Bereichen hier in Deutschland, in vielen Bundesländern eingestellt worden, und ich finde das auch richtig, denn die Lehrkräfte, die kommen, teilen nicht den sozialen *background*, die sozialen Erfahrungen der Kinder. Sie kommen als Fremde, bleiben Fremde, gehen nach fünf Jahren zurück. Was wir brauchen, ist das, was Sie gesagt haben und die anderen gesagt haben. Es müssen Menschen sein, die aus der Gesellschaft heranwachsen, die also selber den Migrationshintergrund teilen, die die Erfahrungen teilen und die auch die Brücke zu den Familien aufbauen können. Sie haben Cummins angesprochen, den kanadischen Kollegen – vollkommen richtig! Mehrsprachigkeit oder Zweisprachigkeit ist überhaupt keine Überforderung der Kinder. Insofern plädiere ich auch sehr dafür, die Herkunftssprachen weiter zu pflegen. Ob wir jetzt politisch und wirtschaftlich, also ökonomisch, die Unterstützung bekommen werden, flächendeckend in allen Schulen die Herkunftssprachen zu erteilen, glaube ich eher nicht. Was wir aber machen können, ist die Eltern zu sensibilisieren, mit ihren Kindern viel und differenziert und auf einem hohen Niveau ihre Sprachen zu sprechen und dann darauf das Bildungssystem aufzubauen, also mit der zweiten Sprache, also Französisch, oder Niederländisch, dann auch Französisch in Belgien und Deutsch in Deutschland. Es wird in den Familien zu wenig Deutsch gesprochen, das ist richtig und das ist die eine Seite der Medaille.

Die andere Seite der Medaille aber sagt, die Kinder sprechen ihre Erstsprache auch auf einem sehr niedrigen Niveau. Die sprechen alle – für die Türken gesprochen – ein miserables Türkisch. Ich sage dazu „Küchen-Türkisch“, d.h. man sitzt am Tisch und kann sich über das Alltägliche in Türkisch unterhalten, aber es ist keine Bildungssprache Türkisch. Und solange ich in der Schule nicht Instrumente habe, die zeigen, die testen, wo stehen die Kinder eigentlich in ihrer Erstsprache, kann ich auch nicht davon ausgehen und sagen: „Die sind alle

zweisprachig.“ Cummins sagt nämlich auch: „Das Fundament in der Erstsprache, die Qualität des Fundaments sagt etwas darüber aus, wie schnell eine zweite Sprache, also die Hauptverkehrssprache, gelernt wird.“ Unsere Kinder hier in Deutschland kommen mit einem niedrigen Türkisch-Status in die Schule und fangen an, Deutsch zu lernen. Und da das immer so niedrig bleibt, haben die immense Schwierigkeiten, Deutsch zu lernen und dann zieht das immer runter. Wohingegen wenn Kinder, die auf einem hohen Niveau Türkisch sprechen, in der Schule Deutsch-Unterricht bekommen, dauert es neun Monate, ein Jahr und die sprechen fließend Deutsch. Die Qualität der Erstsprache ist also ganz entscheidend und da muss man die Eltern gewinnen von Anbeginn und auch den Institutionen sagen: den Eltern nicht verbieten, die Herkunftssprache zu sprechen. In Deutschland haben wir immer: „Sprecht Deutsch, Deutsch, Deutsch.“ Und wir wissen nicht, wie schlecht die Eltern Deutsch sprechen. Dann bringen sie ihren Kindern ein schlechtes Deutsch bei und dann müssen die Schulen daran arbeiten, dieses schlechte Deutsch wieder auszubügeln, also zu verbessern. Deshalb würde ich immer sagen, man muss die Potentiale der Eltern sehen und die Potentiale der Eltern sind ihre Erstsprache. Das wissen wir und das sollen sie eben vermitteln.

Und zu Ihnen Herr Goedeke: meinen Respekt! Ich kenne Ihr Projekt, das Sie in Hamburg machen, auch mit Hauptschülern, die ja hervorragende Ergebnisse liefern. Und Ihren Beitrag verstehe ich als Fürsprache dafür, eben das Ganze aus diesem Migrationskontext zu entkoppeln und im Sinne von „*empowerment*“ Kinder und Jugendliche, die Unterstützung brauchen, stärker zu machen und nicht in Schubladen zu denken („Du gehörst zu dieser Gruppe, du gehörst zu dieser Gruppe“), sondern: „Du willst da Hilfe, wir unterstützen dich.“ Und unser Ziel muss als Gesellschaft sein, jedes Mitglied nach seinen Möglichkeiten an die oberste Stelle zu bringen, wo er hin kann. Das ist die Normalität, zu der wir hin müssen.

GAYE PETEK:

Herr Arpad stellte eine die Intervention von Personen aus dem schulischen Förderumfeld betreffende Frage und sagte, dass man ihnen vorwirft, sich auf die türkischen Kinder zu konzentrieren. Was denken Sie darüber, Herr Aouraghe? Wird dieses Betreuungsprogramm, von

dem Sie sprechen, von den Schulen organisiert oder von außenstehenden Vereinen und Personen, die in die Schulen kommen?

EL HASSAN AOURAGHE, *Gelijke Kansen en Diversiteit, Universiteit Antwerpen*:

Das ist immer eine schwierige Frage: Soll man Projekte für unterschiedliche Gruppen organisieren? Soll man zwischen Kindern mit Migrationshintergrund und solchen mit belgischem oder europäischem Hintergrund unterscheiden? Diese Fragen sind nicht nur für die Politiker und die Schulen schwierig, sondern auch für die Kinder selbst, denn sie fühlen sich manchmal schlecht, wenn sie extra betrachtet werden, denn dadurch wird ja die Differenz erneut akzentuiert. Wie dem auch sei, unsere Projekte sind nicht nur für Kinder mit Migrationshintergrund sondern auch für belgische Kinder aus sozial benachteiligten Schichten. Wir machen also keine ethnische Unterscheidung. Aber das ist nicht leicht. Und dabei organisieren wir das ausgehend von einem hohen Bildungsniveau, so dass fast alle höheren Bildungseinrichtungen in Antwerpen in diese Projekte eingebunden ist. Deshalb sind die Projekte nicht leicht zu kritisieren. Und sobald sie die Ergebnisse sehen, sind die meisten Leute überzeugt.

GAYE PETEK:

Ihr Beispiel steht im Widerspruch zur Frage von Monsieur Arpad. Was sagt die französische Schulbehörde über die außenstehenden Personen, die ihre Unterstützung an den Schulen einbringen?

JEAN-PIERRE LOUBET:

Als ich über eine Erziehung zur Vielfaltigkeit sprach, ging es mir nicht um die Stigmatisierung einer Gruppe gegenüber einer anderen. Die Mehrheit der von mir vorgestellten Projekte beruht auf dem Prinzip, dass man, wenn man die Kultur einer Gruppe erarbeitet, dieses sofort ausgleichen muss mit einer Arbeit über andere Kulturgruppen. Zum Beispiel in dem ländlichen Raum, in dem ich arbeite und wo das Ausländerbild ein sehr schlechtes war, warfen picardische Kinder mir vor, zu sehr die Kinder aus dem Mittelmeerraum hervorzuheben; so habe ich im zweiten Trimester ein Projekt gestartet über die pikardische Sprache. Man muss mit ausgleichender Gerechtigkeit die Herkunft behandeln. So sollte man, wenn es einen französisch-marokkanischen

Schüleraustausch gibt, die Mittelmeerkulturen besprechen, ohne sich dabei auf Marokko zu beschränken.

Was die externen Personen angeht, so ist dies sehr kodifiziert, aber nicht unüberwindbar. In einigen Schulbehörden gibt es Kommissionen, die einige Vereine anerkennen; einer von ihnen arbeitet zum Beispiel im Bereich der nachhaltigen Entwicklung und wurde für diesen Themenkomplex für 5 Jahre für seine Qualität zertifiziert. Ich selbst bin Vorsitzender einer zertifizierten Organisation mit dem Namen „La Rose du Dadès“, die sich mit Unterstützung des Kultusministeriums in den Schulen einsetzt.

BOSILJKA DREHER, *Ausländerbeauftragte der Stadtverwaltung
Hattersheim am Main:*

Ich bin Ausländerbeauftragte bei der Stadt Hattersheim seit 20 Jahren. Wenn die Bildung die Hauptursache für soziale Ungleichheit ist und ich eben in den Statistiken gesehen habe, dass 22,5 % heranwachsende Jugendliche türkischer Herkunft nicht das Wir-Gefühl bekommen wie die hiesige Gemeinschaft oder Gesellschaft – wie sollten sie übermorgen Verantwortung übernehmen können? Das ist für mich sehr, sehr bedenklich.

Und die zweite Sache, die ich festgestellt habe: Man sagt immer, die Türken haben kein Interesse, in die Schule zu gehen. Man muss sich vor Augen führen, dass die Eltern die Schüler den Schulsystemen anvertrauen. In Deutschland haben wir in den Statistiken auch gesehen, dass die deutschen Eltern eine sehr negative Einstellung zur Schule haben. Und die türkischen oder ausländischen Eltern denken immer, wir werden zur Schule gerufen, und sie vertrauen der Schule. Und wenn dann über 20 % Schüler durch Prüfungssysteme durchfallen ist es zu spät, darüber zu reden.

Als zweite Sache würde ich vorschlagen, man müsste den Begriff „Migranten“ positiv belegen. Ich habe in dem ersten Satz gelesen: „Problem Integration – Migration“ usw. Warum definieren wir das nicht als Herausforderung für die Gesellschaft? „Problem“ ist etwas Schweres, das will man überhaupt nicht anpacken. Und wir sind keine Wanderer mehr, wir sind angekommen! Nur, wir werden als solche nicht gesehen. „*Migrare*“ bedeutet auf Latein „wandern“ – wir wandern nicht, wir sind keine modernen Nomaden. Wir sind sesshaft

geworden und wir möchten uns schon identifizieren mit den Städten, mit den Gemeinschaften vor Ort, wo wir leben.

SERDAR KILIC, *Député wallon, Conseiller communal à la ville de Charleroi*:

Zuerst möchte ich auf die Feststellung von Frau Engin zurückkommen, wonach 22 % der Menschen mit türkischem Immigrationshintergrund in Autarkie leben: sie überleben beunruhigenderweise ohne zu arbeiten und ohne Arbeitslosengeld zu beziehen. Ich sage dies als politischer Entscheidungsträger: Sind wir uns bewusst, dass in diesen Parallellgesellschaften der Türken oder Nordafrikaner Alternativmodelle aufkommen?

Sie haben die Schwäche der sozialen, kulturellen und finanziellen Errungenschaften erwähnt: Ist uns bewusst, dass in dem von uns angebotenen Rennen nicht alle Läufer die gleichen Startbedingungen haben? Mehrere Behinderungen existieren: im individuellen Bereich, als aus der Immigration kommende Person, und im Bereich der politischen und wirtschaftlichen Entscheidungsträger, die sich nicht vollkommen der Situation bewusst sind. Was verstehen wir schließlich unter dem Begriff „Integration“? Es muss eine Definition gefunden werden, mit der Alle einverstanden sein können, um so die Ziele setzen zu können.

Ich komme zurück zur Frage nach den Vereinen: Ich war verantwortlich für die Politik der Chancengleichheit in der Region Wallonien. Leider liegt der Prozentsatz der subventionierten Organisationen bei nicht mal 3 %. Man möchte die Einwanderer integrieren, aber man arbeitet nicht mit diesen Vereinen zusammen, in denen die Einwanderer viel Zeit verbringen. Diese Ablehnung besteht, da die Vereine oft zu nationalistisch, zu religiös oder zu machistisch sind; dennoch sollte man versuchen diese Strukturen, um sie zu kontrollieren und zu integrieren, mit einzubeziehen, was uns die Aufgabe einfacher machen würde. Integration kann nur gelingen mit dem starken Willen der politischen Entscheidungsträger und der öffentlichen Verwaltung.

ERTU GRUL TAS, *Coordinateur de projets au Centre Régional d'Action Interculturelle (CeRAIC) de la Louvière - Trivières, Belgique*:

Ich habe zwei Funktionen inne: Ich bin Psychologe und es scheint mir, dass in dieser Diskussion die psychologische Dimension fehlt.

Aber ich möchte vor allem über eine Erfahrung sprechen, die ich seit einigen Jahren mache: 1997 war ich beauftragt, eine Befragung im Rahmen der Integrationspolitik der Region Wallonien bei der ausländischen Bevölkerung durchzuführen, um Aktionen zu koordinieren. Als Zielgruppe wählten wir die türkische und nordafrikanische Bevölkerung in La Louvière. Im Bereich der Schulbildung stellte sich heraus, dass die Familien den Unterricht als wichtig ansahen, aber dass besondere Maßnahmen erforderlich waren, um den schulischen Misserfolg einzuschränken. Gemeinsam haben wir also Aktionspläne entworfen wie die Mediation zwischen Schule und Eltern und unterstützen das Erlernen der französischen Sprache. Dieses möchte ich hervorheben, denn, obwohl es sich um Kinder der dritten Generation handelt und ihre Eltern in Belgien geboren wurden, werden sie wie Neuankömmlinge betrachtet.

Zusätzlich haben wir in den Schulen Sensibilisierungsaktionen für die Ausländerfrage eingeführt. Mit mehreren anderen Partnern hat sich auch die Regionalbibliothek in die Organisation, die die Aktionen mit den Schulen koordiniert, integriert. Ohne das Vertrauen der Schulleiter, das sie uns jenseits der Vorurteile gegenüber Einwanderern geschenkt haben, hätten wir diese Aktionen mit den Schulen nicht durchführen können. Die Ergebnisse, die wir erzielen konnten, sind sehr positiv. So arbeiten wir in den Grundschulen mit Kindern jeglicher Herkunft, um ihnen zu helfen, sich die Unterrichtssprache anzueignen. Allerdings sind wir mit Finanzierungsproblemen konfrontiert, da unsere Organisation von der Region Wallonien finanziert wird, obwohl wir in Schulen agieren, die von der französischen Gemeinschaft bezahlt werden. Deshalb haben wir Probleme, die nötigen Subventionen zu bekommen um unsere Aktionen fortzusetzen; die Region Wallonien und die französische Gemeinschaft schieben sich gegenseitig die Zuständigkeit zu.

NIHAT DURSUN, *Responsable du Service de médiation interculturelle et sociale à la ville de Charleroi, Belgique:*

Man sagt, dass die Eltern nicht auf die Schule zugehen: das ist falsch, sie gehen auf die Lehrer zu, nur auf eine andere Weise. Viele kommen aus dem ländlichen Milieu, die Schule ist die einzige Institution des Dorfes und der Lehrer ist Unterrichtender, Verwalter und Sozialarbeiter... In Belgien haben die Eltern Hemmungen in die Schulen zu ge-

hen, wegen der Sprach- und Kulturbarrrieren. In der Türkei werden die Schüler in der Schule von einem gebildeten Familienmitglied vertreten: Warum führen wir dieses System hier nicht ein, anstatt die Eltern zu kontaktieren, die weder die Sprache noch das Schulsystem kennen? Warum nicht den Onkel oder Bruder kontaktieren?

In Charleroi führen wir gezielte Projekte durch, unterstützt von der Fondation Roi Baudouin, der ich bei dieser Gelegenheit danke: So haben wir ein Jahr ein Projekt in einer Kindergartengruppe durchgeführt zur Hinführung der Eltern zur Schule und gemeinsamem Arbeiten in der Schule mit den Kindern und deren Eltern. Für die Mütter haben wir auch in den Schulen Französischkurse organisiert. Diese Pilotprojekte dauern jedoch ein Jahr und sind damit beendet und werden nicht weitergeführt, auch wenn die Probleme bestehen bleiben: Es ist an den Behörden und der Schule, sich damit zu befassen, und nicht an den Vereinen, auch wenn diese im Dienste der Schule tätig sein können.

LUIGINA DI BERNARDO, *Fachreferentin Migrantennetzwerke / Elternzusammenarbeit der Stadtverwaltung Solingen:*

Ich komme nicht aus der Türkei, sondern aus Italien. Ich bin seit 20 Jahren in Deutschland zuhause. Trotzdem muss ich fast regelmäßig jedes Jahr die Frage beantworten: „Frau Di Bernardo, waren Sie zuhause?“, wenn ich vom Urlaub zurückkomme. Das ist auch eine deutsche Realität, dass Migranten auch in der zweiten und dritten Generation immer noch sehr stark mit dem Herkunftsland identifiziert werden.

Ich habe ein paar Anmerkungen. Einmal bezogen auf das Thema „Interkulturelle Pädagogik“. Das wurde von Herrn Loubet als ein Weg dargestellt, was ich auch wichtig finde. Ich würde das erweitern und sagen, nicht nur die Pädagogik, sondern auch die interkulturelle Öffnung von Verwaltungen, von Schulen, von Systemen. Die spannende Frage ist aber nicht die Öffnung, denn die wird in Deutschland sehr oft propagiert, sondern was sind Indikatoren, welche Merkmale hat die interkulturelle Öffnung einer Verwaltung und wer hat die Definition gemacht? Werden die Migranten der ersten, zweiten und dritten Generation nicht nur mitdiskutieren, sondern mitentscheiden, was die Kriterien sind? Oder wird es wieder von oben nach unten deklariert? Es kann nicht sein, dass unter interkultureller Öffnung lediglich z.B.

die Feste, das Zusammensein verstanden wird. Ich finde es schön, zusammen zu feiern, es sind Momente der Begegnung. Aber wenn es sich dann reduziert auf Tiramisu, Pizza, Burger, Blasmusik und Folklore, dann reicht das nicht.

Die Projekte, die vorgestellt worden sind, die sind wichtig als Wegweiser. Aber es kann nicht sein, dass diese Projekte nur das Engagement von wenigen Leuten oder von Fördermitteln abhängig sind. Wenn die Förderung zu Ende geht, geht auch das Projekt zu Ende. Ich schätze sehr die Zivilgesellschaft und ihr Engagement, aber strukturelle Barrieren können nicht mit diesem System alleine gelöst werden. Der Staat, die Gesellschaft, die Politik kann sich nicht jeder Verantwortung entziehen. Es gab einen Kollegen hinter mir, der fragte: „Was antworte ich, wenn jemand sagt: ‚Warum ein Projekt für Türken?‘“ Warum ein Projekt für Italiener? Wenn ich jetzt die Daten für Italiener hier einbringen würde, würden sich sehr viele wundern, dass die statistischen Daten sogar schlechter als die der Türken sind. Die italienischen Kinder sind in Sonderschulen – „Förderschulen“ heißen sie jetzt – überproportional repräsentiert, über dem Durchschnitt der Migranten, über dem Durchschnitt der Deutschen. Das heißt, es ist kein Problem des Herkunftslandes. Es ist ein sehr vielschichtiges Problem, dem wir nicht mit einer einfachen Antwort oder mit einer einfachen Definition „Was ist Integration?“ begegnen können. Ich glaube, wir müssen auch andere Begriffe einbringen – Inklusion, Exklusion, Diskriminierung. Oft ist es keine Frage der Integration. Ein Mensch kann wunderbar in Deutschland integriert sein, mit und ohne Bildung, und trotzdem nicht partizipieren oder umgekehrt. All das muss mitgefragt werden. Ich bekomme die Frage „Warum eine Sondermaßnahme für uns Ausländer?“ nicht von Politikern gestellt, sondern von Eltern und von Jugendlichen. Und ich habe im Laufe meines Berufs das so beantwortet: „Einmal, weil manchmal die Fördermittel mich dazu zwingen.“ Wenn ich Mittel brauche, muss ich schauen, was angeboten wird. Und wenn Stiftung X ein Programm für die Türken hat oder für die Italiener oder für die Griechen, dann ist es leider so. Dann – und das ist wichtig – argumentiere ich mit der Chancengerechtigkeit. Und das verstehen die Jugendlichen, das verstehen die Eltern. Und letztendlich frage ich mich auch: „Was machen wir da eigentlich?“ Hetzen wir vielleicht eine Gruppe gegen eine andere auf

und vergessen, was an der Basis steht? Also, auch die unangenehmen Fragen müssen gestellt werden.

Thema „Elternzusammenarbeit“: Es wurde gesagt, die Eltern müssen verstehen und das System kennen – wichtig! Aber wir müssen die Eltern nicht nur dann ansprechen, wenn wir etwas von ihnen wollen, wenn wir wollen, dass sie etwas verstehen, wir müssen die Eltern auch ansprechen bezüglich ihrer unangenehmen Fragen. Und dann können wir vielleicht etwas verändern und das wiederum ist nicht mehr auf der Ebene des Engagements, sondern auf der strukturellen Ebene zu lösen.

MARLEEN DE VRY, *Mitarbeiterin für flankierende Bildungspolitik, VVSG Brüssel:*

Ich arbeite für eine Organisation der Städte und Gemeinden in Flandern. Ich hätte eine Frage an Frau Engin, deren Beitrag ich übrigens sehr geschätzt habe. Es gibt einen klaren Bezug zu den anderen Beiträgen, die wir gehört haben. Um die mangelnde Chancengleichheit der Kindern zu bekämpfen, fordern wir Anstrengungen der Schulpolitik und von den Schulen selbst. Zudem sagte Frau Engin, dass die Arbeitgeberorganisationen ihre Rolle zu spielen haben. Meine Frage ist: Welche Rolle würden Sie den lokalen Regierungen zuweisen? Denn es ist meine feste Überzeugung, dass diese auch eine wichtige Rolle vor Ort zu spielen haben. Also Rolle sehen Sie für die Stadtregerungen?

LEYLA ÖZMAL, *Referat für Integration der Stadtverwaltung Duisburg:*

Ich bin die Integrationsbeauftragte der Stadt Duisburg. Und alle Maßnahmen, die hier vorgestellt wurden, das sind alles Maßnahmen, die wir in der Kommune kennen und auch seit fast Jahrzehnten durchführen. Mir ist heute erneut klar geworden, dass die Maßnahmen, die benannt worden sind, dem Paradigma folgen, dass bestimmte Migrantengruppen – ob Türken, ob Italiener, wer auch immer – integriert werden müssen, eingegliedert werden müssen in eine Mehrheitsgesellschaft, die sich überhaupt nicht dazu verhält. So sieht das Schema aus. Wir müssen mit diesem Denken und Handeln aufhören insofern, als wir sagen, dass unsere Stadtgesellschaften Einwanderungsgesellschaften geworden sind, dass wir dies als Fakt hinnehmen und akzeptieren müssen und Integration als eine Aufgabe für alle

Beteiligten in einer Stadtgesellschaft formulieren und auch politisch in den Mittelpunkt des Handelns setzen müssen. Wenn es eine gemeinsame Aufgabe ist, verlangt das, dass alle Beteiligten gleichberechtigt an diesem Prozess mitwirken können müssen.

Bezogen auf die Migrantengruppen bedeutet das, dass Gleichberechtigung hergestellt werden muss, damit sie auch die Verantwortung für den Integrationsprozess tragen. Ich denke, solange wir nicht aufhören, dass eine wie auch immer definierte Mehrheitsgesellschaft die Migrantengruppen integrieren muss, werden wir mit all den Maßnahmen nicht weiter kommen. Erst wenn Migranten als eine Normalität begriffen werden und in dem Zusammenhang auch Migranten verantwortungsvoll in diesem Prozess gleichberechtigt mitwirken können, werden wir einen Erfolg damit ernten können. Und meine Frage an die Organisatoren der Veranstaltung: Ich denke, die Diskussionen insgesamt, nicht nur an diesen beiden Tagen, insgesamt zeigen, dass wir auch den Fokus richten müssen Richtung Mehrheitsgesellschaft – ich nenne jetzt mal diesen Begriff, auch wenn er umstritten ist. Also Aufnahmegesellschaft – Mehrheitsgesellschaft. Was muss sich da tun neben dem Bildungsbereich, insgesamt, mental wie auch im Alltag? Was muss sich da tun, damit dieses Phänomen, dass Einwanderung kein temporäres Problem, sondern ein Dauerzustand ist und dass wir sogar Einwanderung brauchen, mental verarbeitet wird?

LUDWIG NEUBER, *Neubürgerbeauftragter des Kreistages Rhein-Sieg, Siegburg:*

Ich hatte mich ja gestern zu dem Thema „Lehrerbildung“ gemeldet und bin eigentlich heute sehr zufrieden, dass das ein Thema war: Änderungen der Schule, Änderungen des Bildungssystems, Fortbildung und Ausbildung der Lehrer. Ich frage mich, wie gehen die Ergebnisse dieser Tagung von gestern und heute weiter an die, die es angeht? Und vor allen Dingen auch die Politik, wird es weitergegeben? Wir haben jetzt, wenn ich mal von Deutschland ausgehe, mit Ministerin Böhmer eine sehr engagierte Frau auf Bundesebene. Wir haben – ich komme aus dem größten Bundesland, bevölkerungsmäßig größten Bundesland Nordrhein-Westfalen – wir haben den ersten Integrationsminister, Herrn Laschet, der sehr engagiert ist und einen Zuarbeiter hat mit Herrn Kufen als Integrationsbeauftragter und

ich kann nur sagen, die Leute müssen diese Ergebnisse bekommen, wenn sie sie nicht schon haben. Aber man kann nicht genügend klopfen und schellen, damit sie wach werden. Denn es ist wirklich so, wie eben gesagt. Die Modelle, die vorgestellt worden sind – es ist alles wunderbar, aber es bleibt punktuell. Es muss generell gearbeitet werden, strukturell. Und wir haben doch gar keine Zeit! Ministerin Böhmer spricht schon von einer „Verlorenen Generation“. Ja, das sind in Deutschland die 15- bis 25-Jährigen. Die sind nicht mehr in der Lage, eine Arbeit in Deutschland zu finden, weil sie nicht ausgebildet sind. Diese Arbeitsplätze gibt es in Deutschland nicht mehr. Früher wurden die irgendwo als Hilfsarbeiter beschäftigt. Die gibt es nicht mehr, sondern es kommt gerade der Begriff – als Wort des Jahres – „hartzen“. Eine lebenslange Aufgabe: „hartzen“, nämlich nichts mehr tun und dafür Geld bekommen. Das kann aber nicht das Ziel unserer Gesellschaft sein und das muss allen bewusst werden. Und ich denke, gerade die Ergebnisse unserer Tagung sind sehr, sehr wichtig, dass sie an die richtigen Stellen weitergeleitet werden.

HÜLYA ERTORUN, *Coordinatrice de projets pour Bruxelles Laïque asbl, Présidente d'honneur d'European Association of Turkish Academics, Bruxelles:*

Bezüglich des Programms ELCO und der Lehrer der Herkunftssprache und Kultur möchte ich etwas hinzufügen. Ich war eine der beiden Personen in Belgien, die das Pilotprogramm in die Wege geleitet haben; dafür wurde ich in einem Auswahlverfahren ausgewählt und von der Stadt Brüssel bezahlt. Als ich vor 15 Jahren begonnen habe, wollte die Stadt nicht, dass Lehrer im diplomatischen Dienst, damals gefördert von der Europäischen Gemeinschaft, an dem Projekt teilnehmen. Schließlich haben wir in der Schule in der Mittelstufe mit einem von der Botschaft entsandten Lehrer gearbeitet. Alles lief sehr gut, da dieser Lehrer Französisch sprach. Die Lehrer, die ohne Sprachkenntnisse kommen, können ihre Mittlerfunktion zwischen der Schule und den Familien nicht erfüllen, da die türkischen Kinder in Belgien anders sind als die in der Türkei. Deshalb misstraute Belgien anfangs diesen geschickten Lehrern und zögerte nicht von „Agenten“ zu sprechen, wenn es sich um Türken oder Marokkaner handelte. Solange es die Türkei war die zahlte, arrangierte sich Belgien mit diesen Lehrern. Verschiedene Projekte haben wir verglichen und

gesehen, dass es in Bayern Lehrer aus der Türkei gab, die aber dann in Deutschland ausgebildet wurden; sie wurden bezahlt aber auch überwacht von den örtlichen Behörden. Warum machen wir nicht das Gleiche in Belgien? Keine Antwort haben wir bekommen. Bei diesem Thema gibt es eine gewisse Heuchelei der Behörden, die bezweifeln dass es sinnvoll ist, Türkisch zu lernen. Jedoch kann ein Kind, das eine gute Kenntnis seiner Muttersprache hat, viel besser in anderen Sprachen klarkommen.

Seit 15 Jahren arbeite ich als Schulische Mittlerin in einer Stadt (deren Namen ich hier nicht erwähne, da ich als Privatperson hier bin), einer Gemeinde mit 110 000 Einwohnern, die einen großen Ausländeranteil hat, vor allem Türken und Marokkaner. In diesem Zusammenhang möchte ich darauf hinweisen, dass die Statistiken zeigen, dass der typische Schulabbrecher ein Junge oft türkischer oder marokkanischer Herkunft von 16-17 Jahren ist (auch wenn ethnische Statistiken schwierig zu erstellen sind in Belgien, da viele Einwanderer die Nationalität gewechselt haben). Was die Schulbildung angeht, so denke ich, dass die Vorschläge von den Schulen und der politischen Klasse ausgehen müssen, die Vereine können natürlich bei dem Erfolg der schulischen Laufbahn helfen, aber das reicht nicht aus. Wir, die Sozialarbeiter, wir bemühen uns so gut es geht, die Eltern in Kontakt mit der Schule zu bringen, aber es ist nicht einfach. Und wenn in den armen Stadtteilen die französisch sprechenden, marokkanischen Mütter mitwirken und sich sogar sehr fordernd zeigen, indem sie verlangen, dass ihre Kinder in anderen weniger benachteiligten Stadtteilen zur Schule gehen können, so sind es die Schulen, die sich beschweren.

Bemerkt haben wir, dass der Schulabbruch oft aus einer schlechten Orientierung resultiert, die Kinder werden oft in die berufsnahen Zweige geleitet. Wenn ein Schüler seine Orientierung nicht selber ausgesucht hat, sondern sie nur erduldet, wächst die Gefahr des Schul- oder Ausbildungsabbruchs.

GAYE PETEK:

An Frau Engin wende ich mich mit einer Frage, die noch nicht wirklich gestellt wurde: Wie steht es um die Gleichstellung von Mädchen und Jungen beim Zugang zur Bildung?

HAVVA ENGIN, *Fachhochschule Bielefeld, Fachbereich Sozialwesen:*

Vielen Dank für die spannenden Fragen. Und die bündeln sich eigentlich in zwei Bereichen, so wie ich es sehe: zum einen die Frage der Eltern, speziell der Mütter wurde gestellt – ich komme gleich darauf zurück – und zum anderen, was ich sehr interessant fand, die Frage: Was kann eigentlich die Verwaltung, was kann die Kommune machen? Ich möchte nochmals ganz deutlich betonen, dass die Institutionen in der Pflicht sind, die das öffentliche Leben regeln. Und die Institutionen, die das öffentliche Leben regeln, die werden eben von der Politik gelenkt. Das heißt, wir brauchen ein Umlenken in der Politik, diese Sensibilität insofern zu operationalisieren, also in die Praxis umzusetzen, als sie schlicht und einfach auch Vorgaben machen, wie die Chancenverteilung – Gerechtigkeit will ich gar nicht sagen – ein Stück weit eingelöst werden kann. Eine Kommunalpolitik kann z.B. beschließen: „In unserer Kommune soll in der Verwaltung in den nächsten drei Jahren der Anteil der Mitarbeiter, die neu eingestellt werden und einen Migrationshintergrund haben, 10 % betragen.“ Dann sucht man nach entsprechenden Bewerberinnen und Bewerbern und stellt sie ein. Also – das Stichwort ist gefallen – „proaktiv“. Wir müssen proaktiv sein. Wir sind ja im Moment in der Situation, ich denke auch in anderen Ländern, wo wir die Bewerberinnen und Bewerber haben, die die Qualifikation mitbringen. Nur müssen sie auch wirklich in den Institutionen eingestellt werden. Berlin macht das z.B. ganz offensiv mit der Kampagne „Berlin braucht dich“ und hat jetzt seit anderthalb Jahren begonnen, ganz offensiv für verschiedene Verwaltungen Menschen mit Migrationshintergrund zu rekrutieren. Die haben damit die Quote rapide erhöht, zumindest im Vergleich. Das ist natürlich nicht zufrieden stellend, aber sie haben angefangen.

Der zweite Aspekt: Es gibt Bundesländer, die das Problem erkannt haben im Bildungsbereich und sagen, wir akquirieren im Moment ganz stark Lehrkräfte mit Migrationshintergrund. Es laufen z.B. im Moment Projekte, Programme an Hochschulen, die an die Gymnasien, an die Jugendlichen herangehen und sagen: „Möchtest du nicht Lehrer werden? Und wir unterstützen dich dabei“ mit dem Ziel, dass eben in den nächsten 10, 15 Jahren die Lehrerschaft genauso heterogen wird. Das heißt, die Politik kann sehr wohl Vorgaben machen und auch die finanzielle Absicherung dieser Programme sicherstellen.

Zu den Müttern möchte ich etwas sagen: Bei allen drei Ländern – und Sie können ja noch weitere 15 europäische Länder dazunehmen und meinetwegen alle 189 Länder auf der Welt – sind die Mütter der Dreh- und Angelpunkt im Bildungserfolg der nachwachsenden Generation. Sämtliche Studien bestätigen das. Und wir haben ja auch schon darauf reagiert, indem wir viele Mütterkurse anbieten – Mütter-Sprachkurse, Mütter-Spielkurse usw. – und es zeigt sich letztendlich, wenn man diese Programme evaluiert und auswertet, wie erfolgreich das ist. Also konkret z.B. Teilnehmerinnen aus Nordrhein-Westfalen im Programm „Mama lernt Deutsch“ oder „Rucksack“, die sagen: „Seitdem ich an diesem Programm teilnehme, hat sich das Verhältnis von mir zu den Lehrkräften positiv verändert. Ich werde nämlich wahrgenommen von den Lehrkräften und positiv wahrgenommen. Ich werde angesprochen.“ Das ist ein ganz, ganz entscheidender Faktor und ich denke, auf diese Karte müssen wir weiter setzen.

Ich wollte noch ein positives Beispiel geben, bei dem man etwas lernen kann. Es gibt nämlich auch Migranten, bei denen die Bildungsintegration gelungen ist in Deutschland, das sind die Spanier. Die machen bessere Abschlüsse in Deutschland als andere Migrantengruppen. Man hat das empirisch untersucht und festgestellt, dass es ihnen gelungen ist, 50 % der spanischen Eltern in Elternvereinen zu bündeln und sie sehr früh auch mit dem deutschen Bildungssystem in Berührung zu bringen, so dass sie immer wussten, wie sie ihre Kinder unterstützen konnten. Das haben die Türken nicht gemacht und das haben die Italiener nicht gemacht. Es gibt also viele Studien, die das belegen und in der Richtung müsste man weiter denken.

GAYE PETEK:

Ich bedauere, dass wir keine Diskussionsrunde über die Gleichstellung der Geschlechter eröffnen konnten. Zum Abschluss gebe ich das Wort an Herrn Çakmakoglu, der mit der Darstellung der Situation in Berlin nicht einverstanden war.

MUSTAFA TURGUT ÇAKMAKOGLU:

Professor Engin hat da ein gutes Thema angesprochen. Wir sind alle froh, dass Berlin so eine Werbung macht, aber die realen Möglichkeiten sind total anders. Das heißt, wir bilden als kommunale Verwaltungen Jugendliche aus und nach der Ausbildung schicken wir sie in

die Arbeitslosigkeit. Wir können sie gar nicht einstellen. Berlin kann meinetwegen noch tausende solcher Kampagnen starten, aber das hilft den Betroffenen überhaupt nicht. Das wollte ich nur betonen, weil es in Berlin Stellenstopp gibt. Ich bin dafür, dass dieser Stellenstopp zumindest für die Jugendlichen aufgehoben wird, aber das wird nicht der Fall sein. Darauf wollte ich nur hinweisen.

Arbeitsgruppe 2: Integration durch ökonomische Tätigkeit?

OLAF HAHN, *Robert Bosch Stiftung*:

Guten Morgen, meine sehr geehrten Damen und Herren, herzlich willkommen zu unserer Arbeitsgruppe „Integration durch wirtschaftliche Tätigkeit?“ Über das Fragezeichen wird vielleicht auch noch zu diskutieren sein. Lassen Sie mich, bevor wir mit einigen Impulsreferaten starten, ganz kurz etwas zum Ablauf dieser Arbeitsgruppe sagen: Wir verfügen über einen Zeitraum bis etwa 11.15 Uhr, also zwei Stunden, um miteinander zu arbeiten. Ich bin mit den Referenten hier vorne so verblieben, dass wir möglichst viel Zeit wirklich für die gemeinsame Diskussion verwenden. Deshalb würde ich auch die Kollegen hier auf dem Podium bitten, ihre Statements prägnant und griffig zu gestalten, dass wir möglichst viel auch mit Ihnen diskutieren können.

Lassen Sie mich einleitend einige Worte der gestrigen Podiumsdiskussion wieder aufgreifen. Unser Thema ist ja „Integration durch ökonomische Tätigkeit“. Gestern ist seitens Herrn Kröhnert bei seiner Vorstellung der Studie des Berlin-Institutes von diesen so genannten „Vertrauensberufen“ die Rede gewesen und dem von ihm festgestellten Umstand, dass man immer noch wenig Türken in diesen Berufen findet – das war eine Aussage. Das hatte uns schon ein wenig auf unser Thema hingeleitet. Es wurde von Selbstständigkeit gesprochen, wirtschaftlicher Selbstständigkeit. Ich könnte mir vorstellen, dass das auch heute eine Thematik sein kann. Es wurde die Arbeitslosigkeit als Indikator für nicht wirklich erfolgte Integration angeführt, umgekehrt gesagt: die Integration in den Arbeitsmarkt ist ein wichtiger Faktor bei der gesellschaftlichen Integration. Das wurde kritisch diskutiert, auch durch Rückmeldungen aus dem Publikum, und es wurde schließlich auf den Aspekt der Diskriminierung auf dem Weg in die berufliche Tätigkeit hingewiesen. Wir haben darüber hinaus noch nicht viel über das Thema gesprochen und deshalb freue ich mich, dass wir heute hier drei Kollegen auf dem Podium haben, die Impulse geben werden.

Jan Boulogne

(Unizo-Vorming, Brüssel)

Türkisches Unternehmertum und seine Beziehung zu den üblichen Wirtschaftsverbänden

Mein Name ist Jan Boulogne und ich arbeite für den größten Verband kleiner und mittlerer Unternehmen in Belgien. Wir haben 90 000 Mitglieder im Bereich der KMU. Wir vertreten ihre Rechte und Interessen, bieten Dienstleistungen und sind eine nützliche Einrichtung für Netzwerkarbeit und gemeinsame Treffen.

Warum ich hier bin? Seit 50 Jahren befassen wir uns mit Migration, Migranten und Unternehmertum. Und ich möchte Ihnen etwas über unsere Erfahrungen berichten. Mein Kollege Musa Soydemir und ich arbeiten sehr gut zusammen, und er kann viel besser als ich erklären, wie die Zusammenarbeit zwischen dem Unternehmervverband, den türkischen Unternehmern und unserer Organisation Unizo funktioniert.

Ich möchte Ihnen zunächst berichten, dass wir gestern nicht am Abendessen teilgenommen haben, weil wir uns mit dem Berliner Verband türkischer Unternehmer getroffen haben. Dort haben wir erfahren, dass dieser Verband versucht, mit dem größten Unternehmerverband in Berlin in Kontakt zu treten, aber von dort keine Reaktion kommt. Ich möchte die Situation etwas genauer erläutern, denn wenn man mit offenen Augen durch die Welt geht, kann man sehen, dass in diesem Bereich eine wachsende ökonomische Macht entsteht. Für Belgien haben wir keine genauen Zahlen, weil es keine Statistiken mit der früheren Nationalität und auch keine ethnischen Statistiken gibt. Für Holland haben wir einige Zahlen, auch für türkische Unternehmer, die ich Ihnen gerne nennen will. In diesem Jahr (die Zahlen sind sehr aktuell) gibt es 53.000 Mitarbeiter in türkischen Firmen. Und in Holland gibt es 8.095 türkische Unternehmer. 1993 waren es nur 5.560 Unternehmer. Der Anstieg ist also erheblich und als Verband müssen wir für diese Entwicklung des Entrepreneurship aufmerksam beobachten. Gestern haben wir die Zahlen für Deutschland erfahren: Es gibt etwa 70.000 türkische Unternehmer und 400.000 Mitarbeiter in türkischen Unternehmen, und sie alle machen 40 Milliarden Euro Umsatz. Es wäre merkwürdig, wenn ein Verband kleiner und mittlerer

Unternehmen an dieser Entwicklung kein Interesse hätte. Als wir vor 50 Jahren angefangen haben, hatten wir noch einen anderen Standpunkt. Heute denken wir, dass es nicht nur eine Chance sondern die Pflicht unserer Organisation ist, bei der Integration zu helfen, und wir sind davon überzeugt, dass Unternehmertum ein sehr starker Weg für Integration ist. Es ist ein gutes Mittel für soziale Mobilität. Es ist aber auch ein guter Weg der Integration in die Gesellschaft insgesamt. Und am Arbeitsplatz, und sei es in einem türkischen Restaurant, hat man mehr Kontakt. Diese Strategie der Förderung von Unternehmertum ist aus unserer Sicht sehr wichtig. Vor 50 Jahren haben wir noch völlig anders gearbeitet: Die große Herausforderung war damals, die Startbedingungen der Kleinunternehmen der Einwanderer zu verbessern, deshalb haben wir viel beraten, auch in der Verwaltung, in den Sprachkursen, die sie besuchen mussten, um die erforderlichen Papiere zu bekommen. Und diese Arbeit war schwer. Es war sehr schwer, einen direkten Draht zu den Einwanderern zu bekommen. Da kann man so freundlich offen sein wie irgend möglich und erzählen soviel man will, aber trotzdem funktioniert etwas nicht.

Aber wir haben es langsam aufgebaut, unsere Kontakte verbessert, und heute sehen wir, dass die Situation vor allem der türkischen Unternehmen in Belgien völlig anders ist. Seit drei Jahren haben wir mit einem deutschen Verband türkischer Unternehmer Kontakt und das ist der einzige, der so gut organisiert ist wie Betiad in Belgien. Wir wären sehr froh, wenn sich andere Verbände von Migrantunternehmen bilden würden. Es ist ein ausgezeichneter Weg, um die erforderlichen Kontakte zu haben, glaubwürdig zu sein und Vertrauen aufzubauen. Unsere beiden Organisationen reden auf Augenhöhe miteinander. Wir sind gleichwertig und wir reden miteinander. Wir haben gemeinsame Interessen und wir können beide etwas von der Zusammenarbeit haben. Und das gibt unserer Arbeit auch eine neue Perspektive. Ich freue mich, dass Herr Soydemir heute da ist und Ihnen erklären kann, warum und wie er den Verband in kurzer Zeit aufgebaut hat.

Musa Soydemir
(Betiad, Brüssel)

Ich komme aus Belgien und bin ein Kind der ersten Generation. Mein Vater ist 1972 hierher gekommen, um in den Minen zu arbeiten. Vor ein paar Jahren habe ich eine Kassette gefunden von meinem Vater, die er an meinen Großvater geschickt hat. Das war eine Kassette von 1978. Damals hatte man noch keine gute Telekommunikation in der Türkei, deshalb hat man eine Kassette besprochen und sie dann dorthin geschickt. Auf der Kassette stand: „Inshallah – wenn Allah mir die Möglichkeit gibt, komme ich im nächsten Jahr für immer zurück nach Hause“. Wie gesagt, das war eine Kassette von 1978 mit Ausblick auf das Jahr 1979. 1979 ist vorbei, 1989 ist vorbei, 1999 vorbei, der Großvater lebt leider auch schon nicht mehr. Jetzt haben wir Ende 2009, aber mein Vater ist immer noch in Belgien. Auch viele andere Türken hatten nicht die Absicht hier zu bleiben. Darum werden wir auch „Gastarbeiter“ genannt.

Aber die Zeiten haben sich geändert, die Konjunkturen haben sich verändert, die Möglichkeiten sind andere und meine Eltern und ich, wir bleiben jetzt immer hier. Vor einer Woche haben mein Vater und ich festgestellt, dass wir jetzt schon 35 oder 36 Jahre in Belgien leben. Natürlich hatten die Regierungen nicht vorgesehen, dass wir hier bleiben sollen. Aber eine Rückkehr in die Türkei ist im Laufe der 90er Jahre immer unwahrscheinlicher geworden. Nach den 90er Jahren haben die Leute auch anders gedacht und sind sich darüber bewusst geworden, dass sie andere Dinge benötigen, wie z.B. einen Kulturverein. Auch die kleinen Unternehmer, die am Anfang einen kleinen Imbiss oder einen kleinen Feinkost oder ein kleines Lebensmittelgeschäft hatten, sind mit der Zeit zahlreicher geworden.

Eines Tages waren die Eltern dann bereits 60 oder 65 Jahre alt und die Kinder sollten die Firma oder das Geschäft übernehmen, aber das geht nicht so einfach, da wir keinerlei Ausbildung oder Schulung hatten in Fragen der Geschäftsführung beispielsweise. Viele der Geschäfte in Deutschland, Frankreich und Belgien wurden von Leuten eröffnet, die noch am Wochenende auf dem Feld gearbeitet haben und dann am Montag mit dem Flugzeug in Berlin, in München oder in Brüssel gelandet sind. Wir haben also keine Unternehmenskultur mitgebracht von der Türkei. Für die kleinen Geschäfte war das kein

Problem, wo nur ein oder zwei Leute arbeiten. Aber größere Geschäfte sind mit großen Problemen konfrontiert, wie z.B. dass sie keine Vergünstigungen bekommen oder sie keine gute Buchhaltung haben, dass sie kein finanziertes Projekt haben. Schließlich haben sich diese Leute zusammengeschlossen und haben einen Unternehmerverein gegründet, in diesem Fall Betiad, der 1979 in Brüssel als erster belgischer Verein seiner Art gegründet wurde. Möglicherweise gab es auch damals schon andere, vergleichbare Vereine türkischstämmiger Unternehmer, zu denen wir jedoch keinen Kontakt hatten. Mittlerweile arbeiten wir jedoch mit der IHK und mit anderen Unternehmervereinen wie Unizo zusammen. In Belgien ist Unizo der größte Verein mit etwa 90 000 Mitgliedern. Unsere Zusammenarbeit fing vor etwa fünf oder sechs Jahren an und wir sind sehr glücklich, dass wir einen guten Partner gefunden haben. Wir haben zwar die Erfahrung, aber wir haben nicht die Möglichkeit, diese Erfahrung auch zu vermitteln. Das braucht Zeit, das braucht Instrumente und das braucht Geld.

OLAF HAHN:

Darf ich Sie an der Stelle unterbrechen? Ich glaube, Sie sind an einem wichtigen Punkt angekommen. Vielleicht sollten wir jetzt erst die beiden anderen Referate hören und später in der Diskussion noch etwas stärker auf Ihre Erfahrungen eingehen.

MUSA SOYDEMIR:

Ich möchte gerne noch eine kleine Sache sagen: Wir haben keine Zahlen, wie viele türkische Leute ein Geschäft führen, aber die meisten sind im Sektor Hotel/Restaurant, also im Dienstleistungssektor. Wir haben viele Möbelgeschäfte, Autohäuser und auch Baufirmen. Das ist die große Menge an Türken im aktiven Sektor.

OLAF HAHN:

Vielen herzlichen Dank! Ich denke, Sie haben viele Linien aufgetan, die wir in der Diskussion verfolgen können. Ich freue mich, jetzt Herrn Kolb das Wort geben zu können.

Holger Kolb

(Sachverständigenrat Deutscher Stiftungen für Integration und Migration, Berlin)

Ich arbeite für den Sachverständigenrat Deutscher Stiftungen für Integration und Migration. Das ist ein neu gegründetes Gremium – es ist zu Jahresbeginn gegründet worden als unabhängiges Gremium der Politikberatung im Bereich Migration und Integration. Es gab solche Gremien früher von der Regierung finanziert, die wurden dann abgeschafft, und dieses Gremium ist sozusagen die Reaktion aus der Bürgergesellschaft, um eben auch in diesem brisanten und politisch umstrittenen Feld Migration/Integration so etwas wie eine unabhängige und wissenschaftlich fundierte Politikberatung zu gewährleisten.

Das Thema „Arbeitsmarktintegration“ steht hier im Mittelpunkt. Ich glaube, das ist ganz entscheidend für viele Länder in Europa, aber besonders auch für Deutschland, weil Deutschland eigentlich nur eine einzige Integrationsressource hatte und das war Arbeit. Wir kennen andere Länder, die eine gut definierte Integrationsphilosophie hatten: Die Niederlande haben sich auf den Multikulturalismus verlassen, Frankreich hat sich auf den Republikanismus verlassen. Deutschland hatte nie so etwas; mit den Deutschen hat man nie über Integration als Konzept, über Integration als Philosophie diskutiert. Man hat sich einfach auf diesen pragmatischen Modus verlassen, dass wenn die Einwanderer hier einen Job haben, dass das dann mit der Integration auch klappt. Insofern ist Arbeit in vielen Ländern entscheidend, in Deutschland vielleicht noch entscheidender als in anderen Ländern.

Wenn wir uns eine kurze Bestandsaufnahme in Deutschland ansehen, dann ist das Resultat eigentlich zunächst sehr klar: Man kann jeden Indikator nehmen, der dort gebräuchlich ist: die Erwerbslosenquote, die Arbeitslosenquote, die Erwerbstätigkeit, der Beschäftigungsstatus und so weiter und so fort. Man kommt dort zu einem relativ eindeutigen Bild: Im Bereich der Arbeitsmarktintegration ist die Bevölkerungsgruppe mit Migrationshintergrund gegenüber der ohne Migrationshintergrund schlechter gestellt. Das ist seit vielen Jahren der Fall, darauf hat die Berlin-Studie hingewiesen, das ist eigentlich kein neues Ergebnis. Es gibt in diesem Zusammenhang allerdings ein zweites Ergebnis und dieses zweite Ergebnis ist, glaube ich, weniger

bekannt und sollte daher stärker kommuniziert werden. Dieses zweite Ergebnis ist vor allem von Ruud Koopmans, der hier am Wissenschaftszentrum Berlin arbeitet, sehr detailliert herausgearbeitet worden. Er hat sich verschiedene Integrationsbereiche im internationalen Vergleich angeschaut und weist dabei auf etwas ganz Überraschendes hin: Wenn man sich die Arbeitsmarktintegration der Zuwandererbevolkerung in Deutschland im internationalen Vergleich ansieht, dann sieht man sehr deutlich, dass diese Form der Integration, dass die Arbeitsmarktintegration in Deutschland vergleichsweise gut gelungen ist. Er hat – das ist das einzige technische Detail, das ich hierzu nennen möchte – dabei einen Koeffizienten verwendet, der das Maß der Überrepräsentation in Arbeitslosigkeit im internationalen Vergleich errechnet. Deutschland kommt dabei auf einen Wert von 1,5, das bedeutet, Personen mit Migrationshintergrund sind anderthalb mal so häufig von Arbeitslosigkeit betroffen wie die Bevölkerung ohne Migrationshintergrund. Die entsprechenden Werte in Großbritannien sind 1,9, in den Niederlanden 2,9, in Schweden 3,2 und in Belgien 4,4.

Wir müssen also festhalten, dass die Lage der Arbeitsmarktintegration für Zuwanderer in Deutschland sicherlich problematisch ist, international gesehen aber gar nicht mal so schlecht. Das ist etwas, was in Deutschland wenig kommuniziert wird. Wir haben in Deutschland sowieso ab und zu mal die Neigung, alles schlecht zu reden und die Integration generell als gescheitert zu betrachten und Krisenszenarien an die Wand zu malen. Wenn wir aber über den deutschen Tellerrand schauen, dann sehen wir, dass es in anderen Ländern auch nicht besser aussieht. Das soll uns nicht trösten, aber ich glaube, das ist ein Teil der Wahrheit.

Man stellt sich nun natürlich die Frage: Warum ist das so? Warum ist in Deutschland die Arbeitsmarktintegration im internationalen Vergleich gar nicht so schlecht? Und hier muss man zwei Dinge ansprechen: Erstens gibt es in Deutschland ein vergleichsweise erfolgreiches Instrument der Vermittlung in den Arbeitsmarkt, das ist die Struktur der Dualen Ausbildung. Und zweitens sehen wir in Deutschland eine doch sehr große und sehr deutliche Dynamik an wirtschaftlicher Selbstständigkeit von Personen mit Migrationshintergrund. Das zweite kommt in der öffentlichen Diskussion auch etwas zu kurz. Wenn wir über Arbeitsmarktintegration sprechen, dann sprechen wir

in der Regel immer nur über dieses klassische Normalarbeitsverhältnis – 40 Stunden die Woche mit Betriebsrat und 28 Tagen garantier-tem Urlaub. Es gibt natürlich eine Integrationsalternative und das ist die wirtschaftliche Selbstständigkeit, die hier sehr wichtig ist.

Wir haben dankenswerterweise als Sachverständigenrat Unterstützung von der Robert Bosch Stiftung bekommen, um ein Forschungsprojekt zu finanzieren, das die Unterstützungsstrukturen, das sich die Beratungsstrukturen von Unternehmern mit Migrationshintergrund – und hier vor allem von türkischen Unternehmern – ansieht. Wir haben die ersten Daten dazu jetzt vorliegen: Wir sehen bei türkischen Unternehmern auf der einen Seite eine sehr hohe Dynamik, also eine sehr hohe Zahl an Unternehmensgründungen, auf der anderen Seite aber auch eine sehr hohe Zahl des Scheiterns. Wir sehen also eine sehr hohe Umlaufgeschwindigkeit: die gründen und sind gleich wieder vom Markt verschwunden. Und gerade bei den türkischen Gründern sehen wir sehr viele Spontangründungen, also Gründungen aus dem Bauch heraus. Man macht sich selbstständig, weil man gerade das Gefühl hat, das ist eine gute Idee. Wir sehen eine sehr geringe Inanspruchnahme von Beratungsleistungen, gerade auf Seiten der türkischen Unternehmer, ein hohes Verlassen auf intrafamiliäre Beratungsleistungen, und wir werden jetzt in unserer Datenauswertung, wenn die Daten vollständig vorliegen, eben versuchen herauszuarbeiten, wie man diese Beratungs- und Unterstützungsinfrastruktur gerade für türkische Unternehmer verbessern kann. Ich freue mich, gleich mit Ihnen über einige dieser Aspekte zu diskutieren.

Nihat Sorgeç

(BWK Bildungswerk in Kreuzberg GmbH, Berlin, und Türkisch-Deutsche IHK)

Lassen Sie mich Ihnen kurz unsere Institution vorstellen: Die Türkisch-Deutsche Industrie- und Handelskammer ist gegründet worden vor ca. fünf Jahren aufgrund einer Vereinbarung, die die beiden Ländern miteinander getroffen haben. Bei dieser Vereinbarung sollte das jeweilige Land in dem anderen Land eine Kammer gründen. Diese Vereinbarung wurde getroffen im Jahre 1993; exakt ein Jahr später haben die Deutschen die sogenannte AHK, die Deutsch-Türkische

Industrie- und Handelskammer in Istanbul gegründet. Die Türken haben ein wenig länger gebraucht, die haben ca. 10 Jahre länger benötigt, um die Kammer zu gründen, deswegen ist sie erst vor ca. fünf Jahren in Köln gegründet worden. Ich bin dort als Vizepräsident mittlerweile seit der Gründung dabei, und wir können in diesem Zusammenhang mitteilen, dass wir natürlich in erster Linie das Ziel haben, die Unternehmen türkischer Herkunft zu fördern, deren Interessenvertretung hier zu sein, aber natürlich auch den Handel zwischen den beiden Ländern zu optimieren, zu fördern und dafür den Weg zu ebnen, sowohl für deutsche Unternehmen, die eventuell dort Fuß fassen wollen, als auch für türkische Unternehmen, die ihre Produkte in Deutschland vermarkten und vertreiben wollen.

Ich persönlich – wie man's hört, wie man's sieht oder wie man's auch liest – bin auch türkischstämmig. Ich bin vor ca. 37 Jahren nach Deutschland gekommen, als klassisches Gastarbeiterkind, konnte hier meine schulische Ausbildung genießen und konnte zum Schluss Maschinenbau studieren, so dass ich selber Unternehmer geworden bin. Ich habe hier ca. 150 Mitarbeiter, habe eine große Bildungseinrichtung, bei der ich z. Zt. um die 1 000 Menschen qualifiziere, ausbilde und weiterbilde.

Als vor über 40 Jahren die Gastarbeiter hergekommen sind, kamen sie ja in der Annahme, ein paar Jahre hier zu arbeiten und zurückzukehren. Aus dem Grund sollte man sich nicht gegenseitige Vorwürfe machen. Es ist keiner davon ausgegangen, weder die deutschen Institutionen und Behörden noch die türkischen Gastarbeiter, die damals hierher kamen, für den Rest ihrer Lebenszeit hier zu bleiben und ihre Familienangehörigen hierher zu holen. Ich kann das bestätigen, auch mit persönlichen Dokumenten. Ich war damals als Vierzehnjähriger in der Türkei derjenige, der für mein ganzes Umfeld solche Briefe an die Verwandtschaft geschrieben hat und sein Taschengeld aufgebessert hat. Daher weiß ich, dass viele, viele dieser Nachbarn, die damals als Gastarbeiter nach Europa, nicht nur nach Deutschland, auch nach Belgien, Holland und in andere Länder gegangen sind, die Absicht hatten zurückzukehren. Nun sind ja über 40 Jahre vergangen und erst seit einigen Jahren sehe ich ernsthafte Anstrengungen, besonders hier in Deutschland, die leider nicht so gut gelungene Integration endlich mal nachzuholen. Sie wissen, dass die nicht gelungene Integration uns pro Jahr etwa 17 Milliarden Euro

kostet. Wenn die gelungen wäre, würde sie eben entsprechend mehr einbringen, so dass man davon ausgehen könnte, wenn nur ein Bruchteil davon jedes Jahr für die Integration verwendet würde, uns das allen sehr, sehr gut tun würde. Die Statistiken meines Vorredners kann ich bestätigen, der Faktor ist bei den Türkischstämmigen sicherlich noch um ein Vielfaches höher, etwa bei der Arbeitslosigkeit.

Natürlich liegt das in erster Linie auch daran, dass die Menschen, die man damals vor über 40 Jahren nach Deutschland geholt hat, vor allem eine körperliche Arbeit zu verrichten hatten und dementsprechend hat man auf die Qualifikation nicht viel Wert gelegt. Und diese Menschen wurden ohne jegliche Integrationsbemühungen hier geduldet und man hat einfach nicht kommen sehen, dass diese Menschen, die damals „Gastarbeiter“, zwischendurch „Ausländer“ und mittlerweile „Menschen mit Migrationshintergrund“ oder „Migranten“ genannt werden, dableiben werden. Wenn Sie mich fragen, auf meine Person bezogen, finde ich keinen dieser Begriffe richtig, weil „Ausländer“ bin ich nicht mehr, ich bin seit über 20 Jahren deutscher Staatsbürger, „Gastarbeiter“ bin ich auch nicht mehr – ich bin weder Gast noch Arbeiter hier in diesem Land, also ich bin jetzt ansässig. „Migrant“ stimmt auch nicht, weil „Migrant“ ist der Begriff für denjenigen, der seinen Migrationsprozess noch nicht vollendet hat. Also ich habe meinen Migrationsprozess vollendet, ich bin ein Teil dieser Gesellschaft hier und lebe hier und identifiziere mich auch mit dieser Gesellschaft, sowohl gesellschaftlich als auch sozial bin ich aktiv. Also muss man versuchen, einen neuen Begriff zu finden für diejenigen, die hier nicht deutscher Herkunft sind. Ich habe neulich einen Begriff gehört von der Grünen Partei, wo man das versucht zu differenzieren, indem man die Ur-Deutschen als „Bio-Deutsche“ bezeichnet hat. Ich weiß nicht, ob das der richtige Weg ist.

Ich persönlich sehe erhebliche Bemühungen seit einigen Jahren, sowohl durch die Islamkonferenz als auch durch den Integrationsgipfel, bei denen ich auch als einer der Teilnehmer dabei bin. Das begrüße ich natürlich, vor allem auch im Sinne dieses Landes ist das bitter notwendig. Die Wirtschaftskraft der türkischen Unternehmer – vielleicht sollte man auch dazu etwas erwähnen – hat sich in den letzten Jahren enorm gebessert. Man könnte sagen, das richtige Unternehmertum hat ja erst in den 80er Jahren begonnen. Bis dahin gab es einen Stempel auf den Pässen unserer Väter – also bei meinem Vater

war das der Fall: „Selbstständige Erwerbstätigkeit nicht gestattet“. Mein Vater durfte sich als Gastarbeiter definitiv nicht selbstständig machen. Obwohl damals im Jahr (ca. Mitte der 80er Jahre) fast 20 000 Unternehmer türkischer Herkunft hier waren. Viele von denen hatten diese Konzession über die Deutschen bekommen. Dementsprechend haben sie dann so ein bisschen an der Grenze der Legalität ihre Selbstständigkeit gestartet, so dass man von der richtigen Selbstständigkeit der hier lebenden Menschen mit Migrationshintergrund erst seit 20 Jahren reden kann. Ich kann es bestätigen, dass tatsächlich unter den Türkischstämmigen die Zahlen derjenigen, die innerhalb der ersten zwei Jahre scheitern, extrem hoch sind. Wir haben Zahlen bei ca. 70-80 %. Das liegt in erster Linie daran, dass tatsächlich die so genannten Parameter, die zu Selbstständigkeit erfolgreich führen können, nicht optimal in Anspruch genommen werden. Die Förderinstrumente sind ein Riesenhindernis für die Migranten, dadurch dass sie nicht in der Lage sind, einen vernünftigen Business-Plan zu erstellen. Was erwarten Sie von einem türkischstämmigen Unternehmer mit insgesamt 30 000 Euro Kapital? Und wenn er einen Business-Plan erstellen muss, das kostet allein bei einer Unternehmensberatung ca. 10 000 bis 15 000 Euro. Also müsste er die Hälfte von seinem Gesamtkapital ausgeben, um den notwendigen Business-Plan zu erstellen. Das geht natürlich nicht. Da müssen andere Instrumente gefunden werden, damit diese Menschen richtig die Förderinstrumente dieses Landes nutzen können, z.B. günstigere Darlehen mit günstigen Zinsen, Zuschüsse und andere Förderinstrumente, kostengünstige Beratung oder kostenlose Beratung müssten besser publik gemacht werden. Man sollte diese Beratung auch in der Muttersprache dieser Menschen abgeben, weil viele dieser Unternehmensgründer leider immer noch in der ersten, in der zweiten Generation der Sprache nicht so ganz mächtig sind. Daher können sie auch noch nicht die Möglichkeiten, die ein Unternehmer hier bekommt, voll in Anspruch nehmen. Das sind natürlich Hindernisse.

Trotzdem haben es über 70 000 türkische Unternehmer mittlerweile erfolgreich geschafft, hier tätig zu sein. Die beschäftigen in diesem Lande über 350 000 Menschen und setzen ca. 35 Milliarden um. Das sind die Zahlen, die wir von der Türkisch-Deutschen IHK haben, wobei man von einer Investitionssumme in Höhe von ca. 8 Milliarden pro Jahr reden kann. Von den ca. 2,7 Millionen in Deutsch-

land lebenden Türkischstämmigen sind 1,8 Millionen immer noch Türken, der Rest ist schon deutscher Staatsbürger geworden. Ich denke, der Wirtschaftsfaktor bzw. die erfolgreiche Selbstständigkeit der Menschen führt auf jeden Fall zur besseren Integration, führt auch zur besseren Identifizierung mit diesem Lande. Und ich stelle immer wieder fest: Besonders diejenigen, die es von der unteren sozialen Schicht geschafft haben in die Mitte der Gesellschaft zu kommen, identifizieren sich auch viel mehr mit dieser Demokratie, mit der Verfassung dieses Landes und tragen auch die Säulen der Demokratie mit. Dementsprechend ist das auch im Sinne dieses Landes, dafür zu sorgen, dass die Menschen, die aus der unteren Schicht kommen – und das sind leider die meisten ehemaligen Gastarbeiter – in die Mitte der Gesellschaft gelangen können. Das wäre auf jeden Fall eine sehr, sehr gute Entwicklung auch im Sinne dieses Landes.

Warum werden die türkischstämmigen Menschen hier Unternehmer? Natürlich gibt es dafür einige Gründe. Einer der wichtigsten Faktoren ist natürlich die Kultur der Selbstständigkeit, die die Türken mitbringen. Sogar mein Vater hat schon damals gedacht: „Ach, wenn ich meinen eigenen Laden hätte!“ Dabei war mein Vater 27 Jahre bei Siemens, Dreischicht-Arbeiter, hat jedoch immer davon geträumt, sich selbstständig zu machen. Der Traum dieser ehemaligen Gastarbeiter, sich selbstständig zu machen, war ja immer vorhanden. Die Devise war: klein anfangen und nach und nach das Ganze ausweiten und wachsen. Natürlich ist auch einer der wichtigen Faktoren die Alternativlosigkeit, also weg von der Arbeitslosigkeit. Es ist leider eine Tatsache, dass heutzutage die Menschen mit Migrationshintergrund, die ein wenig exotischer aussehen, größere Benachteiligungen haben auf dem normalen Arbeitsmarkt. Man hat anhand von Statistiken festgestellt, dass Menschen mit ausländischen Namen und Migrationshintergrund bei gleicher Qualifikation bei Bewerbungen häufig eine Absage erhalten haben, während der deutsch klingende Name sofort ein Vorstellungsgespräch angeboten bekommen hat. Also, es gibt auf jeden Fall auf dem Arbeitsmarkt eine Benachteiligung der Menschen. Daran sollte gearbeitet werden und meiner Meinung nach sollten die Behörden, die Institutionen bei sich anfangen. Erst dann können die positive Signale geben an die Unternehmer, an die Wirtschaft, dass die Wirtschaft mehr Menschen mit Migrationshintergrund einstellen kann. Deswegen befürworte ich, dass die Institu-

tion, der Öffentliche Dienst, Polizei, Behörden, Feuerwehr hier Akzente setzen. Ich bin eigentlich als Unternehmer selbstverständlich gegen gewisse Quotenregelungen, aber eine moralische, eine ethische Quotenregelung würde ich auf jeden Fall in diesem Sinne begrüßen.

Wenn man sich die türkische Unternehmerstruktur anschaut, sieht man, dass es von diesen 70 000 fast nur 10 % der Unternehmer geschafft haben, mehr als 10 Mitarbeiter zu beschäftigen, während 50 % weniger als drei Mitarbeiter haben – das sind die Kleinstunternehmer – und das sind doch diejenigen, wo man froh ist, dass sie erstmal keine Last sind für Deutsche, für den Steuerzahler, deswegen duldet man diese Nische. Aber die dazwischen, das sind diejenigen, die dringenden Förderbedarf benötigen in Bezug auf Beratung, in Bezug auf weitere Entwicklung, damit sie auch die Säule, von der ich vorhin gesprochen habe, mittragen können.

Lassen Sie mich noch etwas zum Anteil der Auszubildenden sagen, denn das ist ja ein wichtiger Faktor für die Wirtschaft. Natürlich haben wir diese Duale Ausbildung hier in diesem Lande, was für viele Unternehmer türkischer Herkunft nicht so ganz bekannt ist. Deswegen haben wir auch vor etlichen Jahren angefangen, den Anteil der ausbildenden Betriebe unter den türkischen Unternehmen zu erhöhen. Bis vor einigen Jahren war die Zahl dieser Betriebe bei knapp 6 %, mittlerweile sind wir bei 18 %, die Deutschen bilden hingegen zu 25 % aus. Also wir sind noch ein bisschen entfernt als türkische Unternehmer von dieser gesellschaftlichen, sozialen, aber auch unternehmerischen Verantwortung, aber in den nächsten Jahren werden wir diesbezüglich auf jeden Fall auch unserer gesellschaftlichen Verantwortung gerecht werden.

OLAF HAHN:

Ganz herzlichen Dank! Wir haben jetzt hier eine Herausforderung: Wir haben keine französische Perspektive auf diesem Podium, aber wir haben Französinen und Franzosen im Saal und ich hoffe, dass Sie auch die eine oder andere französische Perspektive einbringen. Wir haben viel Analysen gehört und mir scheint, wir haben noch wenig über Strategien für Lösungen gesprochen. Ich fände es interessant, wenn wir jetzt weniger die analytische Ebene behandeln und stärker in Lösungsansätze hineingehen, um unsere Diskussion ein wenig zu steuern.

SUSANNE DORN, *PR-Referentin und Projektleiterin Arbeitsgemeinschaft Selbstständiger Migranten e.V. (ASM), Hamburg:*

Ich arbeite als Deutsche in einer Migranten-Selbstorganisation der Arbeitsgemeinschaft Selbstständiger Migranten in Hamburg in der Handelskammer Hamburg. Ich wollte jetzt zur praktischen Ebene kommen, weil wir jetzt vieles gehört haben, was wir auch aus der Praxis jeden Tag unterstreichen können, was hier gesagt wurde von Herrn Kolb, von Herrn Sorgeç insbesondere. Ich wollte folgende Dinge sagen, wie wir versuchen, Migranten zu stärken; davon ist die größte Gruppe türkischstämmig in Hamburg. Wir machen folgendes: Wir machen Existenzgründungsberatung nach dem Vier-Phasen-Modell. Das ist ein sehr neues Modell, was derzeit in Deutschland erprobt wird. Das ist sehr umfangreich. Es beginnt bei der Vorgründungsphase, wo zu uns Migranten kommen mit ihren ersten Ideen, sich selbstständig machen zu wollen, und endet dann, wenn sie sich selbstständig gemacht haben, etwa nach einem, anderthalb Jahren erst. Das heißt, wir haben Berater, die gehen in die neu gegründeten Betriebe und halten den Kontakt und sprechen darüber, wie das Geschäft läuft, wo man gegebenenfalls gegensteuern muss, was läuft nicht wie geplant. Denn das ist wirklich das große Problem: schnell gegründet, schnell rein ins Business und schnell wieder raus, aufgrund von mangelnder Vorbereitung, aufgrund von fehlender Qualifikation. Das eine ist dieses Vier-Phasen-Modell, das andere sind Kurse mit vorgeschalteten Deutsch-Modulen. Das ist etwas, was wir auch erst seit Anfang des Jahres anbieten. Sie müssen sich das so vorstellen: Wir bieten an einem Abend ein Marketing-Seminar an und vorher werden eine Stunde lang praxisnah Begriffe aus diesem Marketing erklärt oder auch durchgespielt, in Szenen durchgespielt, so dass die Teilnehmer diesen auf deutsch gehaltenen Veranstaltungen, Fortbildungen folgen können. Das ist ein weiterer Versuch mit den Deutsch-Modulen.

Ein weiterer Punkt ist bei unserer Arbeit wichtig ist: Es ging gestern in der Diskussion um Identität, um Selbstbewusstsein und eben um mangelndes Selbstbewusstsein. Wir versuchen die Unternehmer zu stärken, die da sind. Ich habe da etwas mitgebracht. Wir haben auf Anregung des Hamburger Bürgermeisters 2006 49 türkischsprachige Unternehmer – also die in Hamburg ansässig sind mit ihren Betrieben – porträtiert, das in mehreren Sprachen publiziert und eine Wander-

ausstellung daraus gemacht. Die war u.a. zwei Wochen im Rathaus, die war in Hamburger Einkaufszentren, die war im EU-Parlament in Brüssel. Diese Menschen sind zusammen mit ihren Familien und ihren Freunden zu recht sehr stolz darauf gewesen. Das hat große Kreise gezogen, weil wir Menschen mit Migrationshintergrund in ihren Leistungen, die sie hier erbracht haben, gestärkt haben. Diese Leistungen hervorzuheben ist ein ganz wichtiger Teil von Integrationspolitik. Ich habe noch vieles mehr zu berichten, vielleicht lasse ich aber erstmal andere zu Wort kommen. Danke!

FARUK CERAN, *Geschäftsführer von SELF e.V., Stuttgart:*

Mein Name ist Faruk Ceran. Ich bin Geschäftsführer eines Unternehmerverbandes in Baden-Württemberg in der Landeshauptstadt Stuttgart. Und ich habe mich besonders gefreut über die Ausführungen von Herrn Soydemir und auch von Herrn Sorgeç. Welche Feststellung wir machen ist, dass wir, wenn wir Migrantenorganisationen aufbauen, auch unseren Partnern – sei es bei der IHK, bei der Handwerkskammer, Wirtschaftsförderung der Kommunen – klar vermitteln müssen, dass wir keine Parallelstrukturen aufbauen, denn ich bin von einem fest überzeugt: – ich versuche das mal vom Türkischen sinngemäß zu übersetzen: „Das Geld oder die Wirtschaft kennt keine Farbe, kennt keine Religion, kennt keine Kultur“. Die Menschen haben ein gemeinsames Interesse und wenn wir eine „Win-Win“-Situation haben, dann kommen wir zusammen und betreiben unseren Handel. Und deswegen ist es umso wichtiger, dass wir nicht explizit für die Türkei, für die Griechen Parallelstrukturen aufbauen. Ich denke, vor allem solche Selbstorganisationen, Migrantenorganisationen müssen die Aufgabe haben – und das ist auch unser Selbstverständnis –, dass wir eine Brückenfunktion übernehmen. Wir können die Dienstleistungen, die die Kammern, die die großen Wirtschaftsverbände leisten, gar nicht erbringen. Das ist auch gar nicht unser Anspruch. Fakt ist aber – das hat auch Herr Boulogne teilweise angesprochen –, dass es eine sogenannte „affektive Distanz“ von Migranten gegenüber Institutionen gibt. Und diese „affektive Distanz“ haben wir bei den Eltern, wenn es um die Elternabende geht, diese haben wir im sozialen Bereich, wenn es um die politische, soziale Partizipation geht, diese haben wir aber auch bei den Migrantenorganisationen, unabhängig davon, welchen Bildungsstand sie haben, unabhän-

gig davon, ob sie der deutschen Sprache mächtig sind oder nicht. Deswegen verstehen wir uns in erster Linie als Netzwerker, als Brückenbauer, um gerade diese „affektive Distanz“ abzubauen und entsprechend den Kontakt zu diesen Institutionen herzustellen.

Was wir – das habe ich gestern versucht, auch in meiner kurzen Anmerkung zum Ausdruck zu bringen – feststellen ist, dass Integrationsthemen immer oder sehr oft mit Problemen behaftet sind. Und über die ethnische Ökonomie, Migrantenökonomie oder über das Unternehmertum von Menschen mit Migrationshintergrund haben wir eine sehr große, einmalige Chance, die Potentiale, den Mehrwert in die Gesellschaft hinein zu transportieren. Und das hat natürlich eine sozial extrem wichtige Dimension. Die Integrationswirkung in den Arbeitsmarkt, die Integrationswirkung durch das Bieten von Perspektiven für junge Menschen in Form von Praktika, Ausbildung, aber auch natürlich durch Arbeit, schafft ein Selbstbewusstsein, vor allem auch bei den Migranten, vor allem auch bei den Unternehmern, so dass sie ihr Selbstwertgefühl entsprechend verbessern können und selbstbewusst in der Gesellschaft auftreten können. Und wir sind heute so weit – nach 40, 50 Jahren müssten wir jetzt jedenfalls so weit sein –, dass dieses Selbstbewusstsein auch gelebt wird, so dass diese Menschen auch aktiv Verantwortung in unserer Gesellschaft übernehmen, ganz abgesehen davon, welchen Mehrwert wir auch durch binationale Handelsbeziehungen dabei aufbauen.

Eine letzte Anmerkung ist: Wir müssen aber auch schauen – nicht, dass ich die Gefahr bei der T-D IHK sehe –, dass wir kein elitärer Club werden, um ganz marginale Gruppen zu erreichen, die wichtig sind, die sehr wichtig sind, um natürlich – ich sage mal – auch eine Durchschlagskraft mit unseren Akteuren, mit den politischen Akteuren zu erreichen. Fakt ist aber, bei den meisten Betrieben handelt es sich um Kleinst-, Klein- und bestenfalls um mittelständische Betriebe. Und deshalb brauchen wir gerade solche Institutionen, die auch diese Betriebe erreichen können, denn die großen Betriebe, so wie beispielsweise der Vorstandsvorsitzende Kemal Şahin, der braucht keine Unterstützung, der bietet die Unterstützung natürlich selber. Das heißt dieser Bezug wirklich auch zur Basis, zu den Kleinst- und Kleinunternehmen, der muss sichergestellt sein, damit wir diese Potentiale besser nutzen können.

JAN BOULOGNE:

Herr Ceran hat ein paar sehr wichtige Dinge gesagt. Aber besonders wichtig scheint mir dies: Wir müssen aufpassen, keine Parallelstrukturen zu schaffen. Bei unserer Zusammenarbeit mit Betiad war für uns sehr überraschend, dass sie nicht von sich sagten „Wir sind der Verband türkischer Unternehmer“ sondern „Wir sind der Verband aktiver Unternehmer“. Der Verband war also zunächst nicht mit dem Stempel „türkisch“ versehen. Gestern haben wir uns hier in Berlin mit einem anderen türkischen Verband getroffen und da ist klar geworden, wie schwer es für die Unternehmer ist, aus dieser Gruppe herauszukommen. Für uns ist es schwer, an einzelne türkische Unternehmer heranzukommen. Und mein Eindruck ist, dass es für den türkischen Verband schwer ist, mit anderen Nationalitäten in Kontakt zu treten. Es wäre in der Tat wunderbar, wenn wir diese Parallelstrukturen nicht hätten. Aber meine große Frage ist: Kann man diesen Schritt in der Entwicklung überspringen? Ich habe das Gefühl, man braucht erst einmal ein nationales Organisationsgefühl, bevor man sich dann mit anderen zusammentut. Und der Schritt auf die anderen Verbände zu wäre natürlich am erfolgreichsten, wenn er in den regulären Organisationen der Aufnahmegesellschaft stattfinden würde. Die Frage ist kompliziert, und vielleicht kann mir jemand eine Anregung geben.

NIHAT SORGEC:

Ich muss zu dem, was Herr Ceran gesagt hat, Stellung nehmen. Es ist tatsächlich so, dass wir als Türkisch-Deutsche Industrie- und Handelskammer, so wie ich vorhin erwähnt habe – vielleicht ist das nicht so gut angekommen – uns darauf konzentrieren. Ich habe auch gesagt, dass gerade 10 % mehr als zehn Mitarbeiter beschäftigen und 50 % drei und weniger, und genau die Ebene, die dazwischen ist, muss gefördert werden, um den Mittelstand zu erreichen. Und in dieser Hinsicht bemühen wir uns schon seit längerer Zeit, die türkischen Unternehmer in deren Unternehmertum auf allen Ebenen zu unterstützen, dafür zu sorgen, dass sie auch nicht nur wirtschaftlich, sondern auch gesellschaftlich ankommen und auch in dieser Art und Weise integriert werden. In diesem Zusammenhang versuchen wir auch, deutschlandweit tätig zu sein. Wie Sie mitbekommen haben, haben wir jetzt vor ca. 6 Monaten die Hauptstadtvertretung hier in

Berlin gegründet. Es ist geplant, in absehbarer Zeit in allen größeren Städten auch eine Dependence zu eröffnen. Das sind natürlich Hamburg, München, Stuttgart, usw. In Köln ist ja die Zentrale.

Und wir sind ja aufgrund unserer Satzung auch daran interessiert, die Integration zu schaffen. Die Satzung besagt, dass 50 % deutsche Vorstandsmitglieder, 50 % türkischstämmige Vorstandsmitglieder dabei sind. Derzeit ist der Präsident Freiherr Dr. von Leoprechting. Und das ist – wie der Name sagt – ein Deutschstämmiger, ein „Bio-Deutscher“, und meine Wenigkeit als Vizepräsident. Und die Satzung sagt, dass auch – genauso übrigens wie die Satzung der deutsch-türkischen Kammer in Istanbul –, dass nach zwei Wahlperioden auch auf der Präsidentenebene ein Wechsel stattfindet, also dann beim nächsten Mal wird ein Türkischstämmiger die Präsidentschaft übernehmen. Wir versuchen schon, dem gerecht zu werden. Morgen haben wir in München unsere Vollversammlung. Ich würde Ihre Anregungen gerne dort in der Versammlung auch weiterleiten.

MEHMET KOKSAL, *Journalist bei Inter Press Service, Brüssel:*

Soeben habe ich erfahren, dass ich kein „Bio-Belgier“, sondern ein genetisch veränderter Belgier bin! Einige Fragen habe ich in Bezug auf die Parallelstrukturen, von denen gesprochen wurde. Ich würde gerne die Funktionsweise der Verbände kennen lernen und wissen, warum es notwendig ist, dass Unternehmer türkischer Herkunft einen Unternehmensverband gründen.

Dieses ließe vermuten, dass die „Bio-Belgier“ mit ihren Verbänden die Interessen der „genetisch-veränderten Belgier“ nicht vertreten. Ist dies der Fall? Oder vor welchen Problemen stehen die Firmengründer türkischer Herkunft?

Zweite Frage: Herr Sorgeç sagte, dass von den 2,7 Millionen Menschen türkischer Herkunft in Deutschland 900 000 die deutsche Nationalität angenommen haben. Begünstigt dieses die Gründung von Unternehmen, und finden diese Menschen sich in den deutschen Wirtschaftsstrukturen besser zurecht? Unter Beachtung des Koeffizienten der Darstellungen, warum kommt Deutschland besser mit der Integration zurecht als andere Länder? Herr Kolb hat als Grund die Arbeitsvermittlung, die alternierende Ausbildung und die Dynamik der Unternehmensgründungen angeführt. Dies alles gibt es überall; warum also ist es in Deutschland erfolgreicher?

MUSA SOYDEMIR:

Danke für die Frage. Warum haben wir einen Verein gegründet? Für unsere Mitglieder! Herr Ceran und Herr Sorgeç haben das auch gesagt. Eines unserer größten Probleme ist die sprachliche Ebene. Viele Geschäftsführer der ersten Generation haben Probleme mit der Sprache. Durch diese Organisation ist die Hürde kleiner geworden, dass die Unternehmer auch tatsächlich kommen und nach Informationen fragen. Natürlich weiß ein Geschäftsführer nicht, was eine IHK ist oder was eine Betiad oder eine Unizo ist. Er eröffnet heute ein Geschäft, ohne Dokumente, ohne Erlaubnis, und morgen kommt jemand von der Stadt oder von der Steuer und sagt: „Was tust du hier?“ „Ja, ich verkaufe.“ „Ja, aber du hast keine Genehmigung.“ Dafür ist ein solcher Unternehmensverein sehr nützlich.

Der Name der Organisation spielt dabei keine große Rolle, ob dieser türkischen Ursprungs oder ein deutscher Name ist. Bei einem deutschen Namen ist jedoch der Vorteil, dass auch belgische oder deutsche Unternehmer der Organisation eher beitreten. Ein weiteres Argument für die Gründung des Unternehmensvereins war, dass wir einen höheren Bekanntheitsgrad erreichen und auch einen gleichwertigen Partner finden wollten. Unsere Organisation hat mittlerweile Kontakte zu etwa zehn anderen Unternehmensvereinen und wir haben ca. 5 000 Mitglieder, nicht nur türkische Unternehmer.

HOLGER KOLB:

Eine Antwort auf die Frage von Herrn Koksäl. Ich bin ein wenig deprimiert, wie schlecht mein Französisch geworden ist. Ich hatte es zwei Jahre in der Schule und ich glaube, jeden Tag beschleunigt sich der Prozess des Vergessens, was sehr, sehr unerfreulich für mich ist. Ich hoffe, ich habe Ihre Frage trotzdem einigermaßen verstanden. Es ging ja um die Koeffizienten. Und in der Tat ist es dort so, dass der Grad der Benachteiligung oder der überproportionalen Benachteiligung auf dem Arbeitsmarkt generell – also nicht im Bereich der Selbstständigkeit, sondern im Bereich der Erwerbstätigkeit generell – in Deutschland sehr viel niedriger ist als in anderen Ländern. Das ist zunächst als Bestandsaufnahme zu sehen. Die Frage nach den Gründen ist dort eine ganz andere und dort gibt es natürlich auch eine gewisse Konkurrenz an Erklärungsansätzen, die das aufklären können.

Was wir natürlich wissen und wo es vermutlich auch einen Dissens gibt, ist, dass sich dieser Kontrast zwischen Deutschland und den Niederlanden u.a. daran erklären lässt, dass die Niederlande – ja, man kann fast sagen, eine segregierende Form des Multikulturalismus praktiziert haben, die sich im Nachhinein hinsichtlich der Arbeitsmarktintegration in den Niederlanden als fatal herausgestellt hat. Man kann den Niederlanden – um den niederländisch-deutschen Vergleich hier nochmal weiter zu thematisieren – sicherlich eine sehr gute Intention unterstellen. Man hat sehr früh anerkannt, dass man ein Einwanderungsland ist im Gegensatz zu Deutschland. Man hat dort aber den alten Gegensatz nicht erkannt, dass „gut“ oftmals das Gegenteil von „gut gemeint“ ist. Und insofern lässt sich dadurch vielleicht dieser Unterschied zwischen Deutschland und den Niederlanden erklären. Hinsichtlich der Unterschiede zwischen den anderen Ländern herrscht eine große Konkurrenz an Erklärungsansätzen. Es wird so diskutiert, dass das Maß der Diskriminierung in einigen Ländern größer ist als in anderen Ländern. Das finde ich nicht so überzeugend. Da gibt es aber sicherlich keinen Konsens, der dieses Bild eindeutig und übereinstimmend erklärt.

NIHAT SORGEÇ:

So wie ich die Frage verstanden habe, möchten Sie wissen, ob diejenigen, die die deutsche Staatsangehörigkeit angenommen haben, besser integriert sind. Es ist tatsächlich festzustellen, dass unter denen, die die deutsche Staatsangehörigkeit angenommen haben, die Zahl derjenigen, die sich selbstständig machen, viel höher ist. Also, das sind diejenigen, die viel mehr investieren und sich nicht nur damit abgefunden haben, den Rest ihres Lebens hier zu verbringen, sondern auch sich selbst als angekommen betrachten – viele von denen jedenfalls. Es ist sogar festzustellen, dass besonders in der zweiten, dritten Generation diejenigen, die sich hier integriert haben, sogar die Investition ihrer Eltern in den ursprünglichen Heimatländern verkaufen und hier investieren für ihre Selbstständigkeit. Es gibt mittlerweile einen Rückfluss der Gelder, die unsere Eltern in unser Heimatland investiert haben; das fließt langsam nach Deutschland oder in die neuen Heimatländer zurück. Das ist immer wieder der Fall. Die Häuser, die damals unsere Eltern gebaut haben in den Dörfern, in den Städten, die werden verkauft, und das Geld wird hier zur Unterneh-

mensgründung investiert. Und mittlerweile ist der Anteil derjenigen, die hier auch in Immobilien investieren, in Eigentum investieren, viel höher als in den Jahren davor. Daran sieht man, dass die Identifikation mit diesem Land und das Gefühl angekommen zu sein, nach und nach wächst.

Warum sind die türkischen Verbände, die Unternehmerverbände gegründet worden? In erster Linie ging es da natürlich darum, dass die Unternehmer türkischer Herkunft sich noch nicht so ganz optimal vertreten gefühlt haben bei den deutschen Institutionen, ihre Interessenvertretung war nicht optimal. Die hatten andere Sorgen mit Visa, mit Transfer, mit Mitarbeiterfreistellung, usw. Und da bestand die Notwendigkeit der Gründung dieser Unternehmerverbände türkischer Herkunft, weil die ja ihre eigenen Interessen vertreten müssen. Natürlich ist das Ziel dieser Unternehmensverbände, sich so schnell wie möglich überflüssig zu machen. Das ist das Ziel und wenn wir das in 10 Jahren, in 15 Jahren geschafft haben, dann werden sich viele dieser Verbände von alleine auflösen, wenn diese Integrationsprozesse von beiden Seiten optimiert worden sind.

HOLGER KOLB:

Ich bin zu meiner Wortmeldung eigentlich beeinflusst worden von den Ausführungen von Herrn Ceran. Und ich glaube, es gibt neben dieser wirtschaftlichen Dimension von Selbstständigkeit, dass wirtschaftliche Selbstständigkeit auch von Personen mit Migrationshintergrund einen positiven fiskalischen Effekt und so weiter haben kann, auch eine gesellschaftliche Dimension, nämlich in der Form, dass es die klassischen Aufsteigerberufe nicht mehr gibt. Es gab früher in den 50er, 60er, 70er Jahren einen klassischen Aufsteigerberuf in Deutschland und das war der Lehrer. Bei den Lehrern, die in den 50er, 60er, 70er Jahren in die Schulen gekommen sind, war das der Beruf, der diesen Personen ermöglicht hat, gesellschaftlichen Aufstieg zu realisieren. Der Lehrer hat diesen Charakter als Aufsteigerberuf vollkommen verloren. Lehrer werden jetzt Kinder von Lehrern.

Und wenn wir uns die Frage stellen, was denn ein neuer Aufsteigerberuf sein könnte, dann sind wir unweigerlich auch beim Unternehmer. Und insofern ist es nicht nur so, dass wir sagen sollten, Unternehmertum ist zu fördern, weil dadurch Wirtschaftswachstum generiert werden kann, weil dadurch ein positiver Beitrag auf dem Ar-

beitsmarkt geleistet werden kann. Ich glaube, vielmehr kann dadurch auch so etwas wie ein neuer Aufsteigerberuf entstehen, der gesellschaftliche Vorbilder kreieren kann und der auch einen ganz wichtigen gesellschaftlichen Beitrag dazu leisten kann, diesen Problemdiskurs, diesen Schwerpunkt auf den Problemen der Integration ein bisschen weiter in den Hintergrund zu drängen oder ein bisschen weiter dadurch zu relativieren, dass Integration natürlich mitunter Probleme macht und natürlich mitunter auch nervt, aber dass es eben auch ein Potential hinsichtlich des Ganzen gibt.

FARUK CERAN:

Das, was Sie sagen, Herr Kolb, möchte ich auf jeden Fall unterstreichen. Auch wir führen in der Metropolregion Stuttgart eine breit angelegte Studie durch, ein relativ umfangreicher Fragebogen mit 30 Seiten. Das ist eigentlich so gut wie unmöglich, wenn man das als empirischer Wirtschaftsforscher angehen möchte. Aber dadurch, dass wir das Vertrauenskapital in die Unternehmen haben, können wir es uns leisten. Was wir festgestellt haben – Herr Sorgeç hat es angesprochen und Sie haben es teilweise auch angesprochen – bezieht sich auf die Existenzgründungsmotive. Dazu gehört u.a. auch die Gründung aus der Not heraus. Wir können das aber für die Metropolregion Stuttgart nicht ganz bestätigen. Das liegt einfach daran, dass wir eine wirtschaftsstarke Region sind und die Menschen eigentlich genau den Aspekt, den Sie jetzt gerade angesprochen haben, auch mit aufführen, und zwar dass Sie ihren sozialen Status über ihre unternehmerische Selbstständigkeit definieren. Das ist ganz wichtig. Wenn wir uns den Integrationsprozess anschauen, dann ist das insofern auch wichtig, als die Menschen ihren Platz in der Gesellschaft einnehmen, sich selbst verwirklichen wollen. Also in der Soziologie gibt es ja diese schöne Bedürfnispyramide von Maslow. Wir haben die Primärbedürfnisse, die Sekundärbedürfnisse und dann die Tertiärbedürfnisse und ganz oben haben wir die Selbstentfaltung und die Selbstverwirklichung. Und genau das vollzieht sich gerade in einer Region wie Stuttgart, wo es die Menschen eigentlich gar nicht so nötig haben, ihren Arbeitsplatz beim Bosch oder beim Daimler oder beim Porsche aufzugeben, aber viele – auch bei uns Mitglieder –, die ganz bewusst Teilzeit beim Bosch arbeiten, beim Daimler arbeiten und nebenbei ihr Gastronomiegeschäft oder ihr Mobilfunk im Groß-

handel fortführen, weil sie genau diesen Aufstieg in diesen Betrieben, obwohl sie eine solide Ausbildung gemacht haben, nicht erreichen können, aber sehr wohl durch ihre Selbstständigkeit. Und das führt dazu, dass eine neue Generation von Unternehmern heranwächst, die selbstbewusst auftritt und entsprechend dann auch, denke ich, die Wirkung im Integrationsprozess mitgestalten wird.

BÜLENT ERINKURT, *Vorsitzender Türkisches Forum bei Bosch, Stuttgart:*
Erstmal vielen, vielen Dank für die Anregungen und an die Impulsreferate! Mein Name ist Bülent Erinkurt, ich bin Ingenieur bei der Robert Bosch GmbH seit ca. fünf Jahren, gleichzeitig Gründer und Sprecher des Türkischen Forums bei Bosch. Das ist ein türkisches Mitarbeiternetzwerk, das mittlerweile über 200 Mitglieder hat. Gleichzeitig gehöre ich auch zu den Leuten, die Herr Ceran gerade angesprochen hat, der nebenberuflich auch ein Gewerbe hat, und zwar habe ich eine Unternehmensberatung gegründet, die heißt „Ethno Consulting“.

Ich habe an dieser Stelle eine konkrete Frage an die Vertreter der Unternehmensverbände. Und zwar möchte ich auch da anknüpfen, was Sie, Herr Hahn, gesagt haben, den Ansatz bzgl. Strategien. Wir betreiben hier momentan – teilweise sehr abstrakt – wieder eine Analyse des Problems. Ich bin Ingenieur, versuche pragmatisch zu denken und sehe gerne oder höre gerne konkrete Lösungsansätze. Haben die Unternehmensverbände konkrete Strategien und Projekte, wie sie denn durch Selbstständigkeit die Integration fördern wollen? Das wäre meine Frage, was da die konkreten Ansätze sind.

JAN BOULOGNE:

Das ist bei uns völlig klar: Wir bereiten gerade einen Vertrag zwischen unseren Organisationen vor. Worum geht es? Wir möchten allen Mitgliedern von Betiad Zugang zu allen Dienstleistungen ermöglichen, die wir unseren eigenen Mitgliedern anbieten, mit einem Schwerpunkt auf Unternehmensgründung. Aber wir wollen auch Coachings im Umgang mit der staatlichen Verwaltung oder in finanziellen Fragen anbieten.

Zudem haben wir eine Informationsdatenbank. Alles Wissen, das wir für den Service für unsere Mitglieder benutzen, steht auch unseren Partnern zur Verfügung. Wir werden dieses Know-how an Betiad weitergeben, damit sie es zur Unterstützung ihrer Mitglieder nutzen

können. Und drittens sind wir eine Organisation, die als offizielle Vertretung der Unternehmer anerkannt ist – und dadurch können wir sehr einfach mit der Regierung in Kontakt treten. In allen Fragen, die für Betiad relevant sind, werden wir uns mit ihnen abstimmen, bevor wir mit der Regierung reden, oder wir geben Betiad in einzelnen Fragen ein Mandat. Und schließlich soll der Vertrag festlegen, wie wir auf internationaler Ebene zusammenarbeiten, denn Betiad hat Kompetenzen, die auch für uns interessant sein können.

NIHAT SORGEÇ:

In erster Linie versuchen wir natürlich Interessenvertretung. Wir sind immerhin ein Unternehmerverband, der die Aufgabe hat, die Interessen seiner Mitglieder zu vertreten. Aber darüber hinaus sind wir auch als Unternehmerverband, als Kammer, die sich zwischen der Türkei und Deutschland als Brückenfunktion sieht, auch für soziale, gesellschaftliche Tätigkeiten verantwortlich. In diesem Sinne hatte ich vorhin vielleicht kurz erwähnt, dass wir mit einigen Projekten die Ausbildungsförderung betreiben, vor allem bei türkischstämmigen Unternehmern. Wir informieren sie, wir betreuen sie, wir nehmen ihnen die Verwaltungsarbeit bei der Ausbildung ab. Wir sind auch gerade dabei – und das ist leider Gottes ein Hindernis –, nochmals mit den Institutionen zu reden, dass diese Befreiung der Ausbildereignung nochmals verlängert wird, da seit 01.01. diese Dehnbarkeit nicht mehr gegeben ist, so dass jeder Unternehmer im Besitz einer Ausbildereignung sein muss, bevor er ausbildet. Das wird ein Hindernis sein für die Ausbildungsbeteiligung.

Wir betreiben natürlich auch diverse Arbeitsgruppen: Arbeitsgruppen „Automotive-Industrie“, die ja wichtig ist, auch in dem Bereich. Wir haben Arbeitsgruppen „Junge Unternehmer“, wir haben eine Arbeitsgruppe „Marketing der türkischen Unternehmer“, wir haben diverse Arbeitsgruppen für den Handel zwischen der Türkei und Deutschland. Aber wir wollen auch die Existenzgründung nicht nur fördern, wir wollen sie stabilisieren. Also versuchen wir in unseren Existenzgründungslehrgängen die Leute für diese Punkte zu sensibilisieren, dass der Anteil derjenigen, die scheitern, extrem hoch ist und versuchen, sie darauf aufmerksam machen, richtig vorsichtig damit zu sein, bevor sie ihre Existenz für den Rest ihrer Lebenszeit kaputt machen. Damit haben wir auch schon viel erreicht, weil diejenigen,

die einmal mit 50 000 oder 100 000 Euro gescheitert sind, kommen nie wieder zurecht und werden immer und für alle eine Last bedeuten. Und aus dem Grund sind wir auch daran interessiert, weiterhin diese Existenzgründungslehrgänge, Seminare soweit durchzuführen, dass wir diese Menschen besser vorbereiten. Aber natürlich – so wie Sie vorhin gesagt haben, Frau Dorn – es geht hier nicht darum, dass man sie bei der Existenzgründung informiert und betreut, es geht in erster Linie auch um die Zeit nach der Existenzgründung, dass man sie begleiten muss, damit sie die ersten, schwierigsten zwei Jahre gut überstehen können. Danach kann man sie vielleicht ein bisschen loslassen.

OLAF HAHN:

Lassen Sie mich vielleicht an dieser Stelle selber eine Frage etwas vertiefend wieder aufgreifen. Es gab vor ich glaube einem Jahr eine Schlagzeile in der *Bildzeitung* (die *Bildzeitung* ist ein großes Boulevardblatt hier in Deutschland): „Der Meister der Zukunft ist türkisch“. Und da hat man viel lesen können über die Beteiligung oder die Möglichkeit für junge Türkischstämmige, sich in der Dualen Ausbildung zu beteiligen. Und die Zahlen sind auch hier nicht überzeugend. Also man sieht, dass sehr wenige oder relativ wenige türkische Jugendliche erfolgreich in eine Duale Ausbildung eingehen. Ich würde Sie gerne fragen, obwohl wir eigentlich keine Bildungsdiskussion führen, ja aber nicht nur über Selbstständigkeit sprechen wollen: Was ist denn in diesem Zusammenhang die Aufgabe von Kammern? Mit Blick nicht nur auf bestehende Unternehmen und Unternehmer, sondern mit Blick auf die Vorbereitung von Ausbildung und damit die Sicherung der Möglichkeit, unsere Duale Ausbildung auch in Zukunft dem demographischen Wandel angemessen fortzuführen. Was machen Sie? Was können Sie tun, wenn ich Sie direkt fragen darf?

NIHAT SORGEÇ:

In Bezug auf die Ausbildung?

OLAF HAHN:

Richtig, ja. Und auf türkische Jugendliche, weil das ja unser Thema ist.

NIHAT SORGEÇ:

Wir haben zur Zeit mit dem Bundesbildungsministerium ein Projekt laufen, das nennt sich „Job-Starter“, bei dem wir in erster Linie überwiegend – ich sage nicht ausschließlich – überwiegend türkischstämmige Unternehmen auf die Duale Ausbildung aufmerksam machen. Wir betreuen sie, wie ich vorhin gesagt habe, wir informieren sie, wir begleiten sie dabei, wir wählen für sie Jugendliche aus, die sie suchen, und wir machen fast auch eine sozialpädagogische Betreuung, weil es sehr, sehr viele Konflikte zwischen der ersten Generation der türkischen Unternehmer und der zweiten bzw. der dritten Generation der Jugendlichen gibt, weil die erste Generation der türkischen Unternehmer ein wenig zu autoritär mit ihrer Art der Unternehmensführung ist. Damit kommen die Jugendlichen, die hier aufgewachsen sind, nicht so ganz klar. Da muss schon eine sozialpädagogische Begleitung stattfinden, sonst ist die Abbruchquote der Ausbildungsmaßnahmen bei denen extrem hoch. Und da versuchen wir auch entgegen zu wirken, indem wir diese Unternehmer betreuen und begleiten, während sie ausbilden.

Wir begleiten sie dahingehend, dass auch der Ausbildungsnachweis richtig ausgefüllt wird von den Jugendlichen. Wir machen sie immer wieder auf deren Pflichten, nicht nur auf deren Rechte als Auszubildende und Betrieb aufmerksam, damit im Sinne dieser Dualen Ausbildung alles gut funktioniert. Wir überzeugen sie auch, dass je mehr Input sie geben, desto mehr Output sie von den Jugendlichen erwarten können. In diesem Sinne, wenn man vor allem in das erste halbe Jahr, in das erste Jahr von der dreijährigen Ausbildung in diese Jugendlichen, in diese Azubis investiert an Know-how, an Wissen, an Erfahrung, ist der Mehrwert viel größer, als wenn man einfach diese Jugendliche alleine laufen lässt. Das ist eine unternehmerische Entscheidung, weil viele der Unternehmer – unabhängig von ihrer Herkunft, ob türkisch, griechisch, deutsch usw. – in erster Linie Unternehmer sind und keine Türken und keine Griechen und keine Deutsche, sondern sie sind Unternehmer und müssen unternehmerische Entscheidungen treffen. Und deswegen muss man sie auch in dieser Hinsicht überzeugen, dass Ausbilden nicht nur eine soziale, gesellschaftliche Verantwortung bedeutet, sondern auch eine unternehmerische Tätigkeit ist für die Zukunftssicherung, für die Existenzsicherung der Zukunft. Und da sind wir dabei, eine überzeugende

Arbeit zu leisten. Deswegen hatte ich auch vorhin gesagt, ist die Zahl derjenigen Betriebe, die ausbilden können, bei türkischen Unternehmen von 6 auf 18 % hochgestiegen in den letzten sechs, acht Jahren. Und das ist eine erhebliche Zahl. Wir werden weiterhin daran arbeiten, diese Zahl auch künftig zu erhöhen.

Darüber hinaus haben wir auch Job-Starter. Existenzgründung hatte ich gesagt – wegen der Erleichterungen, die wir diesbezüglich schaffen wollen, dass die türkischstämmigen Unternehmer auch in ihrer Muttersprache die Beratungsgespräche bekommen können. Das ist eine – meiner Meinung nach – vor allem für diejenigen, die der deutschen Sprache nicht so hundertprozentig mächtig sind, notwendige Angelegenheit, um sich hier selbstständig machen zu können, dass nicht nur Prospekte in der Muttersprache herausgegeben werden, sondern dass auch eine persönliche Betreuung, Begleitung und Beratung in der Muttersprache gegeben werden soll. Das sind die wichtigsten Parameter. Wir haben ja auch sehr, sehr viele – ich bin auch vielen davon begegnet – türkische Unternehmer, die vor kurzem durch eine Heirat hierher gekommen sind, die auch eine hervorragende Ausbildung mitbringen aus ihren Herkunftsländern. Die müssen auch gefördert werden und denen muss man auch diese Möglichkeit geben, dass sie auch in ihrer Muttersprache Beratungen bekommen, weil das sind Leute, die auf jeden Fall – im Verhältnis zu der ersten Generation, die gekommen ist – viel besser qualifiziert sind und das sind Ressourcen, die Deutschland auf jeden Fall besser nutzen kann, wenn ein bisschen mehr investiert wird.

MUSA SOYDEMIR:

Unser Unternehmensverein in Belgien besteht vielleicht noch nicht so lange, aber was wir seit sechs oder sieben Jahren versuchen, ist die Einrichtung von Schulen, wo die Betonung auf der Sprache liegt. Das Problem der türkischen Menschen in Belgien ist, dass zwar jeder Niederländisch oder Französisch spricht, aber wenn die türkischen Jungen oder Mädchen dann an die Universität gehen, ist ihr Niederländisch einfach nicht ausreichend. Im zweiten Studienjahr haben nur noch 10 % der Studenten Migrationshintergrund. Daher ist es wichtig, dass man versucht, das Sprachproblem von Anfang an in den Griff zu bekommen und besser zu koordinieren. Dieses Schul-Projekt („Lucerna-Projekt“) wird von türkischen Unternehmern und mittlerweile

auch vom belgischen Staat finanziell unterstützt. Nach diesem Schuljahr werden wir eine Evaluierung des Projekts durchführen. Ganz wichtig sind bei dieser Thematik natürlich auch die Vorbildfunktionen, die Eltern Kindern in beruflicher Hinsicht bieten können.

Ich glaube grundsätzlich, dass wir mit unserer Organisation auf einem guten Weg sind, auch wenn es nicht einfach ist, griffige und anwendbare Lösungsansätze zu präsentieren. Vielleicht muss man Integration einfach in längeren Zeiträumen denken, denn in 20 oder in 30 Jahren mag das schon wieder ganz anders aussehen. Was heute noch als Problem erscheinen mag, kann sich in 20 oder 30 Jahren als großes Potential erweisen.

MEHMET KOKSAL:

Herr Sorgeç sprach über die ethnischen Quoten, was bei einem Unternehmer wirklich überraschend, aber auch sehr interessant ist. Dies könnte eine Sichtweise sein, die die deutschen Unternehmer von denen aus der Immigration kommenden unterscheidet. Ich wollte ihn fragen, ob er sich diese ethnische Quotenregelung im öffentlichen Sektor und nicht im privaten, oder aber in beiden vorstellt? Um welchen Prozentsatz würde es gehen? Wären diese Quoten zeitlich begrenzt? Und wie wäre dieses Konzept mit dem Liberalismus der Wirtschaft zu vereinbaren?

NIHAT SORGEÇ:

Vielleicht handelt es sich um ein Missverständnis: Ich habe nicht von ethnischer, sondern von ethischer Quote, also von moralischer Quote gesprochen, weil als Unternehmer entspricht es nicht meiner Ideologie und meiner Philosophie, Quotenregelung zu treffen, das geht einfach nicht. Aber ich habe für eine vorübergehende Zeit von einer ethischen, von einer moralischen Quotenregelung gesprochen, damit die Institutionen, der Öffentliche Dienst, die Polizei, Feuerwehr auch diesen Menschen eine Chance gibt, weil ich sehe überall Plakate: „Wir brauchen dich!“ Zur Zeit gibt es eine Plakat-Aktion vom Migrationsbeauftragten der Stadt Berlin, Herrn Günter Piening. Ich habe diese Plakate in meinem Unternehmen überall untergebracht, überall sehen Sie bei mir diese Plakate. Da sind junge Menschen mit Migrationshintergrund abgebildet und darunter steht: „Wir brauchen dich!“ Ganz toll! Das Gute ist, dass es diese Plakate gibt, das Schlechte ist, dass

die Umsetzung nicht so stattfindet. In Berlin haben 40 % der Jugendlichen Migrationshintergrund. Und 50 % derjenigen, die in dieser Stadt auf die Welt kommen, haben ebenfalls Migrationshintergrund. Das sind demographische Zahlen, da braucht man nicht Papst zu sein, um zu wissen, wo wir hingehen, wo wir sein werden in 20, in 30 Jahren. Aus dem Grund sollte man präventiv diverse Maßnahmen ergreifen, um eine – sagen wir – Gesellschaft zu schaffen, eine neue Gesellschaft zu schaffen, die Bereicherung für dieses Land bringen kann. Und wir wissen, dass der Migrationsprozess eine Bereicherung bringt und auch gebracht hat. Wissenschaftlich ist das bewiesen, sowohl auf der kulturellen als auch auf der wirtschaftlichen Ebene. Das ist das, wo wir immer einiges zu berücksichtigen haben.

FARUK CERAN:

Ganz kurz würde ich auf die Quote nochmals eingehen. Das ist auch eine Forderung, die wir als Unternehmerverband vorsichtig formulieren. Wir als Vertreter der Wirtschaft glauben an die Kräfte des Marktes: Angebot, Nachfrage finden ihr Gleichgewicht. Aber wir wissen auch spätestens seit der Wirtschaftskrise, dass auch Intervention erforderlich sein kann. Wenn die Banken keine Spritze vom Staat erhalten hätten, dann würde unsere Wirtschaft vielleicht jetzt gegenwärtig immer noch tief in der Krise stecken. Das heißt, ab und zu kann es mal erforderlich sein – das ist ein ganz gefährliches Wort, aber ich benutze es trotzdem, weil ich glaube, dass Sie es nicht falsch verstehen –, dass man auch zu gegebener Zeit positiv diskriminieren können muss, um ein Gleichgewicht wieder herstellen zu können, aber nur temporär. Wir kennen es bei Behinderten, wir kennen es z.B. bei der Frauenbewegung, die auch jahrelang, jahrzehntelang für ihre Rechte gekämpft haben, aber immer noch nicht in der Wirtschaft vor allem einen Gleichberechtigtenstatus hinsichtlich Einkommen und Aufstiegschancen haben. Insofern kann es erforderlich sein. Und deshalb denke ich, dass eine moralische Verantwortung, so wie Herr Sorgeç formuliert hat, angebracht ist.

Die praktische Seite hat mir etwas gefehlt, deshalb würde ich das noch ganz kurz zusammenfassen. Praktisch gesehen, als Unternehmerverband haben wir natürlich die Funktionen, die Herr Sorgeç angeschnitten hat. Auf der anderen Seite sind Unternehmerverbände auch gute Ansprechpartner, wenn es darum geht, junge Leute in

Praktikum, in Ausbildung zu vermitteln. Gegenwärtig haben wir in Stuttgart ein Projekt, das nennt sich „Jugend in Praxis für Stuttgart“. Junge Menschen werden uns zugewiesen – über 90 % haben einen Migrationshintergrund – und die versuchen wir in Praktika zu vermitteln. Wir dürfen nicht vergessen – das ist ganz wichtig! –, dass wir es mit der schwierigsten Gruppe zu tun haben. Viele von ihnen haben nicht einmal einen Hauptschulabschluss, haben gar nicht die Ausbildungsbefähigung, d.h. die Projekte müssen auch sehr niederschwellig sein. Und deshalb, wenn wir von Ausbildung reden, ist das nur ein Teilbereich. Die jungen Menschen müssen teilweise ausbildungsfähig gemacht werden. Und hier muss man das Potential der Migrantenunternehmer nutzen, obwohl sie nicht alle die Ausbildungsfähigkeit haben. Aber ein ganz wichtiger psychologischer Faktor ist hier vorhanden: Aufgrund persönlicher Erfahrungen von misslungener Integration der Unternehmer in ihrem Umfeld, in ihren Familien, haben sie eine extrem hohe Bereitschaft, jungen Menschen eine Chance zu geben, weil sie wissen, dass ihre Tochter, ihr Neffe, ihre Nichte aus dem familiären oder Bekanntenumfeld, dass viele junge Menschen die Chance gar nicht haben, in den Arbeitsmarkt hineinzukommen, weil sie vielleicht schlechte Noten haben, Kopftuchträger sind und, und, und, und. Und da haben wir eine größere Bereitschaft, obwohl viele Betriebe gar nicht ausbildungsfähig sind, diesen jungen Menschen eine Chance zu geben. Darüber hinaus in einer Stadt wie Stuttgart mit über 45 % Migrantanteil sind wir auch Ansprechpartner, wenn es darum geht, Frauen zu unterstützen. Es gibt ein Qualifizierungsnetzwerk für Frauen, für benachteiligte Frauen. Ja, wer sind denn die benachteiligten Frauen? Das sind diejenigen wieder zu 80 %, die Migrationshintergrund haben. Und auch hier versuchen wir im Rahmen dieser Projekte, entsprechend einen konkreten Mehrwert für die Benachteiligten zu leisten.

AHMED MOUHSSIN:

Gerne hätte ich genauere Angaben bezüglich der türkisch-deutschen Handelskammer: Handelt es sich hierbei um eine Unterstützung der türkischen Unternehmen, die in Deutschland investieren wollen, oder betrachten Sie die Unternehmen, die von Mitgliedern der türkischen Gemeinschaft in Deutschland gegründet werden, als türkisch? Was junge Menschen in Ausbildungsverhältnissen angeht, sprachen Sie

von anfangs 6 %, und später 18 % in den von Einwanderern geleiteten Unternehmen. Ich würde gerne den nationalen Durchschnitt kennen, um diese Entwicklung einordnen zu können.

Eine Frage an Herrn Boulogne: Sie sind einer der Verantwortlichen von Unizo, und ich wollte wissen, ob in der Zusammenarbeit mit Betiad – dem Verband der aktiven Unternehmer – und diesen Unternehmern einige einflussreiche Mitglieder beim Unizo geworden sind. Gibt es eine wirkliche Integration und wie bewerten Sie diese?

NIHAT SORGEÇ:

Nochmals zur Türkisch-Deutschen Industrie- und Handelskammer. Die wollen ja auch dem Namen gerecht werden: türkisch-deutsch. Deswegen sind auch fast 30 % unserer Mitglieder deutsche Unternehmer, deutsche Unternehmen, deutsche Konzerne, wie unser Präsident, der Freiherr Dr. von Leoprechting, der ein Mitarbeiter des Konzerns Metro AG ist. Dieser Konzern hat hier in der Türkei sehr, sehr viele Investitionen getätigt. Über eine Milliarde sind dort investiert worden in den letzten Jahren mit Cash & Carry, mit Real, mit Media Markt, mit Metro-Unternehmungen, aber auch Saturn. Das ist alles Metro AG und die sind in Istanbul vertreten, in Ankara, in Izmir, in diversen großen Städten der Türkei, und die wollen weiter expandieren. Solche Unternehmen, die in Deutschland sind als deutsche Unternehmen, die Richtung Türkei Fuß fassen wollen. Aber auch deutsche Unternehmen, die erkannt haben, wie wichtig für sie die ethnische Ökonomie in Deutschland ist, bei denen sie die Kundschaft sehen oder die türkische Bevölkerung sehen. Das sind die potentiellen Mitglieder der TD HK, deren Interessenvertretung wir selbstverständlich mit in unsere Satzung aufnehmen müssen.

Darüber hinaus wollen wir natürlich die Wirtschaftsbrücke zwischen der Türkei und Deutschland aufbauen. Aus dem Grund sind auch sehr, sehr viele türkische Unternehmen – auch Kammern – unsere Mitglieder. Wir haben über 200 Kammern aus verschiedenen Regionen der Türkei, die unsere Mitglieder sind. Die wollen für ihre Mitglieder Deutschland als Investitionsland oder als Vermarktungsland ihrer Produkte, Vertriebsland ihrer Produkte in Anspruch nehmen. Deswegen sind auch diese Kammern unsere Mitglieder. Und wir versuchen, die immer wieder mit den Kammern hier zusammen zu bringen, um daraus einige Synergieeffekte zu schaffen.

Dann haben wir selbstverständlich – und das ist da, wo ich mich auch zuhause fühle, womit ich mich auch am meisten identifiziere – die Interessenvertretung der türkischen oder türkischstämmigen Unternehmer in Deutschland, zu denen ich mich ja zähle. Und da möchte ich natürlich durch eine Kammer so sinnvoll wie möglich vertreten werde, und da sind wir natürlich auch in dem Bereich sehr aktiv.

Zu den Prozentzahlen der Ausbildungsquoten der türkischen Unternehmer: Ich habe 18 % genannt, aber das ist die Zahl bei türkischen Unternehmern. Übrigens, Sie könnten in die Seite des Bundesministeriums für Wirtschaft reingehen, die Zahlen können Sie ganz differenziert dort verfolgen. Auch unter den Migranten ist die Zahl der ausbildenden Betriebe dort erwähnt. Unter den Türken ist die Zahl bei 18 %, Türken und türkischstämmigen Unternehmer, während das z.B. bei den Italienern viel, viel geringer ist interessanterweise. Ich glaube, bei den Italienern ist die Zahl 6 oder 8 %. Daran sehen Sie, dass wir in den letzten Jahren erfolgreiche Anstrengungen getätigt haben, die auch zum Erfolg geführt haben. Das liegt in erster Linie daran, dass wir diese Unternehmer sensibilisiert haben auf die soziale Verantwortung, auf die unternehmerische, sinnvolle Tätigkeit, wenn sie ausbilden.

JAN BOULOGNE:

Seien wir konkret: seit über 10 Jahren arbeiten wir mit Unternehmern zusammen und bieten ihnen individuelle Dienste an. Wir haben ungefähr 9000 unterschiedliche Kontaktdossiers mit Unternehmern jeglicher Nationalität, was deutlich weniger ist als die Anzahl unserer Mitglieder. Dennoch haben wir große Schwierigkeiten zu erreichen, dass die Unternehmer Mitglied werden in einer privaten belgischen Organisation. Es freut uns, dass es eine türkische Unternehmervereinigung gibt, aber diese Verbände – welcher Art auch immer – sind nur eine Phase und nicht das Ende einer Evolution. Ich hoffe, dass mehr Unternehmer irgendwann Mitglieder von Unizo werden, aber dafür brauchen wir Geduld.

MUSTAFA APAL:

Ich komme aus einem Unternehmerverein in Stuttgart. Kurz eine Frage an Herrn Sörgeç, weil er wahrscheinlich der richtige Ansprech-

partner hierzu sein wird. Wie transparent sind denn, Ihrer Meinung nach, die Fördermittel im Raum Berlin? Ich denke mal, Sie sind nicht nur in Köln, sondern auch in Berlin aktiv, weil es gibt ja verschiedene Kammern und Agenturen für Arbeit, die je nach Zielgruppe unterschiedliche Fördermittel und Fördermaßnahmen anbieten, und könnte man da irgendetwas verbessern? Das wäre die erste Frage und die zweite und letzte: Die Anerkennung der türkischen Abschlüsse, weil Sie ja mit der Türkei auch zu tun haben, mit türkischen Kammern – tut sich da etwas? Ich habe jetzt aktuell vor ein paar Wochen einen Friseur kennen gelernt, der einen Laden eröffnet hat und in der Türkei langjährige Erfahrungen hat und dort anscheinend irgendeinen Abschluss. Ich kenne mich mit dem System in der Türkei nicht so aus, aber hier musste er dann jemanden zusätzlich einstellen, damit er ausbilden durfte. Kann man diese Hürde ein bisschen glätten, indem man die Abschlüsse eher anerkennt?

NIHAT SORGEÇ:

Die Anerkennung der Abschlüsse ist mittlerweile ganz, ganz aktuell, ganz, ganz „in“. Die letzte Bundesregierung hat starke Anstrengungen in den letzten Monaten – kurz vor den Wahlen – getätigt. Ich persönlich wurde von diversen Institutionen, Ministerien berufen mitzumischen in diesen Arbeitsgruppen. Was ich festgestellt habe ist, dass alle festgestellt haben auf einmal – das fiel ja wie Schuppen von den Augen –, dass 500 000 Menschen, die hoch qualifiziert sind, hier in Deutschland keine Anerkennung haben, nicht nur aus der Türkei. Das ist also insgesamt auf der ganzen Migrantenebene, deren Ressourcen nicht so richtig genutzt werden, und da gehen wichtige Ressourcen verloren und dass man schnellstens, schleunigst etwas tun sollte, um diese Anerkennungsverfahren in die Wege zu leiten. Diese Erkenntnis ist schon da. Was aber noch nicht so besonders gut funktioniert ist, dass die Ministerien unkoordiniert jeder seinen eigenen Weg geht. Ich wurde z.B. vom Bundesministerium für Wirtschaft diesbezüglich gefragt, ich wurde von Frau Prof. Böhmer diesbezüglich eingeladen. Auch unser Arbeitsminister, Herr Scholz, ist sehr aktiv und hat eine Riesenveranstaltung diesbezüglich organisiert. Und das war unkoordiniert voneinander. Vorletzte Woche war ich in Ankara mit Herrn Dr. Schaumberg, Bundesagentur für Arbeit, bei der türkischen *İşkur*, dem Gegenpart der Bundesagentur. Das war auch ein Riesenthema. Aber

jetzt, nachdem ich das mehrmals bemängelt habe, gibt es doch noch einige Hoffnungen, dass die endlich miteinander koordiniert arbeiten, damit auch die Ressourcen der Ministerien nicht verloren gehen in diesem Zusammenhang. Ich bin sehr optimistisch. Es wird aber in erster Linie dahin gehen, dass diverse Anerkennungsverfahren so sein werden, dass Module festgestellt werden, damit das gleichwertig anerkannt werden kann bei den Berufsausbildungsmaßnahmen. Diese Module müssen dann von denjenigen nachgeholt werden, wenn diese Person halt gewisse Inhalte des deutschen Dualen Ausbildungssystems in seinem Ursprungsland oder in ihrem Ursprungsland nicht richtig vermittelt bekommen hat aufgrund der Ausbildungsstruktur in den jeweiligen Länder. Diese Inhalte werden in Modulform vermittelt und dann bekommt man die Qualifizierung. Vielleicht wird man daran so eine kleine Prüfung anhängen.

Neulich hat der Herr Alt auch diesbezüglich eine Aussage getroffen, wo er auch diese Ressourcen verloren gesehen hat, bei einer hoch qualifizierten Lehrerin aus Russland z.B., die perfekt Deutsch konnte, die jahrzehntelang in Russland auch Deutsch unterrichtet hat, auch Russisch unterrichtet hat. Die bekam hier keine Anerkennung, und daraufhin hat der Putin sie zurückgeholt. Und sie ist jetzt wieder in Russland und dadurch ist das Deutschland verloren gegangen. Und das will man in Deutschland jetzt in Zukunft vermeiden. Ich bin da sehr zuversichtlich, dass in diesem Bereich jetzt schleunigst, möglichst in dieser Periode schon, vernünftige Regelungen getroffen werden können.

Das war vielleicht die erste Sache zu den Fördermitteln. Es ist tatsächlich so, dass die Förderstruktur auch in dieser Stadt sehr unscheinbar und durcheinander ist. Es gibt verschiedene Förderinstrumentarien, die vor allem von Migranten nicht so ganz durchschaut werden können. Wir haben schon letzte Woche in diesem Zusammenhang mit der Bundesagentur für Arbeit in Bezug auf Kurzarbeitergeld, in Bezug auf Existenzgründung der Hartz-IV-Empfänger, auch in Bezug auf Wegebau, eine Veranstaltung für türkische Unternehmer hier im Türkischen Haus organisiert. Und das hat die Bundesagentur für Arbeit in Form von der Regionaldirektion Berlin-Brandenburg sehr ernst genommen. Sie hatten ihre Experten geholt, ich hatte natürlich auch Anregung gegeben, auch auf Türkisch Flyer und diesbezügliche Broschüren zu erstellen. Das wird getan und das ist der Anfang, um

das Ganze ein bisschen transparenter zu machen. Wir werden diesbezüglich auch mit der Investitionsbank Berlin-Brandenburg reden, um ähnliche Veranstaltungen zusammen zu organisieren. Da sind natürlich auch sehr viele Medien, vor allem türkische Medien, verantwortlich. Die können diesbezüglich auch sich dieser Aufgabe widmen und die türkischstämmige Bevölkerung bisschen besser aufklären. Ich denke, wir sollten auch bei diesem Thema die türkischen Medien daraufhin sensibilisieren, damit sie auch für diesen Bereich Verantwortung übernehmen. In vielen Punkten sehe ich, dass die türkischen Journalisten hier sehr überfordert sind, weil ich habe leider Gottes feststellen müssen, dass die türkischen Journalisten nicht die Produkte der zweiten, der dritten Generation sind, die die Sprache besser beherrschen, die hier angekommen sind, die sich hier in dieser Gesellschaft wohl fühlen und sich mit dieser Gesellschaft besser identifizieren, sondern viele von denen sind diejenigen, die erst seit einigen Jahren hier sind zum Studieren. Die können nicht mal richtig Deutsch. Dementsprechend sehe ich viele von denen nicht als Vertreter der hier lebenden türkischstämmigen Menschen, leider Gottes. Die sehen sich als Vertreter der Türkei und das ist ein Riesennachteil.

JACQUELINE PERKER, *Présidente du Centre National d'Information sur les Droits des Femmes et des Familles – CNIDFF*:

Am Anfang dieser Gesprächsrunde haben Sie die Französischsprachenden angesprochen und nach der Situation in Frankreich gefragt: Es ist wahr, in Frankreich haben wir einen unterschiedlichen Standpunkt in Immigrationsfragen und die nationalen Unterschiede sind nicht so vertreten in unseren Überlegungen, wie dieses bei den aus der Türkei stammenden Gruppen in Deutschland der Fall ist. Ich bin die Vorsitzende des CNIDFF, das in ganz Frankreich ein engmaschiges Servicenetz unterhält, um Frauen über ihre Rechte zu informieren. Unter anderem begleiten wir Frauen bei ihrem Eintritt in die Arbeitswelt und bei der Gründung von Betrieben. Die von uns dafür entwickelten Programme sind beachtlich und seit einigen Jahren erzielen wir gute Resultate. Da ich relativ wenige Frauen in dieser Versammlung sehe, frage ich mich – und diese Frage ist es wert gestellt zu werden – welche Stellung den türkischen Frauen bei der Eingliederung durch die Ausübung eines Berufes zugestanden wird.

MUSA SOYDEMIR:

Als Unternehmer kann man keinen Unterschied zwischen Frauen und Männern machen.

NIHAT SORGEÇ:

Ja, ich kann mich nur dazu äußern, dass ich persönlich festgestellt habe, dass die Frauen die besseren Unternehmer sind als die Männer – zumindest auf der türkischen Ebene. Die sind erfolgreicher. Und es kommt jetzt eine von der jüngeren Generation. Wir wissen auch – und das ist wissenschaftlich nachgewiesen –, dass auch die türkischen Mädchen in den Schulen erfolgreicher sind als die türkischen Jungs. Und das lässt uns auch ein wenig hoffen für die Zukunft, vor allem die Frauen. Wir haben auch vor, eine Arbeitsgruppe „Selbstständige Frauen“ zu bilden, die in dieser Hinsicht ein wenig Klarheit schaffen soll.

OLAF HAHN:

Vielleicht kann man noch ergänzend hinzufügen, dass es ja nicht nur bei den türkischen Mädchen so ist, sondern auch bei den deutschen Mädchen und dass wir vielleicht hier eine Frage haben, die sowieso eine generelle Bedeutung nach sich zieht. Ich würde gerne das Wort abschließend aus dem Publikum an Sie, Frau Öztekin, weitergeben. Bitte schön!

EMINE ÖZTEKIN, *Coordinatrice de l'association Turkish Lady asbl, Saint-Josse-ten-Noode:*

Im paramedizinischen Bereich arbeite ich als Krankenschwester und bereite einen Bachelor im Gesundheitswesen vor. Der Verein Turkish Lady hilft analphabetischen türkischen und nordafrikanischen Einwanderinnen beim Erlernen des Lesens und Schreibens auf französisch und türkisch. Er bietet auch Hilfe bei der Begleitung der Kinder auf ihrem Bildungsweg an und unterstützt sie in der Fortführung ihrer Ausbildung. Bis jetzt habe ich beobachtet, dass unsere Jugendlichen ausgebildet werden in Bereichen wie der Bauindustrie, der Buchhaltung, dem Sekretariat... Aber wenn die jungen Mädchen eine Ausbildung im medizinischen Bereich machen wollen, um zum Beispiel Krankenpflegerin, Krankenschwester, Krankengymnastin oder Logis-

tikassistentin zu werden, so verweigern ihnen ihre Eltern dies, da diese Berufe in ihren Augen ein schlechtes Image haben.

Jedoch sind dies Sektoren, in denen viel Personal in Belgien wie aber auch in Frankreich und Deutschland fehlt. Warum ermutigt man die Jugendlichen nicht, in solche Berufszweige zu gehen, oder die erwachsenen Frauen, in diesen Zweigen eine erneute Ausbildung aufzunehmen? Die erste türkische Einwanderergeneration altert und plant manchmal in ihre Heimat zurückzukehren, um sich pflegen zu lassen oder um ins Altersheim gehen: Warum eröffnet man in Europa nicht Altersheime mit türkischem Personal, das die europäischen Sprachen beherrscht?

NIHAT SORGEC:

Ich habe heute um 14.00 Uhr ein Gespräch mit einem Mitarbeiter der Senatorin für Arbeit und Soziales. Es geht in erster Linie tatsächlich um die Altenpflege, die Ausbildungsmaßnahmen, die wir planen durchzuführen, weil wir auch hier das Problem in Berlin vor allem haben, dass die erste Generation der Türken, wo man davon ausgegangen ist, sie werden sowieso zurückkehren, hier geblieben sind, weil die festgestellt haben, ihre Kinder sind da, ihre Enkelkinder sind da und in der Heimat, da haben sie jeglichen Draht verloren. Die haben keine Verwandten mehr, wenn überhaupt, dann sind die alle entweder sehr, sehr alt oder die Distanz ist mittlerweile durch die Zeit so groß geworden, dass sie dort sich nicht mehr heimisch fühlen. Und diese Menschen leben hier und es ist nicht so, wie man auch damals in unseren Ursprungsländern gedacht hat, die Kinder passen auf ihre Eltern auf. Das war ja die Tradition bei uns. Aber hier sind die räumlichen Voraussetzungen nicht so ganz gegeben, dass diese älteren Leute, vor allem wenn sie ein wenig behindert sind und extra Pflege benötigen, in der Wohnung gepflegt werden können. Aus diesem Grund ist tatsächlich ein Bedarf an Altenpflegeheimen, an Altenpflegepersonal, die aber kultursensible Ausbildung bekommen sollten. Aus dem Grund müssen sie nicht nur die Sprache beherrschen, sondern auch die Kultursensibilität, d.h. sie müssen unsere Traditionen, sie müssen den Glauben, den islamischen Glauben selbstverständlich richtig dabei berücksichtigen. Und ich war neulich bei der Eröffnung einer ähnlichen Altenpflegeeinrichtung, da war ich selber enttäuscht, weil da hat man die Duschräume offen bei Männern und Frauen ge-

lassen, und da kann ich mir nicht vorstellen, dass eine muslimische Frau diesbezüglich da irgendwie – also, da hat man wirklich vieles unberücksichtigt gelassen.

Aus dem Grund sind wir dabei, ein Projekt zu entwickeln, das ist aber nicht als T-D HK, sondern als Bildungseinrichtung, die ich habe. Und da haben wir eine Konzeption erstellt, die Menschen mit Migrationshintergrund aus diesem Kulturkreis für diese kultursensible Ausbildung zu gewinnen. Sie haben vollkommen Recht: Wir haben große Probleme, diese Menschen für diese Ausbildung zu interessieren. Ich kann so ein Beispiel geben: Bis vor vier oder fünf Jahren gab es definitiv keine Jugendlichen unter den türkischstämmigen, arabischstämmigen Menschen, die eine Kochausbildung machen wollten. Jetzt auf einmal seit einigen Jahren gibt es diese ganzen Koch-Shows im Fernsehen. Auf einmal wollen alle türkischen Jungs auch Köche werden. Das ist auf einmal ganz interessant für die geworden, weil das jetzt publik ist. Vielleicht sollten wir uns irgendetwas mit Altenpflege einfallen lassen, damit dieser Beruf auch für türkische Jungs, junge Mädchen, junge Männer auch attraktiv wird und da fehlt es mir an Argumenten.

OLAF HAHN:

Ganz herzlichen Dank! Ich kann vielleicht eine kleine Sache aus eigener Erfahrung auch beisteuern. Die Bosch Stiftung ist ja Trägerin eines Krankenhauses in Stuttgart, das „Robert Bosch Krankenhaus“. Und wenn Sie mit den Kollegen dort sprechen, unsere Ärzteschaft und dem Pflegepersonal, dann stellt man fest, dass in der Ärzteschaft durchaus viel passiert ist; man hat sehr viele Ärzte, türkischstämmige Ärzte dort und die Pflegesituation, also was die Pflegekräfte angeht, ist im Prinzip relativ unverändert, wenn man sie mit der Situation von vor 20 Jahren vergleicht. Und das Krankenhaus an sich hat hier große Mühe entsprechend. Wir haben versucht, in unserer Pflegeschule – es gibt eine Pflegeschule, die dort eingerichtet ist in unserem Krankenhaus – diesen Aspekt zu berücksichtigen, nicht durch Quoten, aber durch gezielte Ansprache. Und da ist immer das gleiche Problem, was hier auch gerade von meinem Vorredner genannt worden ist, nämlich die Elternschaft. Und gerade wenn es um solche Themen geht, wie etwa Intimpflege von Männern, dann ist natürlich die immer noch sehr stark weibliche Pflegschaft oft überfordert, gerade wenn

man auch zuhause wohnt und solche Dinge. Also ich glaube, hier ist – auch was Sie gesagt haben in der Tat – ein auf die Eltern Zugehen ein ganz wichtiges Element.

Jetzt bin ich in einer Situation, wo mir zwei Sachen heilig sind: Erstens, was mir heilig ist, ist Ihre Zeit und Ihr Wunsch, vielleicht einen Kaffee zu trinken und die Kaffeepause ist für 11.30 Uhr angekündigt. Und das Zweite ist, man sollte ja zu seinem Wort stehen und ich wollte eigentlich hier jedem noch einmal Gelegenheit geben zu einem kurzen Statement. Jetzt kann man das demokratisch lösen – wir haben ja viel über Partizipation gesprochen: Wollen Sie Kaffee oder wollen Sie noch ein kurzes Statement? ... Dann machen wir das so – ich löse das jetzt undemokratisch, diktatorisch: Wir machen ein sehr kurzes Statement auf dem Podium, wirklich mit der Bitte um Präzision und Kürze, vielleicht zusammenfassend und dann können wir zum Kaffee übergehen. Bitte schön, Herr Boulogne!

JAN BOULOGNE:

Unternehmer spielen in unserer Gesellschaft eine übergeordnete Rolle. Es ist wichtig, dass türkische Unternehmer sich in der formellen Wirtschaft weiterentwickeln. Man findet auch polnische, indische, pakistanische, marokkanische Unternehmer, aber sie haben nicht die Strukturen der Türken. Im Endeffekt gibt es kein Rezept, außer dass man den Organisationen und den Individuen Vertrauen entgegen bringt und arbeitet in der Hoffnung auf Ergebnisse.

HOLGER KOLB:

Ich möchte zum Abschluss vielleicht auf zwei Dinge eingehen: Das Erste, was mir ganz ausgezeichnet gefallen hat und weshalb ich auch glaube, dass wir hinsichtlich dieses Themas auf einem ganz guten Weg sind, ist, dass wir dieses Thema eben nicht mehr aus dieser Gut-Menschen-Brille diskutieren. Also, wir diskutieren hier über ein Eigeninteresse des Landes, wir diskutieren hier über Geschäftsstrategien, wir haben diese Attitüde abgelegt, dass wir über diese Themen sprechen, weil wir gute Menschen sind, sondern darum geht es nicht. Und ich glaube, das ist ein ganz entscheidender Schritt, wie man dort auch zu pragmatischen und guten Lösungen kommt.

Das Zweite ist: Es wurde oft eingefordert, dass wir mehr über die Lösungen sprechen sollen und weniger über die Probleme. Ich glau-

be, das ist insofern ein bisschen ein Problem, weil wir nicht mehr zu einfachen Lösungen kommen können, da es nicht mehr fünf große Lösungen gibt, sondern 500 kleine Lösungen, einfach deshalb, weil wir eine andere Migrationssituation haben. Wir hatten früher fünf große Gruppen, das waren die berühmten Gastarbeiternationen. Wir haben jetzt 150 kleine Gruppen, winzige Gruppen – wenige tausend Mitglieder. Insofern wird es nicht mehr die großen Lösungen geben, sondern es wird lokale, kleinteilige Lösungen geben, die sich dann am „Trial and Error“-Prinzip überprüfen lassen müssen. Insofern wird es, glaube ich (und das ist sozusagen der Wermutstropfen), immer schwerer, über die großen Lösungen zu sprechen, sondern es wird immer wichtiger werden, über viele kleine Lösungen zu sprechen, die dann lokal auch unspektakulär stattfinden müssen.

NIHAT SORGEÇ:

Es gibt so ein Sprichwort: „Wenn du willst, dass jemand für dich ein Schiff baut, so gebe ihm kein Beil, schicke ihn nicht in den Wald, sondern vermittele ihm die Sehnsucht nach dem blauen, weiten Meer“. Das ist genau diese Philosophie, die ich auch vertrete, dass wir langsam dafür sorgen sollten, den Menschen mit Migrationshintergrund das Gefühl zu geben, dass sie hier angekommen sind, dass wir deren Herzen gewinnen sollten. Erst dann werden sich diese Menschen mit dieser Gesellschaft besser identifizieren und besser zurechtfinden und auch in Bezug auf die Zukunftsfähigkeit dieses Landes versuchen, ihr Bestes zu geben, ihren Beitrag zu leisten.

Von den Landsleuten verlange ich diesbezüglich natürlich auch, dass sie sich endlich dazu bekennen, dass dieses Land unsere neue Heimat ist, ob wir es wollen oder nicht, und die Heimat unserer Kinder. Und das bringt natürlich eine ganze Menge Verantwortung mit sich. Und in diesem Zusammenhang sollten wir denken und handeln und dann wird unser Integrationsprozess nicht nur auf wirtschaftlicher Ebene, sondern auf allen Ebenen viel, viel erfolgreicher verlaufen. Danke sehr!

OLAF HAHN:

Ganz herzlichen Dank, Herr Sorgeç! Wir haben es fast geschafft – 11.31 Uhr! Ich darf einen dreifachen Dank aussprechen im Namen der Organisatoren, an Sie, meine Damen und Herrn, für Ihr Interesse

an dieser Arbeitsgruppe, die wir, glaube ich, alle als intensiv empfunden haben. Ich darf weiterhin den Referenten hier auf dem Podium danke sagen für ihre Zeit. Sie haben unseren Verstand auf jeden Fall schon gewonnen und ich denke auch – ein wenig wenigstens – unsere Herzen. Und ich darf drittens einen Dank sagen an die Übersetzerinnen, die wieder einmal hervorragende Arbeit geleistet haben, und das letzte Schlusswort, was ich jetzt nicht sprechen möchte, dem Kollegen aus Belgien geben.

MUSA SOYDEMIR:

Wir müssen Amerika nicht wieder entdecken, das ist schon passiert. Ich habe viele Fragen gehört hier und ich glaube, dass wir zukünftig breit denken müssen und auch insgesamt mehr daran arbeiten sollten, gerade auch wenn ich an die Frage von Frau Öztekin denke. Aber ich weiß nicht, ob das so ein großes Problem ist. Ich glaube, dass auch die türkischen Organisationen ihre Kommunikationsfähigkeit verbessern sollten, damit wir die Probleme künftig besser analysieren und vielleicht gemeinsam nach Lösungen suchen können. Ganz herzlich möchte ich mich abschließend noch bei den Damen in den Übersetzerkabinen bedanken, die die Teilnahme hier sprachlich überhaupt erst möglich gemacht haben.

Präsentation der Arbeitsergebnisse im Plenum

GAYE PETEK:

Wenn man die Diskussion um die schulischen Aspekte zusammenfassen wollte, könnte man drei Argumentationslinien hervorheben. Zunächst die von Frau Engin vorgestellte Debatte um Chancengleichheit und die erforderlichen Orientierungshilfen. Für alle drei Länder trifft zu, dass die türkischen Kinder im Vergleich mit Kindern aus Nichteinwanderungsfamilien oder auch im Vergleich mit Kindern aus anderen ethnischen Gruppen auffällig schlechte Ergebnisse in der Schule haben. Das deutsche Schulsystem fördert die Ungleichheit tendenziell, denn die Schüler werden schon sehr früh auf verschiedene Schultypen verteilt, das heißt auf die eher berufsbildende Hauptschule, auf die Realschule oder das allgemeinbildende Gymnasium. Aber in Frankreich besteht trotz eines anderen Schulsystems ein ähnliches Problem mit der frühen Orientierung der Schüler in eine bestimmte Richtung.

Zweitens ging es um die von außen angebotene Hilfe und um Unterstützungsmaßnahmen. Wir haben vom Tutorsystem gesprochen, von der Mütterbildung und von an die Eltern gerichteten Initiativen. Es gibt eine Menge von Personen, die sich auf kommunaler Ebene oder in Vereinen für die Verbesserung der schulischen Leistungen von Migrantenkindern engagieren. Welchen Platz sollen diese äußeren Akteure innerhalb der Institution Schule einnehmen? Soll die Schule sie, und wenn ja wie weit, akzeptieren? Für welche Maßnahmen sollen sie eingesetzt werden? In Frankreich laden die schulischen Behörden z.B. Referenten von außerhalb der Schule ein, um Themen wie die Umwelt oder die Shoah zu besprechen, nicht aber, um über die Situation der Migrantenkinder zu sprechen. Es wäre hilfreich, hierüber mit den politisch Verantwortlichen auf nationaler Ebene zu diskutieren, um ihre Standpunkte und Antworten zu hören.

Das dritte Thema, das sich aus den Erfahrungen in unseren drei Ländern herausgeschält hat, betrifft das Erlernen der Herkunftssprache neben dem Erwerb der Landessprache. Einige Berichte haben sich mit dem frühen Erwerb der Muttersprache vom Kindergarten an befasst, andere haben von den Erfahrungen mit den ELCO-Lehrkräften berichtet – hierbei handelt es sich um Beamte des türkischen Staats, die aufgrund bilateraler Abkommen als Sprachlehrer

aus der Türkei kommen. Sind diese Lehrkräfte glaubwürdig? Sollten die von ihnen unterrichteten Inhalte vom aufnehmenden Staat kontrolliert werden? Ist es nicht störend und befremdlich, dass sie unterrichten, ohne immer die Landessprache zu kennen und ohne mit den anderen Lehrkräften in Kontakt zu sein? Und schließlich haben wir vom Unterricht der Herkunftssprachen in der Grundschule und in der weiterführenden Schule gesprochen, diesmal aber durch Lehrkräfte aus dem Aufnahmeland und mit einem Sprachlehrangebot für alle Schüler, nicht nur Türken oder Araber. In Frankreich gibt es 15 Schulen, in denen Türkisch von in Frankreich ausgebildeten und vom Staat bezahlten Lehrern unterrichtet wird. Es wäre interessant zu wissen, ob auch in Deutschland und Belgien ähnliche Tendenzen und Erfahrungen bestehen.

Man könnte diese drei Aspekte in Zukunft vertiefen. Wenn es uns bei der nächsten Gelegenheit gelingen würde, mit einigen regionalen oder nationalen Entscheidungsträgern darüber zu diskutieren, dann könnten wir vielleicht wirkliche Fortschritte erreichen.

OLAF HAHN:

Ich versuche die Ergebnisse der zweiten Arbeitsgruppe kurz zusammenzufassen. Lassen Sie mich Ihnen kurz einen Einblick geben in die Zusammensetzung. Es war eine kleinere Arbeitsgruppe als die in diesem Raum. Wir hatten Gelegenheit, intensiv in den anderthalb Stunden über die Frage zu diskutieren, wie Integration durch wirtschaftliche Tätigkeit funktionieren kann, haben uns dabei auf drei große Themen konzentriert, die ich im Einzelnen gleich kurz vorstellen möchte: das Thema der Selbstständigkeit, das Thema der Ausbildung und das Thema der Rückkopplung an gesellschaftliche Wirklichkeiten, auch der Akzeptanz von Migranten in der so genannten „Aufnahmegesellschaft“. Wir hatten die Möglichkeit, drei Impulsreferate zuzuhören, die unsere Arbeitsgruppe eröffnet haben: Drei Vertreter aus Unternehmerverbänden waren zugegen, zunächst zwei belgische Kollegen: Herr Boulogne von einer Vereinigung namens Unizo, die der größte Unternehmerverband in Belgien ist mit Blick auf die kleinen und mittleren Unternehmen, und Herr Soydemir, der einem türkischen Unternehmerverband vorsteht. Weiterhin hatten wir hier aus Berlin bzw. aus Köln Herrn Sorgeç, der die Deutsch-Türkische Handelskammer vertrat. Eine weitere Referentin ist aus Krankheitsgrün-

den nicht gekommen; wir haben kurzfristig eine sehr interessante Vertretung bekommen, Herrn Kolb vom Sachverständigenrat Deutscher Stiftungen, der sich explizit mit dem Thema „Türken und Arbeitsmarkt“ beschäftigt.

Ich möchte Ihnen ganz kurz die Ergebnisse vorstellen, weil sie wirklich interessant sind. Herr Boulogne hat uns einen Erfahrungsbericht aus der mehrjährigen Tätigkeit seines Verbandes gegeben und hat auf die Notwendigkeit, ja sogar die Pflicht hingewiesen, sich als Unternehmerverband mit der Thematik „Integration“ intensiv zu befassen, und hat auch während der Diskussion großen Wert darauf gelegt, dass die Existenz beispielsweise eines ethnischen Verbandes durchaus einen evolutionären Charakter hat. Mit seinem deutschen Kollegen hat er darin übereingestimmt, dass das Ziel sein müsse, einen solchen ethnischen Verband eigentlich irgendwann aufzuheben, um in einem Gesamtverband die Interessen aller Unternehmer zu vertreten. Herr Soydemir hat das Ganze ergänzt und auf die relativ gering ausgeprägte Unternehmenskultur der aus der Türkei Zugewanderten hingewiesen. Das wurde in der Diskussion später auch wieder aufgegriffen, und er hat auf die Zusammenarbeit hingewiesen, die seit fünf bis sechs Jahren intensiv mit dem von Herrn Boulogne vertretenen Verband besteht.

Herr Kolb hat uns zwei sehr interessante Ergebnisse einer Studie erläutert, die er mit dem Sachverständigenrat im Augenblick anfertigt. Er hat darauf hingewiesen, dass in Deutschland – und es ist ja auch gestern viel von Indikatoren die Rede gewesen – die Integration in den Arbeitsmarkt eine ganz besondere Bedeutung hat, weil sie als ein griffiger Indikator vorrangig behandelt wird. Er hat darauf hingewiesen, dass an sich die Arbeitsmarktintegration von vielen Migranten, und auch von Türken, noch nicht zufrieden stellend ist, aber – und das ist ein interessantes Ergebnis – im Vergleich zu anderen europäischen Ländern, auch zu Frankreich und zu Belgien, in Deutschland die Integration in den Arbeitsmarkt gerade von Türkischstämmigen und Türken besser funktioniert.

Diese beiden Impulsreferate wurden ergänzt von einem dritten, von dem bereits erwähnten Herrn Sörgeç, der uns auch interessante Zahlen geliefert hat, die ich zu Ihrer Information gerne wiedergeben möchte: Er hat auf die 70 000 mittlerweile in Deutschland bestehenden Unternehmen und Unternehmer hingewiesen, die über 350 000

Menschen direkt beschäftigen und etwa 35 Milliarden Euro Umsatz im Jahr generieren, also Zahlen, die sich sehen lassen können. Er hat auch verwiesen auf die Kosten einer nicht erfolgenden Integration und hier die Zahl von 17 Milliarden Euro genannt, die aber natürlich schwer zu beweisen ist. Es ist ja durchaus üblich, den volkswirtschaftlichen Verlust durch mangelnde Integration zu betonen. Es wurde dann in der Diskussion sehr stark auf die Bedeutung von wirtschaftlicher Selbstständigkeit hingewiesen und die Frage gestellt, warum viele türkische Migranten – aber vielleicht auch nicht nur türkische Migranten – sich explizit in die Selbstständigkeit bewegen. Das wurde zunächst mit einer gewissen Alternativlosigkeit erklärt. Die hohe Zahl der scheiternden Existenzgründungen, die man gerade im türkischen Umfeld beobachten kann, belegt noch einmal, wie schlecht manche vorbereitet oder auch beraten sind. Und das war die zweite Achse unserer Diskussion, nämlich wie die beiden vertretenen Verbände – der eine aus Belgien, der andere aus Deutschland – arbeiten, um konkret Unterstützung in der Beratung und Begleitung von Existenzgründungen zu gewährleisten. Es wurden verschiedene Modelle vorgestellt und auch aus dem Kreis der Mitdiskutanten in der Arbeitsgruppe ergänzt. Wir haben ein interessantes Beispiel aus Hamburg gehört, bei dem mit der Unterstützung der Senatsverwaltung eine Ausstellung von Portraits erfolgreicher Unternehmer mit Migrationshintergrund in Hamburg und an anderen Orten gezeigt wurde, um auf diese Positivbilder hinzuweisen.

Es wurde eine lange Diskussion in unserer Arbeitsgruppe geführt über die Frage, inwiefern solche Parallelstrukturen, ich zitiere: „eigens als migrantisch konstituierte Verbände sinnvoll seien“. Vor allem der deutsche Referent von der Türkisch-Deutschen IHK, Herr Sorgeç, hat dann darauf hingewiesen, dass die Brückenfunktion dieser ethnischen Verbände sehr wichtig sei, gerade mit Blick auf die hier in Deutschland zu unterstützenden Unternehmensgründungen von Migranten. Und dann kam eine interessante Diskussion auf zu dem Phänomen, das von einem der Teilnehmer aus dem Publikum als „affektive Distanz von Migranten gegenüber Institutionen“ bezeichnet wurde, und zwar nicht nur gegenüber Institutionen aus der Verwaltung, der Schule, sondern auch aus dem Kontext der Wirtschaft, und dass diese affektive Distanz abzubauen auch eine der Selbstverpflichtungen des entsprechenden Verbandes war.

Ein weiterer wichtiger Teil der Diskussion wurde zum Thema der Potentiale geführt, die bis jetzt – das war ja auch der Titel einer der Studien gestern – nicht erschlossen sind. Es wurde ein weiterer wichtiger Aspekt erwähnt, dass die kleinen und mittleren Unternehmen ganz besonders zu erreichen sind, weil sie – etwa mit Blick auf Fördermöglichkeiten – oft weniger informiert sind als das etwa größere Unternehmen oder nicht-migrantische Unternehmen können. Die Frage der gesellschaftlichen Diskussion wurde sehr stark mit Blick auch auf diese affektive Distanz geführt. Die Fragen, die dann an die Referenten zurückkamen, bezogen sich zunächst auf die Gründe, warum in Deutschland die Arbeitsmarktintegration doch etwas besser funktioniert als in den zitierten europäischen Nachbarländern. Es konnte von dem Referenten nicht abschließend beantwortet werden. Er hat auf ein interessantes Vergleichsbeispiel, nämlich der Niederlande, hingewiesen, wo aus seiner Sicht – ich zitiere: „eine segregierende Form des Multikulturalismus“ eine gewisse Barriere aufgestellt hätte, die anders als in Deutschland den Zugang zum Arbeitsmarkt eben schwieriger gestaltet. Ein interessanter anderer Aspekt wurde beleuchtet, nämlich die Frage, inwiefern die deutsche Staatsangehörigkeit, die viele – auch Türkischstämmige – ja seit vielen Jahrzehnten angenommen haben, unterstützend wirke im Engagement im unternehmerischen Bereich.

Und worauf ich dann noch hinweisen möchte aus unserer Diskussion ist die Frage, die wir dann am Ende diskutiert haben, nämlich inwiefern es konkrete Strategien gibt. Wir haben sehr viel analysiert und wir haben den Eindruck gehabt, dass der Analyse oft auch einmal genug ist und dass man versuchen sollte, Konkretes zu entwickeln. Hier wurden verschiedene Beispiele erwähnt. Zwei davon waren – das kam auch aus einer Frage heraus – die Frage der Transparenz von Fördermitteln und des Zugangs zu Fördermitteln, etwa europäischer Provenienz. Und die andere Frage, die gerade in Deutschland dieses und letztes Jahr sehr viele Diskussionen ausgelöst hat, ist die Anerkennung von Abschlüssen, die nicht in Deutschland gemacht worden sind. Die Zahl von etwa 500 000 Menschen wurde genannt, deren hohe oder höhere Qualifikation nicht anerkannt wird, und dass das ein Verlust an Potential bedeutet, liegt auch auf der Hand. Wir hatten dann abschließend eine sehr interessante Diskussion zu einem Themenfeld, einem Zweig der Wirtschaft, wenn man so will, nämlich zu

der Wirtschaft der Gesundheit, zur Frage der Pflegeberufe. Es wurde von einer Kollegin aus dem Kreis die Frage eingebracht, wie man es denn schaffe, mehr Migrantinnen, auch türkische Migrantinnen oder türkischstämmige Migrantinnen, für den Pflegeberuf zu gewinnen und es wurde darauf hingewiesen, dass das ein Thema ist, das uns schon seit über 20 oder 25 Jahren in diesem Land begleitet hat.

Abschließend möchte ich ein Thema nicht vergessen, weil das als Frage aufkam – die Rolle der Frau. Wir haben festgestellt, dass wir fast nur unter Männern saßen, auch in dieser Runde, und es wurde gefragt, wie denn in diesem ganzen Kontext des Unternehmertums Frauen berücksichtigt würden. Darauf konnte keine abschließende und auch gar keine befriedigende Antwort gegeben werden. Es wurde darauf verwiesen, dass es sich hier um ein grundsätzliches Problem oder eine Herausforderung handelt, die ja mitnichten nicht nur Migranten betrifft. Damit möchte ich es bewenden lassen und bitte Sie um Nachsicht, dass ich das hier sehr flott vortragen musste. Ich hätte gerne etwas ausführlicher berichtet.

Schlusswort

FRANK BAASNER:

Vielen Dank an beide, die die fast unmögliche Aufgabe hatten, kurz etwas zusammenzufassen, was sowieso viel komplexer ist, als wir das in diesen zwei Tagen gemeinsam diskutieren konnten. Ich möchte einige Punkte aufgreifen, auch im Hinblick auf die nächsten Jahre, wo wir ja versuchen, Themen weiterzuentwickeln. Ich glaube, man muss sich eins klar machen: Das, was wir diskutieren, sind gesellschaftliche Prozesse, die ziemlich lange dauern. Manchmal ist man frustriert, wenn man feststellt, dass seit 20 Jahren irgendein Modellprojekt immer noch als Modell verhandelt wird. Das ist richtig. Trotzdem muss man diese Projekte machen. Wir sind hier in Berlin und hier ist vor kurzem 20 Jahre Mauerfall gefeiert worden. Vielleicht ist es ganz gut, daran zu erinnern, dass die Prozesse letzten Endes von der Gesellschaft getragen wurden. Die Politik ist immer etwas hinterher. Selbst der deutsche Bundeskanzler damals, Helmut Kohl, hat nicht geahnt, wie schnell sich die Dinge plötzlich verändern können. Das nur als kleines Beispiel dafür, dass wir doch auch, glaube ich – Sie alle, die Sie hier sitzen, und alle, die sich mit dem Thema praktisch auseinandersetzen –, ruhig selbstbewusst sein dürfen, und uns sagen: Wenn man dabei bleibt, wenn man das Thema weiter betreibt, dann wird tatsächlich der Punkt kommen (und wir kommen immer mehr dahin), dass die offiziellen staatlichen, politischen Strukturen aus Eigeninteresse irgendwann doch Dinge verändern. Die deutsche Diskussion in den letzten zehn Jahren hat das gezeigt. Da hat sich sehr, sehr viel verändert. Wir haben heute eine völlig andere Diskussion. Das hat viele Gründe, aber dazu gehört eben auch, dass Menschen wie Sie die Dinge tragen. Natürlich brauchen wir auch die Politik! Wir wollen auch gerne versuchen, einfach ein paar Punkte, die uns besonders wichtig erscheinen, herauszuarbeiten und dann denen zu kommunizieren, zu denen wir Zugang haben, zu den verschiedenen Autoritäten. Aber bleiben wir trotzdem dabei, dass kein Weg daran vorbei führt, dass die gesamte Gesellschaft die trennenden Begriffe ein bisschen in den Hintergrund schieben sollte: Mehrheit – Minderheit ist vielleicht gar nicht so der Punkt. Die Gesellschaft als ganze entwickelt sich so schnell und so dynamisch. Die Gesellschaft, die meine Kinder erleben, ist eine völlig andere als die, in die ich hinein

gewachsen bin, und ich versuche noch hinterher zu kommen, habe aber auch Schwierigkeiten damit. Von daher, glaube ich, müssen wir das als Riesenchance verstehen, dass das, was Mehrheit heißt, und das, was Minderheit war, tatsächlich im Grunde dieselben Fragen stellt.

Wenn ich etwas mitnehmen sollte aus dem diesjährigen Treffen, dann ist es eine zunehmende Bedeutung dessen, was man die „Mediatoren“ nennt, die „Brückenbilder“, die Menschen, die selbst wissen, wovon sie reden und die ganz normale Mitglieder dieser Gesellschaft sind. Dass man hier mehr tun muss vonseiten des Staates – das gilt für Vereine, das gilt für selbst organisierte Strukturen, das gilt aber auch für Individuen. Das ist relativ deutlich geworden und in dem Zusammenhang fiel der Begriff „*empowerment*“. Dafür haben wir auch ein deutsches Wort, das heißt einfach „Stärkung“. Das ist, glaube ich, ein Schlüssel, mit dem man viel anfangen kann, dass man nicht immer nur von der Problemlage ausgeht, sondern auch vom Potential spricht, das schon da ist. Das müssen wir versuchen, mehr in den Fokus zu bringen.

Und schließlich ist es mir immer wichtig, dass wir auf die Worte achten, mit denen wir umgehen. Wir haben oft ein massives Verständigungsproblem. Das haben wir auch selbst hier gemerkt. Wir haben verschiedene Sprachen benutzt, und zwar in den öffentlichen Debatten Deutsch, Französisch und Englisch – ich danke bei der Gelegenheit wirklich den flämischsprachigen Teilnehmern, dass sie bereit waren, das Spiel mitzuspielen! Und trotzdem haben wir gemerkt, dass trotz Dolmetschern die Begriffe manchmal nicht gleich in den verschiedenen Sprachen ankommen. Dann haben wir gemerkt, dass wir die Sprache der Wissenschaftler und die Sprache der Praktiker haben. Das sind auch zwei Welten. Und dann haben wir natürlich noch Begriffe, die in der Tat selbst schon sehr viel sagen. Denken Sie an „Mehrheit – Minderheit“, denken Sie an das grundlegende Problem, das bereits angesprochen wurde: Wissen wir überhaupt, wovon wir reden, wenn wir „Integration“ sagen? Das bleibt ein Problem, das bleibt eine Aufgabe, immer wieder danach zu fragen, so dass also die normale Schwierigkeit der Kommunikation zwischen Menschen potenziert ist durch mehrere Sprachen, durch mehrere Resonanzsysteme im Kopf, durch verschiedene gesellschaftliche Situationen, in denen wir uns befinden. Ich glaube, das ist eine Tatsache, mit der wir

leben müssen, das müssen wir annehmen und deswegen ist es mir persönlich besonders wichtig – und das werden wir versuchen, bei den nächsten Tagungen eher noch zu verstärken –, dass man auch in den Pausen Zeit für Gespräche hat, dass Menschen miteinander reden können. Je mehr man redet, desto besser. Das kann jedenfalls nie falsch sein, wenn man versucht, sich zu verständigen, in kleinen Gruppen, in großen Gruppen. Auch auf einem Podium ist es – das haben Sie gemerkt – schwierig, ins Gespräch zu kommen, aber wir versuchen es und bleiben dabei.

So viel nur zu einigen übergeordneten, allgemeinen Beobachtungen. Ich möchte Olaf Hahn bitten, ein Schlusswort zu sprechen für die Stiftungen, die das Ganze möglich machen. Auch das ist übrigens kein Zufall. Mit staatlichen Unterstützungen hätten wir das nicht so realisieren können. Dass man einfach sagt, wir nehmen uns die Freiheit, wir treffen uns, diskutieren, sprechen, versuchen Dinge herauszuarbeiten und versuchen, sie dann auch wieder in die öffentliche Sphäre hineinzuspielen, das wäre ohne Stiftungen nicht möglich.

OLAF HAHN:

Haben Sie ganz herzlichen Dank dafür, dass Sie hierher gekommen sind. So eine Tagung, ob sie nun staatliche Einrichtungen fördern oder ob sie private Einrichtungen wie unsere fördern, lebt von der Qualität der Gäste. Ich habe – ich darf das persönlich sagen – sehr viel gelernt und gehe für mich bereichert nach Hause. Ich glaube, der Mehrwert, aus meiner Sicht, dieser Tagung ist, gleichzeitig kommunal und international zu sein. Ich greife für beide Stiftungen an dieser Stelle sprechend gerne das auf, was Frank Baasner eben gesagt hat. Ich habe den Eindruck, dass nicht nur das, was auf dem Podium, in den Arbeitsgruppen passiert, Bedeutung hat, sondern das, was dazwischen geschieht, nämlich Begegnungen, dass das auch unsere Tagung in diesen anderthalb Tagen hier in Berlin gekennzeichnet hat. Und ich danke Ihnen, liebe Gäste, dass Sie so aktiv dabei waren und dass Sie auch mit konkreten Anregungen und fast Forderungen, etwa die Ergebnisse auch an eine politische Ebene weiterzuleiten, hier an uns herangetreten sind. Lassen Sie mich das auch für unsere drei Häuser – für die Baudouin-Stiftung, für das dfi und auch für die Robert Bosch Stiftung – sagen und mit der Bitte an Sie herantreten, darin nicht nachzulassen. Geben Sie uns Hinweise! Geben Sie uns

Hinweise, was künftige Themen betrifft, was Formate betrifft, was Formen betrifft, wie wir hier agieren. Wir machen das ja nicht für uns selbst, sondern für ein Publikum und wir sind für konstruktive Kritik sehr dankbar. Wir können eigentlich immer nur besser werden.

Frank Baasner – und damit möchte ich schließen – hat das während dieser Tagung bereits erwähnt: Wir haben hier die dritte Tagung dieser Reihe veranstaltet und wir können auf weitere Tagungen vorausschauen. 2010 wird eine weitere stattfinden und 2011 wohl auch eine fünfte. Bitte machen Sie von der Möglichkeit Gebrauch, uns Rückmeldungen zu geben. Schreiben Sie uns, beschimpfen Sie uns, loben Sie uns nicht zu viel! Ich komme zwar nicht aus Schwaben, aber in Schwaben, wo ich jetzt wohne, sagt man: „Nicht geschimpft ist schon genug gelobt.“ Das können wir uns auch gerne hierfür zu eigen machen.

Anhang

Stéphane de Tapia¹

Türkischunterricht in Frankreich: Wie kommt man von einer dem Verschwinden geweihten Immigrantensprache zum Unterrichten der lebenden Sprache einer ausländischen Kultur?

Zustandsbeschreibung

Der Unterricht des Türkischen, 15. „akademische“ Sprache, die im Rahmen der nationalen Erziehung in Frankreich unterrichtet wird, wurde 1995 eingeführt und von Anfang an von dem Anthropologen und Soziologen Altan Gokalp begleitet, der Forschungsdirektor beim CNRS ist und selbst auch, unter anderem, Spezialist für die Immigration von Türken in Frankreich und Europa (Gokalp 1995). Das Unterrichtsprogramm ist festgelegt in der Dienstvereinbarung Nr. 96-085 vom 19. März 1996, erschienen im Bulletin Officiel Nr. 13 vom 28. März 1996, zitiert von vielen amtlichen und halbamtlichen Stellen².

Türkisch im staatlichen Unterricht

Der Unterricht wird in zwei stark unterschiedlichen institutionellen Bereichen angeboten, obwohl er im Allgemeinen in schulischen Einrichtungen stattfindet, die zum nationalen französischen Unterrichtswesen gehören:

- In Realschulen und Gymnasien unterrichten heute nur sieben Lehrer mit Zulassung für Türkisch, die geprüft wurden nach dem Verfahren „CAPES réservé“ entsprechend der Gesetze Sapin und Perben über die Einstufung von nichtbeamteten Mitarbeitern, welche

¹ Forschungsdirektor beim CNRS (Centre National de Recherche Scientifique), Abteilung Kulturen und Gesellschaften in Europa und Lehrbeauftragter am Seminar für Türkische Studien der Universität Strasbourg, Beauftragter für Türkisch bei der Abteilung Lebende Sprachen der Inspection Générale de l'Éducation nationale (IGEN)

² Zum Beispiel: EduSCOL mit der Homepage zur Information über die Schulpflicht (<http://eduscol.education.fr> oder die Homepage türkischer Vereinigungen in Frankreich (<http://www.turkishlanguage.org/enseigfr.htm>).

seit mehreren Jahren im öffentlichen Dienst arbeiten. Diese Gesetze, Übergangsgesetze, werden nicht mehr angewandt und diese Form der Gewinnung von Mitarbeitern wird nicht mehr genutzt. Eine unklare Anzahl von Vertretungsstellen und nicht beamtetem Personal wird in verschiedenen Gymnasien eingesetzt (drei Stellen im Elsass). Hinzu kommen eine einzige Lektorenstelle in ganz Frankreich für die Schüler der Akademie in Strasbourg und eine Stelle in Toulouse, in einer versuchsweise eingerichteten Institution, die sich im Rahmen der Familienzusammenführung an neu angekommene Kinder richtet. Andere Zugänge sind auch möglich, wie die Zulassung von türkischsprachigen Grundschullehrern (eine Stelle im Elsass).

- Die türkische Einrichtung ELCO (Enseignant de Langue et Culture d'Origine – Lehrer für Sprache und Kultur des Herkunftslandes), die ihren Anfang mit einem Briefwechsel genommen hat, der ab 1973 zwischen französischen Ministerien und den ausländischen Ministerien der Haupteinwanderungsländer³ nach Frankreich stattgefunden hat, wurde von der Türkei durch eine 1978 unterzeichnete Vereinbarung eingeführt. Die Anordnung zur Umsetzung dieser Vereinbarung wurde aber erst 1992 veröffentlicht, obwohl die Einrichtung schon längst tätig war⁴. Diese Einrichtung gibt es nicht nur in Frankreich, zumal man 1227 offizielle Lehrer der türkischen nationalen Schulbehörde zählt, die 2009 im Bereich der Auswanderungsländer eingesetzt werden (hauptsächlich in Westeuropa, darunter 538 in Deutschland und 182 in Frankreich)⁵. Während die Anzahl der Stellen in Frankreich zwischen 170 und 180 schwankt, liegt die Zahl der betreffenden Schüler nach Angaben der türkischen Behörden für das Schuljahr 2004/05 bei 19226, nach Angaben der französischen Behörden bei 19000 für das Schuljahr 2007/08⁶. Wichtig im Hinblick auf die 71200 Kinder türkischer Herkunft, die potentiell in Frankreich eingeschult werden könnten,

³ Algerien, Marokko, Tunesien, Spanien, Portugal, Italien, Jugoslawien, Türkei

⁴ Der 1989 verfasste Bericht YIHGM listet die Zahlen von 22536 Schülern und 193 Lehrern in Frankreich für das Schuljahr 1988/89 auf (s. Literaturliste)

⁵ TC Dış İşleri Bakanlığı, Yurtdışında Yaşayan Türk Vatandaşları [Türkische Bürger die außerhalb des Heimatlandes leben], Anmerkung des Außenministeriums in Ankara (http://mfa.gov.tr/yurtdisinda-yasayan-turkler_.tr.mfa).

⁶ Für die Türkei gibt es eine Reihe von Berichten, die ab 1982 vom Arbeits- und Sozialministerium in Ankara verfasst wurden. S. DİYİH in der Bibliografie.

ist, dass die Gesamtzahl mittelfristig relativ stabil ist (2000-2010). Die ELCO sind hauptsächlich in der Grundschule tätig, aber auch in der Sekundarstufe II (Gymnasien). Auch wenn oft kritisiert, wird das türkische Angebot als das wirksamste bei dem von den Botschaften geleiteten ELCO angesehen. Aber dieses Angebot erscheint in Wirklichkeit zerbrechlich und was seine pädagogische Ausrichtung betrifft wenig leistungsfähig, und es scheint mehr Rücksicht auf ideologische Besonderheiten der eingewanderten türkischen Bevölkerung zu nehmen, als auf die Qualität des Unterrichts. Auf diese Weise schließen sich de facto bestimmte Teile der Bevölkerung aus (Kinder kurdischer, alawitischer, orientalisch-christlicher Herkunft, Flüchtlingskinder, ...), deren Eltern nicht möchten, dass ihre Kinder von einer offiziellen türkischen Einrichtung unterrichtet werden, die als zu nationalistisch gilt oder als schlecht angepasst an die europäische Wirklichkeit. Diese alte Debatte ist immer noch nicht beendet, sollte aber mit einbezogen werden in die Überlegungen mit Rücksicht auf notwendige Überschneidungen der beiden Einrichtungen auf französischem Gebiet. Ohne die diplomatischen und politischen Aspekte zu vernachlässigen, ist es aber zweifellos möglich, die Dinge vor Ort zu verbessern.

Die Rolle der Vereine

Das Erlernen des Türkischen wird auch mit unterschiedlichem Niveau von gemeinnützigen Vereinen angeboten (gemäß dem Vereinsgesetz von 1901). Da sie sich mehr an Erwachsene als an Kinder wenden, ist das Lernen der Sprache hier „flüssiger“, mit allen Vorteilen und Unzulänglichkeiten, die der Bereich der soziokulturellen Vereine mit sich bringt im Vergleich zu einem reinen Bildungsangebot im strengeren Sinne. Der Unterricht wird in diesem Bereich gewährleistet von Vereinigungen auf Gemeindeebene (ins Leben gerufen von in der Türkei Geborenen), die sich um die Zukunft der Kinder kümmern (Hausaufgabenbetreuung, Unterstützung in der Schule, Vermittlung von Sprache und Kultur des Herkunftslandes) oder durch die Verbreitung der türkischen Kultur (wie im Centre Anatolie in Paris mit Kursen für Erwachsene) oder auch durch Volkshochschuleinrichtungen (wie die Volkshochschule in Strasbourg). Das Erlernen des Türkischen kann

manchmal auch mehr oder weniger direkt unterstützt werden durch Korankurse auf Türkisch, die angeboten werden von Beauftragten der *Présidence des Affaires Religieuses* (TC *Diyanet İşleri Başkanlığı*) unter der Kontrolle des Premierministers oder unabhängiger Geistlicher (im Allgemeinen im Rahmen kultureller oder religiös-kultischer Vereinigungen, wie zum Beispiel Caymaz im Jahre 2002). Da das Arabische als liturgische Sprache nur von wenigen Türken außerhalb gebildeter Schichten oder arabisch-sprachiger Minderheiten beherrscht wird, müssen Korankommentare notwendigerweise auf Türkisch stattfinden, für Kinder wie für Erwachsene. Da diese Dienstleistungen als privat betrachtet werden, was sie im Übrigen juristisch gesehen auch sind, sind sie auch kein Bestandteil öffentlicher Dienstleistung in Frankreich⁷. Aber sie können manchmal in diesen Bereich durchschlagen und sei es nur, weil viele Eltern von Schulkindern die Aufgaben der beiden Bereiche im Hinblick auf das Erlernen oder die sprachliche Vermittlung einer lebenden Sprache – Kultursprache – jenseits der unmittelbaren Vermittlung innerhalb der Familie nicht richtig einordnen können.

Lehrer und Angestellte / Personal im Allgemeinen

Um zur nationalen Erziehung zurückzukommen: Die verbeamteten Lehrer sind mit einer Ausnahme alle Franzosen türkischer Herkunft, die schon im Vorfeld für ihre Einbindung in das kulturelle und Vereinsleben bekannt waren, in dem was man manchmal „türkische Diaspora“ nennt, und die unter dem Deckmantel der eingeführten Gesetze „reguliert“ wurden. Die Ausnahme ist eine Französin, die türkische Sprache und Literatur in Ankara und Istanbul studiert hat. Diese Lehrer zeigen angesichts der massiven Arbeitsbelastung, die sie haben, eine völlige Selbstverleugnung und führen beinahe ein Priesteramt unter oft schwierigen Bedingungen. Mit heutigem Stand sind es nicht weniger als 3200-3500 Schüler aus Abschlussklassen, die im Abitur eine Prüfung in türkischer Sprache ablegen, hinzu kommen noch mehr als 400 Studenten im BTS-Studium (*Brevet de technicien supérieur*). Man sollte noch einmal auf dieses Missverhältnis zwischen „Angebot“ und „Nachfrage“ zurückkommen.

⁷ Wohingegen die religiösen Kulthandlungen in die Zuständigkeit des Innenministeriums fallen.

Wie die anderen vierzehn lebenden Sprachen, die unterrichtet werden, so wird auch das Türkische von der Inspection Générale de l'Education Nationale beaufsichtigt, nicht von einem Inspektor, sondern von einem Beauftragten mit universitärem Hintergrund⁸. Die Aufgabe besteht vor allem in der Überwachung der Bedingungen zur Vorbereitung der nationalen Abiturprüfungen, die ein entscheidender Moment im Leben der Gymnasiasten sind und die es ihnen erlauben, sich für die weiterführende Ausbildung an Fachhochschulen und Universitäten zu bewerben. Sie überwachen auch die Bedingungen für die nationalen Diplome, wie das BTS, sowie weitere, wahrscheinlich weniger wichtige Prüfungen, wo das Türkische als lebende Sprache gewählt werden kann. Die Aufgabe besteht auch darin, den Status der Sprache zu bewahren und Impulse für neue Maßnahmen und Aktionen zu geben im Hinblick auf Erleichterungen und Weiterentwicklung des Türkischunterrichts. Die Herausforderung ist klar: Wie gelingt es, vom Status einer eingewanderten Sprache, einer „Ghetto-sprache“, wie es Gaye Petek-Şalom (2004) ausdrückt, zum Status einer „Kultursprache“, zu einer offiziellen Sprache in einem Land mit 76 Millionen Einwohnern zu kommen und, nebenbei gesagt, unter ganz ähnlichen Voraussetzungen, zur offiziellen Sprache einer kürzlich unabhängig gewordenen Provinz Aserbaidschans und zur Umgangssprache zahlreicher iranischer Bürger? Wir reden hier von insgesamt mehr als 100 Millionen Sprechern. Eine andere Herausforderung, weit weniger klar, ist die der Bewahrung der Stellung des Türkischen in Frankreich unter Vermeidung eines „angekündigten Todes“ (Gautier-Kızılyürek 2007).

Das Türkische bei den nationalen Diplomprüfungen

Wie oben unterstrichen, finden die Abiturs- und BTS-Prüfungen reges Interesse bei den Schülern türkischer Herkunft; einige Prüfungen zählen zum Abschlusszeugnis der Mittleren Reife, aber die Nachfrage betrifft vor allem das Elsass, wo es in der Sekundarstufe I eine feste Stelle und eine Vertretungsstelle gibt. Die Lehrer möchten meistens

⁸ Die „großen Sprachen“ (Englisch, Deutsch, Spanisch) werden von mehreren Generalinspektoren beaufsichtigt, die „kleinen“ von Beauftragten mit universitärem Hintergrund. Das Chinesische hat einen Inspekteur, das Japanische einen Beauftragten, was immer wieder zu Konflikten führt.

keine Erweiterung der Prüfungen für die Mittlere Reife, da sie sich völlig überlastet fühlen mit den Aufgaben der Sekundarstufe II: einzig im Elsass haben sich rund 50 Schüler zu dieser Prüfung zusätzlich zu den anderen Prüfungen angemeldet, obwohl das Türkische außerhalb der ELCO-Angebote nur sehr selten unterrichtet wird.

Es ist notwendig, mehrere praktische Probleme zu unterscheiden, deren Bedeutung man wirksam mit den Lehrern messen kann und zwar sowohl in der täglichen Arbeit, wie auch an den Prüfungszentren.

- *Die Zusammenstellung der Unterrichtsstoffe:* Die Lehrer, die sich zu den verschiedenen Phasen dieser Arbeit versammeln, werden von einigen türkischsprachigen Ehrenamtlichen mit unterschiedlichem Status unterstützt. Aber diese Unterstützung steht trotz allem auf schwachen Füßen (in den vergangenen Jahren wollten mehrere der bei Zusammenstellung und Korrektur Tätigen für die Schuljahre 2008/09 und 2009/10 nicht mehr teilnehmen, wegen der Änderung ihres beruflichen Status oder eines strenger festgelegten Stundenplans) und die Belastungen sind beträchtlich. Die zur Zeit Tätigen (weniger als zehn, wenn man die Veränderungen aufgrund von Zeitverträgen bei den einen oder anderen berücksichtigt) leisten das gleiche, wie 40 oder 50 Lehrer für andere akademische Sprachen und mehr noch: Sie sind die einzigen, die diese Aufgabe seit Beginn des Versuchs sicherstellen, während die anderen Sprachen die Belastungen verteilen können, da sie über einen viel größeren Personalbestand verfügen.
- *Die Kontrolle und Abzeichnung der Unterrichtsstoffe:* Angesichts der Bedeutung der Aufgabe ist es legitim, dass die Vorgehensweise etwas schwerfällig und schwierig nachzuvollziehen ist, immer vor dem Hintergrund, dass man nur über wenig einsetzbares Personal verfügt. Tatsächlich muss dieser Unterricht Zeugnis ablegen von der wirklichen Vorsicht in Bezug auf die politischen Herausforderungen zwischen Frankreich und der Türkei (Armenienfrage, Kurdenfrage, umstrittener Anschluss der Türkei an die EU, Rolle des Islams in einer offiziell laizistischen Gesellschaft, wo die Geschichten und Denkweisen der beiden Länder, beide von der Verfassung her laizistisch, in der Tat ziemlich weit voneinander entfernt sind). Die Lehrer sind sich übrigens darüber im Klaren und deshalb werden bestimmte Themen oder Fragestellungen

manchmal verworfen oder verändert, um die Empfindlichkeiten nicht zu verletzen. Bleibt zu sagen, dass die Normen, die als Leitbild für systematische Korrektur, Essays und Übersetzung von Texten und Fragen dienen, schwer sind und die „normale“ Arbeitskapazität eines Sprachlehrers, der für diese Tätigkeit eingestellt wurde, überschreiten. Am Ende der Reihe ist die Unterschrift des Rektors der Akademie, die für die Themenzusammenstellung zuständig ist, der schicksalhafte Augenblick, denn es ist notwendig, dass die Themen perfekt sind und keinerlei Probleme welcher Art auch immer bereiten.

- *Das Problem der Korrektur der Prüfungen* ist mit den vorherigen verknüpft, denn die Türkischlehrer sind, wie alle Lehrer, gleichzeitig zur Beaufsichtigung und Korrektur der schriftlichen und mündlichen Examina verpflichtet, wobei aber die schwache personelle Ausstattung eine beträchtliche und konzentrierte Arbeit verlangt. Dies ist aber die „Norm“ seit der Einführung dieser Kurse, wobei man sehen muss, dass die Belastung in den letzten Jahren sehr stark gestiegen ist.

Kontakt mit den türkischen Behörden

Diese Kontakte verlaufen inzwischen ziemlich ungezwungen, denn wir sind schon lange in Kontakt, zunächst aus universitären Gründen⁹, dann aus beruflichen Gründen mit den Gesandten für Arbeit und nationale Erziehung. Und schließlich hat das Seminar für Türkische Studien der Universität Strasbourg, nachdem man dort einen Magisterstudiengang für Türkisch eingerichtet hatte, dem dann ein Masterstudiengang für das östliche Mittelmeer mit der Möglichkeit einer Erweiterung auf das Türkische folgte, viele immatrikulierte Studenten unter den ELCO-Einrichtungen (Elsass, Lothringen, sogar Champagne-Ardenne und Baden-Württemberg). Die Kontakte sind dennoch von Vorsicht geprägt aufgrund der Streitigkeiten zwischen Frankreich und der Türkei, vor allem wegen der Frage des türkischen Beitritts zur EU. Diese Frage spielt oft hinein in die Beziehungen zwischen Studenten und Schülern, die Türken oder türkischer Herkunft sind und den Lehrern, bestenfalls durch eine manchmal lebhafte Debatte,

⁹ Magisterarbeit in Geographie von 1978-1980 über die Bedingungen der Integration von türkischen Arbeitern im Elsass und in Ostfrankreich

schlimmstenfalls von Seiten der Jugendlichen (in den allermeisten Fällen mit französischer Nationalität!) durch eine Verweigerung von Werten, die als assimilationistisch und türkischfeindlich angesehen werden, wenn nicht sogar als islamfeindlich. Dieser beunruhigende Zustand des gegenseitigen Misstrauens taucht hingegen wenig oder gar nicht in den Feldforschungen auf, die von der INSEE oder der INED durchgeführt wurden und deren Ergebnisse wir oft im Rahmen unserer Arbeit am CNRS erfahren. Hingegen taucht er oft auf in den Informationsgesprächen mit Studenten, Schülern oder Eltern, die unter verschiedenen Umständen geführt werden, oder auch in einigen universitären Studien (Konuk 2009, İrtiş-Dabbagh 2003, Öztürk 2006).

Die Arbeit mit den ELCO ist zunächst ein gemeinsames Nachdenken, oft eingebaut in die Master der Türkischen Studien, die es erlaubt, Meinungen, Berichte und „innere Analysen“ zu sammeln. Sie erlaubt es auch manchmal mögliche Konflikte zu schlichten, auf die Lehrer in Lothringen oder in den Ardennen hingewiesen haben und welche die Anwesenheit von türkischen Lehrern betreffen, die außerhalb ihres gewohnten „Rahmens“ arbeiten. Auf die Stunden der Kurse und die Eingliederung in die jeweiligen schulischen Einrichtungen wird oft hingewiesen, ebenso wie auf die Aufnahme der Lehrer in der Schule vor Ort. Diese Lehrer werden unter der Bedingung eingestellt, dass sie von Universitäten mit Seminaren für französische Sprache und Kultur kommen. Dies ist ein nicht gering zu schätzender Fortschritt, der von der französischen Botschaft in Ankara verlangt und erfüllt wurde und der von unserem Vorgänger nach Kräften unterstützt wurde. Dieser Versuch zeigt unterdessen, dass ihre Französischkenntnisse ziemlich vage sind, was vor allem daher rührt, dass sie nach ihrer universitären Ausbildung nur sehr selten Französischlehrer an Realschulen oder Gymnasien waren. Zumindest haben sie Grundkenntnisse, was vorher kaum der Fall war, wo bei der Auswahl der Bewerber darauf gar keinen Wert gelegt wurde und wo der Lehrer im Allgemeinen für einen Zeitraum von vier Jahren angestellt wurde in irgendeinem der Migrationsländer. Diese Fragen wurden anlässlich eines Besuchs beim Generalkonsul in Strasbourg zur Sprache ge-

bracht, und noch einmal beim Besuch einer Delegation türkischer Parlamentarier in Strasbourg im September 2009¹⁰.

Die Frage der Stundenpläne ist hier wesentlich:

- Die in den Stundenplan „integrierten“ Kurse finden während des normalen Schultags der Kinder statt (was für die Schuldirektoren außerhalb des Elsass, wo sie ja den Platz des Religions- oder Moralunterrichts einnehmen können, vergleichsweise nicht einfach zu planen ist).
- Die außerhalb des normalen Stundenplans liegenden Kurse werfen das Problem der Aufnahme (und Eingliederung) des ELCO-Lehrers und des Unterrichtsraumes auf: man kann die Kurse außerhalb der Schulzeit und außerhalb des Schulgebäudes anbieten, was aber ihre Glaubwürdigkeit erschüttert und eine echte pädagogische Kontrolle verhindert.

Die Art und Weise, in der die Lehrer in der schulischen Umgebung aufgenommen werden ist ebenfalls wichtig: Von den ELCO-Lehrern oft als schlecht empfunden, rufen die nicht vorhandene Aufnahme in die Lehrerschaft, das Desinteresse, wenn nicht sogar die Feindschaft von Direktion und Kollegen vor Ort Enttäuschung und Groll hervor, umso mehr, als die ELCO-Lehrer, wie bereits oben betont, wenig überzeugende Französischkenntnisse haben. Von daher scheint es, dass Unverständnis und das Gefühl der Ablehnung bei der Rückkehr in die Türkei nach Aussagen zahlreicher ELCO-Lehrer am Ende ihrer Tätigkeit in Frankreich recht ausgeprägt sind.

Ich möchte es einmal mehr betonen, auch wenn es nicht unser Fachgebiet ist, dass diese Frage weit hineinspielt in den künftigen Türkischunterricht, der in der Theorie in der allgemeinbildenden Schule nicht stattfindet, obwohl es doch unter bestimmten Voraussetzungen möglich wäre, die ELCO-Lehrer mit diesem Unterricht zu betrauen (trotz der Existenz eines offiziellen Lehrprogramms für die achten und neunten Klassen!) um zu verhindern, dass sich der Unterricht dann im Gymnasium mit einem schlechten Ansehen und einem mangelnden Status behaftet wiederfindet.

¹⁰ Treffen in der parlamentarischen europäischen Vereinigung in Strasbourg mit den Abgeordneten M Zafer ÜSKÜL, Vorsitzender der Delegation, Mehmet EKİCİ, Mehmet OCAKDEN, in Anwesenheit von Yunus DEMİNER, Generalkonsul in Strasbourg und Abdurrahman TOPAL, Gesandter für Erziehungsfragen.

Kontakte mit den aserbaidischen Behörden: eine weitere türkische Sprache am Horizont?

Diese als informell bezeichneten Kontakte haben in nächster Zukunft keine direkten Auswirkungen auf die Aufgabe, könnten sie aber schlussendlich dann doch haben. Die Zahl der Staatsangehörigen der Republik Aserbaidschan, das seit 1995 Mitglied des Europarats ist, nimmt in Paris und Strasbourg laufend zu. Sie haben, vor allem in Strasbourg, zwei unterschiedliche Gruppen vorgefunden, die sich aus Immigranten aus der Türkei gebildet haben, welche aus den Grenzregionen zum unabhängigen Aserbaidschan und zum Iran stammen, wo auch eine zahlenmäßig große türkischsprachige aserbaidische Minderheit lebt (Flüchtlinge aus dem Iran). In dem Maße, wie Türkisch aus der Türkei und Türkisch aus Aserbaidschan zwei verwandte Sprachen sind (so wie Hochdeutsch und das Alemannische der Schweiz und Österreichs und, was noch bedeutender ist, beide mit lateinischem Alphabet), so sind auch die Kontakte einfach und man hat schon auf die Frage des Unterrichts des aserbaidischen Türkisch in der Schule in Strasbourg von Seiten der Vereine hingewiesen. Auf dem Umweg über das Seminar für Türkische Studien sind wir in dauernder Verbindung mit den Abteilungen der ständigen Vertretung (wobei der Ständige Vertreter die Stellung eines Botschafters hat) der Republik Aserbaidschan beim Europarat, die besonders auf kulturellem Gebiet aktiv ist.

Eine interessante Gelegenheit, die aber ohne ausreichende Abstimmung und ohne angepasste Mittel geleitet wurde: die Türkische Saison in Frankreich

Die Türkische Saison in Frankreich, eine verkürzte Version des einem ausländischen Land gewidmeten Jahres (Armenisches Jahr, Spanisches Jahr, Portugiesisches Jahr, ...) bot die Gelegenheit zu verschiedenen und zahlreichen kulturellen Veranstaltungen in ganz Frankreich. Wir waren dort als Hochschullehrer eingebunden, die sich mit der Türkei befassen, und als Beauftragte für IGEN (Bereich Schule und Austausch zwischen Ausbildungseinrichtungen). Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass die wirre Fülle von Initiativen mehr aus dem Bereich der Vereine und Vereinigungen als aus dem universitären

Bereich ziemlich enttäuschend gewesen sein wird, dass die interessantesten Aktivitäten vor allem auf Paris konzentriert waren und dass die für den schulischen Bereich gewährten Mittel begrenzt gewesen sein werden. Dieser Vorgang wurde begleitet von Culture France und mit den betroffenen Dienststellen des Nationalen Erziehungsministeriums, aber im schulischen Bereich wurden weniger als zehn Aktionen durchgeführt und diese manchmal eher auf Initiative von alten Partnerschaften zwischen privaten konfessionellen Einrichtungen (in Frankreich und in der Türkei), als auf Initiative von öffentlichen Einrichtungen, die sich mit der türkischen Einwanderung nach Frankreich befassen, was wiederum ein guter Einstieg für eine bessere Integration von Schülern und Eltern hätte sein können.

Im Unterricht festgestellte Schwierigkeiten

Diese Schwierigkeiten sind tatsächlich extrem zahlreich und verursachen zahlreiche Funktionsstörungen, die aber glücklicherweise von den Lehrern der weiterführenden Schulen in Grenzen gehalten werden. Aber die steigende Nachfrage, vor allem in der Zeit der Abiturprüfungen, der wiederum ein geringes Angebot gegenübersteht, bringt das ganze System, das von einer großen Zerbrechlichkeit zu sein scheint, ins Schleudern.

- *Das Fehlen von Lehrbüchern und verschiedenartiges Angebot an Unterrichtsmaterialien:* Das Fehlen von Lehrbüchern (Sprache, Literatur, Grammatik, Lernmethoden, ...) ist von großem Nachteil für die Arbeit der Lehrer, die gezwungen sind, sich ihre Schulbücher und Muster selbst zu „basteln“ und trotz guter Vernetzung nur einen sehr kleinen Teil dieser Lücke füllen. Diese Bastelei kommt auch von der zu Beginn ungleichen Ausbildung der Lehrer (zwei Lehrer die ad hoc ausgebildet wurden, ein Wirtschaftswissenschaftler, ein Geograph, ein Ingenieur fürs öffentliche Bauwesen, ...). Es ist nicht sicher, dass die aus der Türkei importierten Methoden (Türkisch für Ausländer), die Wörterbücher oder die auf dem französischen Markt vorhandenen Werke, die vor allem für Erwachsene gedacht sind, die erst mit dem Erlernen des Türkischen anfangen, wirklich für Kinder und Jugendliche im Bereich der Schule verwendbar sind. Außerdem sind diese Materialien sehr verschiedenartig und reichen von Konversationslehrbuch für

eilige Touristen bis zum wissenschaftlichen Werk wie der Grammatik von Louis Bazin (1987), die zweifellos ausgezeichnet ist, die aber für Jugendliche nur schwer zugänglich ist.

- *Fast völliges Fehlen von öffentlichen Programmen:* Das einzige aufgelegte Programm, das übers Internet verbreitet wird, betrifft die Schüler am Ende der Sekundarstufe II, die nur wenig von der aktuellen Einteilung betroffen sind¹¹. Die Lehrer werden also, wie bei den Kursen und Lehrbüchern, dazu gebracht, in Abhängigkeit vom oft extrem verschiedenen Niveau der Schüler zu improvisieren, das wiederum einerseits entsteht durch ihre erssprachliche Bildung (Vermittlung durch die Eltern und andere Erziehungsberechtigte, Satellitenfernsehen im Überfluss, aber von stark uneinheitlicher Qualität, gefolgt von den von ELCO angebotenen Kursen, die es am Gymnasium sehr selten gibt, ...), andererseits aufgrund von pädagogischen Umgruppierungen wegen ihrer Zersplitterung oder aufgrund der seltenen Angebote (Rennes, Akademie in Strasbourg zusammen mit Colmar und Mulhouse, Paris und Ile de France, Lothringen), die in einem einzigen Kurs verschiedene Kenntnisstufen in einer überfüllten Klasse vereinigen (Barr, Sélestat, Mulhouse um nur einige Beispiele zu nennen, wo darüberhinaus nicht-beamtete Lehrer unterrichten). Das CNED (Zentrum in Rennes) schlägt ein Programm und ein pädagogisches Lehrbuch gleichzeitig vor¹².
- *Arbeitsüberlastung der Lehrer in Bezug auf Zusammenstellung und Korrektur von nationalen Abiturprüfungen und BTS:* Wie oben bereits aufgeführt, gibt es nur sieben Lehrer mit Zulassung für Türkisch in ganz Frankreich. In dieser Hinsicht müssen sie in Einrichtungen unterrichten, die oft in einem weiten Aktionsradius verstreut sind (eine Lehrerin arbeitet im Elsass in 6 verschiedenen Einrichtungen) oder sie müssen den Schülern pädagogische Umgruppierungen vorschlagen, bei denen diese wiederum nicht unbeachtliche Anfahrtswege auf sich nehmen müssen (was für die Eltern oft ein echter Hinderungsgrund ist, besonders bei Töchtern, wie zum Beispiel in Rennes, wo der Vorschlag, der von allen aka-

¹¹ Bulletin Officiel Nr. 9 vom 9. Oktober 1997, pp. 143-157.

¹² Turc-Cours Terminale, Fascicule U und Turc-Devoirs Terminale, CNED Centre National d'Enseignement à Distance, Institut de Rennes, enthält auch eine CD-ROM. Das Dokument wurde vorbereitet von Ayşe Jolly und Mitarbeitern.

demischen Diensten unterstützt wurde, aus diesem Grund beinahe nicht umgesetzt worden wäre). Alle werden offenbar mobilisiert durch verschiedene Prüfungen (Abiturprüfungen verschiedener Arten und Bewertungen, BTS, sogar DNB), aber sie sind immer mehr in der Pflicht, die Themen für verschiedene Prüfungen vorzubereiten. Diese Aufgabe, die über einen langen Zeitraum dem Rektorat von Strasbourg anvertraut war, wurde an das Rektorat von Versailles zurückdelegiert, das für die Schuljahre 2007/08 und 2008/09 diese Aufgabe durchgeführt hat da eine geprüfte Lehrerin in Paris zur Verfügung stand. Im Anschluss wurde die Aufgabe wieder Strasbourg übertragen. Die zu Ausführung, Verbesserung und einem ersten Versuch zu den Themen Eingeladenen, außer den geprüften Lehrern, haben einen ganz unterschiedlichen Status (Lehrer türkischer Herkunft, Bereich der Vereinigungen, Hausfrauen, welche in der Türkei einen Abschluss haben, aber in Frankreich keine Stelle gefunden haben). Es ist hier also oft eine heikle Auswahl getroffen worden und es wurden nicht immer wirklich Qualifizierte für den Bereich der Sprache ausgewählt. Es handelt sich oft um Freunde oder Bekannte des einen oder anderen Lehrers. Also immer schön weiter mit der Improvisation und guter Absicht!

- *Die mangelnde Übereinstimmung von Angebot und Nachfrage beim Bildungsangebot:* Dies scheint mit dem eben angesprochenen Punkt direkt zusammenzuhängen. Aber ein anderes Problem muss angesprochen werden, das der „Sprachenlandkarte“, die aus unterschiedlichen Gründen dem Türkischen wenig Platz einräumt. Viele französische Regionen könnten ein kleines Kompetenzzentrum für Türkischunterricht haben, das zumindest die Nachfrage bis zum Abiturniveau abdeckt. Die Kandidaten für die Abiturprüfung in Türkisch sind nämlich viel zahlreicher als die Schüler, die in der Sekundarstufe am Türkischunterricht teilgenommen haben. Die Erfahrungen der Akademie Straßburg zeigen hier ein wirkliches Engagement der Schüler, denn fast alle, die sich für eine Türkischprüfung angemeldet haben, kommen am Tag der Prüfung auch tatsächlich, was bei anderen sprachlichen Zusatzprüfungen nicht der Fall ist.
- *Die Ausbildung der Lehrkräfte:* Alle zugelassenen Lehrkräfte sind in der Türkei und nicht in Frankreich ausgebildet worden (dies gilt sogar für die zugelassenen Lehrer französischer Herkunft!). Nach-

dem diese Lehrkräfte nach dem besonderen Concours („CAPES réservé“) rekrutiert worden waren, ging es vor allem um eine Regularisierung der bestehenden Arbeitsverhältnisse, indem man die Regelung von 1995 wenn auch sehr langsam umsetzte. Das INALCO in Paris und das Département d’Etudes Turques können zukünftige Lehrer ausbilden, wenn es Arbeitsperspektiven gibt. Allerdings muss man zugeben, dass heute diese Ausbildung von wenigen Ausnahmen abgesehen keine interessanten Berufsperspektiven bietet, außer man geht in die Türkei zurück. Paris und Strasbourg bieten universitäre Diplome auf Bachelor und Master, sogar Doktoratsniveau in Türkischen Studien, die immerhin zu etlichen Forscherstellen beim CNRS, an der Universität in den Fächern Soziologie, Anthropologie, Geschichte, Archeologie, Geographie, Politologie für mehr oder minder turkophone französische Forscher geführt haben, aber zu keiner einzigen Stelle im Bereich des schulischen Türkischunterrichts. Wir kennen viele Studenten mit türkischem Migrationshintergrund, die Sprachen studieren (Türkisch, französische Literatur, Französisch als Fremdsprache, Englisch, Deutsch) und am Lehrerberuf Interesse hätten – wenn es reelle Anstellungschancen gäbe. Auch von Lehrern an türkischsprachigen Grundschulen erhalten wir oft Anfragen¹³. Es gibt also ein nicht zu vernachlässigendes Potential, das aber völlig marginalisiert ist. Vielleicht wäre es sinnvoll, dieses Potential bei der Rekrutierung für ELCO zu nutzen, indem man in Frankreich und nicht in der Türkei rekrutiert. Diese Idee hatte schon unser Vorgänger entwickelt und sich dabei auf Erfahrungen in Deutschland, Holland und Großbritannien bezogen. Dieselbe Idee wurde auch bei dem Treffen mit der türkischen Parlamentsdelegation am 2. September 2009 in Straßburg vorgetragen¹⁴.

- Die bestehenden Angebote sind schlecht erfasst und wenig untersucht: Natürlich gehört es nicht zu den Aufgaben des Erziehungsministeriums, den privaten Vereinsektor zu kontrollieren, und es kann auch nicht darum gehen, die Aktivitäten der Vereine, die sich ohne staatliche Zuschüsse um Kinder oder Erwachsene kümmern

¹³ Die Anfragen lauten etwa so: "Ich bin Grundschullehrer, habe türkische Vorfahren und spreche Türkisch. Wie kann ich meine Fähigkeiten dem nationalen Erziehungssystem zur Verfügung stellen?"

¹⁴ Auf dieses Treffen wurde in Anmerkung 6 bereits hingewiesen.

(Weiterbildung, berufliche Bildung, Hausaufgabenhilfe, verschiedene kulturelle Dienstleistungen, auch bei der Verbreitung der türkischen islamischen Regeln, die sich von denen der Maghreb-Staaten oft unterscheiden) zu unterbinden. Aber angesichts der Tatsache, dass die nationalen Institutionen und Angebote wie das FASILD, das heute ACSÉ heißt und mit völlig anderen Aufgaben in die Präfekturen integriert wird, immer weniger sichtbar sind, muss man sich schon ein paar Fragen über die aus der Türkei kommenden privaten Angebote stellen. Die privaten Initiativen, die sich der Kontrolle durch die klassischen Instanzen entziehen (Education Nationale, Jugend und Sport, Kultur, Volkshochschulen ...), genießen enorme Freiheiten. In der Tat haben die privaten Akteure aus dem türkischen Migrationsmilieu – im Unterschied zum türkischen Staat, der in der Tradition der zwischenstaatlichen und internationalen Diplomatie steht – beachtliche Kompetenzen entwickelt, die sich im Vereinsbereich, in der Politik (von der ultranationalistischen extremen Rechten, die in Frankreich sehr präsent ist, bis zur extremen Linken, über die islamistischen Gruppen und die kurdischen Unabhängigkeitsbewegung), in den Medien (darunter ein beeindruckendes Fernsehangebot) einbringen. Die Erziehung der Kinder auf der Grundlage der türkisch-islamischen Werteordnung ist dabei eines der Hauptthemen.

*Einwanderersprache im Ghetto oder lebendige Kultursprache:
Vorschläge für einige Maßnahmen*

Es ist natürlich nicht leicht, in so kurzer Zeit Maßnahmen vorzuschlagen, die den staatlichen Türkischunterricht verbessern können. Auf einige Themen, an denen gerade gearbeitet wird, sei aber hingewiesen:

- Die Publikation eines Schulbuchs oder zumindest eines Referenzwerks zur türkischen Literatur, das dem schulischen Publikum angemessen wäre, ist überfällig. Das Türkische scheint die einzige lebende Sprache zu sein, für die es kein Schulbuch gibt, wenn man von den von der CNED herausgegebenen Werken absieht¹⁵. Solch ein Werk ist angeblich seit Jahren in Vorbereitung, aber

¹⁵ In Anmerkung 3 zitiert.

seine Veröffentlichung wird immer wieder verschoben. Man könnte andere Möglichkeiten erwägen und im Umfeld des INALCO oder des CNRS, oder mit dem „Centre d’Histoire du Domaine Turc“ der EHESS in Paris arbeiten. Spezialisten der türkischen Sprache und Literatur gibt es genug, u.a. kann man an Nedim Gürsel denken (Forscher am CNRS mit dem Arbeitsgebiet türkische Gegenwartsliteratur und selbst Autor von Romanen in Französisch und Türkisch), oder an Timour Muhiidine (Herausgeber einer literarischen Reihe und Übersetzer), oder an Mehmet-Ali Akıncı (Forscher am CNRS, Linguist mit dem Spezialgebiet der Zweisprachigkeit und der Vermittlung des Türkischen in der Emigration). Nach mehr als 20 Jahren Türkischunterricht wäre die Schließung dieser Lücke äußerst nützlich und nötig.

- Die Sprachenkarte: Es muss darüber nachgedacht werden, die geographische Verteilung des Türkischunterrichts neu zu definieren, um der Nachfrage der Schüler, die aus den ELCO-Kursen im Grundschulbereich herauswachsen, soweit wie möglich nachkommen zu können. Man könnte sich auf die Schulbezirke Bordeaux, Lyon, Besançon-Montbéliard, vielleicht Limoges und Rouen konzentrieren. Die Schulbezirke Strasbourg und Orléans-Tours müssten ihr Angebot neu strukturieren, um der Nachfrage gerecht zu werden. So wird in Nancy Türkisch angeboten, obwohl die potentiellen Kursteilnehmer in Metz oder Forbach weitaus zahlreicher sind. Der Unterricht im Großraum Paris sollte sich nicht nur auf das eine Gymnasium konzentrieren, wo Türkisch bereits unterrichtet wird, sondern auch an anderen Orten, denn die potentiellen Teilnehmer leben oft in den Vororten und nicht in Paris selbst (wobei man die Idee einer sozialen Mischung zwischen Schülern aus den Vororten und aus Paris nicht aufgeben sollte, so wie es ein Projekt in Rennes versucht). In dem Bericht „Steuerung und Kohärenz der Sprachenkarte“, der dem Erziehungsministerium übergeben wurde (Nr. 2005-019 April 2005), nimmt das Türkische nur wenig Platz ein und wird dort vor allem für die ELCO-Kurse erwähnt, ansonsten in der Kategorie „andere Sprachen“. Aber die Argumente und Schlussfolgerungen dieses Berichts können ohne Weiteres auf das Türkische ausgedehnt werden. Zwei weitere Berichte, die in dieselbe Richtung gehen, sind verfügbar: der Bericht des Sénat über den Fremdsprachenunterricht in Frankreich (siehe

die wichtigsten Vorschläge am Ende des Dokuments (<http://www.senat.fr/rap/r03-0631.html>)¹⁶ und der Bericht mit dem Titel *Développement progressif de la langue vivante 2 à partir de la classe de 5^{ème}* (Bericht 2008-059 von Juli 2008).

- Die Rekrutierung qualifizierter Lehrkräfte ist momentan blockiert, vor allem aus Mangel an finanziellen Ressourcen. Es fehlt momentan eine politische Gesamtvision, was den Erhalt und die Ausweitung der Lehrangebote angeht. Mehrere Spontanbewerbungen, Angebote oder Anfragen aus Bordeaux, Nizza, Ankara, Rennes oder Strasbourg zeigen, dass die Rekrutierung von motivierten und qualifizierten Personen möglich ist, wobei vor allem an die Absolventen der türkischen Abteilungen der Universitäten Paris-INALCO und Strasbourg oder türkischer Universitäten zu denken ist.
- Die Beziehung zwischen den französischen Angeboten und den türkischen Programmen (ELCO) ist oft schwierig und mehr durch wechselseitiges Mißtrauen gekennzeichnet als durch pädagogische Zusammenarbeit. ELCO richtet sich vor allem an die Grundschule, kann aber auch in der weiterführenden Schule in der Sekundarstufe 1 eingesetzt werden. Manchmal ist von „Missbrauch“ die Rede, aber ohne weitere Präzisierungen. Wenn ELCO in der Sekundarstufe 1 zur Anwendung kommt dann deswegen, weil es kein ausreichendes Angebot von französischer Seite gibt, denn es gibt zu wenig französische Lehrkräfte. Die Übergänge zwischen den beiden Angeboten sind oft unzureichend, was wiederum den Unterricht des Türkischen als moderner Fremdsprache an der Universität schwächt. Ein völliger Neustart bei der Beziehung zwischen diesen beiden Lehrangeboten wäre wirklich notwendig. Mehr franko-türkische Partnerschaft? Vielleicht wäre unabhängig von den oft komplizierten Beziehungen zwischen beiden Ländern und bei aller gebotenen Vorsicht, um die gegenseitigen Empfindlichkeiten nicht zu verletzen, doch etwas mehr Informationsaustausch möglich. Solch ein Austausch existiert in der Diplomatie und zwischen den Universitäten, aber sehr wenig im schulischen

¹⁶ Auszug aus einem langen Bericht der Kommission unter Leitung von Senator Jacques Legendre : *L'enseignement des langues étrangères en France, rapport d'information n° 63 (2003-2004) de M. Jacques Legendre*, erstellt im Namen des Kulturausschusses 12.11.2003. Diese Kommission hatte übrigens mehrere Mitglieder der Sprachengruppe des IGEN zur Anhörung geladen.

Bereich, was man auch an der schwachen Entwicklung des Austauschs allgemein und vor allem während der „türkischen Saison“ in Frankreich sehen konnte. Über die Situation des Türkischunterrichts in Frankreich berichtet jährlich in einem etwas administrativen Stil der Schulattaché an der Botschaft in der Türkei. Auch Forscher publizieren ihre Erkenntnisse in Tagungsakten in der Türkei und weniger häufig in Frankreich. (Mehmet Ali Akıncı, Altan Gokalp, Ayşe Jolly, Payam Aral)¹⁷. Die Situation ist also hien wie drüben analysiert und bekannt, und trotzdem muss man festhalten: Das Türkische als Sprache nimmt in den Publikationen in Frankreich einen geringen Platz ein, und das Französische einen geringen Platz in den türkischen Publikationen, oder zumindest sind diese Studien nicht ausreichend bekannt. Die türkische Verwaltung weiß übrigens um ihre eigene Schwäche beim Vertrieb der eigenen Sprache sowohl im Inland wie im Ausland, um etwas im Marketing-Jargon zu sprechen.¹⁸ Aber immerhin gibt es ein beträchtliches Wissen, das man in die Diskussion um eine bessere Gestaltung dieses Unterrichts einbringen kann.

- Die „Überwachung“ des privaten Angebots an Sprachunterricht für Anfänger: Nachdem in Villeneuve-Saint-Georges eine private Schule mit Genehmigung der Schulverwaltung von Créteil errichtet worden war, wiesen beunruhigte Lehrkräfte auf diese neue Konkurrenz hin, auch wenn auf den ersten Blick nicht ersichtlich war, ob dort Türkischkurse gegeben wurden. Diese weiterführende Schule hat erhebliche Aufmerksamkeit in den Medien erhalten (Artikel in der Regionalausgabe des *Nouvel Obs*, Reportage im privaten Fernsehsender *M6* zu der Frage, ob vielleicht die Schuluniform zurückkehrt, mit einem Interview des ehemaligen Erziehungsministers Xavier Darcos, und schließlich Artikel in *Le Monde*)¹⁹. Es ist die erste Schule in Frankreich, die mit der Bewegung von Feth'ullah Gülen verbunden ist, einem Prediger, der seit vielen

¹⁷ Siehe die Bibliographie am Ende des Artikels, vor allem die Berichte DİYİH.

¹⁸ DPT Devlet Planlama Teşkilâtı, ERCİLASUN Ahmet Bican (Präsident der Kommission), 2000, *Sekizinci 5 Yıllık Kalkınma Planı Türk Dili Özel İhtisas Komisyonu Raporu* [Bericht der Sonderkommission für den 8. Fünfjahresplan für die türkische Sprache], Ankara, DPT 2526, ÖIK 542, 68 p. Wir sind mit Prof. Ercilasun an der Staatlichen Gazi-Universität in Ankara zusammengekommen. Er ist gleichzeitig Präsident der Akademie der türkischen Sprache (Türk Dil Kurumu).

¹⁹ Guillaume Périer, Une confrérie turque ouvre un collège républicain en France, *Le Monde*, 30.12.2009. Dieser Artikel hat im Internet zu zahlreichen Reaktionen geführt.

Jahren mit dem Dachverband für religiöse Angelegenheiten in Ankara gebrochen hat und der (offiziell aus gesundheitlichen Gründen) in die USA „geflohen“ ist, gleichzeitig aber ein großes Medien- und Schulimperium besitzt von den USA bis zur Russischen Föderation, inklusive Balkan und Zentralasien (Balci 2003). Während die Medien Satellitenfernsehen, Zeitschriften und Verlagshäuser umfassen, gehören zum schulischen Bereich private weiterführende Schulen mit Internaten, Universitäten und Vereine nach privatem Recht an²⁰. Diese Bewegung war bisher in Frankreich einigermaßen aktiv durch Vereine, die Hausaufgabenhilfe, Nachhilfe, Englischkurse und Informatikkurse in Paris, Strasbourg und Mulhouse anboten. Es ist also jetzt ein weiterer Schritt vollzogen worden in Richtung eines Unterrichts, der „die Schwächen des staatlichen Unterrichts ausgleicht“, wie es der Direktor der Schule ausdrückte, den wir in anderem Zusammenhang in Strasbourg bereits getroffen hatten.

Vorläufige Schlussfolgerungen

Der Unterricht des Türkischen als akademische Sprache, die als solche anerkannt ist und im Bedarfsfall im ganzen Land unterrichtet werden kann, ist ein sehr junges Phänomen im Vergleich zum bisherigen universitären Unterricht, wo das heutige ILALCO (früher „Schule für orientalische Sprachen“) aus der von Colbert 1669 gegründeten „Sprachschule für Junge“ hervorgegangen ist, die im Zeitalter Ludwigs XIV. die Erfordernisse der französischen Diplomatie im Umgang mit dem Osmanischen Reich, einem unumgänglichen und gefürchteten Partner in Europa, erfüllen sollte. Der neue Unterricht des Türkischen wurde 1995 begonnen und ist heute in einer sehr unbequemen, wenn nicht sogar schwachen und gefährdeten Lage. Die hauptamtlichen Lehrer, die in einem besonderen provisorischen CAPES-Concours ausgewählt wurden, sind zu wenige und wurden zudem in meist schon fortgeschrittenem Alter rekrutiert. Für sie alle stellen

²⁰ Hierzu gibt es schon eine lange Bibliographie mit Arbeiten von Forschern (Franck Frégosi, Samim Akgönül, Birol Caymaz und vor allem Bayram Balci, der dazu seine Dissertation geschrieben hat), oder von Mitgliedern der Gruppe wie Ali İhsan Aydin, Pariskorrespondent der Tageszeitung *Zaman*, wo ein Artikel zu den intellektuellen Strukturen des Erziehungsektors erschienen ist. Siehe auch die Homepage der „Conférences Gülen“: <http://www.gulenconference.net/index.php/library/articles>.

sich Fragen der Benotung, der Karriere, der beruflichen Rolle (einige von ihnen unterrichten nur einen Teil ihrer 18 Wochenstunden Türkisch) und schließlich der Rente. Zur Zeit gibt es weder das CAPES noch die Agrégation für Türkisch. Aus finanziellen Gründen ist die Rekrutierung von festangestellten Lehrern völlig unterbrochen, und die befristeten Arbeitsverhältnisse gehorchen keiner gemeinsamen Logik und sind lokal sehr unterschiedlich gestaltet. Oft werden Informationen über bestehende Kurse, über die Prüfungen oder über die Einrichtung von ELCO-Klassen in der Grundschule nicht weitergeleitet. Das muss gar nicht absichtlich passieren, es handelt sich eher um einen einzelnen Tropfen, der in einem reißenden Informationsstrom verschwindet, den die Schulleiter dauernd verarbeiten müssen²¹. Die finanzielle Ausstattung der schulischen Aktivitäten im Rahmen der türkischen Saison in Frankreich war sehr schlecht. Man muss also feststellen, dass der Türkischunterricht in Frankreich schwierig ist und bei den Politikern einen geringen Stellenwert hat. Als zusätzliches Indiz kann gelten, dass in diesem Jahr das Türkische als Prüfungsfach an der Wirtschaftshochschule HEC gestrichen wurde, während es bisher als zweite Fremdsprache nach dem Englischen gewählt werden konnte²².

Kann man soweit gehen zu sagen, dass der Türkischunterricht in Frankreich wie die „Chronik eines angekündigten Todes“ verläuft, wie es ein Artikel zum Türkischunterricht der ELCOs nahelegt, den Mehmet Ali Akıncı zitiert hat?²³ Das Unterrichtsangebot im Sekundarbereich ist noch schwächer als die ELCO-Angebote, und diese werden ihrerseits stark kritisiert und marginalisiert. Kann man das Türkische mit dem Arabischen vergleichen und wie Bruno Levallois, Inspecteur général für Arabisch, in seinem *Le Monde*-Artikel von „der Preisgabe des Arabischen“ sprechen, obwohl das Arabische doch im Vergleich zum Türkischen was die absoluten und relativen Zahlen angeht in einer beneidenswerten Situation ist (Lehrer und Schüler)?²⁴ Tatsache ist, dass Ähnliches für das Russische und andere Sprachen zu beob-

²¹ Divers entretiens avec des IA, enseignants ELCO, Attaché d'Education Nationale turc...

²² Entretien téléphonique récent avec un collègue de l'INALCO.

²³ S. Gautier-Kızılyürek, 2007, Les enseignements de langue et culture d'origine en France, chronique d'une mort annoncée ? Le cas de la langue turque, in F. Baider (Ed.), *Emprunts linguistiques, empreintes culturelles*, Paris, L'Harmattan, 141-158.

²⁴ Brigitte Perucca, La langue arabe chassée des classes, *Le Monde* du 08.09.2009.

achten ist, und nur das Chinesische hat Rückenwind (nach der Japanisch-Mode), aber wie lange noch?

Die Antworten auf diese Fragen sind weit mehr politischer Natur als in der pädagogischen Domäne oder in der Fremdsprachendidaktik zu suchen. Bei allen unterrichteten Sprachen, ob sie wie das Mandarin, das Englische oder Spanische von hunderten Millionen Menschen gesprochen werden oder nur von einigen Zehntausenden wie einige Regionalsprachen, geht es immer darum, von einer marginalisierten Einwanderersprache im „Ghetto“ zu einer „Kultursprache“ mit übrigens nicht geringen ökonomischen Vorteilen zu werden.

Auswahlbibliographie

- AKINCI Mehmet Ali, 2009, Fransa'da Türkçenin Anadili ve Yabancı Dil Olarak Eğitimi [Erwerb des Türkischen als Muttersprache und als Fremdsprache in Frankreich], in D. YAYLI & Y. BAYYURT (Eds), *Yabancılarla Türkçe Öğretimi. Politika Yontem ve Beceriler* [Türkischunterricht für Ausländer. Politik, Prinzipien und Erfolge], Ankara, Anı, S. 189-206.
- AKINCI Mehmet-Ali, 2003, Une situation de contact de langues: le cas turc-français des immigrants turcs en France, in J. BILLIEZ (Ed.), *Contacts de langues: Modèles, typologies, interventions*, Paris, L'Harmattan, S. 127-144.
- AKINCI Mehmet-Ali, DE RUITER Jan J., SANAGUSTIN Floréal, 2004, *Le plurilinguisme à Lyon. Le statut des langues à la maison et à l'école*, Paris, L'Harmattan (Espaces Discursifs), S. 196.
- AYTEMİZ Aydin, 2000, Almanya'da Türkçe [Das Türkische in Deutschland], in *Avrupa'da Yaşayan Türk Çocuklarının Ana Dili Sorunları Toplantısı* [Tagung über die muttersprachlichen Probleme der in Europa lebenden türkischen Kinder] Ankara, Atatürk Kültür Dil ve Tarih Yüksek Kurumu Türk Dil Kurumu, S. 85-100.
- BALCI Bayram, 2003, *Missionnaires de l'islam en Asie Centrale. Les écoles turques de Fethullah Gülen*, Paris, Maisonneuve & Larose, Istanbul, IFEA (Passé ottoman, présent turc), S. 297.

- BAROU Jacques, 1998, Le système d'apprentissage en Allemagne et les jeunes immigrés, *VEI-Ville Ecole Intégration, Enjeux*, n° 113, S. 185-198.
- BAŞARAN Ali, 2000, Vers une reconnaissance réciproque. Une expérience de médiation école-famille dans l'Académie de Strasbourg, *VEI-Ville Ecole Intégration Enjeux*, n° 123, S. 64-84.
- BAZIN Louis, 1987, *Introduction à l'étude pratique de la langue turque*, Paris, Librairie d'Amérique et d'Orient Adrien Maisonneuve, 3^{ème} édition revue et corrigée, S. 201.
- CAYMAZ Birol, 2002, *Les mouvements islamiques turcs à Paris*, Paris, L'Harmattan, S. 286.
- DEMIR Emre, 2007, The Emergence of a Neo-Communitarian Movement in the Turkish Diaspora in Europe: Settlement and Competition Strategies of the Gülen Movement in France and in Germany, in *Muslim Words in Transition: Contribution of the Gülen Movement*, London, House of Lords, SOAS, London School of Economics, <http://www.gulenconference.net/index.php/library/articles>, S. 16.
- DİYİH- Dış İlişkiler ve Yurtdışı İşçiler Hizmetleri Genel Müdürlüğü, 2000-2007, _ *Yılı Raporu. Yurtdışındaki Vatandaşlarımıza İlişkin Gelişmeler ve Sayısal Bilgiler* [Entwicklung und statistische Daten zu unseren exilierten Landsleute: Jahresbericht ...], Ankara, TC Çalışma ve Sosyal Güvenlik Bakanlığı. Zwischen 1982 und 1999 werden diese Jahresberichte unter YİHGM- Yurtdışı İşçiler Hizmetleri Genel Müdürlüğü erfasst und heißen *Yılı Yurtdışı İşçi Hizmetleri Raporu* [Bericht über die Dienstleistungen für Arbeiter im Ausland].
- DPT- Devlet Planlama Teşkilâtı [nationale Organisation für Planung], ERCILASUN Ahmet Bican (Kommissionspräsident), 2000, *Sekizinci 5 Yıllık Kalkınma Planı Türk Dili Özel İhtisas Komisyonu Raporu* [Bericht der Sonderkommission über die türkische Sprache im 8. Fünfjahresplan], Ankara, DPT 2526, ÖİK 542, S. 68.
- GAUTIER-KIZILYUREK S., 2007, Les Enseignements de langue et culture d'origine en France. Chronique d'une mort annoncée? Le cas de la langue turque, in F. BAIDER (Ed.), *Emprunts linguistiques, empreintes culturelles*, Paris, L'Harmattan, S. 141-158.

- GOKALP Altan, 2001, Fransız Milli Eğitim Sisteminde Türkçenin Konumu [Die Situation des Türkischen im französischen Erziehungssystem], in *Avrupa'da Yabancı Dil Olarak Türkçe Öğretimi Sempozyumu Toplantı Notları* [Symposium über den Unterricht von Türkisch als Fremdsprache in Europa], Ankara, Türk Dil Kurumu, S. 150-156.
- GOKALP Altan, 1995, L'introduction de l'enseignement du turc dans le système éducatif français, *Turcica*, Vol. 27, S. 11-21.
- GÖZAYDIN Nevzat, 2000, Almanya'daki Türklerin Durumu ve Türkçede Yaptıkları Yanlışlar [Stand der Türken in Deutschland und Türkischfehler], in *Avrupa'da Yaşayan Türk Çocuklarının Ana Dili Sorunları Toplantısı*, Ankara, Türk Dil Kurumu, S. 73-84.
- HENGİRMEN Mehmet (Dir.), 2000, *Uluslararası Dünyada Türkçe Öğretimi Sempozyumu* [Internationales Symposium zum Türkischunterricht in der Welt], Ankara Üniversitesi TÖMER Dil Öğretim Merkezi, S. 232.
- İLERİ Esin, 2000, Avrupa'nın Topluluğu'nun Dil Politikası ve Almanya'da Okula Giden Türk Asıllı Öğrencilerinin Dil ve Eğitim Sorunları [Sprachpolitik der Europäischen Kommission: sprachliche und schulische Probleme der türkischstämmigen Kinder in der deutschen Schule], in *Avrupa'da Yaşayan Türk Çocuklarının Ana Dili Sorunları Toplantısı*, Ankara, Türk Dil Kurumu, S. 7-66.
- İRTİŞ-DABBAGH Verda , 2003, *Les jeunes issus de l'immigration de Turquie en France*, Paris, L'Harmattan (Logiques Sociales), S. 428
- JOLLY-YILMAZ Ayse, 2001, Fransa Milli Eğitim Bakanlığı'nin bir Kurulusu Olan CNED'de Yabancı Dil Olarak Türkçe Öğretimi [Unterricht in Türkisch als Fremdsprache im CNED, einer Organisation des französischen Erziehungsministeriums], in *Avrupa'da Yabancı Dil Olarak Türkçe Öğretimi Sempozyumu Toplantı Notları*, Ankara, Türk Dil Kurumu, S. 347-359.
- KAŞTORYANO Riva, 1984, Ecole et espace social. Comparaison des rapports de familles turques avec l'école, à Paris et dans une petite ville de province, *Migrants Formation*, n° 58, S. 3-8.
- KONUK Mahir, 2009, *Jeunes originaires de Turquie entre l'école et la communauté*, Paris, L'Harmattan (Logiques Sociales), S. 234.

- MANÇO Altay, 1995, Enseignement pré-primaire et familles turques immigrées en Belgique francophone, *Agenda Interculturel*, n° 136, S. 23-27.
- MANÇO Altay, 1995, Etude de faisabilité. Compétences transversales des élèves de 5° secondaire. Résultats de l'étude-pilote en Communauté française de Belgique, Service de Pédagogie Expérimentale de l'Université de Liège.
- MANÇO Altay, 1996, Dynamiques psychosociales de l'intégration des jeunes issus de l'immigration turque et marocaine : hypothèse d'une équilibration entre un pôle de conservation et un pôle d'assimilation, in Espace Arabesque (Ed.), *La Méditerranée au masculin : hommes issus de l'immigration*, Bruxelles, Sabir, S. 81-108.
- MANIGAND Alain, 1991, *Problèmes d'insertion scolaire d'enfants d'origine étrangère : étude des trajectoires scolaires d'une population d'enfants turcs*, Bordeaux 3, Sciences de l'Education.
- MANIGAND Alain, 1992, *Processus d'insertion scolaire d'enfants d'origine étrangère : étude des trajectoires scolaires d'une population d'enfants turcs*, Lille, ANRT.
- ÖZTÜRK Ceren, 2006, Les stratégies d'insertion des « jeunes turcs » de France, *Revue Européenne des Migrations Internationales*, Vol. 22, n° 3, S. 179-202.
- PETEK Gaye, 2004, Les ELCO, entre reconnaissance et marginalisation : langue de France, *Hommes et Migrations*, n° 1252, S. 45-55.
- PETEK-ŞALOM Gaye, 1989, Le turc : une langue en ghetto, in G. VERMES (Dir.), *Vingt-cinq communautés linguistiques de la France*, L'Harmattan (Logiques Sociales), Tome 2, S. 301-316.
- TDK- Türk Dil Kurumu, 2000, *Avrupa'da Yaşayan Türk Çocuklarının Ana Dili Sorunları Toplantısı* Notları [Symposium zum Unterricht in Türkisch als Fremdsprache in Europa], Ankara, Türk Dil Kurumu, n°734, S. 100.
- YALÇINKAYA-ARAL Payam, 2001, Paris'te Racine Lisesinde Yabancı Dil Olarak Okutulan Türkçe Egitiminin Konumu, Uygulamaları ve Karşılaşılan Sorunlar [&&], in *Avrupa'da Yabancı Dil Olarak Türkçe Öğretimi Sempozyumu Toplantı Notları*, Ankara, Türk Dil Kurumu, S. 45-49.

- YAYLI Derya, BAYYURT Yasemin (Eds), 2009, *Yabancılarla Türkçe Öğretimi. Politika Yontem ve Beceriler* [Türkischunterricht für Ausländer. Politische Grundsätze und Erfolge], Ankara, Anı, S. 244.
- YURDUSEV S., 1984, *Problèmes de scolarisation des enfants de travailleurs immigrés turcs*, Paris 5, Sciences de l'Education, S. 343.
- ZULFİKAR Hamza, 2000, Yurt Dışında Türkçenin Öğretimi İle İlgili Bazı Uygulamalar [Türkischunterricht im Ausland und einige damit zusammenhängende Anpassungen], in *Avrupa'da Yaşayan Türk Çocuklarının Ana Dili Sorunları Toplantısı Notları*, Ankara, Türk Dil Kurumu, S. 67-72.